

Ruhrgebiet

Das Ruhrgebiet am Ende des Krieges¹

Nach dem Übertritt britischer und amerikanischer Truppen über den Niederrhein bei Rees und Wesel begann im Ruhrgebiet, das bis 1945 zur preußischen Provinz Westfalen gehörte, am 23./24.3.1945 die letzte Phase des Krieges. Zuvor trafen im März 1945 schwere Luftangriffe die Städte Essen, Gelsenkirchen, Witten, Bochum, Recklinghausen, Dortmund und Gladbeck. Die eigentliche Besetzung des von Hitler zur „Festung“ erklärten Ruhrgebietes erfolgte danach rasch: Zwischen Anfang April und dem 13.4. (Dortmund und Duisburg) wurde das Industrieviertel nach und nach eingenommen: Die 1. und 9. US-Armee kesselten bis zum 1.4. rund 340.000 Soldaten der deutschen Heeresgruppe B unter Model ein und erzwangen am 17.4. ihre endgültige Kapitulation. Zuvor waren große Flüchtlingstrecks auf Befehl der NSDAP aus den Städten in Bewegung gesetzt worden, die aber durch die Einkesselung der Industrieregion rasch wieder in die Städte zurückkehrten.

Der Hitlersche Zerstörungsbefehl von Industrieanlagen und Verkehrsknotenpunkten beim Einrücken der Alliierten scheiterte weitgehend, und zwar am breiten Widerstand in der Bevölkerung. Dagegen wurden in den letzten Kriegstagen noch zahlreiche Häftlinge und Fremdarbeiter von den Nationalsozialisten umgebracht, so allein mehrere 100 in den Polizeigefängnissen von Dortmund, Herne und Bochum.

Die wirtschaftliche Elite in den Städten des Ruhrgebiets blieb weitgehend intakt. IHK-Gründungen waren jeweils unmittelbar nach Kriegsende die ersten Schritte zum wirtschaftlichen Wiederaufbau. Schon ab Juni 1945 waren überregionale Zusammenschlüsse möglich. Langsamer dagegen entwickelte sich der Aufbau branchenbezogener Wirtschaftsverbände: Erst Ende 1945 wurde ihre offizielle Gründung durch die Briten ermöglicht. Zwar kamen offizielle Zusammenschlüsse nur langsam voran, gleichzeitig aber wurden nur wenige Spitzenindustrielle verhaftet, so daß die Unternehmerstruktur zum größten Teil erhalten blieb. Inoffizielle Kontakte zwischen den einzelnen Konzernen gewährleisteten den Zusammenhalt.

In den Städten des Ruhrgebietes wurde unmittelbar nach der Besetzung jeweils ein leitender Beamter zur Übernahme der deutschen Verwaltung eingesetzt. Dieser Oberbürgermeister war in der Regel ein erfahrener Verwaltungsbeamter. Gleichzeitig versuchten die im Aufbau befindlichen politischen Parteien sofort, ihren Einfluß bei der Postenbesetzung geltend zu machen. Einstellungsvoraussetzung war neben Verwaltungserfahrung politische Unbelastetheit. Oft wurden im Ruhrgebiet deshalb ehemalige Zentrumsmitglieder als Oberbürgermeister eingesetzt. Dagegen gehörten nur acht von 51 sozialistischen Gruppierungen an: sieben der SPD und nur einer der KPD (Wattenscheid). Die sich nach der Besetzung durch die Alliierten bildenden Aktionsausschüsse, die neben unmittelbarer Verwaltungstätigkeit auch politisch agierten, wurden entweder aufgelöst oder in die Verwaltungsarbeit integriert (z.B. Wanne-Eickel). Daneben wurden provisorische Stadtparlamente und -ausschüsse eingesetzt, die von den Parteien besetzt wurden. Gleichzeitig aber legte der jeweilige Oberbürgermeister

¹ Die Berichterstatter, Jupp Kappius, Friedrich Knigge und Wilhelm Kirstein, beschreiben zwar auch die Situation in anderen Städten des Ruhrgebietes, beschränken sich aber im wesentlichen auf die Berichterstattung aus Bochum und in zwei Fällen aus Dortmund. Deshalb haben sich die Bearbeiter an dieser Stelle auf die Darstellung der Nachkriegssituation in Bochum und Dortmund beschränkt und gehen nur mit wenigen Sätzen auf die alliierte Besetzung des gesamten Ruhrgebietes ein. Vgl. zur Nachkriegssituation im Ruhrgebiet ausführlich Pietsch, Militärregierung.

Wert auf Qualifizierung bei der Ämterbesetzung, so daß z.T. ehemalige NSDAP-Mitglieder in ihren Positionen belassen oder sogar neu berufen wurden. Auf Grund der dünnen Personaldecke ging deshalb auch die Entnazifizierung der Verwaltung nur sehr zögernd voran.

In den Städten des Ruhrgebietes bildeten sich nach der alliierten Besetzung rasch Antifagruppen, die sowohl den Gedanken der sozialistischen Einheitspartei fördern als auch spontan am Wiederaufbau mitarbeiten wollten. Auffällig war jeweils der große Einfluß der KPD und sozialistischer Splittergruppen wie SAP und KPO. In Essen gründete sich ein „Kampfbund gegen den Faschismus“, in Bochum die „Antifaschistische Freiheitsbewegung“, in Dortmund die „Antifaschistische Aktion“. Ihnen gemeinsam waren großangelegte theoretische Konzepte; im Gegensatz etwa zur Mülheimer „Antifaschistischen Einheitsfront“, die auf Theorieansätze verzichtete. Die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten scheiterte weitgehend. Duisburg, wo die Frage der Einheitspartei eingehend beraten wurde, bildete hier jedoch eine Ausnahme. Der Duisburger Antifa gelang es denn auch, Einfluß auf die Kommunalpolitik zu nehmen. Dagegen blieb der Einfluß der Antifa in anderen Städten - etwa in Mülheim und Oberhausen - äußerst gering.

Bereits in den ersten Nachkriegstagen bildeten sich in den Städten des Ruhrgebietes Gewerkschafts- und Betriebsrätegruppen. Die ersten Initiativen gingen von den Zechen aus. Diesen Gruppen stand die Militärregierung, sofern sie politisch arbeiten wollten, durchweg ablehnend gegenüber. Seit Ende April wurde die Gewerkschaftsgründung nur auf Betriebsebene erlaubt. Bereits am 29.4. trafen sich jedoch in Gelsenkirchen-Buer über 300 Delegierte des Hauptausschusses des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes-Industriegruppe Bergbau“, der bereits Mitte April ins Leben gerufen worden war. Die anfänglichen Restriktionen seitens der Militärregierung wurden seit Juli 1945 etwas gelockert. Die Direktive „Policy for Formation of Trade Unions in the British Zone“ vom 5.7. unterstrich jedoch die Vorschriften zur offiziellen Gewerkschaftsgründung, die erst auf Antrag und nach mehrfacher Prüfung von den Briten genehmigt wurde. Es folgten nunmehr in verschiedenen Städten des Ruhrgebietes Einheitsgewerkschaftsgründungen, zuerst am 26.7. in Duisburg.

Bochum in den Jahren 1945/46

Die **Besetzung** der Stadt Bochum vollzog sich am 10.4.1945 durch amerikanische Truppen. Einen Tag später kam das britische 921 Military Detachment nach Bochum und übernahm die Militärverwaltung.

Die **Bevölkerungszahl** der Stadt war gegenüber 305.485 am 17.5.1939 auf 195.805 Ende 1944 abgesunken. Doch im Juli 1945 lebten bereits wieder 239.192 Menschen in der Stadt, am 29.10.1946 waren es 246.477. Viele Menschen waren in der Endphase des Krieges evakuiert worden, von denen nach der alliierten Besetzung täglich etwa 500 in die Stadt zurückkehrten.

Der **Zerstörungsgrad** war angesichts der insgesamt 225 Bombenangriffe erheblich. Viele Straßen und Brücken waren unpassierbar, mehr als 5000 Häuser und 20.000 Wohnungen waren zerstört, weitere 17.000 Häuser und knapp 70.000 Wohnungen beschädigt. Damit waren 52% des Wohnraumes vernichtet, die Innenstadt war bis zu 90% zerstört. Von 119 Schulen (1939) waren 39 total zerstört, ebenfalls zahlreiche Geschäftshäuser. Knapp ein Viertel des Kanalisationsnetzes war unbrauchbar geworden, 16% der Straßen nicht befahrbar.

Das **Wirtschaftsleben** lag zum Zeitpunkt des amerikanischen Einmarsches am Boden. Bis 1945 war die Stadt ein Zentrum der Eisen-, Stahl- und Maschinenindustrie, darunter der Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation, als eines der wichtigsten deutschen Rüstungsunternehmen. Ein wichtiger Erwerbszweig war darüber hinaus der Steinkohlebergbau. Nach der Besetzung der Stadt kam die Produktion wieder schleppend in Gang. Bereits sechs Tage nach der Besetzung trafen sich Vertreter der britischen Besatzungsarmee und die wichtigsten

Unternehmer der Stadt und berieten über die Zukunft der Bochumer Industrie. Unmittelbar danach wurde auch die IHK wiedergegründet.

Beim Einmarsch der Amerikaner funktionierte die Bochumer **Stadtverwaltung** weitgehend nicht mehr. Oberbürgermeister war Franz Geyer, der kurz vor dem amerikanischen Einmarsch das Amt von dem Nationalsozialisten Hesseldiek übernommen hatte. Nach kurzer Internierung wurde er am 1.7.1945 von den Briten als Oberbürgermeister bestätigt. Am 8.5.1945 konstituierte sich ein kommunalpolitischer Ausschuß, der am 20.6. vom Stadtkommandanten jedoch wieder verboten wurde. Seine Hauptaufgaben waren Versorgung der Bevölkerung und Einleitung der Entnazifizierung. Erst am 24.8. wurde erneut ein Wohnungs- und Stadtausschuß von der britischen Militärregierung erlaubt. Nach der Reformdirektive der Militärregierung vom September 1945 ging man in Bochum daran, ein Stadtparlament zu ernennen. Neben Vertretern der Parteien wurden auch Mitglieder der Wirtschaftsstände zu Stadträten ernannt. Die kommunalen Spitzenpositionen wurden paritätisch und unter Ein-schluß der KPD besetzt.

1945 regte sich die **Gewerkschaftsarbeit** in Bochum wieder sehr schnell. Die Initiative ging dabei von den Zechen aus. Schon vor Kriegsende hatte eine Gruppe um Jupp Kappius die Bildung von Betriebsausschüssen vorbereitet. Auf Betreiben der Union, der Bochumer Fortsetzung des am 19.3.1941 in Großbritannien gegründeten Zusammenschlusses aus Sozialdemokraten und anderen sozialistischen Gruppen, die die Errichtung einer sozialistischen Einheitspartei verfolgte, wurde zunächst eine Zusammenfassung der Betriebsräte in einer „Arbeitsgemeinschaft der Betriebsausschüsse Bochum“ angestrebt, die aber nicht gelang. Am 23.4.1945 schlossen sich 33 Betriebsvertreter zum Industriearbeiterverband, Gruppe Bergbau, zusammen. Darunter waren nur drei Mitglieder der Union. Auch die Antifa wurde bei der Gewerkschaftsgründung nicht aktiv. Maßgeblich beteiligt am gewerkschaftlichen Wiederaufbau war der Betriebsausschuß des Bochumer Vereins, dessen Arbeit zunächst auf das Unternehmen selbst beschränkt war. Bis Ende Juni jedoch war der Zusammenschluß dieser Betriebsausschüsse zu offiziellen Gewerkschaften untersagt.

Die **parteipolitische Arbeit** kam in Bochum seit Mai 1945 in Gang. Ende Mai fanden erste Besprechungen zur Gründung der SPD statt. Der Betriebsausschuß des Bochumer Vereins diente dabei als Koordinierungszentrale. Am 8.6. erfolgte die inoffizielle Gründung der SPD, die sich fortan strikt von den Kommunisten abgrenzte. Am 12.8.1945 wurden in Bochum die Parteien offiziell zugelassen. Am 2.9. fand im Parkhaussaal die erste öffentliche Kundgebung der SPD statt. Gleichzeitig erfolgte seit Mai 1945 der Aufbau der KPD in Bochum.

Seit Mai 1945 waren auch ehemalige Zentrumsmitglieder politisch aktiv, um eine christliche Partei ins Leben zu rufen. Am 18.9. fand die offizielle Gründung der Bochumer CDP statt, am 27.10. ihre erste öffentliche Versammlung.

Die Liberalen hatten in Bochum wie im ganzen Ruhrgebiet mit Startschwierigkeiten zu kämpfen. So kam es erst im Frühjahr 1946 zur Gründung einer kleinen FDP-Ortsgruppe.

Neben den Gewerkschaften und Parteien konstituierte sich unmittelbar nach dem Einmarsch der alliierten Truppen ein **Antifaausschuß**: die „Antifaschistische Freiheitsbewegung“. Sie rekrutierte ihre Mitglieder hauptsächlich aus der KPD und arbeitete begrenzt mit dem Bochumer Ausschuß der Union zusammen. Die Antifa wollte ihre Arbeit auf Entnazifizierung und Besserung der Lebensverhältnisse richten. Die Resonanz war gering, parallel erfolgten separate Gründungsinitiativen der Parteien. Nachdem ihr Leiter, Heinz Pöppe (KPD), im Juni 1945 verhaftet worden war, endete die Arbeit der Bochumer Antifa.

Am 13.10.1946 fanden in der britischen Zone **Kommunalwahlen** statt. Die Ergebnisse in Bochum im Vergleich zu den Reichstagswahlen im Jahre 1932:

	31.7.1932	6.11.1932	13.10.1946
SPD	19,2%	17,5%	41,9%
Zentrum	21,8%	21,7%	1,8%
CDU	-	-	41,7%
KPD	20,8%	22,1%	14,3%
DVP	1,2%	1,8%	-
FDP;	-	-	0,3%
DNVP	3,9%	5,7%	-
NSDAP	29,4%	27,2%	-
CSVD	2,0%	2,6%	-
sonstige	1,7%	0,3%	-

Eine eigene **Zeitung** gab es in Bochum zunächst nicht. Mit Presseveröffentlichungen wurde Bochum von auswärts versorgt: Seit Juli 1945 erschien in der Stadt die Essener „Ruhrzeitung“ mit einem Bochumer Lokalteil.

Berichterstatter aus Bochum waren Jupp Kappius und Friedrich Knigge. Kappius, nach Großbritannien emigriert, war im September 1944 mit dem Fallschirm im Emsland abgesprungen und hatte sich bis Kriegsende illegal in Bochum aufgehalten, um Kontakte zu anderen ISK-Gruppen im Reich zu knüpfen.² Nach dem Einmarsch der Amerikaner ging er zunächst nach London zurück und kam im Juli 1945 wieder nach Bochum. Hier arbeitete er zunächst für eine sozialistische Partei auf der Basis der Union. In der SPD engagierte er sich fortan hauptsächlich in der Bildungs- und Schulungsarbeit. Friedrich Knigge, der insgesamt 10 Monate im KZ gesessen hatte, war bereits 1942 nach Bochum gekommen. Er war nach 1945 hauptsächlich in der Philosophisch-Politischen Akademie, einer Art Nachfolgeorganisation des ISK nach dessen Auflösung, aktiv.

Dortmund in den Jahren 1945/46

Die **Besetzung** der Stadt Dortmund dauerte insgesamt fünf Tage. Am 8.4.1945 drangen amerikanische Truppen ins Dortmunder Stadtgebiet vor. Am 13.4. rückte die 95. US-Division in der Innenstadt ein. Einen Tag später übernahmen - wie zuvor in Bochum - die Briten die Befehlsgewalt über die Stadt. Von Mitte April bis Ende September 1945 fungierte Oberst Wilson als Stadtkommandant, sein Nachfolger war Major Graves.

Die **Bevölkerungszahl** war zu diesem Zeitpunkt stark zurückgegangen. 6.341 Menschen waren Opfer der Luftangriffe geworden; über 230.000 waren zum Wehr- und Arbeitsdienst eingezogen oder evakuiert worden und kehrten nun zusammen mit zahlreichen Flüchtlingen allmählich in die Stadt zurück. Nachdem von den ursprünglich 542.261 Einwohnern (17.5.1939) Ende Februar 1944 noch 385.972 in der Stadt gelebt hatten, waren es im Juli 1945 bereits wieder 440.196, am 29.10.1946 dann 436.491.

Der **Zerstörungsgrad** in Dortmund war angesichts der insgesamt 137 Luftangriffe erheblich. Die Stadt war bei Kriegsende zu ca. 70% zerstört, zuletzt durch den schwersten Angriff während des Krieges am 12.3.1945. Nur 26,5% der Wohnungen blieben unbeschädigt; 28,9% waren zu mehr als 60% zerstört. In der Innenstadt lag der Zerstörungsgrad bei über 90%. Ein schwerer Orkan zerstörte am 28.12.1945 weitere Häuser. Auch das Straßennetz war weitgehend nicht mehr intakt, daneben 39 Brücken unpassierbar. Die Straßenbahn verkehrte nur noch auf einer Strecke von 13,5 km. Die Gasversorgung funktionierte nicht, Wasserversorgung und Kanalisation waren unzureichend. Zahlreiche öffentliche Gebäude waren zerstört, so die Westfalenhalle, die im Herbst 1944 zerbombt worden war.

² Vgl. dazu seine Berichte vom 10. und 12.5.1945, hier abgedruckt S. 34 u. 51.

Trotz der zahlreichen Luftangriffe kam das **Wirtschaftsleben** rasch wieder in Gang; denn nur wenige Industrieanlagen - in der Hauptsache Zechen und Betriebe der Metallindustrie - waren total zerstört. In vielen Bereichen konnte nach Kriegsende, wenn auch eingeschränkt, weiter produziert werden. Allerdings fehlten zunächst vielfach Strom und Wasser. Anfang Mai begannen die Briten in Zusammenarbeit mit der IHK (zugelassen im April), die laufende Produktion zu lenken. Bevorzugt wurden die Bauindustrie, Stahl- und Brückenbau, Ziegeleien und der Ernährungssektor. Zwischen 10 und 50% der Vorkriegsbelegschaft arbeitete zunächst in den Betrieben, bis im Juli der Dortmund-Hörder-Hüttenverein als einer der größten Dortmunder Arbeitgeber die Produktion wieder aufnahm.

Unmittelbar nach der Besetzung begann die britische Militärregierung mit dem Aufbau einer **Stadtverwaltung**. Erster Dortmunder Oberbürgermeister wurde Hermann Ostrop, vor 1933 Mitglied der Zentrumspartei. Am 27.4. setzte der britische Stadtkommandant Wilson einen Überleitungsausschuß ein, der sich unter Vorsitz Ostrops aus je drei SPD- und KPD-Mitgliedern zusammensetzte. Bis Anfang Mai nahmen auch drei Vertreter der inzwischen gegründeten Antifa an den Sitzungen teil. Am 13.6. wurde der Überleitungsausschuß in Stadtausschuß umbenannt. Die Stadtvertretung wurde am 14.12. eingesetzt (16 SPD-, zwölf CDU-, zwölf KPD- und sieben FDP-Mitglieder), sie wählte am 8.2.1946 Wilhelm Hansmann (SPD) zum Oberbürgermeister.

Die **Gewerkschaftsarbeit** kam rasch wieder in Gang. Die Initiative zur Gewerkschaftsneugründung ging in Dortmund von den Zechen und Stahlwerken aus. Schon kurz nach der Besetzung bildeten sich erste Gewerkschaftsgruppen. Am 27.4. fand die erste Vertrauensmännersitzung statt. Bereits im Juni 1945 hatten 37 Zechen Betriebsräte gewählt. Die Briten aber verzögerten zunächst die offizielle Lizenzierung, bis am 6.8.1945 die Genehmigung zur Bildung der Einheitsgewerkschaft erfolgte.

Die **parteipolitische Arbeit** regte sich ebenfalls unmittelbar nach der Besetzung wieder. Ehemalige SPD-Funktionäre trafen sich schon am 14.4.1945 zu einer ersten Besprechung. Im Mai wurde halblegal das erste Parteibüro eröffnet. Nachdem am 6.8.1945 in Dortmund die Parteien offiziell zugelassen worden waren, erfolgten zunächst die Gründungen von SPD und KPD. Gleichzeitig verfolgte die KPD jedoch den Gedanken einer Einheitspartei mit der SPD. Am 1.6.1947 wurde deshalb auf ihre Initiative hin in Dortmund die SED gegründet, die aber noch im selben Monat verboten wurde.

Dortmunder Zentrumspolitiker planten seit April eine überkonfessionelle christliche Partei, die endgültige Entscheidung hierfür fiel am 12.7.1945. Diese neu entstehende Partei, die CDU, stellte erst am 16.8. einen Antrag auf Zulassung. Ungeachtet der CDU-Gründung konstituierte sich am 24.2.1946 die Zentrumspartei. Die Liberalen schlossen sich zu einer gemeinsamen Partei zusammen, die zunächst Demokratische Partei, dann Liberal-Demokratische Partei und ab Januar 1946 FDP hieß.

In Dortmund hatten sich nach der Besetzung in verschiedenen Stadtteilen Antifaausschüsse gebildet. Wegen ihrer aktiven Entnazifizierungspolitik wurden sie Anfang Mai 1945 jedoch verboten, der „Bund der Antifaschisten“ z.B. am 9.5. Dagegen war in Dortmund-Wickede eine Antifagruppe noch bis 1946 aktiv.

Am 13.10.1946 fanden in der britischen Zone **Kommunalwahlen** statt. Die Ergebnisse in Dortmund im Vergleich zu den Reichstagswahlen im Jahre 1932:

	31.7.1932	6.11.1932	13.10.1946
SPD	23,7%	20,3%	46,3%
Zentrum	18,6%	18,2%	2,4%
CDU	-	-	35,1%
KPD	27,9%	31,2%	12,6%
FDP	-	-	3,6%
DNVP	4,9%	6,8%	-
NSDAP	19,6%	17,7%	-
sonstige	5,3%	4,7%	-

Als erste **Zeitung** erschienen in Dortmund am 11.5.1945 die von der britischen Militärregierung herausgegebenen „Bekanntmachungen für Groß-Dortmund“, am 10.7. folgte die Essener „Ruhrzeitung“ mit einem Dortmunder Lokalteil. Am 26.2.1946 wurde die „Westfälische Rundschau“ lizenziert. Die erste Ausgabe dieses SPD-Organs kam am 20.3.1946 heraus. Am 26.4. erschien mit der „Westfalen-Post“ die erste christliche Tageszeitung. Die KPD gab mit dem „Westdeutschen Volksecho“ seit dem 7.5.1946 eine eigene Zeitung heraus, bis das Blatt am 4.5.1948 von der Militärregierung verboten wurde.

Berichterstatter aus Dortmund an Willi Eichler war Wilhelm Kirstein, der 1944 in Schottland zusammen mit Kappius für die illegale Einreise nach Deutschland ausgebildet worden war. Beim Grenzübertritt verhaftet, wurde er Anfang Mai befreit und ging unmittelbar danach nach Dortmund.

Bibliographie Bochum:

Henner, Hans O.: „... als wenn die Betriebe unser wären“. Eine „Betriebsräte-Konferenz“ in Bochum im April 1945; in: Gewerkschaftliche Monatshefte 36 (1985), S.248-256

IG-Metall Bochum (Hg.): Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in Bochum. Bochum o.J.

Leidemann-Zumdick, Sonja: Die Bochumer SPD 1945-1960. Unveröffentlichtes Manuskript. o.O.u.J.

dies.: Die Geschichte des Bochumer Rates und seiner Fraktionen 1945-1961. Unveröffentlichtes Manuskript. o.O.u.J.

dies.: Zur Entstehung und Entwicklung der Parteien in Bochum 1945-1960. Diss. o.O.u.J.

Wagner, Joachim Volker: Bochums Stunde Null. Ausstellungskatalog. Bochum 1975

Bibliographie Dortmund:

Amt für Statistik (Hg.): Verwaltungsbericht der Stadt Dortmund für die Rechnungsjahre 1945-1951. Dortmund 1952

Brozio, Norbert: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau im nördlichen Ruhrgebiet 1945-1947. Münster 1980

Diskant, James A.: German reconstruction and labor activism. The case study of Dortmund 1945-1955. Chestnut Hill 1988

Diskant, James A.: Scarcity, survival and local activism: miners and steelworkers, Dortmund 1945-48; in: Journal of contemporary history 24 (1989), S.547-573

Graf, Hans: Die Entwicklung der Wahlen und politischen Parteien in Groß-Dortmund. Hannover, Frankfurt 1958

- Heine, Thomas: Geschichte der Dortmunder Arbeiterbewegung 1945-1949. Staatsexamensarbeit Universität Dortmund 1983
- Högl, Günther (Hg.): Dortmund im Wiederaufbau 1945-1960. Eine Dokumentation des Stadtarchivs Dortmund. Dortmund 1985
- ders.: Die Reorganisation der sozialistischen Arbeiterbewegung in Dortmund unter der britischen Besatzungsherrschaft 1945-1949; in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 76/77 (1985)
- Kötting, Wilhelm: Erlebnisbericht zum Kriegsende 1945 in Dortmund. o.O.u.J.
- Nowaki, Reiner: Kriegsende und Neubeginn in Dortmund 1945. Arbeit zur 1. Lehrprüfung, PH Dortmund 1968
- Perk, Willy: Besatzungsmacht gegen Pressefreiheit. Geschichte der Zeitung „Westdeutsches Volks-Echo“ 7. Mai 1946 bis 4. Mai 1948. Frankfurt 1979
- Rottmann, Norbert: Die kommunalpolitische Entwicklung in Dortmund 1945-1950. Examensarbeit Universität Bochum 1977
- Schneider, Werner: Stadtgeographische Wandlungen Dortmunds und seines Einflußbereichs unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen der Kriegsschäden. Diss. Köln 1957
- Spethmann, Hans: Die Eroberung des Ruhrgebiets im Frühjahr 1945; in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 65 (1950)
- Steinrücken, Karl-Josef: Der Weg aus dem Chaos: Dortmund 1945 bis 1948. Arbeit zur 1. Lehrprüfung, PH Dortmund 1968
- Verwaltungsstelle Dortmund der IG-Metall (Hg.): Der Freiheit eine Straße. Dortmund 1945. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Dortmund. Dortmund 1985
- Volk, Angelika: Die Entwicklung Dortmunds von 1945-1948: Notstände, politische Initiativen, alltägliches und kulturelles Leben. Hausarbeit PH Dortmund 1978
- Von der toten zur lebendigen Stadt: Fünf Jahre Wiederaufbau in Dortmund. Dortmund 1951

Friedrich Knigge aus Bochum an Werner Hansen, 29.5.1945

ISK Box 56
maschinenschriftlich

Lieber Freund,

heute zeigte mir Jupp [Kappius] noch gewisse Richtlinien für Berichte und sagte mir, daß Du mit Eclair korrespondierst ohne lange Postfristen. Ich möchte daher mein gestriges Schreiben³ noch ergänzen und schicke Dir diesen Bericht in zwei Ausfertigungen für den Fall, daß Du eine davon direkt an Eclair weiterschicken willst und kannst. Von den Geschehnissen hier in Bochum bis zum 9. April wird Eclair durch Jakob bereits unterrichtet sein. Am 10.4. rückten hier die Amerikaner ein, denen die Stadt vom 2. Bürgermeister Dr. Geyer kampfflos übergeben war. Bangel (der Leiter unseres Ausschusses, Sozialist, Friedensfreund und wahrscheinlich Leiter der Gruppe „Neue Sozialistische Partei“⁴) und ich gingen durch

³ Konnte nicht ermittelt werden.

⁴ Gemeint ist die „Sozialistische Union“, verschiedentlich auch als „Neue Sozialistische Partei“ bezeichnet.

die deutschen und amerikanischen Soldaten hindurch zum Rathaus, wo sich aber noch kein alliierter Verhandlungspartner befand. Die Kommission sollte am anderen Morgen eintreffen. Am nächsten Morgen war am Rathaus allerlei Betrieb, der 2. Bürgermeister verhandelte mit der Military Government und hatte bereits drei uniformierte Polizeioffiziere holen lassen, die einen gewissen Ordnungsdienst organisieren sollten (wegen der Plünderungen). Bald konnten wir zwei amerikanische Intelligenzoffiziere für unseren Fall interessieren, die jedoch die Verabredung mit Kehl und der Zahl nicht kannten. Wo OSS-Offiziere waren, wußten sie nicht. Sie wurden dann abkommandiert, und wir bekamen es mit britischen CIC-Leuten zu tun. Diese Verabredung schien besser zu klappen, es wurde eine Besprechung für den anderen Tag vereinbart. Wir verhandelten noch kurz mit Captain Guyan, der anscheinend die Polizei organisieren sollte. Wir schilderten ihm die Plünderungen durch Russen unter Unterstützung amerikanischer (polnischer) Soldaten. Dafür wollte er seine Hilfspolizei einrichten mit Freiwilligen, die von drei alten deutschen Polizeioffizieren organisiert werden sollten. Wir machten auf die Gefahr aufmerksam, die darin lag, und erbaten uns, selbst die Organisation der Polizei zu übernehmen. Guyan sagte, unsere Leute könnten wir hinschicken, die würden dann eingestellt, aber er wollte bei seinem Plan bleiben, Nazis könnten dann immer noch wieder entfernt werden. So gingen wir nach Hause, wo die Mitglieder des Ausschusses bereits versammelt waren. Es wurde verabredet, das Sofortprogramm der Union⁵, soweit für den Zweck tunlich, zusammenzufassen und der Military Government am nächsten Tag vorzulegen, außerdem schleunigst Adressen von zu verhaftenden Nazis außerhalb der vorliegenden Liste sämtlicher Ortsgruppenleiter zusammenzustellen.

Am nächsten Morgen stellte es sich heraus, daß der Mann, für den wir bestellt waren, der CIC-Kommandeur war. Er verhörte mich sozusagen, danach legten wir unsere Schreiben und Adressenmaterial vor. Er war soweit befriedigt, meinte aber, das Wichtigste wäre die Verhaftung der großen Nazis, die kleinen kämen dann von selber, und die übrigen Punkte unserer Vorschläge könnten dann hinterher immer noch rechtzeitig erledigt werden. Wir trugen ihm unsere Auffassung von der Bildung der Betriebsausschüsse vor, wonach er meinte, die könnten gebildet werden. Waffen oder Ausweise - etwa Vollmachten zur Verhaftung - wollte er nicht ausstellen.

Am Abend des gleichen Tages wurde der Generaldirektor des Bochumer Vereins, Dr. Alberts, durch Böker vom Ausschuß und zwei CIC-Leuten verhaftet. Das war gut für unser Verhältnis zur CIC und zur Einschüchterung der Unternehmer, die den Forderungen unserer Leute nach der Bildung von Betriebsausschüssen fast durchweg sofort nachgaben. Wegen dieser Betriebsausschüsse verhandelten wir noch zweimal mit dem Kommandanten, der sich ebenfalls damit einverstanden erklärte.

Nun gingen zweierlei Arbeiten nebeneinander her, Sammlung von Verhaftungsmaterial und die Organisation von Betriebsausschüssen auf sämtlichen Anlagen und Betrieben. Wir wollten zur schnellsten Durchführung von sämtlichen Betrieben je ein bis zwei Vertreter einladen, doch der Lokalbesitzer wollte sein Lokal nur auf eine schriftliche Erlaubnis der Militärregierung hin freigeben. So kamen wir auf die unglückliche Idee, um eine ausdrückliche Erlaubnis bei der Military Government nachzusuchen, die uns nach zwei Unterredungen ver-

Sie ging aus einer Dortmunder Widerstandsgruppe hervor, die bis 1943 ein Programm („Ideen eines gesunden Staatswesens“) ausgearbeitet hatte und die den Versuch unternahm, sozialistische und pazifistische Elemente miteinander zu verbinden. Daraufhin wurde die „Union“ im Okt. 1943 von sieben Personen gegründet. Durch Gustav Kettel unterhielt die Gruppe ein Kommunikationsnetz nach Hessen, Großbritannien und in die Niederlande. Vgl. hierzu und zur Programmatik der „Union“ Lütgemeier-Davin, Kettel S. 13ff.

⁵ Vgl. hierzu oben S. 53

sagt wurde. Inzwischen hatte Schürmann von der Zeche Prinzregent der Gelsag⁶ aber bereits eine sehr geschickte Arbeitstagung durchgeführt, mit Schnaps, Zigaretten und Essen, an der annähernd 40 Leute von verschiedenen Zechen teilnahmen. Auf dieser Tagung wurde bereits die Industriearbeitergewerkschaft Gruppe Bergbau gegründet.⁷ Unser Plan war gewesen, zunächst im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft von Betriebsausschüssen zu arbeiten. Hier sahen sich aber unsere beiden Ausschußmitglieder, Böker und Wolf Hegemann, gezwungen mitzumachen. Sie machten die Vorarbeiten geltend, die vom „Ausschuß der Union“ für die Gewerkschaftsarbeit geleistet worden waren, und wurden in einen fünfköpfigen Ausschuß einbezogen.

Ein Wort über Schürmann. Dieser Mann war uns bereits im August genannt worden, bevor Jakob hier war, wir erfuhren aber von Letzel, 1) daß Schürmann wegen Sabotageakten nach dem ersten Weltkrieg bereits im Zuchthaus gesessen hatte, 2) daß er Letzel fingierte Versicherungsanträge hereingereicht hatte: Diese Sache hätte ihm wegen seiner Vorstrafe den Hals brechen können, deshalb machte Letzel nichts draus. Als wir von einem Arbeitskollegen Schürmanns noch ein Urteil der Art hörten, wollten wir nicht mit ihm zusammenarbeiten. Und ausgerechnet dieser Schürmann muß jetzt die ganze Bergarbeitersache an sich reißen. Man muß bedenken, daß Bochum der Sitz des Bergarbeiterverbandes war, und Bochum hat, soweit ich einmal gehört habe, die größte Kohlenförderung der Welt. Es ist also nicht unwahrscheinlich, daß Schürmann tatsächlich das Ziel zunächst erreicht, daß ihm unbedingt in der ganzen Zeit vorgeschwebt haben muß: Leiter der zur Zeit wichtigsten Gewerkschaft in Deutschland zu werden, die als Industrieverband organisiert ist, d.h. auch alle Angestellten der Zechen und Zechenverbände sind darin organisiert, d.h. dem Ziele nach. Das wäre etwas zum Freuen, wenn es nicht ausgerechnet die Person Schürmanns wäre, die damit zusammenhinge, ich verweise wegen eines jüngsten Ereignisses auf beifolgenden Bericht.

Ich unterbreche hier meinen chronologischen Bericht. Interessieren dürfte, daß Generaldirektor Dr. Albert Vögler, Dortmund, sich anläßlich seiner Verhaftung durch Amerikaner vergiftet hat. Das geschah etwa acht Tage nach Ankunft der Amerikaner in Bochum. Hier sind sämtliche Abwehrbeauftragten verhaftet worden, die zum großen Teil gute Nazis waren.

Auf Drängen Annas [Kothe] und Jupps schrieb ich am 24.4.⁸ und dann nochmals am 8.5.45⁹ an Eclair, hauptsächlich wegen Jakob. Er war und ist uns hier tatsächlich sehr dringend nötig. Antwort über die CIC Bochum ist nicht eingelaufen. Außerdem hat der CIC-Captain noch ein Schreiben Bangels an einen Parlamentssekretär der Labour Party angenommen, das ich beim ersten Schreiben Eclair bat, an den Mann weiterzugeben. Ist irgendetwas davon angekommen?

In Bremen veranlaßte ich Frieda [Paul], ebenfalls einen Brief an Eclair abzufassen.¹⁰ In Bremen sitzen als Regierungskommission Amerikaner. Ich versuchte es also mit OSS, aber diese intelligenten Intelligenzoffiziere kannten die Organisation augenscheinlich nicht. Jedenfalls lehnten sie es ab, den Brief weiterzuleiten, was mich maßlos enttäuschte. Nach dem Mißerfolg mit Kehl und der Zahl mußte ich nun bestimmt annehmen, daß die OSS außerhalb Londons gar nicht existierte.

⁶ Gemeint ist die Gelsenberg AG mit Stammsitz in Essen. Sie gehörte 1926 zu den Gründungsfirmen der Vereinigten Stahlwerke.

⁷ Gemeint ist die Konferenz von Belegschaftsvertretern Bochumer Schachtanlagen in der Werkstatt der Zeche Prinzregent am 23.4.1945. Für einen Abdruck des Protokolls vgl. Mielke, Aufbau S. 213-218. Dort findet sich auch eine Auflistung der annähernd 40 Teilnehmer verschiedener Zechen. Vgl. zur Konferenz auch Arbeiterinitiative 1945, S. 289-291.

⁸ Das Schreiben konnte nicht ermittelt werden.

⁹ Der Brief liegt vor in ISK Box 56.

¹⁰ Frieda Paul schrieb an Eichler am 24.7. und 9.8.1945. Vgl. Brandt, Antifaschismus S. 349 u. 357.

Zum Punkt Antinazis: Ein kleiner Klub unter Führung Willi Geldmachers hat hier gestern die SPD gegründet, schlimmer als wenn man einen Kegelklub gründet. Wir haben Geldmacher vorgeschlagen, dem Ausschuß der Union beizutreten. Ob das nun sein Ehrgeiz war oder ob er hofft, als alleiniger Leiter der SPD eine größere Rolle spielen zu können, ist noch nicht klar. Geldmacher ist als Leiter des Betriebsausschusses vom Bochumer Verein ein wichtiger Mann. Willi Braumann, den Änne [Kappius] im Februar mit in die Schweiz nahm, fehlt uns jetzt sehr.

Soll nun die „Sozialistische Union“ ortsmäßig auch als Kartell arbeiten oder soll eine einheitliche organisatorische Arbeit da sein, mit einer Leitung und einheitlichem Funktionärs- und Mitgliedsstamm? Wir vertreten die letztere Auffassung. So sagte ich gestern: Die Emigranten in England konnten sich nicht anmaßen, die einheitliche Organisation bereits in England zu begründen. Das geht nur mit den Genossen in Deutschland. An uns ist es, die Sache dadurch vorzubereiten, daß wir in einem einheitlichen organisatorischen Rahmen sozialistische Arbeit leisten. Dieser Rahmen ist in Bochum durch den Ausschuß der Union, in dem Vertreter aller Richtungen sitzen, und durch die angeschlossenen Ortsgruppen gegeben. - Und so wollen wir versuchen, die Sache auszubauen.

Die Kommunisten in Bochum arbeiten einmal in der Antifa, deren vier „Direktoren“ Kommunisten sind, sodann in der KP. Ein junger Kommunist, Freund von Hegemann, trat um Pfingsten an Bangel heran und stellte sich als der offizielle Leiter der KP vor (Rische). Er wollte wegen der Antifa (Antifaschistische Freiheitsbewegung) verhandeln und sagte, so wie die Kommunisten von der Antifa das machten, ginge es nicht. Für die rein kommunistische Arbeit wäre die KP da; bei der Antifa wäre der Gedanke der gewesen, wirklich eine breite Volksbewegung, möglichst mit Einschluß der Zentrumsleute, jedenfalls aber aller Sozialisten und des linken Bürgertums zu schaffen. Wenn wir ihm helfen wollten, den Stall der Antifa auszumisten und etwas Neues daraus zu machen, so wäre er uns dankbar. Seitdem ist Rische verweist, ich möchte ihn unbedingt kennenlernen. Er soll ein ruhiger, sachlicher Mensch sein, der früher auch in der Stuttgarter Zeitung geschrieben hat.

Zum 1. Mai haben die Kommunisten in Bochum trotz Verbots eine zweiseitige, schwülstige Proklamation erlassen und plakatiert. Darauf ist ihnen nichts geschehen. Die Zechen hatten mit roten Fahnen geflaggt, auch andere Betriebe. Auf Befehl der Amerikaner mußten die Flaggen wieder eingeholt werden.

Ein Genosse aus Wanne-Eickel wurde um den 1. Mai herum zu einer Besprechung eingeladen, die sich als rein kommunistisch erwies und an der etwa 70 Leute teilnahmen. Ein noch junger Mann stellte sich als persönlicher Beauftragter Stalins vor. Er sagte u.a., Stalin würde niemals dulden, daß die Westmächte das von ihnen besetzte Deutschland „demokratisch“ machten. Die Rote Armee stände mit 20 Millionen Mann bereit. Eine Organisationsvorschrift wurde verteilt, die ich leider in Bremen gelassen habe (ebenso wie das Mai-Manifest).¹¹ Darin waren nach bewährtem Muster wieder x Organisationen vorgesehen, davon allein zwei internationale Hilfsorganisationen. Auch eine kommunistische Sicherheitsorganisation sollte gebildet werden (KSO).

In Hagen hat sich ein Ausschuß von sechs Sozialdemokraten und sechs Kommunisten gebildet.¹² Zum 1. Mai plakatierten die Leute einen Aufruf mit den Unterschriften der zwölf.

¹¹ Gemeint ist der programmatische Aufruf der KPD-Gruppe Ruhrgebiet/Westfalen von Ende Mai 1945. Er forderte die Enteignung des Großgrundbesitzes und der Schlüsselindustrien. Die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD hätten zum Aufstieg des Nationalsozialismus geführt. Die Schuld der KPD habe in der Propagierung der Diktatur des Proletariats bestanden, während man die Erhaltung der Republik mit mehr Rechten für die Arbeiter hätte fordern müssen. Der schwerste Fehler der SPD sei 1932 die Unterstützung Hindenburgs gewesen. Vgl. hierzu Schwarze, Region S. 145.

¹² Am 1.5.1945 trat ein „vorbereitender Ausschuß der antifaschistischen Hagener Arbeiterschaft“ erstmals an

Sie wurden am 1. Mai noch verhaftet, aber nur einen halben Tag festgehalten. Der Erfolg war, daß sie jedenfalls mit dem Kommandanten in Verbindung kamen.

In Gelsenkirchen¹³, Dortmund, Hattingen¹⁴ und Essen¹⁵ hat sich die SP gebildet. In Essen besteht eine organisatorische Arbeit mit den Freunden von Kettel, welche die Union repräsentieren.

Allgemein ist festzustellen: Es ist kein theoretisches Interesse vorhanden, etwa daß man von einer bestimmten Haltung zu England usw. (siehe Berichtfragen) sprechen könnte. Alles ist völlig von den Forderungen des Tages und den unmittelbaren Aufgaben im Betriebsausschuß oder wofür die Leute gerade tätig sind, oder aber von der Sicherung der eigenen Versorgung in Anspruch genommen. Diskussionen über die Frage der deutschen Verantwortlichkeit oder über die Reparationsfrage finden kaum statt. Was man außerhalb des Kreises der Genossen hört, ist die Anerkennung dessen, daß die Nazis am Kriege Schuld sind, daß sie ganz große Scheusale sind, wenn nur 20% von dem wahr ist, was von den Konzentrationslagern gemeldet wird, und daß man von all dem (angeblich) ja gar nichts gewußt hat.

die Öffentlichkeit. An verschiedenen Häusern und Mauern im Stadtteil Eckesey wurde ein Maiaufzug angebracht, für den die Sozialdemokraten Walter Brake, Hugo Grömmel, Fritz Ily, Erich Meyer, Heinrich Treichel und Gustav Triebel sowie die Kommunisten Emil Hackenberg, Walter Siebert, Fritz Schumacher, Eduard Vieth und Gustav Weber verantwortlich zeichneten. Darin hieß es u.a.: Unter dem Sammelnamen „Antifaschistische Hagener Arbeiterschaft“ wollen wir alle diejenigen Arbeiter, Angestellten und Beamten, auch die Frauen erfassen, die weder in der Nazipartei, noch der SA und SS tätig waren und nicht durch sonstige Handlungen für die Nazis kompromittiert sind.“ Alle Gleichgesinnten wurden darüber hinaus aufgefordert, ab sofort ein rotes Bändchen im Knopfloch zu tragen und am 1. Mai aus allen Wohnungen eine rote Fahne zu hängen. Da der Aufruf ohne Genehmigung der Militärregierung veröffentlicht worden war, nahm diese die Unterzeichner für mehrere Stunden in Untersuchungshaft. Ein Beweggrund der Antifaschisten war, daß der bisherige, mit der NSDAP sympathisierende Bürgermeister, Dr. Werner Dönneberg, vom amerikanischen Stadtkommandanten Wilmoth Meyer zum kommissarischen Oberbürgermeister bestellt worden war. Seine Ablösung erfolgte erst am 17.5.1945. Die „Antifaschistische Arbeiterfront“ zerfiel bereits im Juni 1945, SPD und KPD bauten jeweils eigenständige Organisationen auf. Vgl. Jäger, Verhältnis S. 59ff. Für einen Abdruck des Maiaufzuges vgl. ebda. S. 131ff.

¹³ Bereits am 12.4.1945 stellten zwei Sozialdemokraten, Robert Geritzmann und Karl Hasenclever, den Antrag auf Wiedergründung der SPD in Gelsenkirchen. Drei Tage später trafen sie sich mit SPD-Leuten aus Buer. Darauf fand am 28.4. in Gelsenkirchen und kurz darauf in Buer die erste Versammlung der SPD statt, worauf die beiden Gelsenkirchener Stadtverbände Gelsenkirchen und Buer gegründet wurden. Schon im Juni 1945 erhielt die SPD von der britischen Militärregierung das „August-Bebel-Haus“ zur Nutzung, später als Eigentum zurück. Drei Tage nach der offiziellen Genehmigung politischer Parteien in der BBZ am 15.9.1945 wurde die Gelsenkirchener SPD offiziell zugelassen. Vgl. hierzu Goch, Arbeiterkultur S. 646-651.

¹⁴ Hattingen wurde am 15.4.1945 von den Amerikanern besetzt. Zwei Tage später trafen sich SPD- und KPD-Mitglieder zu einem ersten Gespräch. Vertreter des ehemaligen Zentrums, der DDP und der DVP wurden später hinzugezogen. Ein Ergebnis der Besprechungen war die Konstituierung des antifaschistischen großen Stadtausschusses, der am 26.4. zum ersten Mal zusammentrat. Karl Steierwald (SPD) wurde zum Vorsitzenden gewählt. Am 5.8. wurde ein SPD-Ortsverein - noch inoffiziell - gegründet. Am 20.12.1945 wurde der Stadtausschuß von der Militärregierung aufgelöst und durch den ernannten Rat der Stadt Hattingen ersetzt. Vgl. hierzu SPD-Ortsverein Hattingen-Mitte, Festschrift S. 28f.

¹⁵ Unmittelbar nach dem Einmarsch der Amerikaner in Essen (10.4.1945) begannen die Sozialdemokraten mit dem Wiederaufbau ihrer Partei. Nach der Zulassung von Parteien auf Ortsebene im Juli stellten die Essener Sozialdemokraten am 16.8.1945 einen Antrag auf Zulassung. Geplant war die „Zusammenfassung aller ehemaligen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sowie aller sonstigen sozialistischen Gruppen.“ Im September 1945 wurde, noch inoffiziell, der erste Nachkriegsvorstand gewählt. Am 27.1.1946 erfolgte die offizielle Wiedergründung der Essener SPD im Lichtspieltheater „Atrium“ an der Kettwiger Straße. Vgl. hierzu Streich, SPD in Essen S. 18-21.

Kennzeichnend für die geistige Erschlaffung, die das Nazisystem im Allgemeinen und die Nervenanstrengung des Bombenkrieges in den letzten Jahren verursacht hat, ist auch die Annahme des Sofortprogramms der Union. Es findet keine spontane Diskussion statt, es wird eben treu und brav hingenommen. Es könnte ja auch sein, daß das Programm so ideal wäre, daß eine Diskussion gar nicht entstehen kann. Aber wir wissen, daß dem nicht so ist.

Interessant war für mich folgendes: In Bremen erwähnte ich die Äußerungen des Stalinischen Beauftragten über die 20 Millionen Sowjetsoldaten. Darauf meinte Lücke lachend, aber meiner Ansicht nach im Ernst: „Das ist ja wunderbar.“ Augenscheinlich meinen diese Leute, sie würden unter russischer Besatzung in bezug auf die Naziliquidierung und die Arbeit für den Sozialismus besser fahren. Demgegenüber ist nur die nüchterne Feststellung maßgebend, daß es jetzt zu keinem Kriege zwischen der Sowjetunion und den Westmächten kommen wird. Es ist unglaublich im Verhältnis zum tatsächlichen Verhalten der Sowjetunion, welcher Sympathien sie sich noch unter den Genossen erfreut. (Dies unter: Meinungen der Kommunisten, da es mir auch die Auffassung von Wolters und Ehlers wiederzugeben schien.)

Einheitsgewerkschaften sind hier gebildet. Die Christen machen keine Schwierigkeiten in den Betrieben. Ein gläubiger Katholik, Volperts, ein wichtiger Mann für die Bergarbeiter, früherer Betriebsrat, erklärte mir: Auch wenn der Papst nicht anordnen würde, daß von der Bildung katholischer Gewerkschaften abgesehen werden soll, würde ich bei der Einheitsgewerkschaft mitmachen. Allerdings geistert hier noch ein Gilsing herum, der als Vertreter christlicher Gewerkschaften auftritt, die er mal gegründet hat. Er hat aber gar keine Verbindung zu den Arbeitern. Inzwischen haben wir einen anderen ordentlichen Katholiken gefunden, Elfes, der im KZ gesessen hat und der mit Bangel und der KP zusammen die Verwaltung umgestalten und einen Stadtausschuß einrichten will.

Im Sinne des Unionsprogramms haben wir uns vom Ausschuß sofort auch für die Abstellung von Arbeitern für die Landwirtschaft eingesetzt, mit Bezahlung des Lohnunterschiedes durch die Betriebe. Inzwischen schickt man alle Jugendlichen, die zur Zeit die Schule nicht besuchen können, aufs Land zum Helfen.

Von Änderungen, die man als revolutionär bezeichnen könnte, ist mir nichts bekannt. Die Betriebsausschüsse waren als erstes Instrument zur Einleitung von Maßnahmen gedacht, die friedlich vor sich gehen konnten und doch revolutionär hätten sein können, aber durch die Einwirkung der Rhine-Coal-Commission¹⁶ haben die Ausschüsse nix mehr tau seggen. Über das Tätigkeitsgebiet, das den Ausschüssen und Gewerkschaften zugewiesen ist, näheres aus dem von Major Gressier unterzeichneten Anschlag.

Selbständige Aktionen von unten: An kleineren Orten, z.B. in der Umgebung von Bochum und Dortmund, haben ziemlich erfreuliche und kräftige Aktionen der Bevölkerung gegen die Nazis unter Duldung der Amerikaner stattgefunden. In Wattenscheid mußten die Nazis aus der Stadtverwaltung die Straßen sauber machen und bekamen dabei ein Hakenkreuz auf den Rücken gemalt. Eine deutsche „politische Geheimpolizei“ nahm selbständig Verhaftungen vor, verhörte die Nazis, wobei es auch Prügel setzte etc. In Langendreer ist man dann nach dem Geschmack der Engländer und mancher Deutscher etwas zu weit gegangen: Es wurden Lebensmittel beschlagnahmt, die zum Teil für die beiden Halbjuden Fischer¹⁷ verwandt wurden, der eine von ihnen bezeichnete sich auf seinem kirchlichen Aufgebot als „geheimer politischer Kommissar“ u.a. Als es den Engländern zu bunt wurde, verhafteten sie die beiden Fischer, die wohl seit etwa vier Wochen sitzen und wegen Amtsanmaßung abgeurteilt wer-

¹⁶ Die Rhine Coal Control war als Besatzungsbehörde seit 1945 zuständig für die Kohleproduktion am Niederrhein und im Ruhrgebiet. Ihr unterstand der gesamte Zechenbetrieb und das Produktionsprogramm. Zu Aufgaben und Struktur der Rhine Coal Control vgl. den Bericht „Reise durch den Westen Deutschlands (Mai 1945)“ in: Borsdorf, Befreiung S. 51f.

¹⁷ Vgl. die Erklärung Wilhelm Fischers aus Witten am 18.5.1945, ISK Box 56.

den. Ich machte unseren Freunden in Langendreer bereits Vorwürfe, daß sie dieses Treiben nicht verhindert hätten: Welch ein gefundenes Fressen für die Propaganda der Nazis!

Das wäre alles für heute. Gerade in Hinsicht Deiner Fragen, die ja aber ziemlich ineinander verschwimmen, werde ich mit unseren Leuten sprechen und zu gegebener Zeit neu berichten. Vielleicht komme ich auch in acht bis 14 Tagen nach Köln.

Freundlichen Gruß¹⁸

Friedrich Knigge aus Bochum an Werner Hansen, 29.5.1945¹⁹

ISK Box 56
maschinenschriftlich

Lieber Freund,

meine Freude war groß, als ich von Deinem Hiersein erfuhr. Gretes [Henry-Hermann] Arbeit²⁰ war eine wunderbare geistige Erfrischung, ebenfalls Eure Artikel in den Zeitungsauschnitten.

Von der Arbeit in Bochum wird Jupp [Kappius] Dir sicher schon erzählt haben. Es rächt sich jetzt auch, daß die Emigranten keine einheitliche politische sozialistische Organisation gründen konnten. Hier wurde gestern von einigen Waschlappen und einigen ordentlichen Leuten die SPD offiziell aus der Taufe gehoben. Sie erkennen die Vorarbeit an, die vom „Ausschuß der Union“ geleistet worden ist und wollen mit uns in einem organisatorischen Rahmen zusammenarbeiten, der aber unter der Bezeichnung „SPD“ laufen soll. Damit werden sich unsere Mitarbeiter und ich allerdings kaum einverstanden erklären können.

In bezug auf die Stadtverwaltung sind wir bereits am Bohren, seit die Alliierten hier sind, aber durch Verzettelungen, Krankheitsfälle und das Gebundensein an Verabredungen, gemeinsam mit Vertretern von KP und Katholiken vorzugehen, sind wir dabei kaum einen Schritt weitergekommen.

Die Gewerkschaften haben sich hier bereits gebildet in einer „Industriearbeiterorganisation“. Der Leiter der Gruppe Metall, Siegfried Böker, gehört unserem Ausschuß der Union an. Wie weit unsere Zusammenarbeit im Augenblick geht, zeigt folgender Vorfall: Jupp brachte am Sonntag die Vorlage der Gewerkschaftler in Großbritannien mit.²¹ Ich schrieb sie ab und wollte sie am Bochumer Verein vervielfältigen lassen (wo unser Sofortprogramm, allerdings hunds miserabel, auch bereits vervielfältigt wurde). Auf der SPD-Sitzung gestern nachmittag erhielt ich darauf von Böker folgendes Schreiben zugesteckt:

„Lieber Freund! Heute erhielten wir von dem Betriebsausschuß des Bochumer Vereins eine sogenannte Vorlage der Landesgruppe Deutsche Gewerkschaftler in Großbritannien. Diese Vorlage wurde von Dir dem Betriebsausschuß des Bochumer Vereins zur Vervielfälti-

¹⁸ Handschriftlicher Zusatz: „auch von Anna, Friedrich Knigge“

¹⁹ Handschriftlicher Zusatz: „Heini?“. Auf der Grundlage des folgenden Berichtes von Friedrich Knigge verfaßte Werner Hansen am 8.6.1945 seinen „Bericht Nr.3“ über die Situation im Ruhrgebiet und in Bremen. Da Hansen seine Informationen für diesen Bericht nahezu ausschließlich aus dem Bericht Knigges schöpfte und längere Passagen sogar wörtlich übernahm, wird an dieser Stelle auf den Abdruck des Hansen-Berichtes verzichtet. Der Bericht findet sich in ISK Box 57.

²⁰ Vgl. hierzu oben S. 200

²¹ Gemeint ist: Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung, Programmvorschläge für einen einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbund. London 1945.

gung übergeben. Wir haben dem Betriebsausschuß des Bochumer Vereins die Vervielfältigung dieser Vorlage verboten.

Wir stellen dazu grundsätzlich fest, daß der Aufbau der Gewerkschaften im Bochumer Bezirk bereits vollendet ist. Die Einmischung von Privatpersonen, die außerhalb jeglicher Betriebe stehen, ist nicht erwünscht. Die kommunistische Partei sowie die Antifa z.B. haben in richtiger Erkenntnis mit uns Vereinbarungen getroffen dergestalt, daß alle gewerkschaftlichen Fragen grundsätzlich den Gewerkschaften überlassen bleiben. Wir halten es für selbstverständlich, daß auch politische Gruppen anderer Richtung sich den sachlichen Gründen der kommunistischen Partei und der Antifa nicht verschließen. Mit freundlichem Gruß, gez. Böker, gez. Schürmann.“

Das Traurige an der Sache ist, daß sich die Leute durch dieses Schreiben vorstellten, während Böker mit uns in einem Arbeitsausschuß sitzt und dort die Pflicht hätte, über den Stand der Gewerkschaftsarbeit zu berichten. Und es spricht daraus eine gewisse Angst dieser Leute (über deren Charakter Dir Jupp noch nähere Auskunft geben kann, daß ihnen etwa jemand in die Quere kommen könnte, vor allen Dingen etwa aus dem Ausland jetzt zurückkehrende politische Flüchtlinge).

In einer nachfolgenden Unterhaltung erklärte Böker, es wäre das persönliche Pech dieser Leute, wenn sie aus Deutschland hätten nach draußen gehen müssen. Jetzt hätten sie sich aber nicht in *ihre* (d.h. Schürmanns und Bökers) Arbeit einzumischen. Ich machte Böker klar, daß von Einmischung wohl keine Rede sein könnte, daß es sich bei der Landesgruppe um eine Zusammenfassung aller Gewerkschaftler handelte einschließlich kommunistischer Kollegen, daß es sich um erfahrene und ordentliche Gewerkschaftler handelte, deren Vorschläge zur Gewerkschaftsfrage man daher zumindest prüfen und den Kollegen hier zur Prüfung unterbreiten sollte. Überdies dürfe er nicht vergessen, daß diese Leute über die persönlichen Beziehungen zu den führenden Gewerkschaftlern anderer Länder verfügten und also der neuen deutschen Gewerkschaftsarbeit wirklich sehr nützlich sein könnten. Das schien ihm doch einzuleuchten, zumindest versprach er, die Sache mit Schürmann, dem Leiter der Gruppe Bergbau der Industriearbeiterorganisation, nochmals zu besprechen.

Sollten diese sauberen Leuten sich weigern, die Vorlage zu verbreiten, so werde ich das mit einem offenen Brief über die Praktiken der Herren Arbeiterführer tun, und zwar über die Gewerkschaftskollegen des Ausschusses der Union. Wie ist Deine Meinung dazu?

Im Augenblick läuft eine Sache, daß ich eventuell Privatsekretär des Kommandanten von Bochum werde. Hältst Du das für günstig? Ich wäre dort den ganzen Tag eingespant und könnte mich natürlich um nichts anderes mehr kümmern.

Meine Hauptfrage sehe ich darin, bei den Leuten, die sich jetzt [in] politischer Hinsicht - leider kann man noch nicht sagen zu politischer Arbeit - zusammenfinden, eine gewisse Einsicht in grundsätzliche Fehler der Vergangenheit und Möglichkeiten ihrer Abstellung für die Zukunft zu wecken. Die Leute vom Ausschuß der Union, die, soweit sie bis 33 der SP angehörten, dort zur linken Opposition gehörten, sind durchaus eines Sinnes mit mir, aber gestern sah ich doch wieder, wie erschreckend der Geisteszustand mancher alter SP-Leute noch ist, die jetzt im gemütlichen Strämel von einst weitermachen möchten und nichts aus den politischen Ereignissen hinzugelernt haben.

Die Woche vor Pfingsten war ich in Bremen. Obwohl die Leute in gewerkschaftlicher Hinsicht noch gar nichts gemacht hatten, war der Eindruck von der Arbeit dort sehr gut. Alle Sozialisten und Kommunisten arbeiten dort in einer „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ zusammen.²² Das Unternehmen der Antifa ist dort also nicht rein kommunistisch wie

²² Vgl. hierzu oben S. 200

etwa in Bochum. Der Vorstand der Kampfgemeinschaft besteht aus neun Mitgliedern²³, Heini Busch, Ehlers und Wolters als rechte Kommunisten, Frieda Paul, Fritz Paul und Hermann Lücke als Mittelgruppe, Emil Theil und noch einem SP-Mann und Dr. Nawrat als Vorsitzendem, der als liberal angesprochen werden kann. Frieda hatte den Leuten wohl von meinem Besuch erzählt, jedenfalls zogen mich Wolters und Ehlers am nächsten Morgen in eine lebhaft Diskussions und wollten alles genau wissen, wie es im Ruhrgebiet aussieht. Wir entdeckten eine weitgehende Übereinstimmung in der Auffassung von der politischen Arbeit in der jetzigen Situation: Die KP-Leute scheinen sich untereinander jedenfalls durchaus nicht einig zu sein. Ehlers und Wolters Haltung zu den Emigranten war negativ. (Wolters war, wie ich erfuhr, nach 33 im Zuchthaus, dann in Rußland und Südamerika gewesen und von dort wie Jupp illegal nach Deutschland gekommen.) Ich verteidigte zumindest unsere Freunde. Wolters insbesondere schlug mir dann vor, nach Bremen zu kommen, wo ich doch die Verhältnisse und die Mentalität der Leute besser kenne. Ich sagte ihm, daß ich das Ruhrgebiet im Augenblick für zehnmal wichtiger hielte als das zerstörte Bremen, versprach aber, mich mit meinen Freunden darüber zu verständigen. Was meinst Du dazu?

Frieda [Paul] hoffte übrigens sehr, daß Du wieder nach Bremen kämst. Wie sind die Pläne über die Verteilung der Freunde auf die einzelnen Städte? Ich hoffe, Dich bald einmal begrüßen und näher kennenlernen zu können. Gesehen haben wir uns ja bereits einmal, ich glaube in 36 bei Alex [Dehms] in Bremen, als Du mit Timmer an die Nord- oder Ostsee fuhrst.

Nur will ich erst einmal den versprochenen Besuch von René [Bertholet] und die Ankunft von Änne [Kappius] und Willi Braumann abwarten.

Einen freundlichen Gruß

Jupp Kappius aus Bochum, 12.6.1945²⁴

ISK Box 57
maschinenschriftlich

Zu 1) Persönliche Lage: Ich benötigte dringend ein Fahrrad wegen der schlechten Verkehrsverhältnisse.

Zu 2) Weißlisten: Diese Angelegenheit möchte ich erst nochmals besprechen.

Zu 3) Schwarzlisten: Laufende Informationen hierüber sind von meinen Freunden an die CIC 79X (66.FSS Captain Vacha) gegeben worden. Nach dem Eindruck meiner Freunde geht man aber etwas zu rücksichtsvoll vor. Mehrere Fälle mögen das illustrieren.

Am 30. April gab mein Freund K.²⁵ folgende Information an die CIC:

²³ Zum Vorstand gehörten neben Dr. Nawrat als Vorsitzendem Busch, Ehlers, Lücke (SAP), Cavier (KPO), Wolters, Buckendahl (KPD) Frieda und Fritz Paul (ISK), Gotthard, Theil und Heine (SPD). Vgl. Brandt, Antifaschismus S. 108.

²⁴ Anlagen:

1. Vorläufige Geschäftsanweisung des geschäftsführenden Vorstandes der Bezirksbetriebsvertretung bei der Reichsbahndirektion Essen vom 1.6.1945

2. Aufruf der Leitung der Antifaschistischen Freiheitsbewegung vom 12.6.1945

3. Aktennotiz einer Besprechung von Vertretern der GBAG und Major Gressier vom 13.6.1945

4. Bericht über die Sitzung des Stadtausschusses beim Bochumer Stadtkommandanten vom 20.6.1945

²⁵ Gemeint ist offenbar Friedrich Knigge.

“Leonard Lobing, Bochum, Schwindstr. 17

Vor einer Woche kamen Amerikaner zu Lobing. Nach seiner eigenen Erzählung hinterher fragten sie ihn, ob er Mitglied der SA gewesen wäre. Er bejahte. Dann wurde er gefragt, ob er immer noch Nazi wäre. Die Antwort war, daß er seit zehn Jahren kein Nazi mehr wäre.

Das ist ein schlechter Scherz. Lobing, SA-Obersturmführer, ist ein typischer und gefährlicher Nazi. Im Jahre 1933 nahm er aktiv an den widergesetzlichen Verhaftungen von Antinazis teil. Er verwundete einen Mann mit der Schußwaffe. (Otto Köthe, Konrad Köthe, Bochum, Hattingerstr. 330, sind Zeugen und Mißhandelte). Im Jahre 1938 rühmte sich Lobings Frau, daß ihr Mann daran teilgenommen hatte, Juden in Krefeld zu verhaften. Drei Tage bevor die Alliierten hierher kamen, hatte Lobing, Volkssturmgewehrführer, ein ganzes Lager von Volkssturmgewehren in seinem Hause.

Wenn die Amerikaner Lobing nach ihrer Nachfrage in Ruhe ließen, so war das ein Fehler. Wenn irgend jemand würdig ist, verhaftet zu werden, weil er aktiv am Naziterror teilgenommen hat, so ist das Lobing.

Heurich, Steiger, und Assessor Lange, Direktor der Zechen Hannover und Hannibal

Im Januar 1945 hatte Anton Müller, Wanne-Eickel, Kurfürstenstr. 21, Streit mit dem Steiger Heurich wegen Lohnfragen. Heurich denunzierte ihn hinterher an den Assessor Lange als Antinazi. Lange leitete die Denunziation an die Gestapo weiter. Der Bergarbeiter Müller wurde verhaftet. Da man ihm keinen Prozeß machen konnte, schickte ihn die Gestapo mit einem Transport politischer Gefangener in das Konzentrationslager Hameln. Der Transport erreichte das Lager nicht, sondern wurde bei Soest von den Amerikanern angehalten, die die Gefangenen befreiten und zurückschickten.

Als aktive Unterstützer des Naziterrors durch Denunziation (und nicht nur die oben erwähnten) sollten Heurich und Lange verhaftet werden. Lange ist Gausenator gewesen (Gausenat = Nazirat zur persönlichen Verfügung des Nazi-Gauleiters). Die Nazis müssen ihn als Mitarbeiter geschätzt haben, sonst hätten sie ihn nicht dazu gemacht.“

Auf diese Information hin erklärte Sergeant-Major Saunders von der 66. FSS folgendes: Lobing könnten sie nicht verhaften, weil das nur ab Sturmbannführer aufwärts ginge. Wenn sie ihn verhafteten, so brauchte der Mann nichts zu tun, sie müßten ihn verpflegen, und hinterher würde er doch nur wieder freigelassen. Assessor Lange sollte vernommen werden.

Eine solche Reaktion seitens der CIC - die betreffenden Nazis laufen heute noch frei herum - benimmt meinen Freunden jede Lust, überhaupt noch weitere Informationen über Nazis zu sammeln, ferner auch folgende Einstellung der alliierten Beamten: K.²⁶ wies noch darauf hin, daß Heurich und Lange für die wüsten Prügeleien an Ostarbeitern mitverantwortlich wären. Darauf meinte Saunders: Dann könnten sie ja alle Deutschen verhaften, denn alle hätten sich irgendwie an Mißhandlungen von Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern beteiligt. - So lange die alliierte Einstellung so ist, meint mein Freund, ist die Zusammenarbeit mit ihnen fast sinnlos. Es ergibt sich aus einer solchen Einstellung aber eine gefährliche Konsequenz, gefährlich für die Deutschen als auch für die Alliierten, die ernsthaft daran interessiert sind, das „andere Deutschland“ zu unterstützen: Dringt eine solche Auffassung wirklich durch, so wird nämlich die Bemühung sinnlos, auch nur nach Kräften zu suchen, die radikale Antinazis sind und **waren** und die wirklich eine neue Entwicklung in Deutschland anbahnen und einer neuen, demokratischen Geisteshaltung zur Durchsetzung verhelfen könnten.

Zu 4) **KPD**: Die KP scheint in Westdeutschland noch keine Verbindung zu einer Art ZK der KPD zu haben. Die Folge ist, daß die Leute wirklich vernünftige Politik machen wollen:

²⁶ Gemeint ist offenbar Friedrich Knigge.

Ehrliche Zusammenarbeit (wie sie jedenfalls angeben) mit den anderen sozialistischen und bürgerlichen Gruppen, so weit die letzteren wirklich antifaschistisch sind, unter dem organisatorischen Rahmen der Antifa zur Verwirklichung gewisser Sofortaufgaben, Lösung der Wohnungsfrage, Verbesserung der Ernährungslage, Soforthilfe und Betreuung ehemaliger politischer Gefangener usw. Es ist der KP bzw. den wichtigsten Leuten noch keineswegs gelungen, alle Kommunisten in einem organisatorischen Rahmen zusammenzufassen. Die personellen Schwierigkeiten und Streitigkeiten sind groß, wenn auch wohl nicht größer als bei den anderen politischen Gruppen. Es gibt verschiedene Cliques (oder z.B. auch Claque), die vorschnell gegeneinander arbeiten.

Sozialistische Union: Im September 1944 gelangten Informationen nach Bochum über die Zusammenarbeit der vier sozialistischen Gruppen SPD, ISK, SAP und Neu Beginnen in der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“.²⁷ Sie wurden Sozialisten in Bochum und im Reich (Ruhrgebiet, Bremen, Hamburg, Hannover, Berlin, Göttingen, Kassel, Frankfurt) in dem von der „Sozialistischen Union“ ausgearbeiteten Sofortprogramm zugänglich gemacht. Es wurde beabsichtigt, diese Widerstandsbewegung so weit auszubauen, daß man mit Unterstützung der Betriebe noch vor dem alliierten Einmarsch die lokalen Machtpositionen besetzen konnte. Aus verschiedenen Ursachen heraus kam dies nicht zustande: Mangelnde Waffenbeschaffung, Handicap der verstärkten Bombenangriffe, nötige Vorsichtsmaßnahmen und deshalb zu beschränkender Kreis, Verhaftungen und Einziehungen von Sozialisten. So stellte man sich auf den Plan um, den Einmarsch der Alliierten abzuwarten und sich intensiv darauf vorzubereiten, daß dann die im Sofortprogramm vorgesehenen Maßnahmen sofort durchgeführt werden könnten. Hierfür wurde im Februar 1945 ein Aktionsausschuß²⁸ gebildet, dem sieben Mitglieder angehörten und der die nötigen Aktionen leiten sollte.

Vertreter des Aktionsausschusses setzten sich am 11.4.45 mit der Bochumer Besatzungsbehörde in Verbindung und legten einen Vorschlag vor, der die wichtigsten Punkte des Sofortprogramms zusammenfaßte. Der CIC-Captain wünschte aber zu allererst, daß alle Kräfte zur Verhaftung der Nazis eingesetzt wurden. So wurde u.a. eine systematische Liste der Nazi-Ortsgruppenleiter geliefert. Die vom Aktionsausschuß dringend gewünschte Bildung von Betriebsausschüssen wurde erlaubt. Eine gute Unterstützung der Arbeit war es, daß der Generaldirektor des Bochumer Vereins, Dr. Alberts, der auf der Verhaftungsliste der CIC stand, von einem Mitglied des Aktionsausschusses mit Leuten der CIC verhaftet werden konnte. Dr. Alberts hatte Einquartierungen von alliierten Offizieren und saß mit ihnen im gemütlichen Gespräch bei einem Glase Wein zusammen, als er verhaftet wurde - zwei Tage nachdem die Alliierten in Bochum einmarschiert waren.

Die Verhaftung Dr. Alberts - der Generaldirektor des Bochumer Vereins war früher der mächtigste Mann in Bochum - schüchterte die Naziunternehmer derart ein, daß sie meist sofort der Forderung alter Gewerkschaftler in den Betrieben zur Bildung der Betriebsausschüsse nachgaben. Nachdem in allen Betrieben Bochums Betriebsausschüsse gebildet waren, gab der Aktionsausschuß diese Arbeit an die „Arbeitsgemeinschaft der Betriebsausschüsse“²⁹ ab und beschränkte sich auf die übrigen Punkte des Sofortprogramms.

So verlangten Vertreter des Aktionsausschusses beim Bürgermeister Bahlmann die Bildung eines Stadtausschusses aus Antifaschisten, welcher der Militärregierung und dem Bürgermeister beratend und helfend zur Seite stehen könnte. Dies wurde zunächst abgelehnt.

²⁷ Vgl. hierzu oben S. 53

²⁸ Gemeint ist der Ausschuß der Union. Er hatte die Bildung freier Gewerkschaften, demokratischer Selbstverwaltung sowie die Entnazifizierung in den Betrieben zum Ziel. Vgl. hierzu Leidemann-Zumdick, Entstehung S. 106f. sowie dies., Geschichte S. 21.

²⁹ Vgl. hierzu Leidemann-Zumdick, Entstehung S. 105f.

Die Forderung, sofort Arbeitskräfte, die in den zerstörten Betrieben nicht benötigt würden, an die Landwirtschaft abzugeben, konnte gegen die hinhaltende Sabotage von Bahlmann und Direktoren des Bochumer Vereins durchgesetzt werden. Die Reinigung der Stadtverwaltung von alten Kämpfern und den schlimmsten Nazis wurde so lange hinausgezögert - trotz der ständigen Vorstellungen des Aktionsausschusses, der Kommunisten und der Betriebsausschüsse - bis schließlich auf Anordnung der Militärregierung in Arnsberg erst einmal die alten Kämpfer entlassen werden mußten. So mußte auch ein kommunalpolitischer Ausschuß zugelassen werden, in dem je zwei Vertreter der Kommunisten, der Sozialisten und der Gewerkschaften sowie drei katholische Vertreter sitzen.³⁰

Neben dem Aktionsausschuß hat sich vor zwei Wochen eine SPD-Gruppe gebildet, die aber anscheinend noch nicht recht weiß, was sie will.

Der ISK arbeitet zusammen mit dem Aktionsausschuß, ferner eine Gruppe: **Neue Sozialistische Partei**.³¹ Sie wurde 1943 gebildet als organisatorische Zusammenfassung der Sozialisten aus der ehemaligen Friedensbewegung. Zur weiteren Information möchte ich einige Absätze aus dem Schreiben des Leiters dieser Gruppe an den Kommandanten von Bochum anführen:

„In (1943) the socialist adherents of (the Peace Movement) gathered in a new political party, the „New Socialist Party“. That party accepted a firm anti-militaristic programme, in which there was demanded the extirpation of Prussian-German militarism and of Nazism as its last and most horrible consequence, which extirpation is the supposition of any work of reconstruction in Germany.

The existence of that organisation being known to all left politicians in many provinces of Germany, it was quite natural that the initiators of the „generals' riot“ got in touch with us already at the end of 1943. That overthrow should by no means be a purely military one, but rather reintegrate the civil political power of the german people. Besides the names made known abroad as Dr. Gerdeler, von Trott zu Solz, Dr. Leber, Lejeune-Jung and Wilhelm Leuschner, a central committee worked to realize the aims. A number of our former intimate collaborators belonged to it or supported it. Where must be called special attention to the Reichstag-deputy Karl Mierendorff, who died in the meantime, and to Fritz Küster mentioned in the first part of this letter.

The preparations in the Rhineland, Hessen and above all in Westphalia were done by skilled collaborators of our movement. I had to do the preparatory work in the area of the Gau Westfalen-Süd. We had well prepared the dismissal of all Nazi-mayors and chiefs of police and of all other important Reich and municipal authorities and their replacement by reliable Anti-Nazis. As it is well known that plan failed and then we were quite certain that only military breakdown and the victory of the allied arms could bring about our liberation from tyranny. Possible enlightenment was done now.

In October 1944 a political refugee coming from London (representative of ISK belonging to the „Union of German Socialist Organisations in Great Britain“³²) got in touch with us to make arrangements for collaboration. As our supreme aim always was the formation of a united organization of all Anti-Nazis (socialists), we were glad of those

³⁰ Der kommunalpolitischer Ausschuß wurde am 8.5.1945 gebildet. Wichtigste Ziele waren die Versorgung der Bevölkerung sowie die Durchführung der Entnazifizierung. Mitglieder waren: Anton Gilsing, Alexander Elfes (Zentrum), August Bangel, Paul Witthüser (SPD), Heinz Pöppe, Sepp Wißmann (KPD), Siegfried Böker und Friedrich Schürmann (Gewerkschaften). Vgl. hierzu Leidemann-Zumdieck, Geschichte S. 20-23.

³¹ Vgl. hierzu oben S. 42 f.

³² Gemeint ist Jupp Kappius.

proposals, coming to an agreement about a scheme of immediate measures which should be realized after the Allies' arrival."

SAP tritt in Bochum nicht auf. In Witten haben Vertreter der SAP die Leitung der Arbeit der „Sozialistischen Union“ in der Hand.³³ Nach Sammlung guten Materials haben sie gerade einen guten Schlag gegen das wüste Nazinest der Direktion der Ruhrstahl Witten ausgeführt.

Die Rote Hilfe³⁴, KJV³⁵, SAJ³⁶ sind bis jetzt nicht aufgetreten. Die bereits beschriebene Arbeit der KP wird in der Antifa geleistet, doch arbeiten in der Antifa auch andere Leute mit. Von neu auf gekommenen Gruppen mit entschieden anti-alliierten Einstellung ist mir nichts bekannt.

Zu 5) Vorbereitende Gewerkschaftsarbeit wurde hauptsächlich vom Aktionsausschuß der „Sozialistischen Union“ geleistet, wie unter 4) beschrieben. Die Arbeit der „Arbeitsgemeinschaft der Betriebsausschüsse“ wurde mit einer anderen Bestrebung, dem „Industriearbeiterverband“, zusammengelegt und unter letzterem Namen fortgeführt. Doch handelt es sich heute fast nur um eine organisatorische Zusammenfassung der Betriebsausschüsse.

Das Gros der Werktätigen in Deutschland begrüßt zweifellos die Bildung neuer Gewerkschaften.

Der Industriearbeiterverband ist als Einheitsgewerkschaft gedacht, nach Industrieverbänden organisiert. Irgendeine ernsthafte Bestrebung, christliche Verbände neu aufzuziehen, ist nicht festzustellen. Die Arbeit wird ausschließlich von Leuten gemacht, die in Betrieben stehen. Irgendwelche Mitarbeit von Außenstehenden wird abgelehnt, im Gegenteil ist eine ebenso ungesunde Tendenz der Monopolisierung des Einflusses in den Händen einer kleinen Clique festzustellen.

Der eigentliche Sinn der Gewerkschaftsarbeit besteht ja wohl darin, zur Sicherstellung eines menschenwürdigen Lebens der Arbeiter kollektiv mit den Unternehmern zu verhandeln. Diese Art Arbeit kann aber bisher offiziell nicht durchgeführt werden. Vielmehr haben sich die Betriebsgewerkschaften laut Anschlag des Majors Gressier von der Rhein-Kohlen-Kommission nur mit innerbetrieblichen Angelegenheiten wie Bademöglichkeiten usw. zu befassen.³⁷ Wenn hieran festgehalten wird, läuft sich die Arbeit tot, und bei den Arbeitern geht jedes Interesses für die Gewerkschaften verloren.

³³ In den ersten Monaten nach der Besetzung Wittens spielten Anhänger der Bochumer Union auch in Witten eine wichtige Rolle. Die zentrale Figur war Ewald Beilmann, der vor 1933 der SAP angehörte und bis 1945 an den Untergrundaktionen des Bochumer ISK beteiligt war. Parallel zu den Bestrebungen der Union wurde die SPD gegründet, die am 13.9.1945 ihre erste öffentliche Veranstaltung abhielt. Stadtverbandsvorsitzender wurde allerdings mit Walter Nowak ein ausgesprochener Linkssozialist. Vgl. hierzu Pietsch, Militärregierung S. 149f., 153 u. 156.

³⁴ Die „Rote Hilfe Deutschlands“ (RHD) ging hervor aus dem provisorischen „Rote-Hilfe-Komitee“, das 1921 ins Leben gerufen wurde. Am 1.10.1924 wurde dann die RHD gegründet, 1. Vorsitzener war Wilhelm Pieck, 1925 löste ihn Clara Zetkin ab. Die RHD war eine kommunistische Hilfsorganisation zur Unterstützung politischer Gefangener und zur Behebung materieller Not. Seit 1933 arbeitete sie illegal, 1935 schloß sie in Dortmund und Berlin mit der SPD ein Einheitsfrontabkommen. 1935/36 wurde sie von der Gestapo zerschlagen. Vgl. Lexikon des Sozialismus, Artikel „Rote Hilfe Deutschlands“, dort auch weiterführende Literatur.

³⁵ Der „Kommunistische Jugendverband Deutschlands“ (KJVD) war die Jugendorganisation der KPD. Er ging hervor aus der „Freien Sozialistischen Jugend“, die am 26./27.10.1918 in Berlin gegründet wurde. Am 11./12.9.1920 beschloß der Verband sein Umbenennung in KJVD. 1933 wurde der KJVD verboten, woraufhin er sich an der illegalen Arbeit beteiligte. Vgl. Artikel „Freie Sozialistische Jugend“ und „Kommunistischer Jugendverband Deutschlands“; in: Wörterbuch der Geschichte, Bd.I.

³⁶ Vgl. hierzu oben S. 54

³⁷ Vgl. hierzu oben S. 232

Zu 6) Zweifellos kam nach der Besetzung zunächst ein großes Aufatmen darüber, daß der Krieg beendet war. Die Freude war nicht ungetrübt infolge verschiedener Ereignisse: keine Lebensmittel, Plünderungsaktionen durch Fremdarbeiter, von Amerikanern unterstützt, andere Übergriffe der Besatzungstruppen. Natürlich war alles im Rahmen des Erträglichen und der Hinweis: Die Deutschen haben es anderswo schlimmer gemacht, wurde durchweg bereitwillig angenommen.

Daß Deutschland diesen Krieg mutwillig begonnen hat und zur Wiedergutmachung verpflichtet ist, wird anerkannt, allerdings weniger aus einem moralischen Verantwortungsgefühl heraus als vielmehr aus Fatalismus und Anerkennung eines Rechtes des Stärkeren, der in diesem Falle eben die Alliierten waren. Das ist meine Vermutung; wenige gibt es, die heute von sich aus auf solche Unterscheidungen überhaupt kommen würden. Bei einem gewissen, gerade auch für den demokratischen Wiederaufbau wichtigen Teil der Bevölkerung besteht sicherlich die Einstellung: Wenn die Russen hier wären, würde schneller mit den Nazis Schluß gemacht werden. Daß die Kommunisten lieber die Russen sehen würden, ist bei ihrer Einstellung nur natürlich. So werden die Beziehungen zwischen den Großmächten ängstlich verfolgt. In den ersten Wochen der Besetzung wurden von interessierten Kreisen immer wieder Gerüchte über einen Krieausbruch zwischen Rußland und den Westmächten lanciert, wobei einmal dieser, einmal jener den Krieg erklärt hatte.

Das alles wird mit einer völlig fatalistischen Einstellung verfolgt, genauso wie früher die Hitler-Kriegsführung angesehen wurde: Das müssen wir eben über uns ergehen lassen, wir können ja doch nichts daran machen.

Das aktive Verantwortungsgefühl: Es muß auch und vor allem auch seitens der Deutschen etwas getan werden, damit der Friede in der Zukunft gesichert wird, damit Deutschland überhaupt erst einmal instand gesetzt wird wiedergutzumachen, dieses Gefühl ist bei wenigen vorhanden, und man muß zugeben, daß auch die Alliierten einen nicht geringen Einfluß darauf ausüben können, daß dieses Verantwortungsgefühl zum vorherrschenden im deutschen Volke wird. Einräumung größerer Kompetenzen für die deutsche Selbstverwaltung, so weit sich ehrliche deutsche Bemühungen zeigen, Verantwortung zu übernehmen, wäre ein Weg dazu.

Gewisse Leute vertreten hier die Ansicht: Hitler hätte doch gesiegt, wenn nicht so viel Verrat dabei gewesen wäre. Die Wirkung von zwölf Jahren Nazimonopol in der geistigen Verbildung des Volkes lassen sich nicht leicht ausrotten.

Zu 7) Kulturelles Leben ist nicht vorhanden, was neue Bücher, Filme, Schulen und Hochschulen angeht. Es besteht großes Interesse zur Erlernung der englischen Sprache, Lehrbücher sind natürlich nicht zu kaufen. Wäre es nicht im Interesse der Militärregierung, wenn ordentliche Lehrbücher gedruckt würden?

Jupp Kappius aus Bochum, 20.6.1945

ISK Box 57
handschriftlich

Lieber Freund!³⁸

Ohne die Impfarei wäre ich längst weg, so aber wird es noch ein paar Tage dauern. Aber der Aufenthalt macht sich bezahlt: Ich habe inzwischen Gelegenheit gehabt, einige interessante Menschen aus Schweden kennenzulernen und mit ihnen zu diskutieren.

Da ist erst einmal August Enderle, ein ernsthafter Sozialist, der mit seiner Frau nach Bremen geht. Du hattest Recht, sie sind in die SP zurückgekehrt im Interesse der Einheit, ohne den wirklichen Gründen der Krise der Arbeiterbewegung nachzugehen. Er betreibt in diesem Sinne auch die Einheitspartei mit Kommunisten und glaubt, daß kommunistische Zellenbildung-Erfahrung gewiß unwirksam sei, wenn es keine organisierte KP nebenher gibt, daß man vielmehr mit Kommunisten als Mitgliedern einer Einheitspartei gut werde arbeiten können, weil sie in der engen Zusammenarbeit sowohl von Moskau als auch von ihren Tricks wegkommen würden. Verstärkung des demokratischen Aufbaus ist seine Idee einer reorganisierten sozialistischen Partei, intensive und wirkliche, nicht vorgetäuschte Mitarbeit der Mitgliedschaft, durch die er den Apparatismus der Parteiangestellten ausschalten will. Vor allem sollen oppositionelle Gruppen Platz und Recht in der Partei haben und jene Tendenz radikal ausgeschaltet werden, die jeden aus der Organisation weisen will, der nicht strikt der Linie folgt. Enderle ist sehr ernsthaft bemüht, die Arbeiterbewegung wieder auf die Füße zu stellen, sieht es aber auch als organisatorisches Problem, und er wird daher auch zu Kompromissen bereit sein, die er im Grunde nicht mehr verantworten kann (wie z.B. die Aufnahme des Artikels über die Sozialversicherung in der Sowjetunion, der in der Mai-Nummer des von ihm redigierten „Mitteilungsblatts“ steht. Er sieht aber nicht, wo die wahre Krise der Arbeiterbewegung liegt, glaubt nach wie vor an die Demokratie und den historischen Materialismus und erwartet, die Opportunisten und sachlichen Verräter durch organisatorische Mittel davon abhalten zu können, die Arbeiterbewegung wieder zugrunde zu richten.

Seine Frau ist klüger als er, i.e. intelligenter. Du kennst sie ja wahrscheinlich auch. Sie hieß früher Irmgard RASCH und hat wohl zu irgendeiner Zeit dem Nelson-Bund nahegestanden. Sie machte natürlich eine Bemerkung über Metaphysik, in dem Sinne etwa, daß sie nicht mehr mitmache, wenn es anfängt, metaphysisch zu werden. (Sie las gerade Gretes [Hermann] neue Broschüre³⁹.) Wir hatten dann eine längere Diskussion im größeren Kreise über die Grundlagen des Sozialismus, in der sie zugab, daß sie selber das Prinzip der Gleichheit anwendet und auch danach strebt, daß es von allen angewendet wird und vor allem, daß es für alle in der Gesellschaft gelten soll. (Und das, nachdem sie vorher fest behauptet hatte, es gäbe keine objektiven Wahrheiten.) Der einzige Unterschied zwischen ihr und uns war, daß sie das Prinzip anwendet, aber nicht weiter fragt, woher es kommt und wieso es überhaupt ein Prinzip ist und stattdessen weiterhin dem Historischen Materialismus anhängt, - während wir weitergehen und den Sozialismus begründen als eine Forderung des Rechts, nämlich dieses Prinzip zum herrschenden in der Gesellschaft zu machen. So weit hatte sie anscheinend noch nie überlegt, und ich will versuchen, die Diskussion noch weiter fortzusetzen.

Irmgard Enderle hat in Schweden anscheinend sehr viel gearbeitet, geschrieben und gesprochen und sich um die Einheit der Sozialistischen Bewegung bemüht. Sie ist wie August auf der organisatorischen Linie, sie sagt aber weiter, es hätte sich in Schweden in den Jahren der Zusammenarbeit ein solch starkes menschliches Verhältnis zwischen SP- und SAP-Mitgliedern gebildet, daß die Einigung eigentlich sehr einfach gewesen sei. Sie wären aber nicht einfach in die alte SP eingetreten, es sei vielmehr eine neue Partei gebildet worden aus den beiden, die ein neues Organisationsstatut habe, das von dem alten abweiche. Sie haben es leider nicht bei sich, aber der wichtigste Punkt ist anscheinend der der Toleranz der Opposition gegenüber.

Und die KP hoffen sie auch noch in diese neue Partei hineinzukriegen.

Schade, daß die beiden gerade nach Bremen gehen, denn in Bremen scheinen starke Tendenzen in dieselbe Richtung zu gehen. Es gibt in Bremen ein Einheitskomitee, das von einem

³⁸ Handschriftlicher Zusatz: „erh.30. July“

³⁹ Vgl. hierzu oben S. 200

KP-Mann und einem SP-Mann geleitet wird und dem u.a. auch ein ISK-Genosse angehört.⁴⁰ Wer er ist, weiß ich nicht, wahrscheinlich aber wohl Frieda oder Fritz [Paul]. Und die beiden Enderle werden die „Einheit mit Kommunisten um jeden Preis“ wahrscheinlich mit großem Erfolg dort vertreten. (Max Jahn, der Bruder von Hans, ist übrigens Polizeipräsident in Bremen.)

22. Juni

Ein anderer von den aus Schweden gekommenen Genossen ist Josef Wagner, früher KP, Apparatmann, war 1 3/4 Jahre während des Krieges in Deutschland (1940 - Ende 41), früher Leiter einer freien Schule in Hamburg. Dieser Mann ist sehr interessant, und wir sollten uns mehr um ihn kümmern. (Ich werde den Genossen in Hamburg einen Brief schreiben.) Wagner sollte bzw. wollte einmal Jesuit werden und war in der Ausbildung, hat aber ernste Gewissenskrüpel bekommen und ist getürmt. War dann in der KP und hat Jahre gebraucht (seit etwa 37), sich dort wieder freizukämpfen. Er ist sehr nahe an unseren Auffassungen, schätzt uns sehr und schlug u.a. von sich aus vor, eine sozialistische wissenschaftliche Hochschule einzurichten, die die Grundlagen des Sozialismus wissenschaftlich nachprüft. Er wird von sich aus tun, was er kann, um sie in Hamburg zustande zu bringen. Er hat die „Ethik und Politik“⁴¹ mit, wie ich denn überhaupt nach allen Städten ein Exemplar mitgegeben habe von den Broschüren. (Hätte ich man mehr mitgenommen, sie sind gefragt wie warme Semmeln.) Wagner hat mich sehr gut unterstützt bei der Diskussion über die Grundlagen des Sozialismus, und dadurch wurde ich auf ihn aufmerksam. Er liest nun noch schnell die „Sozialistische Wiedergeburt“⁴², am Dienstag fahren sie los. Wagner gehörte zur SAP, ist auch mit in die neue SP eingetreten, bekämpft aber Enderles Tendenz, der überzeugt ist, es könne wirkliche Einheit nach Kräften helfen, besonders auch mit Lebensmitteln. Die Lebensmittellage ist sehr, sehr ernst - das ist genau wörtlich zu nehmen.

Hans [Jahn] ist sehr viel in Deutschland umhergefahren. Er sagt, nach seinem Eindruck sei es sehr wichtig für die künftige Arbeit, daß er so früh dagewesen sei, und nach seinen Berichten hat er eine ganze Menge tun können.

Im Ruhrgebiet tut sich auch manches. In Gelsenkirchen ist der alte Arbeiter- und Soldatenrat von 1918 in den Positionen, die Leute arbeiten anscheinend sehr geschickt. Einer ist z.B. Personalchef, - er führt die Reinigung administrativ durch, indem er zusammen mit dem Finanzdezernenten (der auch dazugehört) „Sparpolitik“ treibt und auf diesem Weg alle Nazis los wird.

Falk, der frühere Vorsitzende vom Polizeibeamten-Verband, ist Personalchef der Polizei in Essen. Ich hatte Verbindung mit ihm während des Winters. Er hatte inzwischen 70.000 Exemplare des Unionsprogramms⁴³ in Umlauf gesetzt. (Findst'n det!) Er war sehr stolz darauf, daß er Verbindung mit der Union in London gehabt hatte.

Auch in Düsseldorf, Duisburg und Mülheim sitzen Leute von links in den Verwaltungen, weitgehend durch Falks Hilfe, der anscheinend viel bei der Regierung in Düsseldorf ist und dort Vorschläge macht.

⁴⁰ Vgl. hierzu oben S. 71

⁴¹ Vgl. hierzu oben S. 200

⁴² Die „Sozialistische Wiedergeburt“ war eine vom ISK herausgegebene programmatische Broschüre, die 1934 in Amsterdam erschien. Sie übte heftige Kritik an der Konkurrenz der verschiedenen Arbeiterorganisationen und warb für den ISK. Die Broschüre empfahl u.a. die Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft in Deutschland. Vgl. hierzu Klär, Nelson-Bünde S. 328f.

⁴³ Vgl. hierzu oben S. 53

Pablo, Willi [Kirstein] und Änne [Kappius] erwarten wir dieser Tage hier, wahrscheinlich am 26. Robert wird sie herbringen. Ich kriege Sonntag meine zweite Impfung, werde aber die drei Tage noch warten, um die Freunde noch zu sehen. Änne und ich können dann gleich gemeinsam reinfahren. Man hat übrigens allgemein 100 km Bewegungsfreiheit, ich will aber sehen, daß ich mehr kriege, so daß ich bis Hannover und Frankfurt reisen kann. Der Liaison-Offizier von den Engländern, der neulich hier war, meinte, das mache keine Schwierigkeiten.

Wir haben das Gewerkschaftsprogramm hier nochmal abgeschrieben (Rosenberg hatte ein Manuskriptexemplar), so daß wir je eins nach Hamburg, Frankfurt, Bremen, Hannover, Köln, Bayern und Ruhrgebiet schicken können. Sag nur Hans Gottfurcht, er soll man gleich mindestens 100 schicken, wenn sie fertig sind. Und von unseren Broschüren können wir auch je 100 mindestens brauchen. Ich hätte statt der alten Sozialistischen Warte⁴⁴ lieber lauter neue mitnehmen sollen. Man denkt doch immer noch nicht weit genug. An die Möglichkeit, von hier aus zentral verteilen zu können, habe ich überhaupt nicht gedacht.

Anbei findest Du einen Bericht über Gewerkschaftsarbeit in Halle, der Dich sicher interessieren wird.⁴⁵

Wie weit ist Deine Sache? Hans [Jahn] meint, es wäre wichtig für Dich herüberzukommen, aber Du solltest um Gottes willen nicht gehen, ohne Zusatzernährung irgendwie gesichert zu haben. Wir wollen mit Robert sprechen, wie weit Swiss Colis⁴⁶ dazu eingesetzt werden können. Von hier aus können wir nicht allzuviel Unterstützung erwarten. Es ist schwer, andere Nahrungsmittel als Army-rations zu besorgen, und die sind gerade nicht für Zivilisten geeignet, weil man schwer bestraft werden kann, wenn man Armeegut in seinem Besitz hat.

Hans' Frau ist übrigens auch hier.⁴⁷ Das KZ hat ihr nicht geschadet, sie ist frisch und fröhlich und hat sich schon wieder gut herausgefuttern. Sie fragt viel nach Dir und läßt Dich sehr herzlich grüßen.

Du kannst Post für mich hierherschicken.

Mr. Jack Smith, Fieldbase C, APO 887

U.S.-Army.

Die Post wird von hier weiterbefördert.

Viele, viele Grüße, auch an alle Freunde.

Dein Jupp

⁴⁴ Zur ISK-Zeitschrift „Sozialistische Warte“ vgl. Klär, Nelson-Bünde S. 330.

⁴⁵ Konnte nicht ermittelt werden.

⁴⁶ Gemeint ist die Aktion des Schweizer Arbeiter Hilfswerks, zur Bekämpfung des Elends in Deutschland Lebensmittelpakete zu schicken. Vgl. hierzu oben S. 75

⁴⁷ Gemeint ist Friedel Jahn, Ehefrau von Hans Jahn.

Bericht aus Bochum, 22.6.1945⁴⁸

ISK Box 57
maschinenschriftlich

Bericht - Schwarzlisten:

Ruhrstahl-AG, Witten/Ruhr:

In Befolgung der Verordnungen und Anweisungen der Alliierten über Beseitigung des Einflusses des Nationalsozialismus in Wirtschaft und Staat wurde gegen Mitte Mai des Jahres dem CIC der amerikanischen Besatzungsbehörde belastendes Beweismaterial gegen eine Reihe führender Persönlichkeiten der Ruhrstahl-AG, Witten, übergeben. Zur Ausführung irgendwelcher Maßnahmen gegen diese Personen kam es jedoch leider nicht, da Anfang Juni die Stadt Witten von der englischen Besatzungsarmee übernommen wurde.

Sofort nach Eintreffen der englischen FSS wurde die Ruhrstahlangelegenheit mit dieser erneut behandelt. Am Mittwoch, dem 6.6. und Donnerstag, dem 7.6.45 erfolgte dann die Verhaftung der Vorstandsmitglieder Direktor Schmitz und Direktor Pottgießer sowie der Herren vom Werk Witten, Direktor Kauth, Dr. Stevens, Prokurist Zimmermann, Prokurist Kölsch und Ingenieur Potrz. Äußerer Anlaß zu der Verhaftung dieser Personen gab das unerlaubte Betreten des Verwaltungsgebäudes der Ruhrstahl nach Abzug der amerikanischen Truppen durch einige Herren der Ruhrstahl, u.a. durch die Herren Schmitz, Maxrath, Schulte und Hülsewig. Das unerlaubte Betreten wurde vor allem dazu benutzt, verschiedene Gegenstände aus Privateigentum, darunter Wertsachen, Wertpapiere usw., aus einem Geheimtresor zu entfernen und fortzuschaffen.

Da nach Ansicht der englischen FSS das bereits übergebene Beweismaterial gegen die Inhaftierten der Ruhrstahl nicht genügte, wurde anhand von Zeugenaussagen weiteres Belastungsmaterial zusammengetragen. Im Zusammenhang hiermit muß besonders hervorgehoben werden, daß der Betriebsausschuß des Werkes Witten als Vertreter der Arbeiter und Angestellten erklärte, jede weitere Mitarbeit mit den verhafteten Herren abzulehnen.

Trotz des erdrückenden Beweismaterials wurden am Montag, dem 11.6. d.J., bis auf Potrz alle übrigen sechs verhafteten Herren wieder in Freiheit gesetzt, zum größten Erstaunen aller Vertreter des Antifaschismus sowie auch der Öffentlichkeit, die es begrüßt hätten, wenn solche politisch schwer belasteten Nazis unschädlich gemacht, zumindest aber ihrer Posten enthoben worden wären. Es ist unverständlich, daß derart aktiv tätigen Nazis das Handwerk nicht gelegt wird.

Aus dem Bericht vom 18.5.45 geben wir folgende Auszüge über die schon Erwähnten:

1. **Schmitz, Kurt**, Vorsitzender des Vorstandes der Ruhrstahl-AG, Witten, zu der alle sechs Werke der Ruhrstahl AG gehören. Er war Parteimitglied und **Gausenator beim Gauleiter Hofmann** seit etwa eineinhalb Jahren. Als Gausenator in dem damals neugebildeten Gausenat war Schmitz direkter Mitarbeiter des Gauleiters und diesem zumindest durch Beratung absichtlich behilflich. So war er in allen Fällen geistiger Urheber von Maßnahmen der Partei, die vom Gauleiter im Gau Westfalen-Süd durchgeführt wurden. Schmitz war persönlicher, vertrauter Freund des Gauleiters und als solcher in alle Angelegenheiten und geheimen Pläne des Gauleiters eingeweiht. Als Gausenator hatte er in der Partei einen weitaus höheren Rang inne als den eines Kreisleiters.

Schmitz war **Wehrwirtschaftsführer**, von Reichsminister Speer eingeführt, und arbeitete eng mit Staatsrat Schieber vom Rüstungslieferungsamt in Berlin zusammen. Schmitz hatte

⁴⁸ Bei dem Berichterstatter handelt es sich mit großer Wahrscheinlichkeit ebenfalls um Jupp Kappius.

eine eigene Verbindung zu diesem Reichsamt wie auch zum Oberkommando des Heeres und der Marine.

Schmitz war früher Mitglied der Freikorps Erhardt und Schlageter.⁴⁹ Von ihm muß erwartet werden, daß er jede Gelegenheit und Möglichkeit sucht, wenn er sie nicht bereits gefunden hat, um eine neue, gut getarnte anti-alliierte Organisation durch Mittelsleute zu bilden. Schmitz ist sehr wohl imstande und fähig, den Alliierten in jeder Beziehung gefährlich zu werden, wenn auch indirekt.

2. **Pottgießer, Caspar Heinrich.** Mitglied des Vorstandes der Ruhrstahl Witten, war Parteimitglied und Wehrwirtschaftsführer (s. Schmitz).

Ein überzeugter und sehr aktiver Nazi, dem jedes Mittel recht war, um Nazimaßnahmen durchzuführen. Bis 1942 war er **Abwehrbeauftragter** und arbeitete als solcher eng mit der **Gestapo** zusammen. Er ist Mitwisser eines Mordes an einem KZ-Häftling im Werke Annen, wo der Gefangene zur Arbeit gezwungen wurde. Veranlasser des Mordes war der Direktor Rudnick vom Werke Annen. Pottgießer befahl und duldete Mißhandlungen an Kriegsgefangenen. Er sagte dem Meister Arens, er solle die Kriegsgefangenen schlagen, wenn sie nicht genügend arbeiteten.

3. **Kauth, Karl.** Direktor des Werks Witten. Parteimitglied.

Als Abwehrbeauftragter seit 1942 arbeitete er eng mit der Gestapo zusammen. So wurde der Angestellte Schwarzbach auf seinen Befehl hin verhaftet und bestraft, weil er sich abfällig über die Nazis geäußert hatte. Daneben befahl und duldete Kauth Mißhandlungen von Kriegsgefangenen. Der größte Teil der Belegschaft weigert sich, weiterhin unter Kauth zu arbeiten.

...⁵⁰ 6. **Zimmermann, Alfred.** Prokurist der Personalabteilung. Parteimitglied, war eine Zeitlang Abwehrbeauftragter. Zimmermann war für die Partei sehr aktiv tätig. Sehr einflußreich bei Bestrafungen und Verhaftungen von der Belegschaft. (Fall Kemmler)

... 8. **Dr. Stevens, Hans.** Parteimitglied, **Gaueinsatzingenieur**, Sonderbeauftragter der Arbeitsfront und des Reichskommissars für Arbeitseinsatz Sauckel. Dr. Stevens war sehr aktiv für die Partei und ihre Gliederungen tätig.

... 11. **Potrz, Fritz.** Ingenieur, Parteimitglied und sehr aktiv in der Partei tätig. Er mißhandelte persönlich Kriegsgefangene und ordnete an und duldete, daß sie mißhandelt wurden. (s. den Sonderbericht⁵¹)

... 13. **Kölsch, Heinrich.** Prokurist, Parteimitglied, SA-Mann und sehr aktiv in der Partei tätig. Kölsch weiß von vielen für die Nazipartei günstigen Anordnungen der Direktion, außerdem war er Beauftragter für die Geheimakten.

(Dr. Kr.)

Um eine Vorstellung von den Zuständen bei der Ruhrstahl zu geben, führen wir einige Absätze aus dem unter 11) erwähnten Sonderbericht an.

... Beim Abstechen einer Schmelze wußten zwei neu zu dieser Arbeit kommandierte Russen nicht die nötigen Handgriffe. Meister Möbius schlug einen Russen mit Namen Andrey mehrmals mit der Abstichschippe auf den Kopf. Nach drei Tagen war der Mann tot. Zeugen: Oberschmelzer Nych, Schmelzer Rochus Fielke.

Meister Möbius verbot uns bei jeder Gelegenheit die Unterhaltung mit den Gefangenen aller Nationen. Dabei sagte er einmal zu mir: „Hau lieber drauf, es ist doch genug da von dem Zeug.“

⁴⁹ Zur Geschichte des Freikorps Erhardt vgl. Waite, Vanguard, S. 149f. sowie Koch, Bürgerkrieg, S. 315-319. Zur Geschichte des Freikorps Schlageter vgl. bes. Waite, Vanguard S. 233-238 sowie Koch, Bürgerkrieg S. 337-345.

⁵⁰ Die Auslassung stammt wie auch die folgenden vom Berichterstatter selbst.

⁵¹ Es könnte der Bericht Kappius' vom 12.6.1945 gemeint sein. Er ist hier abgedruckt S. 235 ff.

... Der Scholz mußte die Russen zur Arbeit aus dem Lager holen. Wenn Leute fehlten, holte er die Kranken aus dem Lager und trieb sie mit Schlägen in die Kolonne. (...)

... Genauso behandelte der Vorarbeiter Ernst Praschmo seine ihm unterstellten Gefangenen. Wenn er glaubte, seine Schläge und Tritte genügten nicht, dann führte er den Gefangenen ins Lager, damit er über die Bank gelegt und auf den bloßen Körper mit schweren Gummischläuchen geschlagen wurde. ...

Der Mob-Offizier des Werkes, Hauptmann von Bock, erklärte in einer Ansprache an die deutschen Arbeiter: „Haut sie in die Schnauze, wenn sich auch nur einer muckst. Gebt ihnen kein Stück Brot, wenn es wirklich mal einer übrig haben sollte.“ Nach dieser Methode handelte auch Potrz. ...

Wer von den deutschen Arbeitern mal einen Protest wagte, wurde von Potrz bedroht mit „an die Front schicken“.

... **Das geschah alles auf Anweisung von oben.**

(Fi.)

Die letzte Feststellung ist wichtig. Letzten Endes war also Schmitz für alle diese Zustände verantwortlich. Keiner der anständigen Leute wagte, gegen diese furchtbaren Zustände wirklich durchgreifend anzugehen, weil der Erfolg nur Verhaftung und KZ für ihn selber gewesen wäre.

Zur Charakterisierung von Schmitz noch folgende Ergänzung:

Mitglieder des Gausenats waren u.a. Dr. Vögler (der sich bei der Verhaftung durch die Amerikaner vergiftete) und Gaubmann der DAF Sonnenschein. Nach der Besetzung von Altena durch die Amerikaner ließ Schmitz sich von der Frau des Gauleiters Hoffmann pflegen. (...)

In den Werken Annen und Hattingen der Ruhrstahl AG ließ Schmitz KZ-Häftlinge und ungarische Juden und Jüdinnen unter unmenschlichen Bedingungen schwerste Arbeit tun.

(Irgendwelche Maßnahmen bitte nur nach Verständigung mit Witten. Die FSS vertritt den allgemeinen Standpunkt, daß sie sich mit diesen Dingen weniger abgeben kann. Unter der Hand läßt man verlauten, die Deutschen sollten diese Scheusale selber totschiessen. Das ist aber eine gefährliche Sache, denn es gibt auch eine englische Militärregierung, die sehr nachdrücklich für eine formal-juristische Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sorgt und keine antifaschistischen Störenfriede dieser Ruhe und Ordnung duldet. Siehe die weiteren Absätze.)

Aber die Haltung der Militärregierung zur Frage der Selbsthilfe der Belegschaft, um zumindest diese Verbrecher **aus dem Betriebe zu entfernen**, siehe die Stellungnahme der Militärregierung unter Punkt 3 der beigegeführten Notiz. (Anlage 1⁵²).

Bochum, den 22.6.45

Bericht über politische Parteien:

KPD: Nachdem Kommunisten noch vor 14 Tagen vergeblich versucht hatten, mit irgendeiner Art ZK in Verbindung zu treten, wurde jetzt betont, es gäbe ein ZK. Bestimmte parteiautorisierte Schriftstücke lagen angeblich nicht vor. Ein Kursusprogramm, das aus dem ZK Buchenwald stammen soll, fügen wir bei (Anlage 4⁵³).

Was für die politischen Richtungen ganz allgemein gilt, gilt insbesondere für die KP. Es sind keine anerkannten politischen Führer da. Nach ihren Angaben ist fast der gesamte frühere Funktionärskörper der KPD während der Nazizeit vernichtet worden. Es fehlt auch jegli-

⁵² Konnte nicht ermittelt werden.

⁵³ Konnte nicht ermittelt werden.

ches Schulungsmaterial und programmatische Festlegungen gemäß der heutigen Situation. Es wurde von einer Resolution des ZK gesprochen, dies wurde jedoch hinterher wieder bestritten, und es wurde gesagt, daß sie unhaltbar wäre. Aus diesen Gründen heraus will man daran gehen, als erstes das Kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels drucken zu lassen und als Schulungsmaterial zu verteilen, ferner bestimmte Schriften Lenins (Kinderkrankheiten). Dies zeigt, daß selbst geistig einigermaßen bedeutende Kommunisten nicht wagen, ihre Einschätzung der gegenwärtigen Situation als programmatische Stellungnahme zu verbreiten und sich dafür lieber an Karl Marx halten (festhalten).

Kommunisten hier behaupten, daß die Frage der Legalität von Parteien in kürzester Frist positiv entschieden wird.

Sie bezeichnen es als ziemlich richtungsweisend für die parteipolitische Entwicklung auch in Deutschland, daß sich die kommunistischen und sozialistischen Parteien Dänemarks und Norwegens vereinigt hätten.

Im übrigen scheinen die Kommunisten gute Fühlungnahme mit der russischen Besatzungskommission zu halten.

Wie sie selbst eingestehen, haben die Kommunisten keinerlei Vertreter zur Besetzung wichtiger Verwaltungsstellen zu liefern. Der einzige Mann hierfür, Heinz Pöppe, wurde von der Militärregierung verhaftet, weil er angeblich ständig und offenkundig den Anweisungen der Militärregierung zuwidergehandelt hat. Dies führt zur Frage der

Antifa

Gleich bei der Besetzung trat die Antifa in Erscheinung. Auf einzelnen Zechen wurden Gelder für die Antifa gesammelt. Gerichte besagten, daß mehrere hunderttausend Mark zusammengekommen wären. Von Vertretern der Antifa wird angegeben, es wären 5000 Mark für KZ-Häftlinge und 17.000 M für andere Zwecke der Antifa eingekommen. Die Antifa bestand fast nur aus Kommunisten. Nachdem vermutet werden mußte, daß die Gründer der Antifa Bochum in ihr mehr die Gelegenheit zu einem guten Geschäft als zu ernsthafter antifaschistischer Arbeit sahen, übernahm Heinz Pöppe die Leitung. Es wurde ein neues Aktionsprogramm entworfen, das wir in der Anlage beifügen (Anlage 5⁵⁴).

Pöppe selbst ist alter Kommunist, wurde 1929 wegen rechter Neigungen aus der KPD ausgeschlossen. Zweifellos ist er persönlich ehrlich und ordentlich, dazu tüchtig und zu praktischem Zugreifen entschlossen. Gewisse etwas weitherzige Handlungen sind im Augenblick noch nicht klar zu übersehen. Das Wohnungshilfswerk lag ihm besonders am Herzen, wobei er als Antifaschist es selbstverständlich für geboten hält, daß vor allem die Nazis zusammenrücken oder räumen sollen, um zunächst obdachlosen Antifaschisten Platz zu machen.

All das mußte der formaljuristisch orientierten Militärregierung und dem Bürgermeister Bahlmann ein Dorn im Auge sein. Hinzu kam, daß Pöppe offen als heftiger Gegner Bahlmanns und dessen Verschleppungspolitik auftrat. So scheint es, daß eine Intrige gesponnen wurde, die am 15.6.45 zur Verhaftung Pöppes und zu einer Untersuchung und Schließung der Räume der Antifa in der Bergstr. 57 (früher DAF) führte.

Zweifellos war der Militärregierung die Existenz eines Büros der Antifa bereits vorher bekannt. Die Antifa reichte der Militärregierung ja laufend Schreiben über Mißstände und Aufbauvorschläge ein.

Die von Captain Guyan erwähnte Unterstützungsaktion mit Lebensmitteln hat nach Angaben der Vertreter der Antifa nicht stattgefunden. Es könnte damit vielleicht Bezug genommen sein auf ein Rundschreiben der Antifa an die Bochumer Geschäftswelt, das beabsichtigt, aber noch nicht herausgegeben wurde, andererseits von Guyan bei der Durchsuchung mitge-

⁵⁴ Als Anlage vorhanden in ISK Box 56.

nommen wurde (Anlage 6⁵⁵). Dies hätte also zunächst kein Grund für Pöppes Verhaftung sein können. Es wäre bedauerlich, wenn bestimmte Zuträger:innen, wonach Pöppe von Russen Lebensmittel angenommen und an KZ-Häftlinge weitergegeben haben soll, sich als begründet erweisen sollten. Dann hätte Guyan tatsächlich so etwas wie eine juristische Handhabe, wenn auch moralisch in diesem Falle Pöppe weniger etwas vorzuwerfen wäre.

Auf dem Gebiete des Wohnungswesens arbeiteten Vertrauensleute der Antifa nach Richtlinien, die vom früheren Wohnungsdezernenten Knop stammten. Die Einleitung hierzu geben wir besonders bekannt (Anlage 7⁵⁶).

Die Arbeit der **Sozialistischen Union**⁵⁷ mußte gestoppt werden, da die verantwortlichen Leute sonst Gefahr liefen, von der Militärregierung verhaftet zu werden. Sie hoffen auf eine baldige Klärung des von Major Buyers ausgesprochenen Verbots der politischen Arbeit.

Ein linker **katholischer** Vertreter trat jetzt an den Leiter der Sozialistischen Union heran. Nach seiner Meinung könnte doch eine ehrliche Vereinigung von Kommunisten und Sozialisten nicht in Frage kommen, da die Kommunisten sich auf jeden Fall an die Weisungen eines deutschen ZKs halten würden. Bangel stimmte dem zu. Darauf entwickelte der katholische Vertreter die Idee einer Vereinigung der Sozialisten mit den linken Katholiken. Die katholischen Arbeiter wollten von dem alten Zentrum mit den alten Bonzen nichts wissen. Dagegen hätte gegen den Sozialismus doch heute kaum jemand etwas einzuwenden. Die Angelegenheit wird weiter verfolgt.

Zum Verbot der politischen Arbeit sei uns noch folgender Hinweis gestattet. Zweifellos hat das bestehende Verbot politischer Parteien seine Berechtigung, besonders zur Verhinderung der Neubildung getarnter Naziorganisationen. Dagegen sollte sich das Verbot doch zweifellos nicht gegen die Antinazis richten, denen man es im Gegenteil ruhig gestatten sollte, die hoffnungslose Benachteiligung, die sie durch die zwölf Jahre Naziherrschaft erlitten haben, wieder etwas aufzuholen. Wer heute politisch arbeiten will und politisch gearbeitet hat, ist hoffnungslos der Willkür der Militärregierung ausgeliefert, ihn entweder gewähren zu lassen oder ihn zu verhaften. Nach der Besetzung durch alliierte Truppen sind Vertreter der Antinazigruppen - die nachweisbar illegal und organisiert gegen die Nazis gearbeitet hatten - an die Militärregierung herangetreten im Vertrauen in die Aufrichtigkeit der Rundfunksendungen usw. Sie haben den betreffenden alliierten Stellen gutes Material geliefert im Kampf gegen die führenden Nazis, haben selbst Verhaftungen vorgenommen usw. Mit welchem Erfolg? Daß sie der Militärregierung jetzt bekannt sind und die Wahl haben, entweder die politische Arbeit völlig abzustoppen oder aber jeden Augenblick ihrer Verhaftung gewärtig sein müssen, je nach der Laune der Vertreter der Militärregierung, die weitgehend von den alten, halbfaschistischen Bürokraten in ihrer Stellungnahme beeinflusst werden. Das ist ein unhaltbarer Zustand. (Wir verweisen auf Anlage 3⁵⁸).

Bochum, den 22.6.45

Allgemeiner Bericht über die Frage der Reinigung der Stadtverwaltung

Am 3.6.45 erhielt der „Ausschuß der Sozialistischen Union“ anläßlich einer Arbeitsbesprechung den Besuch des früheren Bürgermeisters des Amtes Langendreer (zu Bochum gehörig), Werner Jacobi. Jacobi ist heute 63 Jahre alt, macht aber noch einen ziemlich rüstigen

⁵⁵ Als Anlage vorhanden in ISK Box 56.

⁵⁶ Konnte nicht ermittelt werden.

⁵⁷ Vgl. hierzu oben S. 227

⁵⁸ Gemeint ist die Notiz über einen Besuch bei Captain Guyan vom 20.6.1945, ISK Box 57. Handschriftlicher Zusatz: „war nicht vorhanden, du hast sie aber wahrscheinlich bekommen mit dem ANTIFA-Material von der vorigen Post“.

und lebendigen Eindruck. Er wurde 1933 entlassen und zusammen mit seinem Sohn, der Halbjude ist, verhaftet und schwer mißhandelt. Er arbeitet zur Zeit in Neheim. Auf Grund der von Jacobi gegebenen Darstellung der Lage bei der Militärregierung in Arnsberg und seiner Freundschaft zum jetzigen sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Fries entschloß sich der Ausschuß, ein Gesuch an den Militärgouverneur in Arnsberg auf Einsetzung von Jacobi als Oberbürgermeister in Bochum zu richten. Dieses Schreiben wurde am 6.6.45 von Bangel, dem Leiter des Ausschusses, in Arnsberg abgegeben, der Gouverneur war nicht zu sprechen. Das Schreiben war unterzeichnet von Bangel als Vertreter der ehemaligen sozialistischen Parteien und Bevollmächtigtem der Gewerkschaften (für Kommunalpolitik), ferner von Heinz Pöppe als Leiter der Antifaschistischen Freiheitsbewegung und endlich von Wißmann als Vertreter der ehemaligen KPD. (Pöppe ist inzwischen verhaftet worden, und zwar von der Militärregierung, nicht von der FSS, wobei dieses Schreiben eine gewisse Rolle gespielt haben mag).

In dem Schreiben wurde dargelegt, daß der derzeitige Bürgermeister Bahlmann völlig unfähig sei, diesen Posten auszufüllen. Allen Vorschlägen und Anregungen von Vertretern der Antinazibevölkerung gegenüber verschanzte er sich hinter einen formal-juristischen Standpunkt, daß er nichts unternehmen könnte. So vor allem bei der Ersetzung der leitenden Nazi-beamten der Stadtverwaltung. An der Einsetzung von Major Fixon, rechter Hand der früheren SS-Polizeipräsidenten von Bochum, wäre Bahlmann ebenfalls beteiligt gewesen, und Fixon hätte von den Antinazi erst bestimmter Verbrechen überführt werden müssen, so daß er durch seine Verhaftung wieder aus dem Amt entfernt wurde. Endlich hätte Bahlmann wohl eine Umbesetzung der leitenden Dezernenten vorgenommen, aber die neuen Vertreter wären ebenfalls Nazis gewesen und inzwischen zum Teil durch Verhaftung wieder entfernt worden.

Zur Abänderung dieser untragbaren Verhältnisse wurde um Einsetzung von Jacobi zum Oberbürgermeister gebeten.

Wie nun aus dem beigelegten Bericht (Anlage 2) hervorgeht, soll der 2. Bürgermeister von Bochum während der Nazizeit, der Zentrumsman Dr. Geyer (der nach dem Einmarsch verhaftet worden war und jetzt wieder freigelassen worden ist), Oberbürgermeister werden, während Bahlmann dann 2. Bürgermeister bleibt. Bahlmann war früher rechter Zentrumsman. Kennzeichnend für ihn ist, daß die Antinazi-Katholiken Elfes und Haßler ihn ganz scharf ablehnen. Bochum soll also in Zukunft rechts-katholische Halbfaschisten an leitender Stelle in der deutschen Verwaltung haben.

Zweifellos haben die Antinazivertreter durch Mißgriffe und aus internen Zwistigkeiten heraus Schuld an dieser Lage. Entscheidend hierfür ist jedoch die Haltung der Militärregierung. Während von dem Stadtkommandanten Major Buyers keine Charakterisierung gegeben werden kann, außer vielleicht, daß er bei Zulassung des kommunalpolitischen Ausschusses darauf bestand, daß außer katholischen, sozialistischen und kommunistischen Vertretern noch zwei Pastore und ein Vertreter der Sekten aufgenommen werden müßten, sind wir in der Lage, von dem Captain für public safety, Guyan, eine ausführlichere Charakterisierung zu geben (siehe Anlage 3). Captain Guyan übt nach unserer Vermutung einen sehr großen Einfluß auf die Haltung der Militärregierung aus.

22.6.45

Bericht über Gewerkschaftsarbeit

Hier interessiert zunächst die Äußerung von Major Gressier, daß der Zusammenschluß der Betriebsausschüsse zu Gewerkschaften verboten ist. Es dürfen nur betriebliche Gewerkschaften gebildet werden. Diese können nur für ihren Betrieb bzw. Schachanlage als Vertreter auftreten. Eine Beitragserhebung ist verboten. (vgl: Punkt 2, Anlage 1).

Major Gressier ist Adjutant des Leiters des Kreises 5 der Rhein-Kohle-Kommission. Er beruft sich auf Anordnungen der Militärregierung und des Generals Eisenhower.

Von Witten erhalten wir folgenden Bericht: Die Bildung einer Einheitsgewerkschaft ist offiziell noch nicht vorgenommen.⁵⁹ Auf den größeren Industrierwerken wie Ruhrstahl, Mannesmann usw. wurden auf unser Betreiben hin (d.h. Vertreter der Sozialistischen Union) Betriebsausschüsse gebildet. Die Gründung der Einheitsgewerkschaft soll aber erst erfolgen, wenn die Militärregierung die Genehmigung dazu erteilt. Zu diesem Zwecke wollen wir beim Kommandanten nochmals vorstellig werden. Mit christlichen Gewerkschaftsvertretern sind wir in keiner Weise in Berührung gekommen, noch haben wir von irgendeiner Aktivität in dieser Richtung etwas gehört.

Über die Arbeit des Betriebsausschusses bei der Reichsbahndirektion Essen fügen wir Anlage 8 bei.⁶⁰

Wilhelm Kirstein aus Dortmund, 29.7.1945

ISK Box 59
maschinenschriftlich

Stimmungsbild aus Dortmund. 29.7.1945 Wilhelm [Kirstein]

Die hauptsächlichsten Gespräche in der Arbeiterschaft sind die über die Ernährung. Man fragt sich, wie es kommt, daß die Ernährungslage so schlecht ist, besonders schlecht aber für die in Arbeit stehende Bevölkerung.

Dann die zweite Frage, die sie bewegt, ist die Wohnungsfrage. Man macht sich Gedanken darüber, wie es möglich ist, daß ohne zu prüfen, ob jemand Mitglied der NSDAP war, dieser in kürzester Frist aus der Wohnung herausgeworfen wird. In vielen Fällen haben seit Jahren bekannte Antifaschisten ebenso darunter zu leiden wie bekannte aktive Nazis. Man wünscht, daß hier doch ein Unterschied gemacht wird. Es ist oft festgestellt worden, daß bekannte aktive Nazis noch im Besitze ihrer vollständigen Wohnung sind, ebenso im Besitze ihrer Wagen, die sie zu eigennützigen Zwecken benutzen.

Ein Fall aus Neheim: Ein bekannter Nazi, dessen Wohnung von den Amerikanern ursprünglich beschlagnahmt worden war, dann wieder freigegeben wurde und bis heute noch frei ist, während die Wohnung eines Antifaschisten noch heute beschlagnahmt ist und auch keine Aussicht besteht, daß sie in absehbarer Zeit freigegeben wird. Beide Häuser liegen in unmittelbarer Nähe.

Sehr eifrig wird die Frage der Gewerkschaftsgründung in der ehemals organisierten Arbeiterschaft diskutiert.⁶¹ Hier in Dortmund sträubt sich die Militärregierung gegen eine örtliche Gründung von Gewerkschaften, während in anderen Städten, z.B. Münster⁶², schon

⁵⁹ In Witten wurden zuerst Gewerkschaften auf Betriebsebene gebildet, so z.B. in der Maschinenfabrik Graaf, deren Betriebsausschuß am 14.8.1945 die Genehmigung zur Gewerkschaftsgründung beantragte. Zur Gründung einer Einheitsgewerkschaft kam es deshalb vorerst nicht. Vgl. Pietsch, Militärregierung S. 99.

⁶⁰ Der Bericht ist im Bestand ISK Box 57 vorhanden.

⁶¹ Vgl. hierzu Dortmund im Wiederaufbau S. 227ff.

⁶² Münster wurde am 2.4.1945 von britischen und amerikanischen Truppen besetzt. Bereits Ende Mai fanden erste Besprechungen zur Gewerkschaftsgründung statt. Zwischen Mai und dem Herbst 1945 bildeten sich spontane Betriebsräte aus der Belegschaft, die z.T. mit Genehmigung, z.T. aber auch inoffiziell ihre Arbeit aufnahmen. Zunächst widmeten sie sich der Arbeit in Betrieb und Verwaltung zusammen mit den

örtliche Gewerkschaften durch die Militärregierung genehmigt sind. Hier wünscht man die gleichen Verordnungen für die gesamte Provinz, ebenso die Zusammenfassung von örtlichen Gewerkschaften. Oft wird auch auf die russische Zone hingewiesen, daß sogar politische Parteien zugelassen sind.⁶³

Weiter ist man darüber erstaunt, daß Direktoren, die schon vor 1932 Mitglied der Partei waren, heute noch ihren Einfluß in den Betrieben geltend machen können. Diese Leute versuchen, ehemalige Mitglieder ihrer Partei, die wegen ihrer Parteizugehörigkeit ihre Stellung verloren haben oder auch weil ihre Dienststellen aufgelöst wurden, in ihren Betrieben einzustellen. Wenn von Vertretern der Arbeiterschaft auf diese Fälle aufmerksam gemacht wird, so wird behauptet, diese Neueinstellenden wären niemals Mitglied in der Partei gewesen, trotzdem es jedem einleuchtend ist, daß sie ohne Parteizugehörigkeit niemals ihre frühere Stellung bekommen hätten.

Beunruhigt sind Rentenempfänger darüber, daß die Auszahlung ihrer an sich schon kärglichen Rente so unregelmäßig stattfindet und daß sie des öfteren wieder zurückgeschickt werden mit der Bemerkung, „es sei kein Bargeld vorhanden, da die Alliierten nicht genügend Gelder freigegeben hätten; sie sollten doch in den nächsten Tagen vorsprechen.“ So kommt es vor, daß ein Rentenempfänger mehrmals einen längeren Weg machen muß, um zu seiner Rente zu kommen.

Umgekehrt ist es schon erfreulich zu sehen, wie Geschäftslokale im starken Maße betriebsfertig gemacht werden, während dieses aber minimal wenig bei Wohnungen festzustellen ist. Es ist ganz offensichtlich, daß man sich nur durch Austausch von Waren gegenseitig hilft.

Hierzu wird von verschiedenen Seiten vorgeschlagen, daß man doch quartierweise bei der Wiederinstandsetzung von Wohnungen vorgehen könne und dieses nicht nach der Auswahl der Unternehmer geschehe.

Vielfach kann man auch beobachten, daß Geschäftsleute, die ihre Lagerbestände in Ausweichlagern auf dem Lande untergebracht hatten, nun einen lebhaften Verkehr mit den Bauern pflegen, um dort einen Austausch von Waren vorzunehmen, die der allgemeinen Bevölkerung, die nicht tauschen kann, entzogen werden. Könnte man nicht mit schärferen Maßnahmen auf diese Leute einwirken, um diesen schädlichen Tauschhandel im Interesse aller zu verhindern? Obschon man bei den Nazis auch diese Art von Tauschhandel gesehen hat, so hat dieser Handel heute doch ein ungeahntes Ausmaß angenommen.

Auf Beschwerden vieler Käufer bei ihren Geschäftsleuten, warum die Rationen noch so gering sind bzw. die Lieferung so unregelmäßig oder ganz ausfällt, wird von den Geschäftsleuten in starkem Maße betont, daß die Besatzungstruppen zunächst einmal durch Beschlagnahme von Lebensmitteln die Fremdarbeiter zu versorgen hätten. Auf die Frage, ob es so bleiben wird, wird vielfach erwidert, wir könnten froh sein, wenn es so bleibe, es würde wohl mit der Ernährungslage in absehbarer Zeit noch schlimmer bestellt sein.

Belegschaften. Gleichzeitig sollten Gewerkschaften in den Betrieben gebildet werden, wobei Sozialdemokraten, Kommunisten und ehemalige christliche Gewerkschafter zusammenarbeiteten. Als erste offizielle Gewerkschaftsorganisation wurde am 17.9.1945 die Gewerkschaft der Reichseisenbahner gegründet. Noch im September wurde unter Leitung des ehemaligen christlichen Gewerkschafters Hans Görtches ein provisorisches Gewerkschaftsbüro eingerichtet. Die Gründung der geplanten Einheitsgewerkschaft wurde von den Engländern offensichtlich verzögert. Nach dem Beschluß der nordrheinischen Gewerkschaften zum Aufbau von Industrieverbänden Anfang Dezember 1945 entschloß sich auch die Münsteraner Gewerkschaft, vom Prinzip der Einheitsgewerkschaft abzurücken. Vgl. hierzu Peter Breßer, Zum Wiederaufbau der Arbeiterparteien und Gewerkschaften in Münster; in: Thien, Vergangenheit S. 120-140.

⁶³ Vgl. hierzu oben S. 89

Ebenso hat der Schwarzhandel Ausmaße angenommen, der unter den Nazis in der Öffentlichkeit nicht so in Erscheinung getreten ist. Z.B. auf dem Körnerplatz werden Tabakwaren, Brot, Fett usw. ganz offen zu Phantasiepreisen den Käufern angeboten (eine Zigarette RM 10.-, ein Dreipfundbrot zu RM 80.-, ein Pfund Fett bis zu RM 100.-). Dieses unter den Augen der Dortmunder Polizei und der Militärregierung. Man sieht Russen und Polen ihre geräuberten Waren auf dem Schwarzmarkt anbieten.

Macht man die heute noch im Dienst befindlichen Beamten auf ihre frühere Parteizugehörigkeit aufmerksam, so bekommt man nur die eine Antwort, ich war nie Nazi, ich mußte nur in die Partei, um meine Stellung nicht zu verlieren. Was sollte ich machen, ich hatte für meine Familie zu sorgen.

Viele, die in der ersten Zeit Angst hatten, aus dem Amt entlassen zu werden, eben weil sie Mitglied der Partei waren, treten heute wieder in der alten preußischen Arroganz auf.

Befremdend wirkt die Einteilung der sogenannten Pflichtarbeit beim Aufbau der Stadt. Nach der Ansicht vieler Bürger ist das Vorgehen in dieser Sache ein zu schlaffes. So werden diese Aufbauarbeiter in sehr höflicher Form gebeten, sich doch an diesen Arbeiten zu beteiligen. Warum könnte man nicht bei den früheren Parteimitgliedern sich mit strikteren Anweisungen mehr Nachdruck verleihen. Besonders fällt auf, daß bekannte Nazis während dieser Arbeitspflicht mehr oder weniger gar nichts tun. Vielfach wird die Arbeit umgangen mit der Begründung, daß ihre Arbeit im Wirtschaftsleben im Augenblick von größerer Bedeutung sei als die der Aufbauarbeit, es wären doch genügend Arbeiter und Arbeiterinnen vorhanden.

Große Sorgen bereitet der Bevölkerung der Postverkehr. Viele Familien sind auseinandergerissen und haben ihre Angehörigen verstreut in alle Gegenden, ohne sich gegenseitig ein Lebenszeichen geben zu können. Man hofft, daß sich der Postverkehr in Bälde innerhalb der englischen und amerikanischen Zone bessern wird. Damit wäre ein Beunruhigungsgrund weniger vorhanden.

Erfreut ist man über die Aufhebung des Verbots der Verbrüderung⁶⁴. Man sieht hier einen Weg zur Verständigung unter den Nationen, so daß dadurch der Gesichtskreis erheblich erweitert wird, besonders da man weiß, daß man während der zwölf Jahre des Naziregimes vollständig isoliert gelebt hat.

Darum ist auch der Wunsch nach einer Tageszeitung sehr groß, da die meisten nicht mehr im Besitz eines Radioapparates sind. Es ist nur zu natürlich, daß durch diesen Umstand besonders viel Gerüchte auftreten, die teils glaubwürdig klingen, teils aber so sehr aufgemacht sind, daß man sofort weiß, woher sie kommen. Z.B.: Zurückhaltung deutscher jüngerer Jahrgänge in den Kriegsgefangenenlagern zwecks Eingliederung in die englische oder amerikanische Armee, da es in absehbarer Zeit doch Krieg geben würde zwischen den Russen einerseits und den Engländern und Amerikanern andererseits. Ebenso wird behauptet, daß vor und hinter der russischen und englisch-amerikanischen Demarkationslinie fleißig Stellungen gebaut werden.

Vielfach fragt man sich, warum ehemalige politische Führer, die sich seit dem Naziregime im Ausland aufgehalten haben, noch nicht nach Deutschland zurückgekehrt sind, um sich der Regierung zur Verfügung zu stellen. Es gibt unter ihnen bekannte Fachleute, die die noch immer im Amte befindlichen Nazis sehr gut ersetzen können.

Im Allgemeinen ist man froh darüber, daß endlich der Krieg beendet ist und daß mit dem Neuaufbau begonnen werden kann. Der sehnlichste Wunsch vieler war schon lange, daß der Terror des Naziregimes verschwinden möge und daß dieses nur durch die Hilfe der Alliierten möglich war, war ihnen klar. Nur ist man jetzt ein wenig enttäuscht darüber, daß Nazis und

⁶⁴ Vgl. hierzu oben S. 110

Antifaschisten, die es tatsächlich gegeben hat, in einen Zusammenhang gebracht werden. Man hofft, daß diese Härten im Laufe der Zeiten verschwinden werden.

Jupp Kappius aus Bochum, 10.8.1945

ISK Box 59
maschinenschriftlich

Die Situation im Ruhrgebiet Anfang August 1945

1. Ernährung:

Die Nahrungsmittelversorgung hat sich in den letzten Wochen gebessert insbesondere dadurch, daß die Kartoffellieferung regelmäßig funktioniert. Im Ganzen ist die Ernährung unzureichend, abgesehen von der der Bergarbeiter, welche erhöhte Rationen bekommen. Es fehlt merkbar an Fett, in einigen Städten, z.B. in Essen, gibt es nur 1/8 Pfund pro Woche, in andern 1/4 Pfund. Ein großer Teil der Bevölkerung ist andauernd auf Hamsterreisen. Es besteht ein schwunghafter Schwarzhandel, gegen den die Behörden machtlos sind. Handwerker sind nur zu bekommen, wenn sie außer dem Lohn Mittagessen erhalten. Z.B. bekam ein Hausbesitzer sein Dach erst dann ausgebessert, als er dem Dachdeckermeister eine Kiste Seifenpulver gab und den Handwerkern, die die Arbeiten ausführten, täglich ein reichliches Mittagessen. Es wird außerdem auch mit Nahrungsmitteln geschoben, und zwar profitieren besonders die Nazis davon. Dies liegt daran, daß dieselben Großhändler weiterhin die Belieferung in der Hand haben, die auch unter den Nazis Großhändler waren. Diese ihrerseits versorgen ihre früheren Parteigenossen bevorzugt mit Waren, so daß man beobachten kann, wie die Nazis reichlich Waren zu verkaufen haben, während die Antinazigeschäfte Schwierigkeiten beim Warenbezug haben. Natürlich versorgen diese Geschäftsleute ihre früheren Parteifreunde wiederum bevorzugt hintenrum, ein Zustand, gegen den die Behörden nicht nur nichts unternehmen, sondern den sie eher noch fördern. So werden beispielsweise bei der Wagen- und Benzinzuteilung in erster Linie die früheren Besitzer von Fahrzeugen berücksichtigt, die selbstverständlich meist Nazis waren. Dieser Zustand wird sich erst ändern, wenn es uns gelingt, die Verwaltung an der Spitze von Nazis radikal zu säubern, so daß von dort aus eine durchgreifende Säuberung des gesamten Apparates erfolgen kann. Wir denken daran, durch Selbsthilfe in den einzelnen Ortsteilen die Groß- und Kleinhändler zu sauberer Geschäftsgebarung zu nötigen. Es ist sicher, daß die Nahrungsmittelzuteilung erheblich verbessert werden kann, wenn es gelingt, die Schieberei und Hamsterei im wesentlichen zu stoppen.

2. Wohnung:

Die Wohnungsverhältnisse sind erklärlicherweise in vielen Fällen katastrophal. In fast allen Städten besteht die Anordnung des Wohnungsamtes, wonach eine Person höchstens ein Zimmer bewohnen darf. Daß diese Anordnung bei weitem nicht überall durchgeführt wird, liegt nicht nur an der mangelnden Exekutivgewalt, sondern z.T. auch an dem schwächlichen bzw. böswilligen Verhalten der zuständigen Behörden. Wo die Behörden schärfer gegen die Nazis vorgehen, wie z.B. in Wanne-Eickel und in Dortmund, wo Nazifamilien aus ihren Wohnungen heraus und in Baracken beordert wurden, um Platz zu machen für ausgebombte Antinazis oder aus dem KZ Zurückkehrende, ordneten die Militärbehörden an, daß die Frau-

en und Kinder der Nazis wieder in ihre Wohnungen hineingelassen werden mußten. In den letzten vier Wochen sind in Essen 70.000, in Bochum 40.000 Menschen zurückgekehrt, wodurch die Wohnungsnot verschärft worden ist. Die Behörden haben aus diesem Grunde und auch wegen der Schwierigkeiten in der Lebensmittelzuteilung den Zuzug in die Städte von der vorherigen Zuzugsgenehmigung abhängig gemacht, die nur in besonderen Fällen erteilt werden soll.

3. Kleidung und Gebrauchsgegenstände:

Kleidung gibt es im Ganzen nur sehr wenig und nur gegen Bezugsscheine, die auch nur in besonderen Fällen, z.B. an heimkehrende Soldaten, ausgegeben werden. Viele Leute haben Bezugsscheine und können nichts darauf bekommen. Gebrauchsgegenstände gibt es praktisch überhaupt nicht, und wenn, dann nur durch Schiebung.

4. Transport:

Die Eisenbahnen verkehren wieder auf einer ganzen Reihe von Strecken und in verhältnismäßig dichter Folge. Die Züge sind überfüllt, in der Hauptsache mit Hamsterern. Die Wagen sind in erbärmlichem Zustande; oft besteht ein ganzer Personenzug nur aus Vieh- oder Güterwagen. Die Reisenden benutzen jede Fahrgelegenheit, auch wenn sie oben auf den Kohlen sitzen müssen. - An jeder wichtigen Straßenkreuzung ist ein „Anhalter-Bahnhof“, und kein Lastwagen ist so vollgeladen, daß nicht obendrauf noch eine Person Platz fände. In einigen Städten fahren Straßenbahnen, so in Bochum und Herne, in anderen wie in Dortmund und Essen muß man jeden Weg zu Fuß machen.

5. Arbeitsmarkt:

Arbeitskräfte müssen vom Arbeitsamt vermittelt werden. Es werden allenthalben Arbeiter gesucht, insbesondere Bauhandwerker. Die vom Arbeitsamt zugewiesenen Arbeiter treten in vielen Fällen die Arbeit nicht an, nämlich dann nicht, wenn sie nicht Mittagessen oder andere Zuwendungen von dem Arbeitgeber bekommen. Andere gehen anscheinend hamstern und leben inzwischen von ihren Ersparnissen. Wieder andere handeln auf dem schwarzen Markt und verdienen dabei mehr Geld, als sie auf irgendeiner Arbeitsstelle bekommen könnten. Man sieht überall Handwerker bei Metzgern und Bäckern arbeiten, auch die Bauern bekommen so viel Arbeitskräfte, wie sie brauchen, weil jeder diese „nahrhaften“ Beschäftigungen vorzieht. Die Arbeitsämter versuchen, die Situation in die Hand zu bekommen. Bei der Ausgabe der Lebensmittelkarten wird eine Kontrolle der Beschäftigung durchgeführt, und man bekommt die Karten nur gegen Vorlage der Meldekarte des Arbeitsamtes. In Essen sind bei der letzten Lebensmittelkartenausgabe 30.000 Karten nicht abgeholt worden. Wahrscheinlich wollten sich die Leute ihrer Meldepflicht beim Arbeitsamt entziehen, verzichteten darum auf die Lebensmittelkarten und versorgen sich auf Schleichwegen. Den Arbeitsämtern ist es aber auch fast unmöglich, die Leute an Arbeitsstellen heranzuführen, die sich gemeldet haben, aber auf dem zugewiesenen Arbeitsplatz nicht arbeiten wollen. Vorführung durch die Polizei erweist sich in den meisten Fällen als unmöglich, da die Adressen entweder nicht stimmen oder nicht aufzufinden sind, Umzüge nicht gemeldet werden und der Polizei ganz einfach die Kräfte fehlen, hinter all den Bummelanten herzulaufen. Neuerdings ist die Dienstverpflichtung wieder eingeführt worden, auf deren Übertretung schwere Strafen gesetzt sind. Für die Arbeit in den Gruben werden Kriegsgefangene von den Militärbehörden entlassen und direkt an die Zechen geschickt. Sie sind vielfach in Baracken untergebracht. Anscheinend handelt es sich bei einer Reihe von ihnen um solche, deren Heimatort im russisch besetzten Gebiet

ist und die nicht dahin zurückkehren wollen oder können. (Anscheinend erlauben die Russen die Rückkehr nicht.)

6. Wirtschaft:

In der Industrie liegt der größte Teil der Betriebe weiterhin still. Dies liegt meistens daran, daß von der Militärregierung keine Produktionserlaubnis gegeben wird. Politik der Militärregierung ist es, zunächst den Bergbau wieder in Gang zu bringen. Die Zechen arbeiten fast alle, die Förderziffern liegen jedoch unter 25% des Normalen. Die Leistungsziffer pro Mann und Schicht liegt angeblich bei 10% der Vorkriegszeit. Das liegt z.T. daran, daß Grubenholz und Waggons knapp sind und zum anderen daran, daß die Bergbauhilfsindustrie nur zögernd in Gang kommt. Grubenholz wird vielfach auf Militärlastwagen an die Zechen herangefahren. Kohlen für den hiesigen Verbrauch sind sehr knapp. So konnte z.B. die einzige Glashütte im ganzen Bezirk nicht arbeiten wegen Kohlenmangel. Eine andere Fabrik, die synthetisches Fett (auch für Ernährungszwecke) herstellt, kann immer noch nicht arbeiten, weil es noch kein Gas gibt, was wiederum daran liegt, daß die meisten Kokereien stillliegen. Kompetente Leute behaupten, daß die niedrige Förderziffer z.T. auch durch Sabotage seitens der Zechenleitungen zu erklären ist, die die Gruben zwar instandsetzen lassen, mit dem Abbau der Kohlen jedoch nur zögernd beginnen. Ähnliche Tendenzen sind auch in der Metallindustrie deutlich erkennbar. Es wird überall von leitenden Leuten gebremst und alles andere als Initiative bei der Wiederingangsetzung bzw. Umstellung der Betriebe gezeigt. Das liegt im wesentlichen daran, daß in den Leitungen der Werke meistens immer noch die alten Reaktionäre sitzen, von denen man nicht erwarten kann, daß sie mit voller Kraft für den Wiederaufbau arbeiten. Auch die Unternehmerverbände, der Stahlverein und der Bergbauliche Verein bestehen weiter und haben guten Kontakt mit den alliierten Militärbehörden, der z.T. auf persönliche Bekanntschaft zurückzuführen ist. Auch die Verteilungsorganisation der Schwerindustrie, das Kohlensyndikat (RWKS) und der Stahlwerksverband bestehen weiter und haben die alten Leute in den leitenden Positionen sitzen. (Ausführlicher Bericht über diese Verhältnisse wird in Kürze folgen.) Vor allem fehlt bei den alliierten Wirtschaftskontrollbehörden (North German Coal Commission und der Steel Control Commission) jede Vertretung der Arbeitnehmerschaft. Damit stehen diese alliierten Wirtschaftsstellen unter dem alleinigen Einfluß der Unternehmer. Es ist dringend erforderlich, daß nach dem Wiederaufbau der Gewerkschaften deren Vertreter auch zu diesen Stellen zugezogen werden. Noch dringender ist es, die leitenden Stellen in der Wirtschaft von Reaktionären zu säubern, eine Aufgabe, der wir einen großen Teil unserer Anstrengungen widmen.

7. Verwaltung:

Der Bereinigung der Verwaltung und der Neubesetzung der Verwaltungsstellen wird von seiten der früheren Parteien die meiste Aufmerksamkeit gewidmet. In einigen Städten wie in Witten, Wanne-Eickel und im Ennepe-Ruhrkreis haben diese Anstrengungen zu guten Erfolgen geführt. Wichtige Posten in der Verwaltung sind von Linken oder von Demokraten besetzt worden. In anderen Städten wie in Essen, Bochum, Dortmund liegen die Verhältnisse schwieriger. Vielfach sind noch Nazis in entscheidenden Stellen. Daran ist z.T. die mangelnde Geschlossenheit der Opposition schuld, z.T. der akute Mangel an geeigneten Fachkräften, z.T. auch die Haltung der Militärbehörden, von denen man manchmal den Eindruck hat, daß die Betonung des Fachwissens nur ein Vorwand ist für die Belassung von Nazis in entscheidenden Positionen. Der Mangel an geschulten Kräften ist besonders stark fühlbar in der Arbeiterbewegung. Das frühere Zentrum kann weit mehr Kräfte zur Verfügung stellen, einmal weil es unter den Katholiken überhaupt mehr studierte Leute gibt und weil die Verluste durch

den Naziterror in der Arbeiterbewegung unverhältnismäßig viel schwerer waren. Vor allem hat auch die Judenverfolgung die linken und demokratischen Bewegungen besonders schwer getroffen. Daher kommt es, daß für viele Verwaltungsstellen, in die nach der Absicht der Behörden Sozialdemokraten eingesetzt werden sollten (wegen Parität), nur Katholiken zur Verfügung stehen. Es wird darum bedauert, besonders in der linken Bewegung, daß die Emigranten immer noch nicht zurückkommen dürfen. Es ist darum notwendig, daß dieser Übelstand sofort behoben wird.

8. Stimmung der Bevölkerung:

In der Bevölkerung besteht kein Zusammenhalt, es gibt kein gemeinsames Ziel, die meisten blicken ohne Hoffnung in die Zukunft. Jeder lebt im wesentlichen nur dem Augenblick und für sich selber und seine Familie. Es nimmt kaum jemand Rücksicht auf andere, jeder besorgt sich, was er bekommen kann, ohne Rücksicht darauf, ob dadurch die Allgemeinheit geschädigt wird. Die Korruption ist sehr groß, die Polizei ist nicht in der Lage, mit all den Diebstählen fertig zu werden. Es kommt immer noch häufig vor, daß den Bauern die Kartoffeln ausgemacht werden, während sie dabei stehen. Die herbeigerufenen Polizisten waren machtlos, sie wurden verprügelt, und auch den Bauern wurden Schläge angeboten. Die Obstbäume wurden nicht nur nachts, sondern am helllichten Tage leergeplündert. Die Besatzungsbehörden haben Streifendienst eingerichtet, des Nachts fahren Autos mit Scheinwerfern die Felder ab. Aber diese Streifen können natürlich nicht überall gleichzeitig sein. Auch Morde kommen vor. Die Bochumer Kriminalpolizei hat 50 Mordfälle in Bearbeitung, die Essener 84.

Nur wenige Menschen interessieren sich für öffentliche Angelegenheiten, und auch von ihnen erwarten viele alles von den Engländern. Es hält schwer, Initiative zu erwecken. Die allgemeine Zerrüttung der Moral hat auch auf diese Leute abgefärbt.

Die Haltung Rußland gegenüber wird nicht mehr nur vom Radio Berlin bestimmt. Mehr und mehr Einzelheiten aus den russisch besetzten Gebieten werden bekannt, die ein verheerendes Bild über Zustände dort geben. Ein wichtiger Umstand, der die Bevölkerung gegen Rußland einnimmt, ist die Tatsache, daß bis vor kurzem noch niemand einen Soldaten getroffen hatte, der aus der russischen Kriegsgefangenschaft zurückgekommen wäre, während von den Amerikanern und Engländern dauernd Gefangene entlassen werden.

Es herrscht Enttäuschung über das schwächliche Vorgehen der Alliierten gegen die Nazis. Es war schärferes Vorgehen erwartet worden. Die Nazis laufen ziemlich frech umher und fühlen sich als Herren der Lage. Das wird wahrscheinlich anders werden, wenn jetzt linke Organisationen zugelassen werden, weil dann die Aktivität der Bevölkerung besser und offener organisiert werden kann.

9. Gewerkschaften:

Gewerkschaften sollen jetzt auch auf örtlicher Basis zugelassen werden. Bisher waren nur Betriebsgewerkschaften erlaubt, die jedoch kaum in Erscheinung getreten sind und lediglich als Betriebsausschüsse tätig waren. Deren Tätigkeit war von Fall zu Fall sehr verschieden. Von der Militärregierung aus war ihre Tätigkeit auf die Sorge um die reine Wohlfahrt beschränkt worden; wo aber aktive Menschen in den Betriebsausschüssen waren, haben sie auch Lohnfragen und Arbeitsbedingungen geregelt, in manchen Fällen war sogar Einstellung und Entlassung von Arbeitern von der Zustimmung des Betriebsausschusses abhängig. In manchen Fällen hat es auch an der örtlichen Militärverwaltung gelegen sowie an guter Zusammenarbeit zwischen Betriebsausschüssen und Arbeitsamt, wenn das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben weitgehend berücksichtigt wurde.

Von der Unternehmerseite ist dieser Zustand heftig bekämpft worden. Besonders deutlich war dies im Kohlenbergbau, wo die Unternehmer starke Unterstützung bei den Herren von der Kohlen-Kommission finden. Der dort herrschende Geist kam jetzt bei den Ausschreibungen für Betriebsausschüßwahlen gut zum Ausdruck. Im Bochumer Bezirk wurde den Belegschaften nur ein bis zwei Tage Zeit gelassen von der Ausschreibung der Wahl bis zur Einreichung der Wahlvorschläge. Außerdem - und dies erinnert geradezu an Nazizeiten - mußten die Wahlvorschläge im Einverständnis bzw. in Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung gemacht werden. Es sind bereits eine Reihe von Fällen bekannt geworden, wo die Betriebsleitung versuchte, ausgesprochene Nazis mit auf die Vorschlagsliste zu bringen. Außerdem wird die Zahl der Betriebsvertreter von der Militärregierung viel niedriger festgelegt, als es nach den Vorschriften des Betriebsrätegesetzes früher üblich war.⁶⁵

In einigen Orten ist die Bildung örtlicher Gewerkschaften bereits von dem Kommandanten erlaubt worden, und die früheren Gewerkschaftsleute sind eifrig mit der Organisierung beschäftigt. Es muß noch abgewartet werden, wie weit ihre Tätigkeit einen Widerhall in der Arbeiterschaft findet. Bestimmt aber haben die Gewerkschaften eine große Aufgabe vor sich: der Arbeiterschaft wieder Halt und Zielrichtung zu geben. Die Tendenz geht im allgemeinen auf die Bildung von Einheitsgewerkschaften, leider allerdings auch in der Richtung auf Zwangsgewerkschaften. „Die Gewerkschaftsbeiträge müssen wieder auf der Lohntüte stehen!“ Einsichtige Kollegen arbeiten gegen diese Tendenz, da sie geeignet ist, den Gewerkschaften ihren Kampfgeist zu nehmen.

10. Parteien:

Parteien sollen jetzt auch wieder zugelassen werden, in einigen Orten haben die Kommandanten bereits ihre Bildung autorisiert. Den Antragstellern ist aufgegeben worden, bis zum 20. August ihre Programme bei der Regierung in Arnberg einzureichen.

Einsichtige Leute sind einstimmig der Meinung, daß es noch viel zu früh ist, die Parteien zuzulassen. In keinem Parteilager hat bisher eine solche Klärung der Gedanken stattgefunden, daß man auch nur einigermaßen einheitliche Richtungen feststellen könnte. Die alten SPD-Leute haben sich zwar schon vor einigen Wochen an die Arbeit gemacht, ihre alte Partei wieder aufzuziehen mit den alten Leuten und den alten Methoden. Irgendwelche neuen Ideen hatten sie keine, in den meisten Fällen war auch keine Bereitschaft festzustellen, aus den früher gemachten Fehlern zu lernen, sowohl für den Aufbau der Partei wie für den Aufbau des Staates und die politischen Mittel, welche die Partei zur Durchsetzung ihrer Zwecke in Anwendung bringen will. Nicht einmal die Zielsetzung ist in den verflossenen Jahren Gegenstand der Diskussion gewesen. Es ist ganz einfach die alte Partei, die auf den Plan tritt. „Wir haben uns nichts vorzuwerfen“, „die SPD hat recht gehabt“, „wozu brauchen wir ein neues Programm, wir haben ja das Heidelberger oder auch das Erfurter Programm“ - dies sind die Redensarten, die man immer wieder hört.⁶⁶ Im übrigen warten sie auf Anweisungen von irgendeiner höheren Parteistelle und trauen sich nicht zu, selber in der Frage der Programmgestaltung oder der Einheitspartei zu einem Urteil zu kommen.

Wir haben uns große Mühe gegeben, die einzelnen Ortsgruppen der SPD in unserem Sinne zu beeinflussen, d.h. sie zu bewegen, den Rahmen ihrer Partei so zu spannen, daß alle

⁶⁵ Gemeint ist das Betriebsrätegesetz vom 4.2.1920, ausgegeben in Berlin am 9.2.1920. Für einen Abdruck vgl. Reichsgesetzblatt 1920, Bd.I, S. 147-194.

⁶⁶ Gemeint sind die SPD-Parteiprogramme von Erfurt (beschlossen auf dem Parteitag vom 14. - 20.10.1891) und Heidelberg (beschlossen auf dem Parteitag 15. - 18.9.1925). Für einen Abdruck des Erfurter Programms vgl. Protokoll Erfurt S. 3-6. Für einen Abdruck des Heidelberger Programms vgl. Parteitag Heidelberg S. 5-10.

Sozialisten hineingehen können und vor allen Dingen nicht den alten Namen wieder zu wählen. Bei einer ganzen Reihe von Ortsgruppen und bei vielen einzelnen früheren Genossen der SPD finden wir starken Widerhall, und wir haben begründete Hoffnung, hier im Bezirk zu einer sozialistischen Einheitspartei zu kommen.

Wir sind außerdem tätig gewesen, die Richtungsgebung an die SPD von der Spitze her zu beeinflussen. Wir haben durch Aussprachen und durch Material praktische Vorschläge für eine Einheitspartei an die Regierung in Arnberg herangetragen, wo ein uns sehr nahestehender Genosse ein Dezernat verwaltet.

Die KPD bietet den traurigsten Anblick von allen Parteigruppen. Sie haben offenbar den stärksten Verlust an aktiven und fähigen Funktionären erlitten, sie haben in Bochum z.B. auf zwei frühere Funktionäre zurückgegriffen, die sie vor 1933 aus der Partei ausgeschlossen hatten.⁶⁷ Die KPD hat auch kein Programm, das zieht, ihre einzige hervorstechende Linie ist „Zusammenarbeit“ gegen den Faschismus. Einige frühere kommunistische Funktionäre stehen unserem Gedanken einer sozialistischen Einheitspartei sehr sympathisch gegenüber, während sie die KPD ablehnen.

Das Zentrum ist ebenso in Gruppen zersplittert wie die SPD, von der wir bisher drei verschiedene Programme kennen. Es gibt die rabenschwarzen Zentrumsleute, die an das Wiedererstehen eines reaktionären Zentrums denken. Dazu gehören manche der heute führende Stellungen bekleidenden Katholiken. Andere, und zwar im besonderen der jüngere Klerus und die Intelligenz, neigen einer sozialistischen Einheitspartei zu, während in den Kreisen der katholischen Arbeiter und früheren Gewerkschaftsvertreter an die Bildung einer christlich demokratischen Partei gedacht wird, die nicht rein katholisch sein soll. Eine einheitliche Linie hat sich noch nicht gezeigt. Lediglich in der Schulfrage hat die Bischofskonferenz in Werl eine feste Richtung gegeben: Konfessionsschulen. Diesem Beschluß hat sich nun auch der Erzbischof von Paderborn gefügt, der bisher für die Simultanschulen eingetreten ist. Die Regierung in Arnberg hält an der Simultanschule fest, läßt aber Religionsunterricht außerhalb des Lehrplanes zu und erlaubt den Lehrern, neben dem Schulunterricht auf Privatvertrag mit den Religionsgesellschaften Religionsunterricht zu erteilen.

Auch Ansätze einer Jugendarbeit zeigen sich. Die katholische Kirche setzt ihre Funktionäre für diese Arbeit ein, und man sieht öfter Gruppen von Jugendlichen, geführt von einem oder zwei Erwachsenen ins Freie ziehen. Die sozialistische Jugendarbeit hat auch begonnen in Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei unter dem Motto: „Sicherung des Friedens“. Den stärksten Zulauf scheinen im Augenblick die wieder zugelassenen Sportvereine zu haben. Auch der Arbeitersport hat mit der Neuorganisation begonnen. Außer diesen bilden Tanzkurse Anziehungspunkte für die Jugend.

11. Schulen:

Die Vorbereitungen zur Wiedereröffnung der Schulen sind in vollem Gange. Zunächst sollen die vier unteren Klassen wieder beginnen. Die Regierung hat Schulräte für die einzelnen Bezirke ernannt, dabei großen Wert auf unbedingte Sauberkeit in bezug auf Naziinfizierung gelegt (Leute, die an den Sieg geglaubt haben, kamen z.B. nicht in Frage!) und im übrigen Rücksicht genommen auf die Zusammensetzung der Bevölkerung. Es sind einige Sozialisten Schulräte geworden.

⁶⁷ Gemeint sind Heinz Pöppe und offenbar Josef Wißmann.

12. Ausländer:

Ausländer (Fremdarbeiter und Kriegsgefangene) bilden eine wahre Landplage. Sie schlachten Vieh auf den Weiden ab, verlangen Lebensmittel bei den Bauern, kommen mit Stößen von Lebensmittelkarten und kaufen die Geschäfte leer, plündern Lebensmittelgeschäfte usw. Dies alles geschieht, obwohl den Lagern gute Rationen zugeteilt werden. Wahrscheinlich stammen viele der auf dem schwarzen Markt auftauchenden Lebensmittel aus diesen Räubereien. Besonders schmerzlich empfinden es Arbeiter, wenn so eine Horde von Fremdarbeitern kommt und den ganzen Garten zerstört, alles abreißt, Wünschenswertes mitnimmt und den Rest zertrampelt. Die Behörden schreiten gegen die Fremdarbeiter ein, wenn sie dazu Gelegenheit haben, meist sind aber die Täter schon weg, wenn die alarmierten Soldaten ankommen. In einigen Fällen sollen die Soldaten von der Schußwaffe Gebrauch gemacht haben. Die Lager der Fremdarbeiter befinden sich in Wohnhäusern, deren Bewohner räumen mußten, z.T. in früheren OT-Baracken.⁶⁸ In Vorhalle z.B. wohnen überhaupt keine Deutschen mehr, nur Russen, die an den Zugängen zur Stadt bewaffnete Posten stehen haben und jeden Passanten kontrollieren. Die Ausländer arbeiten nicht.

13. Unsere Arbeit:

Die Arbeit der „Union“⁶⁹, die sich zunächst gut angelassen hatte, ist seit dem Einmarsch der Alliierten auf Schwierigkeiten gestoßen sowohl in der kommunalen Arbeit wie auch in der Arbeit an der Einheitspartei. Wir haben zu Anfang einige Fehler gemacht, das wesentliche Verhängnis war, daß ich mich zu Anfang des Jahres bei der Auswahl der Funktionäre in einem der Genossen getäuscht habe, der in der praktischen Arbeit sowohl die „Union“ verkauft als auch durch besonders große Fehler die Auflösung des kommunalpolitischen Ausschusses durch die Militärregierung verursachte bzw. den Anlaß dazu gab.⁷⁰ Seit Anfang Juli gab es daher in Bochum keine Vertretung der Bevölkerung bei der Stadtverwaltung, und bei den Vorbereitungen für die Neubildung macht sich die Uneinigkeit der Linken sehr störend bemerkbar.

Die Bildung einer SPD-Ortsgruppe etwa sieben Wochen nach dem Einmarsch der Truppen konnten wir nicht verhindern: Die Gründe für diese Bildung einer Ortsgruppe sind jedoch nur z.T. in unseren Fehlern zu suchen. Die Tätigkeit der früheren Bezirks- und Unterbezirksleitung der SPD sowie persönliche Motive von nach Posten strebenden Genossen haben wohl den wesentlichen Anteil gehabt. Es gibt eben doch eine Reihe von Genossen, die von der guten alten SPD nicht lassen wollen und keine Ursache zur Einkehr und Verständigung mit anderen Sozialisten, den „Spalter“, sehen. Wir haben uns trotzdem kräftig um Herstellung einer gemeinsamen Basis für die Bildung einer Einheitspartei bemüht und die alten SPD-Genossen dazu gebracht, mit uns zu verhandeln, was sie zuerst rundweg abgelehnt hatten. Wir sind heute so weit, daß eine gemeinsame Sitzung der SPD und der Union⁷¹ anbe-

⁶⁸ Vgl. hierzu oben S. 37

⁶⁹ Vgl. hierzu oben S. 227

⁷⁰ Das eigenmächtige Vorgehen von insgesamt drei Mitgliedern des kommunalpolitischen Ausschusses - Siegfried Böker, Paul Witthüser und Friedrich Schürmann - manifestierte sich in einem Brief der drei an den Regierungspräsidenten in Arnsberg, in dem sie im Namen aller Ausschußmitglieder Dr. Geyer, der in der Zwischenzeit verhaftet worden war, als Bochumer OB vorgeschlagen hatten. Bürgermeister sollte Paul Witthüser (SPD) werden. Aufgrund dieses Vorgehens wurde der kommunalpolitische Ausschuß am 20.6.1945 aufgelöst. Vgl. hierzu Leidemann-Zumdick, Geschichte S. 25.

⁷¹ Gemeint ist die gemeinsame Sitzung von SPD und Union, die für den 11.8.1945 anberaumt war. Ziel war die Bildung einer Einheitspartei. Allerdings ließ die Militärregierung am gleichen Tag politische Parteien zu. Von daher wurde die Sitzung auf den 13.8. verschoben. Ungeachtet dessen wurde am 16.8. die SPD in Bochum gegründet. Vgl. hierzu Leidemann-Zumdick, Entstehung S. 129-135.

raumt ist, auf der allen Anzeichen nach die Einigung beschlossen werden wird. Unsere Absicht ist, eine Einheitspartei zu bilden, die zunächst nur ein Sofortprogramm hat und kurze Grundsätze ihrer großen Politik. Das Parteiprogramm und die Verfassung einer Partei auszuarbeiten bzw. zu beschließen, soll einem späteren Parteitag vorbehalten bleiben. Wir sind überzeugt, daß wir in einer Partei, die uns die Möglichkeit einer Mitarbeit läßt, entscheidend Einfluß gewinnen werden. In Essen⁷² ist eine solche gemeinsame Basis vor drei Wochen beschlossen worden, in Wanne⁷³ und Wattenscheid⁷⁴ stehen die SPD-Gruppen infolge unserer Einflußnahme auf dem Boden der Einheitspartei, in Witten⁷⁵ wird am Sonntag die Einheitspartei gegründet werden. In Dortmund haben wir gleichfalls Einfluß in derselben Richtung genommen, vor allem auch mit dem Vorstand des Bezirks, in Arnsberg beeinflussen wir die oberste Leitung des Regierungsbezirkes; unsere Bemühungen laufen ebenfalls in Schwerte, Hagen, Iserlohn, im Ennepe-Ruhrkreis - obwohl die SPD dort sehr stark ist -, im Oberbergischen und im Kreise Altena-Lüdenscheid - der von uns maßgeblich bestimmt wird. In Wetter haben wir jetzt ebenfalls Einfluß genommen. Diese Arbeit wird es den alten SPD-Genossen schwer machen, auf ihrem sturen Standpunkt zu beharren.

Durch unsere Publikationen, praktisch die einzigen, die es gibt, beeinflussen wir die Gedankenbildung entscheidend. Wir haben etwa 2000 Druckschriften bisher in diesem Bezirk verbreitet, die gewiß manchen Genossen auch in entscheidenden Positionen Richtlinien und Anregungen geben.

Außer auf die Bildung der Partei und die Besetzung der Verwaltungsstellen versuchen wir auch in der Wirtschaft, Wandel zu schaffen. Wir haben uns bisher bei der Umbesetzung der Industrie- und Handelskammer in Bochum kräftig eingeschaltet und die Ernennung von Reaktionären verhindert. Wir hoffen, daß zwei unserer Genossen in die Leitung der Handelskammer hineinkommen werden; es bestehen gute Aussichten. Die Industrie- und Handelskammer wird ein wichtiges Instrument in der Säuberung der Wirtschaft von Nazis und Reaktionären sein bei gleichzeitiger Förderung fortschrittlicher Kräfte.

Auch bei der Umbildung der Vorstände von großen Industrieunternehmungen suchen wir uns einzuschalten. Wir haben die Absetzung von zwei Generaldirektoren bereits durchgesetzt und haben bei der Ruhrstahl in Witten an der Neubesetzung mit fortschrittlichen Leuten mitgewirkt. Diese Arbeit halten wir für ganz besonders wichtig, nicht zuletzt auch deswegen, weil sich andere linke Kreise fast nur um die Rathäuser kümmern. Auch die Arbeiterwohlfahrt ist in den größeren Orten bereits wieder zugelassen, hat ihre Ansprüche angemeldet auf Entschädigung aus den beschlagnahmten Nazivermögen und z.T. bereits mit eigenen Sammellisten zu arbeiten begonnen. Wir haben uns bisher in diese Arbeit nicht einschalten können. In Bochum liegt die Organisation in Händen besonders schwarzer Sozialdemokraten, die jede Mitarbeit Andersgläubiger ablehnen. In anderen Orten werden wir wahrscheinlich

⁷² Die Essener SPD grenzte sich von vornherein von den Kommunisten ab und beschloß den separaten Aufbau der Partei. Von Seiten der Bochumer Union war der Versuch unternommen worden, die Essener Sozialdemokraten im Sinne der Union zu beeinflussen, was aber nur in Ansätzen gelang. Vgl. Pietsch, Militärregierung S. 136 u. 149.

⁷³ Anders als in Essen vollzog sich nach Pietsch, Militärregierung S. 149, die SPD-Gründung in Wanne-Eickel ohne maßgeblichen Einfluß der Union.

⁷⁴ Die Wattenscheider SPD war, so Pietsch, Militärregierung S. 156, 1945 weitgehend von traditionellen Kräften aus der Zeit vor 1933 geprägt. Andreas Rausch, erster provisorischer Parteivorsitzender, war ein mittlerer Funktionär aus der Weimarer Zeit.

⁷⁵ Im Witten wurde Walter Nowak im August 1945 SPD-Stadtverbandsvorsitzender. Er hatte zuvor versucht, mit der „Sozialistischen Partei“ ein linkssozialistisches Konzept zu verwirklichen. Vgl. hierzu Pietsch, Militärregierung S. 156.

besser dazwischen kommen, da wir dort besseren Kontakt bzw. leichteren Zugang zu den entscheidenden Leuten haben.

Jupp Kappius 10.8.45.

Wilhelm Kirstein aus Dortmund, 31.8.1945

ISK Box 59
maschinenschriftlich

Der größte Teil der Bevölkerung ist kaum an den politischen Ereignissen des Tages interessiert. Vielfach hört man diese Menschen sagen, daß sich doch nichts in der Leitung der Verwaltung und besonders in der Leitung der Industrie geändert hat. Ihr täglicher Umgang mit diesen Amtsstellen beweist ihnen immer wieder die Richtigkeit ihrer Meinung, und weil sie keine spürbare Veränderung sehen, versprochen durch die Militärregierung, werden sie noch teilnahmsloser und denken nur dabei an sich und ihre Familie.

Es sind Fälle bekannt, daß Antinazi aus Industriebetrieben, z.B. aus dem Benzolverband, ihre Kündigung zugestellt bekommen haben mit der Begründung: Arbeitsmangel, während bekannte Nazi in ihren Stellen belassen werden. Nicht nur das, sondern es werden bekannte Nazi, die aus ihren früheren Stellungen ausgeschieden sind, in die Industrie untergebracht. Der frühere Fahrer des Nazi-Polizeipräsidenten ist in einem Industrieunternehmen (Dortmunder Union-Brauerei) als Garagenmeister eingestellt worden. Dieser Fahrer hat natürlich falsche Angaben über seine Parteizugehörigkeit gemacht und behauptet, nie Mitglied der Partei gewesen zu sein. Selbst der einfachste Mann weiß, daß er als Fahrer des Polizeipräsidenten zum mindesten Mitglied der Partei sein mußte. Solche Fälle könnte man genügend nachweisen, wenn man sich die Mühe macht, die Fragebogen dieser Leute genauestens zu prüfen.

Daß diese Fälle nicht dazu angetan sind, Begeisterung für die neue demokratische Verwaltung hervorzurufen, ist verständlich. Man führt Beispiele aus russischer Zone an, wo mit ehemaligen Parteimitgliedern viel schärfer verfahren wird. Dieses führt nicht nur zu einer prorussischen Haltung, sondern darüber hinaus zu einem Mißtrauen gegenüber den Versprechungen der englischen Militärregierung. Auch sagt man, daß in der amerikanischen Zone die Bereinigung der Verwaltung erheblichere Fortschritte gemacht hätte.

Wenn auch hohe Parteifunktionäre aus ihren Ämtern entfernt worden sind, so sind mittlere Funktionäre noch in ihren früheren Stellungen tätig. So kann man bemerken, daß ihre Freunde vielfach vorgezogen werden, während andere in ihrer Schlange warten müssen, bis die Reihe an ihnen ist. Vielfach konnte es festgestellt werden, daß an Kartenstellen, wo besonders viele Menschen auf ihre Abfertigung warten, Parteigenossen Parteigenossen bevorzugt behandeln.

Man weiß sehr gut, daß eine sofortige Entfernung aller Nazibeamten nicht möglich ist, wenn das Wirtschaftsleben nicht ganz in Unordnung geraten soll, jedoch erwartet man, daß nach und nach diese Parteibeamten entfernt werden und durch frühere Beamte ersetzt werden können. Hier ist bis jetzt absolut nichts getan worden.

Wie überstehe ich den kommenden Winter, ist die einzige Frage, die die Bevölkerung allein noch beherrscht. Wie ernähre ich meine Familie in der nächsten Zeit, wie bekomme ich meine Wohnung wasserdicht und kältesicher, wie beschaffe ich mir Heizmaterial? Die Sorge um das Schicksal ihrer Heimat und der Welt wird ganz in den Hintergrund gedrängt.

So ist es nicht verwunderlich, daß die Hamsterfahrten in erschreckendem Maße zugenommen haben. Auch die Bettelei in den Geschäften nimmt immer größere Formen an. Diese

Auswüchse können weder durch Verbote noch durch Beschlagnahmen unterbunden werden, solange man nicht genau weiß, wie sich die Ernährungslage im kommenden Winter gestaltet. In Arbeit Stehende bummeln ein oder zwei Tage in der Woche, um für ihre Familie Nahrungsmittel heranzuschaffen.

Viele der zurückgekehrten Kriegsgefangenen, die nur im Besitze ihrer schäbigen Uniform sind, können nicht mit neuen Kleidungsstücken versorgt werden, weil keine vorhanden sind. Ebenso geht es den Zwangsevakuierten, die jetzt in ihre Heimat zurückkehren, weil sie aus den Evakuierungsorten ausgewiesen werden und zum großen Teil ihr sämtliches Hab und Gut zurücklassen mußten.

Der Schwarzmarkt, der früher zentral abgehalten wurde, hat sich jetzt aufgeteilt. Ein aufmerksamer Beobachter kann an vielen Plätzen der Stadt Schwarzhändler sehen, die ihre Ware anbieten. Auch werden diese Waren durch die Schwarzhändler in den Häusern angeboten.

In beschränktem Maße beginnt die Industrie wieder zu arbeiten, jedoch hört man auch von Betrieben, die schon tätig waren, daß sie demnächst stillgelegt werden sollen wegen Kohlenmangel. So soll die Firma Danco-Wetzel zum Teil nicht mehr aus diesen Gründen arbeiten. Diese Firma stellt wichtige Materialien für den Bergbau und für die Autoindustrie her (Dichtungen, Bremsvorrichtungen für Fördermaschinen und Auto).

Die schon oder noch zu erwartenden Stilllegungen von Betrieben beunruhigten die Bevölkerung.

Die Aufräumarbeiten in der Stadt gehen viel zu langsam voran. Parteigenossen lassen sich von ihren Ärzten Atteste ausstellen, die sie von den Aufräumarbeiten befreien. Manche Parteigenossen haben angeblich ihre 96 Stunden Pflichtarbeit erfüllt, ohne daß man sie auf irgendeiner Aufräumungsstelle gesehen hat.

Um all diese kleinen und großen Mißstände zu beseitigen, müßte die mittlere Verwaltung von Parteigenossen gesäubert werden.

Jupp Kappius aus Bochum an Willi Eichler, 2.9.1945

ISK Box 60
handschriftlich

Lieber Willi!

Anliegend füge ich die Übersetzung des Artikels aus dem Observer bei, den wir mit bewerten werden. Du findest außerdem eine Nummer 2 der Sozialistischen Pressekonferenz. Die nächste Nummer ist Kirchenpolitik. Du siehst, wir haben Deine Anregung aufgenommen. Leider konnten wir eine Zeitlang gar kein Papier bekommen, sonst wäre alles längst raus gewesen.

Dem Paket letzte Woche hatte ich zwei Geschäftsbriefe beigelegt, ohne sie zu erwähnen. Sieh sie Dir an und entscheide, ob Du sie befördern willst. Wir sollen am Geschäft beteiligt werden.⁷⁶

Flick hat seit Montag eine Stelle, - leider habe ich ihn selber heute nicht sprechen können, werde ihn aber Montag oder Dienstag sehen.

Richard ist jetzt für sechs Wochen in Köln mit Saubermachen beschäftigt und wird anschließend in Essen sein. Er würde Dich sehr gern sprechen.

Von Arnsberg habe ich noch nichts wieder gehört. Womöglich kommt morgen was.

⁷⁶ Konnte nicht ermittelt werden.

In der christlich demokratischen Partei kriselt es, die „Unitas“⁷⁷ und Windhorstleute⁷⁸ (auch Gewerkschaftsleute) halten Besprechungen, ob sie nicht eine Zentrumsartei aufmachen sollten, die links von der christlich demokratischen stehen würde mit Anlehnung an SPD. Noch keine Entscheidungen, aber starke Verstimmung wegen reaktionärer Besetzung der christlich demokratischen Partei und Sorge um katholische Belange.

Wir warten mit Schmerzen auf Robert, besonders Friedel [Knigge]. Hoffentlich ist ihm nichts passiert.

[Kurt] Schumacher hat 24 Seiten „politische Richtlinien der SPD und ihr Verhältnis zu anderen politischen Faktoren“ herausgeschickt⁷⁹, „kurze“ agrar-, wirtschafts- und kulturpolitische Richtlinien sollen noch folgen. Ich werde nach Hannover fahren⁸⁰, es ist noch nicht ganz klar, ob als Delegierter oder als Gast. Gehöre jetzt zum vorläufigen Stadtverbandsvorstand der SP Bochum und zum Schulungskomitee und werde wahrscheinlich die Schulungszeitung übernehmen. - Leider kann ich kein Exemplar der politischen Richtlinien mitschicken, weil sie noch nicht abgeschrieben sind. Nölting soll in Münster einen „nietenhaften“ Eindruck machen (sagen uns freundliche Wirtschaftsleute). Er bekommt seinen früheren Leiter der katholischen Aktion in Dortmund als ersten Mitarbeiter und ist auch sonst von „guten“ Katholiken umgeben.

Viele Grüße, besonders auch von Änne [Kappius] und Anna [Kothe].

Dein Jupp

Jupp Kappius aus Bochum an Willi Eichler, 16.9.1945

ISK Box 60
handschriftlich

Lieber Willi!

Hab schönen Dank für Deine Post vom 10. und 11.9.⁸¹, die erstaunlich schnell hier war. Zu Deinen Fragen folgendes: Das Original ist entweder nach England oder an René [Bertholet] gegangen. Captain Campbell hat eine Copie bekommen. Über die Katholiken findest Du einiges Material im Bericht und in dem beiliegenden Material.⁸² Ich werde Müller und Fries noch um mehr fragen. Auszüge aus dem Hirtenbrief findest Du in der Ruhrzeitung vom 12.9., das ist alles, was ich bisher bekommen konnte. Der Pfarrer Ostermann hier geht übrigens auch umher und fordert zum Schulstreik auf. Wie weit er Erfolg hat, weiß ich noch nicht. Der Funktionär, von dem ich sprach, ist Siegfried BÖKER, heute angestellter Sekretär des Einheitsverbandes, d.h. im Augenblick Leiter der „Rechtsberatungsstelle“, als die der Einheitsverband im Augenblick besteht. Ich habe in der letzten Zeit trotz Widerwillen wieder Verbindung zu ihm aufgenommen, was er dankbar und respektvoll akzeptiert hat. (Wir hat-

⁷⁷ Der Unitas Verband ist der älteste katholische Studentenverband. Er entstand 1855 und wurde 1938 zwangsaufgelöst. Nach 1945 wurde er neu gegründet.

⁷⁸ Windthorstbünde bestanden von 1895-1933 (Jugendorganisation des Zentrums, benannt nach ihrem Gründer Ludwig Windthorst). Vgl. hierzu zuletzt Anderson, Windthorst.

⁷⁹ Für einen Abdruck der „Politischen Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren“ vom 25.8.1945 vgl. Albrecht, Schumacher S. 256-286.

⁸⁰ Gemeint ist: Zur Wenninger Konferenz. Vgl. hierzu oben S. 101

⁸¹ Im Bestand ISK (Box 60) findet sich lediglich der Brief Eichlers an Kappius vom 14.9.1945.

⁸² Konnte nicht ermittelt werden.

ten vor Wochen eine Aussprache, bei der ich kein Blatt vor den Mund genommen hatte.) Aber er hat eben heute die Stellung in der Bewegung, und man kann ihn nicht ganz übergehen. - Was Du schreibst über die klarere Definition der Bindungen und ihre charakterliche Verankerung, ist mir nicht ganz klar. Du meinst wahrscheinlich nicht nur Dinge, die den ISK angehen, sondern auch mich persönlich betreffende. Ähnliches deutetest Du ja auch in dem Brief an, den Du mir noch in London schriebst. Ich habe viel darüber nachgedacht, komme aber zu keiner wirklichen Klärung, und es ist doch wohl notwendig, daß Du mir in einer guten Stunde einmal klarer sagst, was Du meinst. Die Bereitschaft zu solcher Aussprache ist da bei mir, und ich bin mir bewußt, wieviel mehr ein anderer gerade auch über den Charakter sehen kann. Dir ist lieber, wenn man selber draufkommt, - ich weiß, aber etwas mehr Hilfe ist vielleicht gerade das, was fehlt. - Mit Anne [Kappius] habe ich ein besseres Verhältnis. Zu Anfang war es nicht einfach, besonders da ihr der gefaßte Entschluß, mit ihr leben zu wollen ohne ungeteilte gefühlsmäßige Verbindung, nicht genügt. Es verbindet uns aber doch so viel miteinander, daß sich die Spannungen in den letzten Wochen mehr und mehr gelöst haben. Wenn ich trotzdem irgendwie nicht glücklich bin resp. nicht unbeschwert und heiter, so liegt das, glaube ich, an der Schwere der vor uns liegenden Aufgabe und der immer deutlicher werdenden Tatsache, daß unsere Arbeiterbewegung doch sehr verkommen ist und keine Rückkehr zu anständiger und sauberer Kampfweise erkennbar ist. Jedenfalls nicht bei den jetzt führenden Leuten. Wie soll da die starke Bewegung zustande kommen, die ordentliche Zustände in der Gesellschaft einführt? Es ist vieles sehr bedrückend, und nur die Tatsache, daß es auch andere gibt und wir trotzdem eine Chance haben, gibt einem immer wieder Mut.

Bei Fries war ich am letzten Donnerstag. Er hatte noch nichts vorbereitet.

Von Flick höre ich wenig, zu wenig. Und leider fehlt Zeit und Gelegenheit, ihn öfter zu sehen. Aber Du hast Recht, wir müssen es möglich machen.

Fritz Victor war hier und fragte wegen eines Briefes, den Du ihm hättest schreiben wollen wegen der Gewerkschaftskonferenz in Paris.⁸³ Er hat davon gehört durch Böckler in Köln. Hast Du ihm geschrieben?

Ich lege zwei Adressen bei von Genossen, die in englischer Gefangenschaft sind. Vielleicht kann man mit ihnen Kontakt bekommen. Stierle kennst Du ja selber (oder ist er ein Sohn von ihm?), der andere ist ein Sohn eines guten Genossen.

Du wirst vielleicht erschreckt sein über die Menge Papier, die Du bekommst, ich denke aber, es ist alles interessant und lohnend anzusehen. Unsere Pressekonferenz ist noch nicht raus. Wir haben kein Papier gehabt, haben gestern 2000 Blatt bekommen. Es ist ein „major job“.

Viele Grüße, Willi, und schreib noch mal, ehe Du zurückfährst. Wir haben uns alle sehr über Deine Post gefreut, ich besonders über Ton und Haltung Deines Schreibens.

Alles Gute und viel Glück

Dein Jupp

Bochum, 16.9.1945

Lieber Willi!

Ich vergaß, den Empfang der Ausschnitte und des Commentary zu bestätigen, - vielen Dank. Letzte Woche sah ich Elisabeths Mann, der höchstwahrscheinlich nach Essen kommen wird und gestern hier an Land kommen wollte, was aber nicht geklappt hat. Er brachte Antwort von Victor Wolf mit, der seine Sache in Händen eines Rechtsanwalts hat. E. ist munter

⁸³ Vgl. hierzu oben S. 100

und vergnügt, er hat durch seine Erzählungen die Genossen anscheinend sehr deprimiert. Vielleicht nicht ganz zu Unrecht, - wir sehen ja hier schon vieles anders.

Dein Besuch hat uns gewißlich nicht nur Arbeit gemacht, er hat uns alle erfreut und ermuntert, und ich glaube auch, daß Deine Besuche bei den verschiedenen Leuten ein Gewinn für unsere weitere Arbeit sein werden. Irgendwie sehen sie uns ja doch anders an.

Nochmals viele Grüße und gute Reise.

Und komm bald nach Deutschland.

Dein Jupp

NB. Heute hörte ich, daß die Odenwaldschule wieder eröffnet werden soll⁸⁴, wie überhaupt Landerziehungsheime bald wieder geöffnet werden sollten. Anscheinend besteht die Absicht, die Odenwaldschule solle unter dem alten Leiter Sachs wieder beginnen, für den sich eine Reihe Amerikaner, die bei ihm erzogen worden sind, eingesetzt hätten.

Wenn Du nach Darmstadt kommst, dann suche den jetzigen Reichsbahndirektor Karsten auf. Du kannst bei ihnen wohnen. Frage am Bahnhof gleich nach ihm bei irgendeiner Dienststelle. Sie kennen ihn alle. Am besten rufst Du schon von einer Dienststelle außerhalb Darmstadts an und sagst Bescheid, daß Du kommst, dann gibt es keine Verzögerungen. Karsten ist einer der Funktionäre der Friedensgesellschaft⁸⁵, ich habe ihn im Winter kennengelernt, er hat uns viel Informationen besorgt und gute Vorarbeit für den Zusammenbruch im Sinne der Union⁸⁶ geleistet. War Parteimitglied geworden nach Verständigung mit seinem Funktionär, ich glaube 37 oder 38. Frage mal Anna [Beyer], wie er gearbeitet hat, sie kennt ihn gewiß etwas.

D.O.

Jupp Kappius, Bedingungen im Ruhrgebiet, Mitte September 1945

ISK Box 60
maschinenschriftlich

1. Wie ist die SPD?

Im Bochumer Bezirk ist die SPD noch in den Händen der alten reaktionären Genossen. Wir haben viel Ärger mit ihnen, weil sie mit allen möglichen Tricks versuchen, die Leitung in der Hand zu behalten. Unter der Mitgliedschaft besteht ein starker Wunsch nach sauberer und fortschrittlicher Politik. Wenn es uns aber nicht gelingt, diesem Wunsch in der personellen Besetzung des Vorstandes Ausdruck zu geben, dann wird die SPD weder repräsentativ

⁸⁴ Die Odenwaldschule, ein Landerziehungsheim mit sechsjähriger Grundschule, Volksoberschulstufe, Mittelstufe und Gymnasialzweig, wurde 1910 von Geheeb gegründet. Sie war eine überkonfessionelle Koedukationsschule mit freier Gestaltung des Gemeinschaftslebens. Vgl. Artikel „Odenwaldschule“; in: Meyers kleines Lexikon Pädagogik sowie Artikel „Landerziehungsheime“; in: Lexikon Pädagogik III. Dort auch weiterführende Literatur.

⁸⁵ Vgl. hierzu oben S. 42

⁸⁶ Vgl. hierzu oben S. 53

noch stark. Wir sind bis jetzt den anderen unterlegen, nicht der Zahl nach, sondern weil wir anständig sind und uns an Verabredungen halten, während die anderen mit Tricks und Versammlungstechnik arbeiten, denen gegenüber wir bisher keinen Erfolg hatten. Programmentwürfe, Rundschreiben und ein Schulungsbrief in der Anlage.⁸⁷

2. Wie ist die KPD?

Über Stärke der KPD kann man noch nichts sagen. Die Partei ist noch nicht gebildet. Sie haben verhältnismäßig die wenigsten Funktionäre (große Ausfälle während der Nazizeit). Wie groß der Einfluß ist, ist auch schwer zu sagen. Bei den Betriebsratswahlen auf den Zechen⁸⁸ sind vielfach Kommunisten als erste und zweite Obleute gewählt worden, was aber unserer Überzeugung nach mehr auf einer Tendenz zu radikalerer Politik auf den Zechen (Säuberung) als auf KP-Zugehörigkeit oder Anlehnung zurückzuführen ist, z.T. auf die Persönlichkeiten, die zur Wahl standen. Kommunisten sind im allgemeinen die aktivsten Kräfte. Eine Reihe von ihnen haben der Union zugeneigt, sind aber nach der Verschmelzung mit der SPD zur KPD gegangen, weil sie von der SPD nichts erwarten. Eine aktive und revolutionäre Politik der neuen SPD würde diese Kräfte höchstwahrscheinlich an die SP heranbringen.

Es gibt in diesem Bezirk keine Antifa. SPD und Christliche Demokraten haben sich für eine Zusammenarbeit mit Kommunisten ausgesprochen, lehnen aber eine organisatorische Vereinigung ab.

Eine öffentliche **Kundgebung** der KPD am 8.9. in Bochum war von etwa 2500 bis 3000 Personen besucht (Einwohnerzahl etwa 200.000), mehr als bei der SPD-Versammlung am Sonntag vorher.⁸⁹ Man sah eine Reihe von Gesichtern, die auch bei der SP-Versammlung waren. Prozentsatz der Jugendlichen (etwa 20jährige) ca. 15%, sonst meist 40 Jahre und darüber. Ermüdende Rede eines 30jährigen, der sich in Superlativen erging und keine Steigerungsmöglichkeit hatte. Dauer zwei Stunden. Am Schluß spontan Singen der Internationale, wurde nach dem ersten Vers von Versammlungsleitung abgebrochen: Der Versammlungsleiter schloß die Kundgebung. (Siehe Anlage: Broschüre der KP)⁹⁰

3. Katholiken

Siehe Bericht über Christlich Demokratische Partei.⁹¹

Die Geistlichkeit ist eingeschaltet, Domkapitular Simon aus Paderborn ist aktiv in der Partei tätig.

Es gibt keine christlichen Gewerkschaften. **Keine** Tendenz nach der Bischofskonferenz, von der Einheitsgewerkschaft abzugehen.⁹²

Starke Unzufriedenheit unter früheren linken Zentrumsleuten („Unitas“-Leute, Windhorst und Christliche Gewerkschafter) wegen der Parteiführung, die Lambert Lensing, der Besitzer

⁸⁷ Konnte nicht ermittelt werden.

⁸⁸ Im Juli 1945 wurden in den Bochumer Zechen Betriebsräte gebildet, und zwar entweder durch Akklamation oder durch Wahl. Meist wurden die Betriebsräte aus der Zeit vor 1933 wiedergewählt. Vgl. Pietsch, Militärregierung S. 102.

⁸⁹ Die erste Kundgebung der Bochumer SPD nach Ende der NS-Herrschaft fand am 2.9.1945 im Parkhaussaal statt. Hauptredner war der Vorsitzende des Bezirks Westliches Westfalen, Fritz Henßler. Thema der Rede war: „Die deutsche Situation der Gegenwart“. Vgl. hierzu Ruhr-Zeitung Nr.21 vom 5.9.1945 sowie Leidemann-Zumdick, Entstehung S. 137.

⁹⁰ Konnte nicht ermittelt werden.

⁹¹ Der Bericht ist hier abgedruckt S. 262

⁹² Gemeint ist die Bischofskonferenz in Fulda am 23.8.1945. Für einen Abdruck des Hirtenbriefes vgl. Keesings Archiv der Gegenwart 1945, S. 392.

des Tremonia Verlages in Dortmund, innehat. Lensing war früher Mitglied des Stahlhelms und wird zu den rechtesten Zentrumsleuten gerechnet.

In protestantischen Kreisen z.T. noch abwartende Haltung. Traditionelle 1848er Kreise neigen mehr zur SPD, warten aber ab, ob die SPD eine aktive demokratische und antimilitaristische Politik machen wird. Wir haben Anzeichen dafür, daß die Christlich Demokratische Partei ein Sammelverein der bürgerlichen Reaktion wird, eine Chance mehr für eine fortschrittliche SPD.

Katholiken haben starken Einfluß im öffentlichen Leben. Die Personalpolitik ist in fast allen Städten katholisch, und zwar reaktionär katholisch, was nur z.T. auf den Mangel an geeigneten linken Kräften zurückgeht. Die „Ruhrzeitung“ wird in Zukunft im katholischen Tremonia Verlag gedruckt werden. Auch in Bochum ist der einzige Zeitungsverlag katholisch. Der Einfluß der Katholiken ist deshalb so stark, weil der größte Teil des nicht-katholischen Bürgertums in der Naziartei war und die Militärregierung die Zugehörigkeit zur NSDAP als den wesentlichen Faktor bei der Zulassung resp. Nichtzulassung zu öffentlichen Ämtern ansieht. Sehr viele Katholiken waren nicht in der Partei (von katholischen Pfarrern zwei von 1000, von protestantischen Pfarrern 75 von 100). Ein katholischer Pfarrer, Ostermann, ein ganz besonders schwarzer Katholik, der lange Zeit im KZ gesessen hatte, soll der enge Berater des verflorenen Kommandanten gewesen sein, was den Katholiken natürlich auch sehr zugute kam.

4.

Es gibt keine sozialistische Partei neben der SPD. Wo Unionsgruppen waren, sind sie entweder bereits mit der SPD verschmolzen oder auf dem Wege der Verschmelzung.

Gewerkschaften sind offiziell jetzt in der Bildung begriffen. Inoffiziell haben sie bereits bestanden, ohne aber eine wirkliche Aktivität entwickeln zu können. An Beitragsgeldern sind im Bezirk Bochum bereits über 100.000 Mark kassiert worden, - die Gewerkschaften schwimmen in Geld. Vielfach werden die Beiträge bei der Lohnzahlung gleich eingehalten, ein Verfahren, das von einer Reihe von Gewerkschaftern bekämpft wird und höchstwahrscheinlich auch nicht fortgesetzt wird. Betriebsausschüsse arbeiten in allen Betrieben, allerdings mit unterschiedlichem Erfolg, was zum größten Teil von den Persönlichkeiten abhängt, die den Ausschuß bilden. Auf den Zechen sind kürzlich überall neue Ausschüsse gewählt worden. In der übrigen Industrie sind die Wahlen z.T. bereits getätigt, z.T. sind sie in der Vorbereitung und kommen im Laufe der kommenden zwei Wochen zum Abschluß.

[5.]

Es gibt keine Arbeitslosigkeit. Die Arbeitsämter setzen alle verfügbaren Arbeitskräfte ein. Allerdings gibt es eine Menge Menschen, die nicht arbeiten, man rechnet etwa 25 - 30.000 in jeder größeren Stadt. Sie leben z.T. von Ersparnissen, z.T. vom schwarzen Markt, z.T. von Schwarzarbeit wie Maurer, die bei „Vitamin“-Lieferanten arbeiten.

Neue Lohnvereinbarungen bedürfen der Genehmigung des Arbeitsamtes. Sie werden in manchen Fällen in Zusammenarbeit mit dem Betriebsausschuß vorgenommen, in andern nicht. Grundsätzlich besteht ein Lohnstop, die Unternehmer versuchen aber allenthalben, die Lohnsätze herabzudrücken und erreichen dies auch meist, da die Beschäftigung vielfach ganz oder teilweise unproduktiv ist.

Der einzige hier bekannte Fall, daß ein Schlichtungsausschuß eingesetzt wurde, ist Essen. (Siehe Anlage⁹³)

⁹³ Konnte nicht ermittelt werden.

Zwangsarbeit gibt es insofern, als die Arbeitsämter die Macht haben, jeden zur Arbeit zu nötigen, der nicht freiwillig arbeitet. Grundsätzlich besteht Arbeitspflicht für jeden (Anordnung der Militärregierung). (Siehe Anlage hierzu: Vereinbarung zwischen Arbeitsamt und Polizei in Essen über Durchführung von Zwangsmaßnahmen⁹⁴).

Besondere Beschäftigung der Nazis gibt es im allgemeinen nicht. Nur in Witten ist meines Wissens der Versuch gemacht worden, Nazis in besonderem Maß zur Aufräumarbeit heranzuziehen, ein Versuch, der [wegen] Widerstand der Nazis und mangelnder Durchführung der Zwangsmaßnahmen nicht sehr erfolgreich war.

6.

Über andere **bürgerliche Gruppen** ist hier nichts bekannt geworden.

7. Protestantische Kirche

8. Nazi-Einfluß

In der Verwaltung ist die Säuberung am weitesten fortgeschritten. Zahl der Entlassenen in der Stadt 2-300. Öfters sind Nazis allerdings in führenden Stellungen belassen worden, in Bochum z.B. der Personalchef, in Essen der Chef der Polizei. Diese sind jedoch Anfang September entlassen bzw. verhaftet worden. Dumm ist, daß bei der Neueinstellung nicht genügend Informationen seitens der Engländer eingeholt werden, so daß erst nach erfolgter Ernennung Einwände von uns erhoben werden können. - In Bochum ist jetzt ein Reinigungsausschuß bei der Stadtverwaltung tätig, der das gesamte Personal zu überprüfen hat (Abbau-Verordnung des Oberpräsidenten liegt vor⁹⁵). Es wird damit gerechnet, daß die Verordnung später auf Beamte ausgedehnt wird, die nach dem 1.4.33 in die Partei eingetreten sind. Schwierig ist, unter den jetzt bestehenden Anordnungen Gesinnungsnazis, die aber der Partei nicht angehört haben, rauszuschmeißen.

Die Militärregierung geht langsam und vorsichtig vor bei der Säuberung, so langsam, daß viele Nazis sich bereits wieder sehr sicher wähnten. Das hat sich in den letzten Tagen geändert, nachdem die Verhaftung des gesamten Aufsichtsrates des Ruhrkohlsyndikates, des Vorstandes der Friedrich Krupp AG bis auf Kohlen-Müller und die Besetzung des Stahlhofes, des Verwaltungsgebäudes der Vereinigten Stahlwerke in Düsseldorf bekannt wurden. Die Nazis haben große Angst, die Antinazis, denen alles zu langsam ging, haben wieder Hoffnung.

Alle leitenden Leute in der Wirtschaft bis herunter zu den Geschäftsführern müssen nun auch Fragebogen einreichen. Dies ist wichtig, weil in der Wirtschaft noch viele Nazis sitzen. Es geht das Gerücht, daß z.B. im Groß- und Kleinhandel allen die Konzession entzogen werden soll, die vor einem gewissen Datum im Jahre 1937 der Partei beigetreten sind.

Von den Wirtschaftsführern sind eine Reihe gleich verhaftet worden, wie z.B. Generaldirektor Alberts vom Bochumer Verein. Andere wie Rohland (es handelt sich um den bekannten Panzer-Rohland aus dem Ministerium Speer) und Geilenberg (ebenfalls vom Ministerium Speer), wurden mit bedeutenden Aufgaben betraut. Rohland wurde Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, Geilenberg war Wiederaufbaukommissar für die Benzin-Werke (was er auch unter den Nazis war). Inzwischen ist alle Benzinproduktion gestoppt worden, wodurch auch Geilenberg wahrscheinlich seinen Posten verliert. Rohland hat sich sehr geschickt umgestellt, gebärdet sich wiederaufbauwillig im Sinne der neuen Richtung, fährt von Werk zu Werk und wirft die Nazis aus den Leitungen, biedert sich z.B. beim Regierungspräsidenten

⁹⁴ Konnte nicht ermittelt werden.

⁹⁵ Konnte nicht ermittelt werden.

Fries von Arnsberg an, der ihn für einen Mann hält, der für einen leitenden Wirtschaftsposten in einer sozialistischen Planwirtschaft durchaus zu brauchen ist. (Gleiches trifft zu für den Direktor Dinkelbach, der der kaufmännische Leiter der Vereinigten Stahlwerke ist bzw. war.)

9. Selbstverwaltung

Es gibt noch keine Selbstverwaltung. Die Bürgermeister und Landräte werden von der Militärregierung eingesetzt, meist unter der Mitwirkung der Regierung in Arnsberg unter Berücksichtigung der früheren Parteischichtung in der betreffenden Stadt resp. Kreis. In den meisten Städten gibt es kommunalpolitische Ausschüsse, (in Bochum wieder seit einer Woche), deren Mitglieder von der Militärregierung ernannt werden auf Vorschlag des Bürgermeisters. Es sind die früheren Parteien und Religionsgemeinschaften darin vertreten. (Der Bürgermeister bittet die Vertreter der Parteien um Vorschläge für den Ausschuß.) In Bochum sind im Stadtausschuß vier SPD, drei Christliche Demokraten, ein Kommunist, zwei protestantische Pastöre. - Die Ausschüsse haben nur beratende Funktionen. Über die Städte resp. Kreise hinaus gibt es keine Körperschaften, jedoch lädt der Regierungspräsident von Arnsberg z.B. fast jeden Sonnabend die Bürgermeister und Landräte nach Arnsberg zu einer Konferenz. Ebenso werden die Vorsitzenden der Industrie- und Handelskammer von Zeit zu Zeit zusammengerufen, auch die Fahrbereitschaftsleiter aus dem ganzen Bezirk. (Fahrbereitschaft (Verkehrsamt) hat die Benzinverteilung in der Hand sowie die Zulassung von Autos.)

Wohlfahrt

An Bedürftige wird Wohlfahrtsunterstützung gezahlt. Auch Rentenempfänger bekommen ihre Renten, jedoch nicht die vollen Sätze (schwankt zwischen 60 und 80% je nach Art und Höhe der Rente). Private Wohlfahrt gibt es auch, der Umfang ist uns nicht bekannt. Die Caritas sammelt bei den Bauern in katholischen Gegenden, hat pro Morgen eine Abgabe von vier RM von den Bauern erhoben.

Es gibt keine Selbsthilfe der Arbeiterschaft. Die Arbeiterwohlfahrt beteiligt sich bei der öffentlichen Fürsorge. So wurde z.B. die Kleidersammlung von allen Fürsorgeorganisationen gemeinsam durchgeführt. Auch die in diesem Winter einzurichtenden Volksküchen sollen von den Wohlfahrtsorganisationen betrieben werden.

Für ehemalige KZ-Inassen gibt es eine besondere Fürsorgestelle. Sie bekommen Geld, Kleider usw. Die Einrichtung ist von Kriminellen besonders ausgenutzt worden, doch ist man bestrebt, die Kriminellen auszusieben und Politische bei der Fürsorge zu bevorzugen.

10. Presse

Es gibt die Ruhrzeitung, die im ganzen Ruhrgebiet herauskommt, die vierte Seite ist jeweils als Lokalteil der jeweiligen Stadt angepaßt. Hier und da gibt es eine gute Nummer, im ganzen taugt die Zeitung nicht viel. Sie wird jedoch viel gelesen, die Leute bilden lange Schlangen, um eine zu bekommen, und meist kann man ein bis zwei Stunden nach Erscheinen keine Zeitung mehr auftreiben. (Anlage 10, Nr. der Ruhr-Zeitung.) Flugblätter sieht man keine, abgesehen von Handzetteln, die zu Versammlungen einladen.

11. Besatzungsmächte

Genauer Bericht folgt.

12. Verhältnis zur Emigration

ist vielfach voller Vorurteile. Man glaubt, die Emigranten hätten draußen gut gelebt. Funktionäre sind der Auffassung, die Emigranten hätten keinen Kontakt mehr mit der deutschen Wirklichkeit und verhalten sich darum ablehnend gegenüber Vorschlägen von draußen. Einzelne Leute werden dringend zurückgewünscht, z.B. der Landrat Hansmann.

13. Transportmöglichkeiten

werden stetig besser. Es verkehren verhältnismäßig viele Züge auf Kurzstrecken, - drei am Tage auf langen Strecken wie z.B. Duisburg-Hannover. (Fahrplan liegt bei.) Wagenmaterial, Bahnhöfe usw. sind in schlechtem Zustand. Die Wagen sind ohne Fenster, Polster sind herausgenommen, die Gepäcknetze sind halb zerrissen, die Klosetts kaputt. Vielfach werden noch Viehwagen in Personenzügen verwendet, manchmal sind ganze Züge nur Viehwagen. Langstreckenzüge sind immer überfüllt. Viele kommen nicht mit. Es ist üblich geworden, z.B. von Bochum nach Duisburg zu fahren, wenn man den Zug nach Hannover bekommen will. Normalerweise würde man den Zug in Gelsenkirchen oder Wanne besteigen. Auch Straßenbahnen kommen nach und nach wieder in Betrieb. Im Bergischen Land kann man mit Straßenbahnen fast überall hinreisen, von Hattingen bis nach Köln und Düsseldorf. In den Ruhrstädten ist die Situation noch unterschiedlich. Bochum, Gelsenkirchen, Herne, Witten, Steele haben fast alle Linien wieder in Betrieb, Dortmund und Essen noch längst nicht.

14. Einwohner

Vor dem Kriege gab es in Bochum 305.000 Einwohner, 94.000 Haushaltungen und 92.000 Wohnungen. Bis Mai 1945 sind durch Bombenangriffe 47.000 Wohnungen vollständig zerstört und 19.000 so beschädigt worden, daß sie nicht bewohnbar sind. Davon sind bisher 1.500 wiederhergestellt worden, so daß 27.500 Wohnungen bewohnbar sind. Im Mai 1945 waren in Bochum noch 160.000 Einwohner, heute sind es bereits wieder 201.000, die 80.000 Haushalte bilden, so daß im Augenblick bereits 52.500 Wohnungen fehlen.

Früher gab es in Bochum 2.000 Maurer, heute nur 600. Davon [...] ⁹⁶ für die Militärregierung beschäftigt für die Instandsetzung von Polizeikasernen (damit die Besatzung die Wohnhäuser und Schulen räumen kann). ⁹⁷ 200 arbeiten an der Wiederherstellung der Krankenhäuser, der Rest ist in der Stadt beschäftigt mit den zunächst dringendsten Aufgaben, - die nicht in allen Fällen Wohnungen sind.

15. Heizung und Licht

Heizung ist schwierig. Es gibt praktisch noch nirgendwo Gas. Die Leitungen sind zerstört. Kohlen sind sehr knapp. Es soll nur einen Zentner pro Monat und Haushalt geben, was nicht ausreichend ist, (man braucht etwa einen Zentner pro Woche). Die Menschen sorgen sich wegen des kommenden Winters. Elektrisches Licht gibt es überall. Und wer elektrische Heizkörper hat, wird diese benutzen können, sein Zimmer zu wärmen.

16. Kulturelles Leben

kommt langsam in Gang. Das städtische Orchester in Bochum ist wieder in Betrieb, wenn auch mit schwacher Besetzung. Es finden Konzerte und Sonntag Morgenfeiern statt, aller-

⁹⁶ Hier fehlen im Original - einer Durchschrift - einige Worte bzw. Zahlen, da das Durchschlagspapier offenbar umgeknickt war.

⁹⁷ Das Folgende ist im Original unleserlich.

dings in bescheidenem Rahmen: Die Räume sind klein, fassen nur wenige hundert Personen. Die Kinos sind geöffnet, allerdings sind die großen Lichtspielhäuser durchweg zerstört. In den Vorstädten sind die kleinen Flohkinos in Betrieb und ständig überfüllt. Es werden nur Spielfilme gezeigt, vorläufig alles deutsche. - Vorträge gibts noch keine, abgesehen von öffentlichen Kundgebungen politischer Parteien.

17. Über Einfluß der Nazilehren

kann ich im Moment nicht viel sagen. Einiges ist dazu im Bericht über Jugendarbeit gesagt. Es wird vielfach die Ansicht vertreten, der Krieg sei durch Verrat der Generäle und Wirtschaftsführer verloren gegangen. - Von Antisemitismus haben wir noch nichts gespürt, im Gegenteil, selbst von Nazianhängern wird die Behandlung der Juden als beschämend empfunden. „Hätten wir die Juden besser behandelt ...“ ist zwar opportunistisch gedacht, aber nicht antisemitisch. Wie es bei der Jugend ist, ist nicht klar. Kollektive Verantwortung wird von sehr vielen nicht empfunden. „Ich habe die Nazis nicht gewählt“ ist der Tenor, und keiner will es gewesen sein. „Die Nazis sind schuld, wir sind unschuldig“. Auch die SPD vertritt öffentlich diesen Standpunkt. „Wir haben gesagt: Hitler bedeutet Krieg! Aber das deutsche Volk in seiner Verblendung hat uns nicht geglaubt und hat Hitler gewählt.“ (Siehe hierzu die SPD-Rundschreiben etc., die beiliegen.⁹⁸) Im Gegensatz dazu sprechen die Kommunisten alle schuldig, sogar sich selbst, weil es, wie der Redner auf der Kundgebung sagte, ihnen nicht gelungen sei, die SPD zu einer Einheitsfront zu bewegen vor 1933.

18. Verhältnis zu Rußland

Rußland gegenüber ist immer noch die Angst vorherrschend. Dazu kommen Abscheu und Empörung wegen des Verhaltens der Roten Armee in den besetzten Gebieten wie auch wegen des Verhaltens der Russen hier. (Siehe die Liste der Verbrechen im Vortrag Dr. Sauer)⁹⁹ Konnte nicht ermittelt werden. Die Kommunisten vermeiden es auch in ihren öffentlichen Kundgebungen, über Rußland zu sprechen. Auf der Kundgebung in Bochum betonte der Redner einige Male, daß er nicht als Agent irgendeiner Macht spreche. In der letzten Zeit sind viele Kriegsgefangene aus Rußland zurückgekehrt, aber nur Kranke und Verstümmelte, die meisten in erbarmungswürdigem Zustande. Darüber sind die Menschen hier entsetzt und aufgebracht. Und voller Angst. Hier sind eine ganze Reihe russischer Kommissare, die alle Russen nach Rußland holen wollen. Kürzlich haben sie einen Russen, der vor drei oder vier Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hat, nicht zurück wollte und die Polizei gebeten hatte, ihn in Schutzhaft zu nehmen, aus dem Gefängnis herausgeholt, wohin ist unbekannt.

19.

Die Bevölkerung ist über die Ereignisse im Ausland und Deutschland nicht unterrichtet. Die meisten sind mit ihren täglichen Sorgen zu sehr beschäftigt, um sich noch für andere Dinge zu interessieren. Deutsche Geographie kennen viele - durch die vielen Reisen, durch Evakuierungen usw. Sie wissen ganz genau, welche Flüsse man überqueren muß, um nach Pommern zu kommen. Sie kennen die Verhältnisse an der russischen Grenze, wo und wie man rüber kommen kann, und die Erfahrungen werden willig ausgetauscht in den Zügen. Auch über lohnende Hamstergebiete sind sie unterrichtet. Politisches Wissen ist jedoch sehr kärglich. Auch in sozialistischen und anderen interessierten Kreisen. Es gibt keine Literatur

⁹⁸ Konnte nicht ermittelt werden.

⁹⁹ Konnte nicht ermittelt werden.

(unsere Presse-Korrespondenz wird geradezu gefressen!), das Radio ist unzureichend. (Es gibt nicht viele Leute, die noch einen Radioapparat haben.) Die Truppen haben viele „befreit“, und es gibt kaum eine Möglichkeit, einen reparaturbedürftigen Apparat wieder betriebsfähig zu machen. Natürlich weiß jeder politisch Interessierte von den englischen Wahlen usw.¹⁰⁰, also von heute passierenden Dingen, aber er hat keinen Hintergrund für diese Vorgänge und darum kein gut begründetes Urteil.

20. Flüchtlinge

aus dem Osten kommen nicht hierher, es sei denn, sie haben früher hier gewohnt. In den meisten Städten des Ruhrgebietes besteht Zuzugssperre, trotzdem kommen ständig Leute zurück, die früher hier gewohnt haben, Kriegsgefangene und Evakuierte. Die Wohnungen sind durchweg überfüllt, viele wohnen in Kellern und anderen unzureichenden Wohnlöchern. Es wird davon gesprochen, daß Baracken als Unterkünfte eingerichtet werden sollen.

21.

Die meisten ausländischen Kriegsgefangenen und Arbeiter sind in ihre Heimatgebiete zurückgebracht worden. Die Stadt Vorhalle ist wieder frei, allerdings noch nicht an die deutschen Behörden zurückgegeben (wahrscheinlich Entlassung etc.). Hier und da trifft man noch Läger von Ausländern, die Klagen über Diebstähle, Überfälle usw. haben nachgelassen.

22.

Neue Bevölkerungstransfers sind vorgesehen, allerdings nur für den Winter. Im Münster- und Lipperland sind Vorbereitungen für die Aufnahme von Evakuierten getroffen aus dem Ruhrgebiet, man spricht in offiziellen Kreisen von 800.000 Menschen, die während des Winters auf das Land gebracht werden sollen, vorwiegend Frauen und Kinder.

23. Reaktion auf die Potsdamer Beschlüsse¹⁰¹:

Zulassung von Parteien und Gewerkschaften wird begrüßt, auch die Absicht, die verschiedenen Besetzungsgebiete enger zu verflechten. Auf Beschlagnahme und Abtransport ganzer Industriewerke ist allgemein mit Bestürzung reagiert worden. Die Russen haben auch hierdurch stark an Kredit verloren.

Wirtschaft:

A. Betriebe:

1. Alle Zechen sind in Betrieb. Die Förderung liegt bei etwa 25% der normalen. Ursachen: a) Zerstörungen, insbesondere der Tagesanlagen (Kraftwerke, Siebereien, Wäschereien usw.), die wieder Folgeerscheinungen unter Tage haben: zu viel Wasser, keine gute Lüftung, b) überalterte und bergfremde Belegschaften, verärgerte, unzufriedene, kranke und unterernährte Arbeiter. (Vergleiche hierzu Bericht der Obleute¹⁰²).

In Betrieb sind ferner direkte Zubringerfabriken: Abbauhämmer und andere Preßluftwerkzeuge und -maschinen, Schüttelrutschen, Rohrleitungen usw. Die Absicht der Militärregierung war, zunächst die Bergwerke und dann die anderen Industrien in Gang zu setzen. Es

¹⁰⁰ Vgl. hierzu oben S. 197

¹⁰¹ Vgl. hierzu oben S. 208

¹⁰² Gemeint ist der Bericht von Walter Schmidt über die Situation im Ruhrbergbau 1945, ISK Box 64.

zeigt sich aber in wachsendem Maße, daß die Kohlenindustrie in solchem Maße mit fast allen anderen verwachsen ist, daß die Bergwerke nicht richtig arbeiten können, wenn die andere Industrie stillliegt. Ein Beispiel: Die Zeche Gneisenau in Dortmund hat nur 30% ihrer Kraft-erzeugung in Betrieb, weil die Filter- und Kondensanlagen für die Dampfturbinen durch Bomben zerstört sind. Die Turbinen selber sind betriebsfähig. Die Firma, welche die Anlagen wiederherstellen kann, ist stark bombengeschädigt, sie benötigt Glas, Eisen und Steine, bevor sie daran gehen kann zu produzieren. Die Militärregierung genehmigt die Aufträge der Zeche an die betreffende Firma, liefert aber weder Glas noch Eisen, um die Fabrik instandzusetzen, d.h. sie genehmigt die Lieferung nicht. Warum? Weil die Stahlwerke wegen Kohlenmangel nicht in Betrieb gehen können. Kohlen können aber erst geliefert werden, wenn die Zechen repariert sind. Wie soll das ohne Stahlproduktion gehen? Selbst die kleinste Schraubenfabrik, die die Zechen beliefern soll, braucht Eisen. Anscheinend kann die Militärregierung eine ausreichende Stahlproduktion selbst für den notwendigen Bedarf nicht zulassen, da die Kohlenanforderung anderer deutscher und europäischer Gebiete zu groß resp. die Förderung zu gering ist. Die ganze Ruhrindustrie ist ein solcher Filz, daß jedes Problem, das angefaßt wird, ein Zirkel ist, der sich sehr bald wieder schließt.

Vergleiche hierzu die Eingabe der „Ruhrstahl AG“ um Produktionsgenehmigung, die klar zeigt, wie weit die Verfilzung geht, aber auch zeigt, welche Mengen Brennstoff benötigt werden.

Kohlen, Stahl, Glas und Steine sind die wichtigsten Probleme, ihre Lösung ist nur möglich, wenn die **gesamte** Industrie wenigstens teilweise läuft. Auf keinen Fall ist mit voller Kohlenproduktion zu rechnen, solange nicht die anderen drei gleicherweise in Gang kommen. Einrechnen muß man den Verkehr, d.h. die Instandsetzung der Eisenbahnen, Kanäle und Brücken. Bei Eisenbahnen sind hier im wesentlichen die Anschlußgleise und die Verschiebebahnhöfe gemeint. Dafür wird wieder Stahl gebraucht (Schienen!), und das Schienenwalzwerk darf nicht laufen. Nicht genug Kohlen. In den Kanälen liegen die Brücken, an deren Wiederherstellung mit Hochdruck gearbeitet wird. Vorläufig aber geht kein Kahn durch die Kanäle, alles hängt an der Bahn, die nicht in der Lage ist, den Güterverkehr zu übernehmen. Grubenholz, Kohlen und Koks werden von englischen Transportkolonnen mit schweren Lastwagen über weite Strecken gefahren.

Treibstoff ist sehr knapp. Seit der Potsdamer Konferenz sind die deutschen Hydrierwerke stillgelegt, die für die Befriedigung des deutschen Bedarfs arbeiten sollten. Jetzt wird den deutschen Fahrbereitschaften englisches Benzin zugeteilt.

4) Bisher bestanden die Betriebsleitungen in den meisten Fällen aus den gleichen Leuten, die während der Nazizeit Betriebsleiter waren. Nur in einigen Fällen waren sie ersetzt worden durch andere. Bochumer Verein: Generaldirektor Alberts durch den Deutschnationalen Dr. Schenk. Im Bergbau war praktisch nichts geschehen. Erst vor einigen Tagen sind größere Aktionen seitens der Militärregierung zur Bereinigung der Kohlen- und Eisenindustrie unternommen worden. Neubesetzung leidet sehr unter Obstruktion seitens der Militärregierung. So ist z.B. die Bochumer Industrie- und Handelskammer immer noch nicht mit neuen Leuten besetzt außer dem Präsidenten (die Nazis sind raus).¹⁰³ Es wäre aber wichtig, gerade die Geschäftsführerposten mit zuverlässigen Leuten zu besetzen. Gute Vorschläge liegen seit Anfang Juli bei den zuständigen Stellen, trotz aller unserer Bemühungen sind wir bisher nicht weitergekommen. Wir haben nur immer wieder verhindern können, daß vorgesehene und vom Wirtschaftsamt sympathisch behandelte Reaktionäre unter den Tisch fielen. Die In-

¹⁰³ Gemeint ist August Bangel, Geschäftsführer der Bochumer IHK bis zum Sommer 1946. Vgl. hierzu Leidemann-Zumdick, Geschichte S. 208.

dustrie- und Handelskammer wäre aber gerade das Instrument, bei der Neubesetzung der Stellen mitzuwirken.

Vorschlag 4c¹⁰⁴ gut, aber nicht durchführbar, weil Einfluß auf Neubesetzung zu schwach.

5) Die Militärregierung besteht aus so vielen Offizieren und Stellen, und deren Arbeitsweise ist so uneinheitlich, daß oft große Schwierigkeiten entstehen. (So wurde z.B. das Glas für die Bedachung einer Fabrik, das von einer Stelle freigegeben war, von einer anderen beschlagnahmt und bisher trotz aller Bemühungen auch militärischer Stellen nicht freigegeben). Allein in der Kohlenbewirtschaftung sind über[wiegend Offi]ziere tätig, und es gibt die sonderbarsten Situationen. Der Generaldirektor Alberts z.B. wurde verhaftet, als er gerade mit zwei Offizieren bei einer Flasche Wein zusammensaß.

6,7,8) siehe obige Ausführungen. Nähere Angaben nicht möglich.

B. Geldwesen:

9) Inflationserscheinungen insofern, als niemand in der Lage ist, seinen Lohn auszugeben, da nicht genügend Waren da sind. Das Geld spielt daher eine geringere Rolle als Marken und Bezugsscheine. Die Regierungskassen sind leer, es kommen nicht genügend Steuern ein, um auch nur die Gehälter bezahlen zu können. Manche Behörden sind im Rückstand mit der Zahlung der Gehälter.

Die Banken und Sparkassen sind ungeheuer flüssig, gehortetes Geld fließt zurück in einem solchen Umfang (20-30 Mill. Neueinlagen bei jeder Bank in den letzten drei bis fünf Monaten), daß **keine** Zinsen für Neueinlagen gezahlt werden, weil auf der anderen Seite niemand Kredit nachfragt. Die Unsicherheit über die Zukunft der deutschen Währung lähmt, Handwerker und kleine Fabriken scheuen sich, ihre Vorräte an Rohmaterial zu verarbeiten, weil sie nicht wissen, ob sie wieder kaufen können, und ferner, weil sie nicht wissen, auf welcher Basis sie Lieferverträge abschließen sollen. Irgendwie hat man das Gefühl, die Mark kann nicht das bleiben, was sie heute ist. Im Grunde aber ist es der große Mangel an Material, der die ganze Wirtschaft hemmt und den Warenfluß nicht in Gang kommen läßt.

10) Am Schwarzhandel beteiligen sich auch „Ehrenwerte“, in welchem Umfange, ist nicht ganz klar, jedoch hört man öfter von Kaffee-, Zigaretten- u.a. -käufen.

11) Es gibt feste Preise: Kaffee 1.000.- RM das Pfund, ein Liter Öl 100.- RM in Düsseldorf, 170.- RM in Dortmund, eine Zigarette (englisch) 4.- RM.

12) Der größere Teil des Schwarzhandels ist Tauschhandel. Der größte Teil der Hamsterei bei Bauern geht gegen Gebrauchsgegenstände, Geschirr, Gebrauchswaren wie Seife, Schuhcreme etc.

13) Es gibt schon wieder Menschen, die des Geldes wegen arbeiten müssen und deshalb am Arbeitsamt nachfragen. (Arbeitsamt Essen)

14) Besatzungsmark tauchen kaum auf. - Wir haben im normalen Geldverkehr noch kein Besatzungsgeld bekommen. Angeblich müssen die, welche Besatzungsmark einnehmen, diese beim Besatzungsamt wieder abliefern.

¹⁰⁴ Punkt 4c des Wirtschaftsfragebogen (hier abgedruckt S. 542) empfahl: „Was haltet Ihr von dem Vorschlag, geeignete Leute aufrücken zu lassen, nachdem die Nazileitung verschwunden ist, also z.B. ein Vorarbeiter wird Meister, ein Meister Betriebsleiter, ein Betriebsleiter Betriebsdirektor?“

15) Die Banken funktionieren. Firmen können Bargeld abheben, ohne Verwendungsnachweis führen zu müssen. Von Postsparkassen kann im Monat bis zu 1000 RM abgehoben werden. Darüber hinaus praktisch keine Abhebemöglichkeit, da man solche Beträge kündigen muß und augenblicklich keine Verbindung zur Zentrale (Wien) besteht.

16) Es gibt keine Geldknappheit. Jeder hat noch größere Mengen Bargeld in der Tasche, trotz der hohen Einzahlungen bei Banken und Sparkassen.

C. Lebensmittel und Landwirtschaft:

17) Abgabe von Lebensmitteln seitens der Bauern funktioniert.

18) Vollmilch- und Magermilchbelieferung klappt (Magermilch = 1/8 l pro Kopf und Tag für Normalverbraucher).

19) Es gibt Druckmittel, - über Anwendung später.

20) Landwirte bekommen Arbeitskräfte und Düngemittel, mit Geräten und Haushaltsgegenständen ist es nicht so gut. Die Betriebsausschüsse hatten eine Zeitlang einen Handel mit bäuerlichen Genossenschaften organisiert: Sie fuhren mit Düngemitteln aufs Land (Ammoniak von den Zechen, Thomasmehl von den Stahlwerken) und tauschten gegen Kartoffeln u.a. Lebensmittel. Das ist heute verboten. Auch die Verwaltungen der Städte liefern so weit wie möglich Düngemittel, Glas u.ä. Artikel im Tausch gegen Lebensmittel.

21) Manche beliefern bewußt den schwarzen Markt, manche nicht, wie im Oldenburger Land, wo die Bauern aus puren Absatzschwierigkeiten (Transportfrage!) Butter und Eier ohne viel Zureden und zu normalen Preisen verkaufen. Den Tauschhandel machen alle Bauern mit.

Handel:

22) Der Großhandel funktioniert: Die gesamte Lebensmittelverteilung geht über den Großhandel, der sowohl Einkauf wie Verteilung organisiert, allerdings in Zusammenarbeit mit den Ernährungsämtern.

23) Es gibt unrationierte Sachen zu kaufen: Papierwaren, Bücher, Kleiderbügel aus Draht, billige Maschengewebe für Taschen etc., Scheuerpapier, Knöpfe und Bandwaren von miserabler Qualität, Verbandskästen aus Heeresbeständen u.a.m., aber keine Kleidung oder Hausrat, keine Möbel.

Konsumgenossenschaften sind immer in Funktion gewesen, sie arbeiten auch jetzt weiter - nach Umbesetzung der Leitungen, werden jedoch von der Militärregierung eher gehemmt als gefördert insofern, als ihre Warenbeschaffung durch den Großhandel gehen muß. In Bochum sind von den 143 früheren Verkaufsstellen 78 unbeschädigt. Der Bochumer Konsumverein ist auch nicht so heruntergewirtschaftet durch die Nazis, wie das in anderen Städten der Fall ist.

Schulen:

A) Volksschulen:

1) Im Regierungsbezirk Arnsberg sind die unteren Klassen (1.-4. Schuljahr) fast überall eingerichtet und haben den Unterrichtsbetrieb Anfang September aufgenommen. Im ganzen sind es rund 60.000 Kinder. Die Verhältnisse sind sehr verschieden in den einzelnen Städten und Kreisen. So konnten in einigen Kreisen Lernanfänger eingeschult werden, was in Dortmund z.B. unmöglich ist. Es fehlt an allgemeinen Lehrgebäuden und Lehrkräften. In Dortmund stehen für 21.000 Kinder 200 Lehrkräfte zur Verfügung, in Bochum sind 5.000 Kinder in 22 Schulen untergebracht mit genügend Lehrkräften, in Siegen, Hagen, Brilon, Ennepe-Ruhrkreis, Witten, Herne, Wattenscheid sind alle Grundschulen in Betrieb.

2) Die älteren Kinder (5.-8. Schuljahr) sind noch nicht wieder in der Schule. Es sind genug Lehrer und Schulgebäude da, eine Reihe Schulen sind zerstört, die requiriert werden jetzt frei gemacht. Es laufen Morgen- und Nachmittagsklassen, nur so können alle Kinder zur Schule kommen. Die Lehrkräfte müssen 40-45 Stunden Unterricht ordentlich geben. In Deutschland ist die durchschnittliche Frequenz 50 Kinder.

3) Lehrer sind streng gesiebt worden, kein Nazi wurde wieder eingestellt. Die Militärregierung lehnt selbst Funktionäre der NSV ab, obwohl darunter Lehrer sind, die sich nicht anders helfen konnten, als wenigstens diese NSV-Konzession zu machen, sonst aber in Ordnung sind. Die Knappheit der Lehrer ist dadurch beträchtlich verschärft worden, und die Behörden sehen sich außerstande, die oberen Klassen der Volksschulen einzurichten. Ab 1.1.46 wird die Lehrerbildung beginnen mit 250-300 Lehrern zu Beginn (im Bezirk Arnsberg), die von den Schulräten durchgeführt wird, nicht in Seminaren, sondern in den Schulen in enger Verbindung mit dem Unterricht.

Der größte Teil der bei der Reinigung übriggebliebenen Lehrkräfte ist katholisch, es gibt sehr viele überalterte katholische Lehrerinnen. Protestantische Schulen einzurichten, ist gar nicht möglich, da es an Lehrern fehlt.

4) Die Militärregierung in Arnsberg hat die Einrichtung einer christlichen Gemeinschaftsschule verfügt, vier Stunden Religionsunterricht sind im Lehrplan eingebaut. In Krefeld (Rheinland) wird der Religionsunterricht auf Vorschlag der Katholiken und im Einverständnis mit den Protestanten von katholischen Lehrern und Geistlichen auf nichtkonfessioneller Grundlage erteilt.

Über Kontrolle der Militärregierung läßt sich noch nichts sagen.

Die Katholiken forderten Bekenntnisschulen. Die Regierung erhält laufend Eingaben von den Gemeinden. Katholische Geistliche fordern zum Schulstreik auf. Nähere Einzelheiten liegen noch nicht vor. In Mönchen-Gladbach soll ein Schulstreik sein.¹⁰⁵

¹⁰⁵ In Mönchen-Gladbach wurden Mitte August 1945 die Volksschulen als christliche Gemeinschaftsschulen eröffnet. Die katholische Kirche wie die katholische Elternschaft erhoben scharfen Protest, und eine Abstimmung ergab 95% für die Errichtung von Bekenntnisschulen. Die Geistlichkeit rief zum Schulstreik auf. Der englische Major Syme betonte jedoch, die Schulfrage sei Sache der Militärregierung. Als OB Wilhelm Elfes in der Stadtverordnetenversammlung am 13.9. darüber hinaus organisatorische Schwierigkeiten (fehlende Räumlichkeiten) angab, die ihn an der Errichtung von Bekenntnisschulen hinderten, sprachen ihm die Stadtverordneten einstimmig das Vertrauen aus. Auch die Geistlichen zogen ihren Boykottaufruf zurück. Im Frühjahr 1946 ergab eine auf Anordnung der Briten durchgeführte Befragung ein Votum von 84% für die Errichtung von Bekenntnisschulen. Vgl. hierzu Esser, Elfes S. 130-132.

Der Bruderrat der Bekennenden Kirche hat sich vor 14 Tagen in Frankfurt am Main geschlossen für die Gemeinschaftsschule erklärt¹⁰⁶, ebenso die Kirchenführertagung in Treysa, auf der bayerische Kreise sich zunächst für Bekenntnisschulen einsetzten.¹⁰⁷ Die Leitungen der evangelischen Landeskirchen werden sich höchstwahrscheinlich in Kürze für Gemeinschaftsschulen aussprechen.

5) Über den Zustand der Kinder kann noch nichts gesagt werden.

6) Auch nicht über den Betrieb in den Schulen.

B) Höhere Schulen:

Höhere Schulen sind vorerst noch alle geschlossen. Über den Termin ihrer Wiedereröffnung ist noch nichts bekannt.

Allgemeines:

1) nur sehr rohe Umriss von weitergehenden Plänen. Im Augenblick haben die Schulleute mit der Säuberung und Wiederingangsetzung der Schulen alle Hände voll zu tun.

2) An Schulbüchern sind für den ganzen Regierungsbezirk Arnsberg 9000 Lesebücher und 20.000 Rechenbücher gedruckt worden. Es handelt sich um ganz veraltete Bücher von weit vor 1933, die von der Militärregierung ein bißchen ausgeräumt und in Druck gegeben wurden. Inzwischen ist bei der Regierung in Arnsberg eine Buchkommission gebildet worden, welche neue Schulbücher vorbereitet (Vorsitzender ist Ernst Müller). Ich habe sehr hübsche Fibelentwürfe gesehen. Die Schulbücher für die älteren Schulkinder liegen auch im Entwurf vor (sind von Schulleuten im Lande gemacht worden).

3) Der Einfluß der Kirche ist leider sehr groß, da die meisten übriggebliebenen Lehrer katholisch oder sehr alt sind. Evangelische Kirche hat weniger Einfluß als die katholische.

4) Über den Einfluß von BDM und HJ ist einiges im Bericht über Jugendarbeit gesagt. Neue Jugendorganisationen sind im Entstehen, und zwar vor allem christliche. Diese sind von der Militärregierung als unpolitisch freigegeben und unterstehen so gut wie keiner Kontrolle. Sozialistische Jugendorganisationen sind nicht erlaubt, jedenfalls nicht für Jugendliche bis zu 18 Jahren.

5) Arbeitsplätze für Jugendliche gibt es nicht viele, die Jungen lungern viel herum. Die Gewerkschaften haben sich kaum um sie kümmern können, da sie offiziell nicht arbeiten durften. Dies wird sich hoffentlich bald ändern.

6) Über eltern- und heimatlose Kinder sowie KLV-Läger kann ich jetzt nichts sagen.

¹⁰⁶ Gemeint ist die Sitzung des Reichsbruderrates der Bekennenden Kirche in Frankfurt am 24.8.1945. Vgl. hierzu den Beschluß des Reichsbruderrates in Frankfurt/M. zur Kirchenleitung vom 24.8.1945; in: Kirchliches Jahrbuch 1945-1948, S. 3.

¹⁰⁷ Die evangelische Kirchenversammlung von Treysa bei Kassel fand statt vom 27. - 31.8.1945. Zur Versammlung in Treysa vgl. u.a. Möller, Kirche S. 29-45.

7) Jugendämter werden jetzt eingerichtet, und zwar bei der Regierung und bei den Städten und Kreisen. Zusammensetzung: Konfessionen, Fürsorger, Ärzte und Lehrer. Um Beteiligung der Parteien und Gewerkschaften wird noch gekämpft.

Über Kleinkinderarbeit muß ich später berichten, da uns darüber zu wenig bekannt ist.

Jupp Kappius aus Bochum an Willi Eichler, 18.10.1945

ISK Box 61
maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Heute hörte ich, daß Du wieder glücklich zu Hause angekommen bist, auch daß Du am 9. nochmal in Köln warst. Unser Freund, der für Deine Bequemlichkeit sorgte, war sehr ärgerlich darüber, daß er nichts von dieser Deiner Reise wußte - Deiner Bequemlichkeit wegen! (Wir fühlten uns übrigens auch schlecht behandelt (Änne [Kappius]). Schade, daß wir uns nicht nochmal sehen konnten. - Heute bekam ich auch die ersten Übersetzungen, eine Menge Arbeit haben die Mädchen da geleistet, und ich glaube kaum, daß sie das auf die Dauer durchhalten können. Es ist sehr viel in Anbetracht der kurzen Zeit, die zu ihrer Verfügung war. Es ist alles gutes und wertvolles Material, aber mir scheint, ihr könntet den Umfang etwas einschränken. Ich kann nicht viel genaues über die Gesichtspunkte sagen, nach denen Ihr auswählen solltet. Grundsätzlich sollten wir Aufsätze haben, die zu wichtigen Problemen informatorisch und kritisch Stellung nehmen, wie zur Londoner Konferenz¹⁰⁸, zum Ruhrproblem, zur Frage der einheitlichen Politik in Deutschland. Dann über wichtige Ereignisse in der Bewegung (der Aufsatz über den Gewerkschaftskongreß ist gut und willkommen), ferner Kirchenpolitik, Frankreich, Südosteuropa. Nicht unbedingt notwendig ist, z.B. über die Londoner Konferenz einen Aufsatz aus dem „Economist“ und einen aus dem „Manchester Guardian“ zu übersetzen, so interessant beide sind, der aus dem „Economist“ hätte genügt. Wir wählen hier auch aus nach dem Gesichtspunkt: Was muß ein Funktionär unbedingt lesen und was braucht er nicht unbedingt. Sie haben vielfach zu wenig Zeit zum Lesen. Dann sehen wir danach, ob ein Aufsatz auch noch vier bis sechs Wochen nach seinem Erscheinen aktuell ist. Die Leute hier sind 1. nicht verwöhnt und 2. sehr schlecht orientiert, so daß auch ältere Artikel genauso wichtig und interessant sind wie frische. Der Zeitverlust vom Erscheinen dort bis zum Erscheinen hier ist nicht entscheidend, so schön und gut es für uns selber ist, rasche Informationen zu bekommen. Mit acht bis zehn Tagen müßt Ihr aber immer rechnen. Schickt in Zukunft direkt nach Hamburg, wenn es aber möglich ist, laßt mich auch ein Exemplar haben. Wir können vieles evtl. lokal verwenden, was in die SK nicht hineinkommt, und haben außerdem den Vorzug der schnelleren eigenen Information, was für unsere Arbeit am Ort **sehr** wichtig ist. Evtl. könnt ihr gleich vier bis fünf Durchschläge machen und in jeden Ort einen schicken? Die Korrekturen sind kein Handikap, für unseren eigenen Gebrauch ist es völlig in Ordnung und für den Druck auch. Also ohne Gewissensbisse schicken, nochmal abschreiben möchte ich Euch nicht zumuten. Wenn wir es anderen geben würden, dann wäre es etwas anderes. Wir haben die Korrespondenz in folgende Gruppen aufgeteilt: 1) Sozialistische Bewegung, 2) Kirchenpolitik, 3) Labour und internationale Politik, 4) Deutschlandpro-

¹⁰⁸ Gemeint ist die erste Konferenz des Rates der Außenminister, die vom 10.9. - 2.10.1945 in London stattfand.

blem, 5) Die Sicherung des Friedens, 6) Südosteuropa, 7) Westeuropa, 8) USA, 9) Ferner Osten.

Diese Aufteilung wird von den Genossen als sehr angenehm empfunden. Außerdem gibt die geschlossene Behandlung eines Problems einen sehr kräftigen Eindruck, auch wenn die Artikel aus zwei Monaten stammen. Die SK „Deutschlandproblem“ z.B. hat überall außerordentlichen Anklang gefunden, ebenso „Kirchenpolitik“; - überhaupt alle. Und das nicht nur, weil es sonst nichts gibt. Es wird die gute Zusammenstellung erwähnt (die aus der Schweiz kommenden Pressekritiken sind ganz ausgezeichnet), die Auswahl, die sorgfältige Ausführung usw.; kurz, wir machen einen guten Eindruck und sind die einzigen noch, die einen machen. Wir könnten 500 Stück von jeder Nummer leicht loswerden hier im Bezirk, ohne aus dem Funktionärkreis herauszugehen!

Noch etwas, Willi: Wenn einer von Euch eine Rede hält, schickt uns die Dispositionen. Wir müssen unseren Genossen hier mehr Hilfe geben, als wir bisher getan haben. Wir machen es in Zukunft auch so, daß wir die Dispositionen unserer Reden weitergeben. Es gibt unheimlich viele Ortsgruppen, und man kann nicht überall hingehen.

Denkst Du mal an die Zusammenstellung von Rednermaterial? Denk auch an Überbrückungsreden, d.h. an solche, die rein informatorisch den Anschluß an die heutigen Zeitprobleme herstellen. Es wird dringend gebraucht. Ebenso dringend grundsätzliches Material: Was ist Sozialismus, Demokratie, Marxismus, Partei und Gewerkschaft, - nicht nur für die Jugend, sondern auch für unsere Funktionäre und Parteigenossen. Die SPD ist hoffnungslos im Hintertreffen, von Hannover kommt nichts Brauchbares in der Beziehung und vom Bezirk erst recht nicht.

Auf der Rückreise von Hannover hatte ich Gelegenheit, mit Leuten zu sprechen, die aus Potsdam geflüchtet waren. Sie erzählten böse Geschichten: Potsdam ist Tschuikows Hauptquartier, ca. 40.000 Russen liegen dort. Die Bevölkerung ist arm dran, bisher nicht ein Gramm Fett seit der Besetzung, einmal 37 1/2 Gramm Pferdefleisch, sonst im wesentlichen Brot und Kartoffeln. Man sieht kaum Männer, wer aus der Gefangenschaft zurückkehrt, wird bald wieder kassiert und in einen Keller gesperrt, kriegt den Kopf rasiert und geht ab. Keiner weiß, wohin. Die Frauen (alle bis - ich glaube - 45 Jahren) müssen jeden zweiten Tag zur Arbeit am Arbeitsamt antreten (also zweimal im Monat am Sonntag!), werden in Gruppen eingeteilt und dann zur Arbeitsstelle gebracht: ein Soldat mit aufgepflanztem Bajonett vorn und einer hinten. So unter Aufsicht bewaffneter Soldaten machen sie Straßenbau, Kohlen ab- und aufladen u.a. Arbeiten. Richtige Zwangsarbeit. Alle Frauen müssen regelmäßig zur Untersuchung, ob sie geschlechtskrank sind, andernfalls wird die Lebensmittellkarte entzogen. Abtreibungen sind streng verboten. Von den Soldaten wird viel privat geplündert. Züge werden manchmal auf offener Strecke angehalten, alle müssen aussteigen und das Nebengleis losmachen, der Zug mit allem Gepäck usw. fährt fort, und keiner sieht seine Sachen wieder. In den Leuten ist eine Erbitterung auf die Russen, die beschreiblich ist. Sie sprechen offen von Krieg. Von den Werken sind viele vollständig abmontiert bis auf die Lichtschalter. Darunter sind alle Kraftwerke mit Ausnahme der Bewag, die etwas Strom für Bevölkerung und S-Bahn macht. Kraftwerk West und Klingenberg sind weg; so sind L. Loewe, Borsig, Siemens-Sch., AEG - ich weiß nicht mehr was alles. Auf dem Land ist es nicht anders. Selbst die Sensen haben sie vielfach weggenommen. Die Aufteilung der großen Güter ist ein großer Betrug. Die größte Bauernstelle ist 32 Morgen, - viel zu wenig zum Leben, und außerdem wissen die Leute nicht, wie das Land bestellen. Sie haben keine Geräte, keine Saat, nichts. Die heimkehrenden Bauernjungen werden wieder kassiert. Zugvieh gibt's auch nicht. Die Leute sterben, vor Hunger. In Potsdam täglich im Durchschnitt 100. Manchmal werden Leute nach Tagen in der Wohnung tot gefunden. Und außerdem gibts die GPU. Angeblich auch hier im Gebiet. Ich hörte jetzt eine Zahl von etwa 20 Verhaftungen pro Nacht durch die GPU

im englisch besetzten Gebiet. Ob es stimmt, weiß ich nicht. Wir haben Anzeichen dafür, daß die GPU stark ist. Ich hörte jetzt von einem Fall, wo eine Tschechin, die bei der Militärregierung angestellt war, auf Verlangen der Russen entlassen wurde (authentisch!). In einem anderen Fall haben die Russen einen Russen, der vor einigen Jahren Deutscher geworden ist und der sich in Schutzhaft hatte nehmen lassen, aus dem Polizeigefängnis herausgeholt und sind mit ihm davongefahren. -

Im polnisch besetzten Gebiet werden die Deutschen von den Russen besser behandelt. Anscheinend aus Protest gegen die Polen. Von einem Kriegsgefangenen, der in Graudenz im Lager war, hörte ich, daß sie gut behandelt worden waren und nicht zu arbeiten brauchten. Draußen vor dem Lager verfaulte das Korn auf dem Halm, aber kein Kriegsgefangener wurde den Polen zur Erntearbeit überlassen!

Polen hier spucken Feuer und Gift, wenn man von Rußland anfängt. Tschechen übrigens auch. Sie reden alle von Krieg gegen Rußland und behaupten, in Südosteuropa sei auch alles in stummem Aufruhr gegen die Russen von Polen bis zum Schwarzen Meer, und nur ein Krieg könnte da Wandel schaffen. Die Russen müsse man rauhauen, freiwillig würden sie nicht gehen. Und sie warten nur darauf, mit Tanks hinzufahren. Anders wollen sie nicht nach Hause.

Es ist Gerede über russische Befestigungen hinter der Oder, intensiv im Bau.

21.10.45

Lieber Willi!

Ich komme eben von Wanne zurück, wo ich in einer Mitgliederversammlung des Stadtverbandes über die Konferenz berichtet habe.¹⁰⁹ Es waren etwa 150 Leute anwesend, darunter etwa eine Reihe Funktionäre aus den einzelnen Stadtbezirken. Die Rede ist gut aufgenommen worden, ich habe wieder nur kurz das Organisatorische und dann in längeren Ausführungen die Probleme behandelt: die notwendigen Korrekturen an Demokratie und Marxismus, Schuld und Kollektivverantwortung, Stellung zur KP, aktive Politik zur Sicherung des Friedens, Europäische Union. Nicht ganz korrekt als Bericht, da ich die Betonungen anders lege, als sie auf der Konferenz lagen, denn ich führe das, was dort nur angedeutet wurde, weiter aus. Die Diskussion ergab nicht, daß die neuen Gedanken wirklich aufgefaßt wären (jedenfalls nicht von den beiden Rednern). Der Vorsitzende brach dann die Diskussion ab mit der Begründung, es hätte keinen Sinn, den guten, geschlossenen Eindruck der Rede zu zerquatschen. Alle äußerten sich anerkennend über Niveau und Art des Vortrages, so daß mindestens der Gewinn dabei herausgekommen ist, daß wir bekannt und geschätzt werden. Eine neue Einladung habe ich mitgebracht. Ein Captain der FSS war da und hat eifrige Notizen gemacht. - Ich bin nicht unzufrieden mit dem Ergebnis, denn auf diese Weise wird unser Ansehen auch im Bezirk steigen und eines Tages zu direktem Einfluß führen.

Willi Flick war heute hier. Wir hatten gestern Abend mit ihm und anderen Genossen unsern regelmäßigen Kursabend. „Planwirtschaft“, welche Merkmale machen sie sozialistisch? Es war ganz gut. Heute morgen politische Aussprache mit zwei alten Freunden aus Essen. Zu schleppend. Wir müssen doch vorher Berichte geben, damit mehr Stoff zur Diskussion da ist. Uns scheint die Tatsache, daß der Nürnberger Prozeß¹¹⁰ auf eine Rechtsbasis gestellt wird, Perspektiven für die zukünftige Politik zu geben. Hier sind zum ersten Mal Politiker eines Landes wegen Bruchs internationaler Vereinbarungen und Verträge vor Gericht sowie wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wenn wir auch nicht verkennen, daß das

¹⁰⁹ Zur SPD-Konferenz von Wenningsen vgl. oben S. 101

¹¹⁰ Zum Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß (20.11.1945 - 30.9./1.10.1946) vgl. u.a. Maser, Nürnberg.

„Recht des Siegers“ hier eine große Rolle spielt und deswegen auch Politiker aus anderen Ländern fehlen, die im Grunde auch auf die Anklagebank gehören, so wird doch hier ein neues Prinzip angewandt, das wert ist, ausgebaut und allgemein angewandt zu werden.

Es stellte sich heraus, daß wir über den Weltgewerkschaftskongreß¹¹¹ nicht gut informiert sind. Aber ihr werdet uns ja sicher eingehende Berichte schicken. Es waren ja oft Berichte im Radio, doch sind wir öfter abwesend zu den Zeiten, zu denen sie gegeben werden. Nicht klar war, welche Rolle spielt der IGB noch, wie ist das Verhältnis der Stimmen, hat Rußland eine Mehrheit, wenn die Balkanländer zu seinen Stimmen hinzukommen, welche Aufgaben - auch politischer Natur - hat der Weltgewerkschaftsbund, wie stark sind die Ansatzpunkte bzw. Anzeichen einer neuen Spaltung der Gewerkschaftsinternationale? Ich denke, wir werden an Hand des Berichtes diese Fragen beantworten können.

Flick ist jetzt Beamter bei der Politischen Polizei und wesentlich zufriedener. Auch sein Kontakt mit der Bezirksleitung ist seit unserem Besuch erheblich besser. Nur seine Wohnverhältnisse sind noch miserabel, er bemüht sich um Verbesserung, - das ist aber heutzutage in diesen zerbombten Städten ein Problem allererster Ordnung. Wir unterstützen ihn, soweit das in unserer Macht steht. Unser Verhältnis ist etwas besser, seit er regelmäßig zum Kurs herkommt. Und wenn der Wagen läuft, dann komme ich auch öfter nach Dortmund.

Übrigens wird unsere Formel: „Sicherung des Friedens“ auch von Funktionären der SPD bereits gebraucht. Unser Einfluß!

Anna [Kothe] hat die Absicht, womöglich noch in der kommenden Woche nach Hamburg zu fahren wegen der Gaststätte.¹¹² Es scheint, daß sie dort den Eindruck haben, mit einem Vergleich zufrieden sein zu müssen, was ich gar nicht einsehen kann. Denn wenn es auch eine Härte ist für den jetzigen Besitzer, wenn er nun raus muß, so ist es doch eine noch größere Härte für Anna, sie einfach abzufinden. Denn sie hat den ersten Anspruch. Man könnte den jetzigen Besitzer ja mit einer einem Nazi abgenommenen Gaststätte abfinden.

Heute erfuhr ich, daß Halbfell zum Leiter des Landesarbeitsamtes in Münster ernannt wurde (d.i. für ganz Westfalen), ein guter Posten mit wirklicher Regierungsgewalt ausgestattet und ein gutes Betätigungsfeld für Halbfell. Er fördert sehr die engste Zusammenarbeit zwischen Arbeitsämtern einerseits, Betriebsausschüssen und Gewerkschaften andererseits. Zwei unserer Freunde sind jetzt beim Arbeitsamt Essen im Außendienst tätig, d.i. bei Bereinigung der Betriebe, Herstellung des Kontaktes mit den Betriebsausschüssen und mit guten Gelegenheiten, diese Betriebsausschüsse zu aktivieren.

Das ist alles für heute. Mir geht es gut, die Arbeit macht Freude, und gesundheitlich bin ich wohler als die ersten zwei Monate.

Viele herzliche Grüße von uns allen

Dein

¹¹¹ Vgl. hierzu oben S. 99

¹¹² Gemeint ist die Hamburger vegetarische Gaststätte (Vega). Sie war wie die anderen Vegas in Deutschland im Besitz von ISK-Mitgliedern Anlaufstelle für illegale politische Arbeit des ISK.

Jupp Kappius aus Bochum an Willi Eichler, 19.10.1945

ISK Box 61
handschriftlich

Lieber Willi!

Eine Ewigkeit habe ich nichts mehr von Dir gehört. Vermutlich ist einiges schiefgegangen, denn Du hast Dich zu irgendeinem Zeitpunkt entschlossen, nicht mehr Burg-, sondern Bergstraße zu schreiben. Ein Brief von Köln und Dein Telegramm wegen Victor [Wolf] sind nach langen Irrwegen doch noch hier angekommen¹¹³, aber 14 Tage bzw. drei Wochen später. Es gibt nämlich auch eine Bergstraße in Bochum, wo die Nummer 15 jedoch zerstört ist. Von René [Bertholet] habe ich auch nicht ein Wort gehört. Wir hatten besonders auf ihn gewartet, da er versprochen hatte, hier vorbeizukommen auf der Rückreise und den Friedel [Knigge] mitzunehmen, der mit seiner Lunge auf dem Hund und erholungsbedürftig ist. Womöglich hattest Du darüber auch geschrieben, und der Brief ist irgendwohin zurückgegangen. Zeitungen kommen etwas unregelmäßig hier an, die vom 29.9. kamen am 15.10. an, die vom 22.9. sind noch nicht da. Auch „Europe speaks“ habe ich zweimal bekommen und freue mich, in der einen Nummer einen alten Bekannten wiederzusehen. Nur glaube ich, hätte die Begründung etwas anders aussehen müssen respektive das Vorwort: Selbst wenn die Org[anisationen?] der Ruhrindustriellen Hitler nicht aktiv an die Macht geholfen haben, so sind sie doch an der Vorbereitung und Durchführung der Rüstungspolitik entscheidend beteiligt gewesen, und sie haben auch durch ihre Propaganda den Geist mit schaffen helfen, der Hitler seinen schnellen Aufstieg ermöglichte; man braucht dabei nur an das „Dinta“-Institut zu denken, dessen Leiter Arnhold durch Hitler in hohe Staatsfunktionen berufen wurde mit den gleichen Aufgaben, die er beim Dinta durchgeführt hatte.

Zwei Pakete Räucherwaren von El. habe ich auch bekommen, für die ich sehr danke. Nicht nur in meinem Namen. Wenn Du für Ewald Beilmann mal was schicken willst, dann sende es an Sgt. North, 60, F.S. Section, Intelligence Corps, BAOR., - er wird sich sicher freuen, obwohl er auch jetzt immer beteiligt wird, wenn hier was an Land kommt.

Hannover war gut und interessant. Dort traf ich Steinhoff und habe ihm die Sache mit Schmidt eingeprägt.¹¹⁴ Er war zugänglich, ist aber doch, was wir jetzt hier eine „miese Säge“ nennen, unsympathisch und wahrscheinlich auch unglaublich und unsauber, obwohl ich nichts Bestimmtes darüber sagen kann. Ich war nur Gastdelegierter in Hannover, konnte also an der Hauptkonferenz nicht teilnehmen¹¹⁵, die von der Militärregierung in letzter Stunde beschränkt worden war auf je drei Delegierte aus jedem Bezirk der englischen Zone (es gibt elf!). Die aus der amerikanischen und französischen Zone durften ebensowenig teilnehmen wie die Berliner (Grotewohl, Dahrendorf, Fechner und Buch), hatten aber Gelegenheit, in privaten Besprechungen mit Schumacher und in Nebenkonzferenzen mit allen andern Fühlung zu nehmen. Die Berliner Genossen sind tatsächlich der Meinung, sie könnten in Berlin Politik machen. Das wundert uns nicht weiter. Kriedemann erzählte uns, daß Dahrendorf und Grotewohl zu den Funktionären gehörten, die auch 1933 glaubten, es gäbe einen Platz und Wirkungsmöglichkeiten für die SPD unter dem Naziregime. Grotewohl hatte bei den Gastdelegierten eine Rede gehalten (ca. 3/4 Stunde), in der er die These vertrat, sie wären politisch frei im russischen Gebiet und als unsere Hauptaufgabe hinstellte, „Deutschland wieder schöner zu machen“ (Lebensaufgabe!).¹¹⁶ Seine Rede war nur auf Deutschland abgestellt,

¹¹³ Konnte nicht ermittelt werden.

¹¹⁴ Der Zusammenhang konnte nicht aufgeklärt werden.

¹¹⁵ Zur SPD-Konferenz von Wenningsen vgl. oben S. 101

¹¹⁶ Zur Rede Grotewohls in Wenningsen vgl. u.a. Borsdorf, Befreiung S. 221-225.

forderte Reichseinheit und zentrale Partei in Berlin, kein Wort zur internationalen Lage und zur Deutschlandpolitik der Russen. „Programme sind Hirngespinnste“, wir müssen jetzt an Deutschlands Wiederaufbau arbeiten. „Die Arbeiterbewegung hat keine Schuld“, ist „durch die Geschichte bestätigt worden“ usw. Wir haben ihn ziemlich beerdigt, obwohl seine (sehr geschickte) Rede gut aufgenommen worden war von den etwa 70-80 Anwesenden. Ich habe zuerst gegen ihn gesprochen und versucht, eine europäische Konzeption zu zeigen und den Wiederaufbau Deutschlands als Teil eines Wiederaufbaus Europas, habe gegen die russische Politik und insbesondere gegen die im Ruhrgebiet gesprochen und gegen seinen Anspruch auf Leitung der Partei im Reichsmaßstabe. Das ganze war zwölf Minuten lang, aber anscheinend sehr eindrucksvoll, denn hinterher kamen immer wieder Leute an, die etwas entsprechendes sagten und sich meine Adresse geben ließen mit der Bitte, einmal bei ihnen im Bezirk zu sprechen. Nach mir sprach Markscheffer¹¹⁷ aus Paris, der auch die europäische Konzeption in sehr guter und eindrucksvoller Form vertrat. Dahrendorf versuchte danach, die Situation noch zu retten, was ihm aber nicht gelang. Die Konferenz war im ganzen ein Erfolg, nicht alles ermutigend (es waren eine Reihe von Weihnachtsmännern da), aber doch auch eine ganze Anzahl aktiver und junger Genossen mit fortschrittlichen Auffassungen. Wir waren aus dem Reich zu viert: Kubel, Kalbitzer, Kappius (dreimal K!) und Marx, dazu die Hannoveraner, und wir haben alle einen guten Eindruck gemacht, auch bei der Reichsleitung. Wir haben viele neue Menschen kennengelernt und an viele unsere Auffassungen herangetragen. Alfred [Kubel] hat sich leider sehr zurückgehalten und die Gelegenheit zu neuen Verbindungen nicht benutzt, er hat sich mehr als Beobachter gefühlt, und ich habe etwas Sorge, daß dies im ganzen seine Haltung ist. Sie ist natürlich in gewisser Weise begründet in der Vorsicht, mit der wir diese neue Arbeit anpacken müssen, andererseits ist aber diese persönliche Zurückhaltung unserem Einfluß nicht förderlich. Karl H.[ofmann] ist auch nur so am Rande mitgeschwommen. Mir scheint aber, daß wir uns durchsetzen müssen, wenn wir etwas ausrichten wollen. Und das kann man in einer demokratischen Organisation nicht mit Zurückhaltung erreichen.

Von London waren Heine, Schöttle und Ollenhauer da, alle freundlich und bereit, uns zu unterstützen. Die Hannoveraner Genossen von der SPD hatten mir dort gesagt, daß die Londoner warm für uns gesprochen hätten. Gestern war Kriedemann den ganzen Tag hier (Kriedemann ist einer der engsten Mitarbeiter von Schumacher), und er erzählte uns, daß Ollenhauer zur Frage des ISK gesagt hätte, wir wären Jesuiten, und man könne uns keine Funktionen in der Partei geben, da wir zu starr in unseren Auffassungen und zu streng in unserer Haltung wären. Wir sind alle geneigt, Kriedemann für einen ordentlichen Menschen zu halten. Dennoch ist es aber nicht ausgeschlossen, daß er die Geschichte erfunden hat. Willst Du ihn mal selber danach fragen? Ich meine Ollenhauer. Daß Kriedemann uns diese Geschichte erzählt, ist interessant. Entweder ist er ganz einfach ehrlich und sagt uns, was ist, oder er will die Position von Schumacher und sich selber bei uns stärken. Ich neige der ersten Auffassung zu, denn ich habe den Eindruck, daß Kriedemann aus sittlichen Antrieben bei der Sache ist. Als alter Politiker hat er sich natürlich überlegt, ob er die Geschichte erzählen soll oder nicht, und selbst die Absicht, bei uns besseren Kontakt zu suchen, braucht keine eigennützige zu sein. Er hält Ollenhauer im Grunde doch für einen Bonzen, der sich auch draußen nicht grundlegend geändert hat. Auf der Reichskonferenz hörte man Stimmen, die Ollenhauer für den kommenden Mann in der Partei halten und nicht Schumacher. Und Kriedemann kann aus der ehrlichen Sorge heraus, daß mit Ollenhauer ein Apparatschik statt eines Kämpfers, der Schumacher ohne Zweifel ist, an die Spitze der Partei kommt, sich an uns anzulehnen versuchen. Jedenfalls hat er selber keine Einwände gegen Funktionäre aus unseren Kreisen

¹¹⁷ Gemeint ist Günter Markscheffel.

vorzubringen, hält es im Gegenteil für unerlässlich, an Funktionäre besondere Forderungen zu stellen. (Sie diskutieren z.B. jetzt in Hannover 360 Mark als Höchstgehalt für Parteibeamte). Er ist ein aktiver Mensch, der immer auf dem linken Flügel gestanden und gegen den PV eine ganze Menge gehabt und getan hat. Alles in allem möchte ich also glauben, daß die Geschichte wahr ist und Kriedemann sie uns mitgeteilt hat, damit wir wissen, woran wir sind und an wen wir uns halten können. Der Vorschlag Heinrich Diegels, mich als Sekretär in die Reichsleitung zu holen, ist jedenfalls vorläufig fallengelassen worden mit der Begründung, daß es falsch wäre, alle guten Leute nach Hannover zu holen. Ich selber muß auch sagen, daß ich mich mehr um den Bezirk hier kümmern möchte und lieber die Zusammenarbeit mit Hannover möglichst eng gestalten durch Austausch von Material, Dispositionen, Diskussionsergebnissen usw. Sie werden sicher manches davon für die Schulungsarbeit verwenden.

Der Besuch in Hannover schlägt hier zu Buch durch die Berichte über die Konferenz; bisher habe ich den Bericht bereits fünfmal gegeben, dreimal habe ich schon vorgemerkt, davon zwei in großen Mitgliederversammlungen. Zwei waren vor je 60-70 Funktionären. Den Bericht benutze ich dazu, um die Diskussion der Zeitprobleme in Gang zu bringen über Demokratie, Marxismus, Kollektivverantwortung und europäische Union, Sicherung des Friedens usw. Bisher waren diese Berichte durchweg gute Erfolge, sie werden sowohl sachlich wie auch persönlich unsere Arbeit weiterbringen, indem das Ansehen unserer Gruppe wächst. Vorgestern hatten wir auch den ersten Schulungsabend mit 35 Funktionären über die Probleme der Demokratie. Die Leitung dieses Schulungskurses habe ich. Er war gut, lebendig und fruchtbar. Wir haben auf unsere Art diskutiert, und es hat allen gut gefallen, so daß sie es auch weiterhin so machen wollen. Wir halten alle mehr Vorträge, Ernst [Volkmann] hat bereits mehrere gehalten, einen vor ca. 250 Straßenbahnern, Friedel [Knigge] hat auch zwei gehalten, letztthin über Schuld und Verantwortung und über die Verpflichtung der Jugend. Auch Ewald [Beilmann] hat seine erste Rede hinter sich und macht Sonntag die zweite. Wir werden uns auf diese Weise eine Position erobern und - so hoffen wir - aus der Partei des hiesigen Bezirks etwas Ordentliches machen.

Mit Hellmut Kalbitzer haben wir besprochen, die SK in Hamburg zu machen, weil die technischen Möglichkeiten dort besser sind. Wir haben hier noch einige Nummern herausgebracht (die beiliegen), aber die akute Papierknappheit macht es unmöglich, mehr als zehn in die einzelnen Orte zu schicken. Das wird von Hamburg aus besser werden. Allerdings ist seit Anfang September kein Material mehr gekommen. Wir haben etwas aus dem Observer und dem Economist übersetzt und hinzugenommen. Die Korrespondenzen werden begierig gelesen. Sie sind das einzige Material, das es hier gibt. Hätten wir nur mehr davon!

Gestern hörte ich, daß sie in Köln Dich als den Chefredakteur der „Rheinischen Zeitung“ vorgesehen haben. Die Zeitung soll als Parteizeitung mit ca. 180.000 Auflage wöchentlich einmal herauskommen. Na, Du wirst ja darüber schon näheres wissen, wenn Du diesen Brief bekommst.

Die Katholiken machen hier nach wie vor in schwarzer Reaktion. Sie organisieren Unterschriftensammlungen für die Konfessionsschule. In Linden-Dahlhausen war ein dreitägiger Schulstreik. In die Ämter nehmen sie fast nur Katholiken. Im Rheinland gibt es seit letztem Montag zwei sozialistische Bürgermeister, in Solingen und in Düsseldorf.¹¹⁸ In der Provinzialregierung ist ein Sozialist¹¹⁹; in Westfalen ist bisher auch nur ein Sozialist in der Regierung: Nölting. Aber er hat nur ein kleines Zimmerchen, einen Schreibtisch und zwei Sekre- teuren. Der Präsident des Landeswirtschaftsamtes ist ein Katholik, und es wird nun von Nölting abhängen, wer wessen Laufjunge wird. Halbfell sollte Generalreferent für Arbeit

¹¹⁸ Gemeint sind Oscar Rieß (OB Solingen) und Walter Kolb (OB Düsseldorf).

¹¹⁹ Vgl. hierzu die Namensliste „Personelle Besetzung der Verwaltung der Nord-Rhein-Provinz“ vom November 1945. ISK Box 62.

werden. Er hatte gefordert, gleichzeitig Präsident des Landesarbeitsamtes zu werden als der eigentlichen arbeitenden Behörde. Das hat Amelunxen bisher glänzend hintertrieben, und die Geschichte dieser Hintertreibungen enthält alle Momente unsauberer Methodik, von direktem Anlügen bis zum erfolgreichen Querschießen durch Manöver: Das Amt für Wiederaufbau soll jetzt dem der Arbeit angegliedert werden, und „dafür wollen die Engländer einen Fachmann haben“. Der ist Halbfell nicht (er ist Steiger), und so haben sie es mal wieder fein hingekriegt, einen aktiven Sozialisten aus einer entscheidenden Position herauszuhalten. Die Sache ist noch nicht zu Ende, - wir hoffen, Halbfell noch dorthin zu kriegen.

Ich muß jetzt Schluß machen, habe aber noch eine Menge mehr zu erzählen. Viele Grüße an alle Freunde.

Dir selbst alles Gute, und bleib nur ja gesund. Tausend Grüße von Jupp und Änne [Kappius].

Anna [Kothe] und alle Freunde schicken viele, viele Grüße.

Jupp Kappius aus Bochum an Willi Eichler, 25.10.1945

ISK Box 61
handschriftlich

Lieber Willi!

Heute habe ich zwei Dinge, die besonders ernst sind und die ich Dich bitten möchte, mit Nachdruck zu betreiben. Das erste ist der Befehl bzw. die Anordnung der Militärregierung, daß Beamte sich nicht politisch betätigen dürfen. Du weißt ja schon von dieser Anordnung, sie ist bereits älter, aber sie fängt jetzt an, in ihrer ganzen Größe wirksam zu werden, und sie richtet sich hauptsächlich gegen uns. Beamte dürfen weder Mitglieder einer Partei sein, noch dürfen sie in irgendeiner Weise politisch tätig sein, nicht einmal Versammlungen besuchen, viel weniger noch sprechen. Der Begriff des Beamten gilt nicht nur für Regierungsleute, sondern für alle, die bei öffentlichen Behörden, Ämtern und Institutionen tätig sind. Post, Eisenbahn, Krankenanstalten, Versicherungsanstalten wie z.B. die Ruhrknappschaft, Finanzamt, Polizei - sogar die politische Polizei - Arbeitsamt, alles wird unter diese Order bezogen und besonders streng gegen uns durchgeführt. Bei der an sich großen Knappheit an sozialistischen Beamten bzw. Leuten, die in der Lage wären, solche Stellungen zu bekleiden, war die SPD am härtesten davon betroffen, und wir werden entweder darauf verzichten müssen, politischen Einfluß als Partei zu haben oder darauf, leitende Stellungen in der Verwaltung zu besetzen. Die andern Parteien, christlich-demokratische, Zentrum, demokratische oder vielmehr liberal-demokratische, wie sie sich nennen, stehen natürlich ganz anders da. Sie besitzen einen verhältnismäßig viel größeren Funktionärskörper und haben außerdem viel weniger Ausfälle durch den Naziterror gehabt. Sie können sich deswegen leisten, Funktionäre in die Verwaltungen zu schicken, ohne darum die Partei von Funktionären entblößen zu müssen. Ich sprach z.B. einen Direktor der Knappschaft, der daran denkt, diesen Posten aufzugeben, weil er sich nicht aus der Parteiarbeit rausdrängen lassen will. Military Government Offiziere bemühen sich sehr, unseren politischen Freunden unter den Beamten die Order einzuschärfen, und wir haben den Eindruck, daß sie es gern tun, daß ihnen also daran liegt, uns das Leben schwer zu machen.

Die Anordnung muß zurückgenommen werden. Sie ist auch völlig unverständlich, von welchem Standpunkt auch immer man sie ansieht. Was soll damit erreicht werden? Daß die Beamten unparteiisch werden? Aber das werden sie ja nicht und dürfen es auch auf lange

Zeit hinaus gar nicht werden. Wir brauchen heute gerade politisch ausgerichtete Leute in den leitenden Positionen in allen Ämtern, denn die Säuberung und Wiederaufrichtung des öffentlichen Lebens in Deutschland ist heute keine reine Verwaltungsaufgabe, sie ist vor allem und zuerst eine politische. Und die Beamten müssen engsten Kontakt mit der Bewegung haben, sowohl ihrer allgemeinen Aufgabe wegen als auch des Neuaufbaues der Verwaltung wegen. Auf welche Weise soll sonst dieses Chaos hier jemals zu einem demokratischen Staat werden? Und wir können und wollen nicht annehmen, daß es die Absicht der Militärregierung ist, dieses zu verhindern.

Etwas Unverständliches geht vor bei der Ruhrknappschaft. Am Dienstag kam die Anordnung heraus, es soll ein neuer Vorsitzender der Ruhrknappschaft gewählt werden. Der Vorsitzende muß ein Vertreter der Bergarbeiter sein. Es wurde vorgeschrieben, daß der Vorsitzende aus dem Kreis der kürzlich gewählten Betriebsausschüsse von diesen bestimmt werden soll. Und zwar bis Freitag. Also praktisch nur zwei Tage Zeit, um die Sache durchzuführen, unter den heutigen Verhältnissen wird dadurch vollkommen ausgeschlossen, daß etwa eine Verständigung unter den einzelnen Ausschüssen erzielt werden könnte. Außerdem sind die Betriebsausschüsse unter ganz anderen Voraussetzungen und für ganz andere Aufgaben gewählt worden, und es ist sicher, daß sich kein Bergmann findet, der nach Qualität, Vorbildung usw. auch nur entfernt sich für diesen Posten eignen würde. Das Ergebnis wird sein, daß eine Niete diese wichtige Vertretung der Interessen der Bergarbeiter übertragen bekommt und die Unternehmer und die öffentliche Hand alles bestimmen werden. Das Unverständliche an der ganzen Sache ist, daß Fritz Viktor, der frühere Vorsitzende der Ruhr- (und Reichs-) Knappschaft hier in Bochum ist, daß er sowohl charakterlich wie auch fachlich der Mann ist für den Posten, aber nach den Bestimmungen der Kohlenkommission überhaupt nicht in Betracht kommt, da er weder als Bergmann beschäftigt noch in irgendeinem Betriebsausschuß ist. Er ist Bergmann von Beruf, hat in Belgien in der Emigration in der Grube gearbeitet, war früher einer der Sekretäre des Bergarbeiterverbandes und ist als solcher zum Vorsitzenden der Reichs- und Ruhrknappschaft gewählt worden. Hat jahrelang diesen Posten bekleidet und nach Meinung aller sehr gut gearbeitet. Für die Kohlenkommission kommt er aber gar nicht in Betracht. Und das ist böswillig! Denn wenn sie schon meinten, er müsse gewählt werden, hätten sie ermöglichen können, daß er kandidieren kann. Dann wäre er ganz bestimmt gewählt worden. Und die Bergarbeiter hätten einen kompetenten Vertreter ihrer Interessen gehabt. So wie es jetzt ist, haben sie gar nichts. Dank der Kohlenkommission.

Die zweite Sache, die Du in die Hand nehmen mußt, ist noch ernster. Und diese Sache ist nicht nur eine Bochumer Angelegenheit, sie ist vielmehr symptomatisch für die ganze Zone: Der FSS-Offizier hier wird abberufen und auf einen Posten geschickt, wo er für alle Zukunft kaltgestellt ist.¹²⁰ Dieser Captain ist der Mann in Bochum und Umgebung gewesen, zu dem wir hingesehen haben für ernsthafte Entnazifizierung. Er hat sich in dieser Sache von Anfang an wehren müssen gegen den Public-Safety-Officer, der konsequent die entgegengesetzte Linie verfolgt hat. Es begann in den ersten Tagen mit der Bildung der Polizei. Antifaschisten waren in den ersten Tagen beim Public-Safety-Officer, um ihm vorzuschlagen, eine zuverlässige Polizei innerhalb kürzester Frist aufzubauen. Er lehnte ab und holte sich drei Offiziere, die schon unter den Nazis Offiziere gewesen waren. Zwei davon hat der FSS-Offizier bald darauf verhaftet, weil sie ganz große Nazis waren. In diesem Stil ist es dann weitergegangen. Der Chef der Polizei, der schon unter den Nazis Polizeioffizier war, wird vom Public-Safety-Officer gehalten und in jeder Beziehung gestützt. Kürzlich war gegen den Chef der Polizei eine Anklage bei der Militärregierung eingereicht worden wegen einer besonderen Schweinerei, die er unter dem Naziregime begangen hatte. Die Regierung stellte ihn daraufhin zur

¹²⁰ Gemeint ist der britische Captain Vacha.

Disposition, worauf der Chef der Polizei Gift nahm, um sich das Leben zu nehmen. Der Public-Safety-Officer hat sich die Beine ausgerissen, um das Leben des Chefs zu retten (was ihm auch gelungen ist) und hat geschworen, er würde jeden zur Verantwortung ziehen, der mit dieser Sache etwas zu tun hat. Er betreibt umfangreiche Ermittlungen, verhört alle möglichen Leute, wohlverstanden, um herauszubringen, wer versucht hat, diesem Nazi-Polizeioffizier das Genick zu brechen! Die ganze Polizei ist naziverseucht. Antinazis finden es außerordentlich schwierig, in die Polizei hineinzukommen, und die, welche drin sind, werden jetzt mit Hilfe der neuen Bestimmungen herausgeworfen, wo sich nur ein anwendbarer Paragraph finden läßt. Der Chef der Kriminalpolizei war Mitglied der SS und SD-Mann, eine Sache, die bekannt ist. Bei der Stadtverwaltung sind noch viele Nazis, die vom Militärgouverneur gehalten werden, und nur, wenn es dem FSS gelingt, bestimmte Chargen gegen sie zu bringen, daß sie verhaftet werden können, sind sie raus.

Dieses ganze Verhältnis wurde noch verschärft, als es an die Bereinigung der Industrie ging. Gegen die Verhaftung von Ortsgruppenleitern, Abwehrbeauftragten, SS-Leuten, Gruppenführern usw. ist nicht sehr viel Widerstand von seiten der Militärregierung geleistet worden. Bei führenden Leuten der Industrie war das schon anders. Wir haben uns schon lange gewundert, warum es uns nicht gelingt, in die Industrie- und Handelskammer ordentliche Leute reinzubringen. Der Präsident ist ernannt worden - ein ordentlicher Mann. Vizepräsidenten und Geschäftsführer dagegen sind bis heute noch nicht ernannt, obwohl die Angelegenheit am 2. Juli, als ich herkam, auf derselben Stelle stand wie heute. Immer wieder wurden führende Leute aus Bergbau- und Metallindustrie in Vorschlag gebracht, die absolut untragbar waren und von der FSS entsprechend abgelehnt wurden (eine Reihe von ihnen ist heute hinter Stacheldraht). Und obwohl wir unsererseits gute und tragbare Leute vorgeschlagen haben, wurden diese nicht ernannt und immer wieder Leute aus der großen Industrie herangeholt, die wir dann wieder torpedieren mußten. Die Tendenz ist eindeutig. An anderen Orten, wo nicht solch entschlossener Widerstand geleistet wurde, sind die Industrie- und Handelskammern längst besetzt: mit Nazis, die zwar den Anforderungen der Regulation genügen (keine Parteimitglieder), die aber ihrer Gesinnung und ihrem Verhalten nach Nazis und Nazihintermänner waren. Als Beispiel hierfür sieh Dir die Angaben über den Vorsitzenden der Dortmunder Industrie- und Handelskammer an, die beiliegen (Dr. Lipp).¹²¹

Jetzt läuft die Aktion gegen die Nazis in der Industrie auf offiziellen Befehl, - und wird entschlossen sabotiert von der Militärregierung! Die 40 Mitglieder des Aufsichtsrates des Ruhrkohlen Syndikats sind zwar verhaftet. Auch die Direktoren von Krupp. Was aber neu eingesetzt wird an leitenden Leuten, ist um kein Jota besser. Sieh Dir als Beispiel dazu die Angaben über den Dortmund Hörder Hüttenverein an, Wenzel, Klinkenberg und Genossen. Es ist natürlich nicht damit getan, daß diese Herren die obersten Posten besetzen, - sie besetzen auch die unteren Stellen mit ihren Kreaturen.

Military Government geht noch weiter: Fragebogen von Leuten, die ihrer Vergangenheit wegen von der FSS abgelehnt werden würden, bleiben bei Military Government liegen und werden der FSS nicht vorgelegt. Hier in Bochum sind eine Reihe solcher Fälle vorgekommen. Die FSS besaß Karteien der auf den verschiedenen Zechen und Werken beschäftigten Nazis (Direktoren, Prokuristen und Abteilungsleiter) und stellte bei der Nachprüfung fest, daß diese Fragebogen unter den von dem Werk eingereichten fehlten! Erst auf Nachfrage bei Military Government wurden diese Fragebogen übergeben. Etwas ähnliches wurde jetzt beim Bochumer Rathaus festgestellt: Fragebogen von 51 Nazis in leitender Position waren überhaupt nicht der FSS eingereicht worden, sondern z.T. von der Militärregierung zurückgehalten worden. Wenn nun solche leitenden Leute aus der Industrie von der FSS verhaftet wer-

¹²¹ Konnte nicht ermittelt werden.

den, dann wird in vielen Fällen auf den Offizier von höherer Stelle aus ein Druck ausgeübt, den Mann wieder freizugeben. Das Tollste geschah in dem Fall Haver, Generaldirektor der Kohlenwertstoffverbände, einer der führenden Naziunterstützer. Noch am gleichen Tag bekam der FSS-Offizier die Order(!), den Mann sofort freizulassen (von höherer Stelle). Zum Glück hatte er damit gerechnet und den Mann gleich ins Lager nach Recklinghausen gebracht, wo keiner unter sechs Monaten herauskommt. Anderenfalls hätte er ihn freilassen müssen. Das Schlimme ist, daß diese führenden Industrielleute die besten Manieren haben, gute Anzüge und Krawatten und so einen guten Eindruck machen. Außerdem haben sie Bezugsquellen, haben gute Weine und andere Sachen, und so verstehen sie es, den Offizieren, die sie einladen, das Gefühl zu vermitteln: He is a very nice fellow. Haver z.B. hatte in der Regel zweimal wöchentlich Offiziere in seiner Wohnung zu Abendbrot und den nötigen Getränken. Da ist es weiter kein Wunder, wenn er sofort Hilfe bekommt.

In anderen Fällen werden Direktoren, die auf Ersuchen der FSS entlassen wurden, auf einer anderen Zeche im anliegenden Bezirk wieder eingesetzt. Natürlich geht das alles nur mit Hilfe der alliierten Behörden, dazu zählen die jeweilige Militärregierung, vor allem aber die Wirtschaftskontrollkommission (Coal-Control, Steel-Control, Soap-Control etc.). Diese sind natürlich mit Leuten besetzt, die aus der Branche kommen, und das sind durchweg Leute, die der Klasse nach identisch sind mit den deutschen Direktoren und Aufsichtsräten. (Der Soap-Controller z.B. ist Grimwight von Uni-Lever, der zu seinem Berater den Generaldirektor der Uni-Lever in Deutschland (auf Veranlassung der Holländer von seinem Posten suspendiert) namens Dandkin (ein Holländer) heranzieht.) Es ist im Grunde selbstverständlich, daß solche Beziehungen davor schützen, etwa als Nazi-Supporter ins Lager zu kommen. Und wenn irgendso ein kleiner FSS-Captain denkt, er könne solch wichtige und große Leute einfach kassieren, dann muß man dem mal zeigen, was die Harke ist. Und so geschieht es denn, daß ein Mann wie Captain Vacha von der FSS in Bochum einen guten Posten im Lande bekommt, wo er keine Gelegenheit mehr hat, Industriekapitäne zu verhaften. Wir aber verlieren den einzigen Mann in Bochum, der durch sein energisches und unbeirrtes Vorgehen in uns den Glauben wachhielt, daß die Nazis (gerade auch die aus der Industrie) dahin kommen, wohin sie gehören. Wenn er jetzt weggeht, dann wird es nicht lange dauern, bis die ganze politische Polizei verschwindet und durch andere Leute ersetzt wird. Heute sind Genossen von uns darin, immer noch, obwohl der Public-Safety-Officer oft versucht hat, sie herauszuwerfen und ihnen Schwierigkeiten macht, wo er nur kann (z.B. ihre Wagen beschlagnahmen). Und dann haben die Nazis in Bochum Oberwasser noch mehr als bisher.

Ich glaube nicht, daß all dies in der Absicht von Montgomery liegt. Würde er sonst diese Aufforderung heraus schicken, die Bevölkerung solle bei der Aufdeckung der Nazis helfen? Er weiß womöglich nichts von diesen Dingen, nichts davon, wie seine Offiziere seine Anordnungen so auslegen, daß die Nazis immer drinbleiben. Erst jetzt sind wieder zwei Antinazis von der Fahrbereitschaft (einer wichtigen Position) auf ein obskures Büro versetzt und ihre Stellen mit Nazis besetzt worden, allerdings solchen, die von der Regulation noch nicht erfaßt werden (1937 oder 1938 Eintritt). Man kann dagegen offiziell nichts einwenden. Praktisch ist es eine bewußte Förderung der Nazis durch Military Government. Als besonders eindringliche Illustration will ich Dir hier einmal die Geschichte von Gonschrowski aufschreiben, dem Chef der Polizei in Dortmund.¹²²

¹²² Gemeint sind die „Unterlagen zur politischen Zuverlässigkeitsüberprüfung der Polizeibeamtenschaft in Dortmund“, die Kappius am 2.11.1945 als Anlagen an Eichler schickte. Darin enthalten sind folgende Berichte: „Betrifft: Nazizellen in der Polizei Dortmund“; „Betrifft: Wiedereinstellung von früheren Mitgliedern der NSDAP bei der Polizei“ sowie ein biographischer „Anhang“ über einzelne Dortmunder Polizeibeamte. Die Berichte sind ungezeichnet und undatiert. Alle Dokumente in ISK Box 62.

Jupp Kappius aus Bochum an Willi Eichler, 28.10.1945

ISK Box 61
maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Am Freitag war ich bei Müller in Arnsberg. Dabei zeigte er mir einen Brief, den ich Dir z.T. hier wiedergeben werde. Zur Erläuterung will ich sagen, daß Müller in den letzten Wochen sehr viel Vorträge auf und ab im Regierungsbezirk gehalten hat über die Umerziehung der deutschen Jugend. „Mit neuer Jugend zum neuen Staat“ hieß sein Thema. Er hat auch hier in Bochum gesprochen, es waren eine Reihe von Schwarzhäuten anwesend, die erheblich mit den Ohren gewackelt haben, obgleich die Form, in der Müller die Einrichtung der Gemeinschaftsschule an den Mann brachte, wenn auch fest, so doch verbindlich war. Die Nazis hat er natürlich nicht geschont und auch angedeutet, daß manche dieser räudigen Schafe in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche zurückgekehrt und dort mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe umhüllt von den Stellvertretern Gottes vor der Verfolgung durch den irdischen Richter geschützt werden. Ähnlich war auch die Rede in Lüdenscheid. Und Du kannst Dir nebenbei außerdem denken, daß der Pazifist Müller manchen gut deutschnational denkenden Oberlehrer, der womöglich kein Nazi auch nicht geworden ist, beträchtlich und schmerzlich gegen die Schienbeine getreten hat. Dies also ist der Hintergrund für den Brief des Studienrates Otto an den Regierungsdirektor Müller:

Lüdenscheid, den 22.10.45

Sehr geehrter Herr Müller!

Mancherlei Unterredungen, die ich im Anschluß an Ihren Vortrag im Apollotheater am 23.9. mit verschiedenen Kreisen hatte, veranlassen mich nun, einige grundsätzliche Dinge mit Ihnen zu erörtern.¹²³ Es ist ganz unfassbar, wie sich überall noch die Auswirkungen einer verfälschten, irregeleiteten Geschichtsauffassung bemerkbar machen und leider auch noch in vielen Kollegenkreisen. Ihre Ausführungen über die großen Menschenschlächter, die unter Verdrehung aller Tatsachen von einer irregeleiteten Masse als die Großen der Geschichte verehrt werden, erfahren trotz der blutigen Lehren der letzten Jahre eine solche scharfe Ablehnung, daß es unbedingt nötig ist, dieses verfälschte Geschichtsbild mit seinen vollkommen auf den Kopf gestellten Begriffen von Größe, Ehre und Treue von Grund auf in den Köpfen und Herzen zu berichtigen...

Soweit der Studienrat. Im Folgenden machte er noch praktische Vorschläge zur Lehrerbildung, Umschulung usw. Ein Kommentar zu diesem Brief ist überflüssig, er zeigt zu deutlich die Situation und die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Umbildung der Begriffswelt. Minna [Specht] und die anderen Lehrer wird er gewiß interessieren. Der Briefschreiber ist übrigens auch Pg gewesen (ich glaube 1938 oder 40), Müller will ihn aber zur Umschulung der Lehrer, die Anfang des neuen Jahres einsetzen soll, heranziehen.

¹²³ Im StA Lüdenscheid finden sich über die Versammlungen unter der Leitung von Regierungsdirektor Müller am 23.9. und 25.11.1945 keine Hinweise. Offenbar sind die dort vorhandenen Unterlagen unvollständig. Schriftl. Inf. StA Lüdenscheid 16.11.1990.

29.10.45

Müller hat nunmehr vor, am 25. November mit einem neuen Vortrag nach Lüdenscheid zurückzugehen: „Männer machen die Geschichte“ und darin die „Verdienste“ der Naziführer im einzelnen zu besprechen.

Dem Bürgermeister von Hamm¹²⁴ ist es übrigens gelungen, in seiner Stadt die Bekenntnisschule durchzusetzen. Er war zum örtlichen Kommandanten gegangen und hatte dem die Sache vorgetragen: Es gäbe in Hamm ohnehin nur katholische Kinder, und so bestehe gar kein Anlaß, die Konfessionsschule nicht einzuführen, da die Begründung der Regierung nicht grundsätzlich die Gemeinschaftsschule fordere, sondern nur als eine unter den heutigen Umständen nicht zu umgehende Einrichtung. Da diese Begründung für Hamm nicht zuträfe, könne man doch dort die Konfessionsschule einrichten. Der Kommandant hat's genehmigt. Darauf ist Müller nach Hamm und hat erwirkt, daß die Genehmigung nur bis zum Wochenende gilt, dann aber wieder Gemeinschaftsschule sein soll. Müller hat außerdem den Colonel aus Arnsberg hingeschickt, und der hat nach Anhörung der Beteiligten entschieden, es solle dann in Hamm bei der Bekenntnisschule bleiben. Müller und Fries sind stinkwütend über diese hinterhältige Weise des Bürgermeisters in Hamm, können aber nichts machen. Und das wird womöglich der Anfang sein für eine Bewegung auch in anderen katholischen Gebieten. Die englischen Kommandeure haben keine grundsätzliche Einstellung zur Gemeinschaftsschule und lassen sich durch eine überzeugende Argumentation bewegen, von früheren Entscheidungen abzugehen. Hätten Müller und Fries von Anfang an auch bei den Engländern die Gemeinschaftsschule als die Grundform einer demokratischen Schule vertreten, statt sie auf der Basis äußerer Umstände zu fordern, dann wäre ihnen dieses Mißgeschick womöglich nicht passiert. So wie es jetzt ist, wird alles mit formal-demokratischen Hinweisen auf Parität, Wünsche der Eltern, Anzahl der vorhandenen Schulräume, Verhältnis von katholischen und protestantischen Kindern hingebogen, und im Ernstfalle kommt es dann doch nicht hin. Wäre dem Colonel klagewesen, worum es sich im Grunde dreht, dann hätte er womöglich nicht nachgegeben. So wie es jetzt ist, kriegen die Katholiken nur Wasser auf die Mühlen.

Inzwischen haben sie auch die Zentrumsparterie gegründet. In Soest, wo sie auch damals gegründet worden ist.¹²⁵ Du hast wahrscheinlich in England genauso viel darüber gelesen wie wir hier. Inside-Informationen habe ich keine. Doch scheint mir die Tatsache, daß Dr. Spieker, der kürzlich aus Amerika wieder hierher kam, zur Programmkommission gehört, darauf hinzudeuten, daß es sich um mehr handelt als eine bloße Angelegenheit einer Gruppe deutscher Katholiken. Diese Zentrumsparterie wird wohl die Trägerin der Politik der Kirche werden. Lambert Lensing, der Führer der Christlich Demokratischen Partei, ist allerdings immer noch treu bei denen, am Freitag hat er hier in Bochum gesprochen. Leider konnte ich nicht hingehen, da ich anderweitig verpflichtet war, ich will aber sehen zu erfahren, was dort los gewesen ist.

30.10.

Dieses Wochenende war für mich ziemlich anstrengend. Am Samstag in der Ortsgruppe Weitmar: Internationale Lage. Ich bin ausgegangen vom Nürnberger Prozeß¹²⁶, habe zu zei-

¹²⁴ Gemeint ist Josef Schlichter.

¹²⁵ Die Deutsche Zentrumsparterie wurde am 14.10.1945 in Soest/Westfalen wiedergegründet. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten u.a. die ehemaligen Zentrumsabgeordneten Rudolf Amelunxen, Karl Spieker und Helene Wessel. Zur Geschichte der Zentrumsparterie nach 1945 vgl. u.a. Uhl, Idee; Nietfeld, Zentrumsparterie sowie Schmidt, Zentrums-Idee. Für einen Abdruck von „Entschließung und Sofortprogramm der Deutschen Zentrumsparterie“ vom 14.10.1945 vgl. Schwarze, Region S. 335f.

¹²⁶ Vgl. hierzu oben S. 280

gen versucht, welches Interesse wir als Sozialisten an solcher Art Institutionen haben wie Internationalem Gerichtshof, hab dann an Hand der Weltsituation zu zeigen versucht, wieviel wir erwarten können, daß unter den gegebenen Umständen von solchen arbeitsfähigen Institutionen verwirklicht wird, und welche Aufgaben hier für eine wirkliche sozialistische Internationale liegen. Fast eine Stunde und anschließend eine angeregte Diskussion. Eine interessante Frage: Was ist eigentlich der Unterschied zwischen Recht (wie das „Recht des Siegers“) und Gerechtigkeit? - Am Sonntag morgen waren wir in Recklinghausen auf der ersten Jugendtagung des Unterbezirks Recklinghausen (etwa 15-20 jüngere und 15 ältere). Dort habe ich über die politische Aufgabe der Jugend und Sicherung des Friedens gesprochen. Auch eine interessante Diskussion (allerdings nur die Älteren): Demokratie und Sozialismus, die sehr bald zum Kern vorstieß, daß wir nämlich die politische Macht in die Hand nehmen müßten und gewisse strukturelle Änderungen in Deutschland durchführen, bevor eine Demokratie wirklich arbeiten kann, nicht erst danach trachten, eine Mehrheit zu bekommen, unbeschadet der Notwendigkeit, daß wir natürlich eine Basis für unsere Politik im Volke brauchen. -

Sonntag nachmittag war dann in Querenburg die öffentliche Versammlung „Sozialdemokratie und Sicherung des Friedens“. Etwa 200 Personen, meist Männer, auch Jugendliche bzw. Jüngere darunter. Das war ein guter Erfolg, denn Querenburg ist eine Landgemeinde, und es war für beide, den Versammlungsleiter wie für mich, die erste öffentliche Versammlung. Wir haben eine Diskussion gemacht, aber es hat sich nur ein (in Worten: ein) Diskussionsredner gemeldet. Dies ist überhaupt typisch, auch da, wo angeregte Diskussionen sind, sind es nur wenige, die sie bestreiten. In unserem Funktionärkurs am Mittwoch sind es erfreulicherweise alle die, mit denen wir seit dem Winter zusammenarbeiten und einige andere. Gestern abend nun habe ich die Rede von Samstag abend nochmal wiederholt in unserer Ortsgruppe. In der öffentlichen Versammlung habe ich zu leise gesprochen für die Leute, die etwas schwerhörig waren. Und da ich sehr mit den Gedanken und Formulierungen beschäftigt war, vergaß ich immer wieder, mich anzustrengen und lauter zu sprechen. Leute, die hören konnten, haben mich allerdings alle verstanden, so daß nicht die ganze Versammlung den Eindruck von „zu leise“ hatte. Hier muß ich noch üben.

Ich weiß nicht, ob ich Dich schon einmal darum gebeten habe: Dr. Helling, jetzt Landrat in Schwelm, früher Studienrat in derselben Stadt, Freidenker, Friedensfreund und Sozialist, bat mich, Grüße an Minna [Specht] von seiner Frau auszurichten. Sie heißt Frau Langhans.

Sei so gut und schick mir eine „Sozialistische Wiedergeburt“¹²⁷ mit, oder sollen wir sie von Charles anfordern?

Die Kommunisten sitzen in den Betriebsausschüssen ziemlich sicher drin. Ich hörte jetzt eine Ziffer: 67% der Betriebsausschüsse auf den Zechen sind Kommunisten. Alles nur zurückzuführen auf die Aktivität und keineswegs auf ihr Programm. Unsere Leute haben geschlafen und wissen es auch. Viele schlafen immer noch, es ist alles so ohne Kraft und Schwung.

Im Radio sagten sie gestern, daß bald einige Emigranten aus England nach Deutschland zurückkehren dürften, wenngleich das Gros vorläufig noch dort bleiben mußte. Das sieht ja ganz hoffnungsvoll aus, insbesondere da Bevin es selber gesagt haben soll. Wir brauchen hier so dringend Leute zur Schulungsarbeit so gut wie zur Besetzung der politisch wichtigen Stellen.

Hast Du meinen langen Brief erhalten? (vom 18.10.¹²⁸) Ich habe eine Abschrift an Heini geschickt.

¹²⁷ Vgl. hierzu oben S. 242

¹²⁸ Der Bericht von Kappius an Eichler vom 18.10.1945 ist hier abgedruckt S. 278

Wenn es irgend möglich ist, noch einen Band „Betrayel of the left“ von Gollancz¹²⁹ aufzutreiben, - ich wäre sehr dankbar dafür.

Das ist alles für heute, Willi, viele herzliche Grüße von uns allen an Dich und alle Freunde.

Dein Jupp Kappius

Änne Kappius aus Bochum, 30.10.1945

ISK Box 61
maschinenschriftlich

Liebe Freunde!

Das letzte Mal kam René [Bertholet] ganz plötzlich und blieb nur 1/2 Stunde, ich hatte einige Briefe noch nicht fertig; dann kam er nicht wieder und so bleibt Ihr alle ohne Post, auch Rudi und Hans zu ihrem Geburtstag, was mir besonders leid tut. Wie geht es Euch? Ich bekam diesmal darum wohl auch keine Post, was sehr schade ist. Wenn René schon kommt, und ich gehe leer aus, wenn er seinen großen Postsack leer macht, komme ich mir ein wenig verlassen vor.

Nun aber will ich erst mal von uns erzählen. Ich will versuchen, Eure Fragen zu beantworten. Wir haben nun unsere Wohnung in Schuß und haben ein schönes geräumiges Zimmer, gemütlich eingerichtet, mit dem Blick auf einen schon bestellten Acker, aus dem das vor kurzem gesäte Korn schon herauskommt und der dadurch schön grün ist, dahinter eine große Baumgruppe. Unser Haus ist das letzte in der Straße, und gleich von dort geht es hinaus ins Lottental, in eine ländliche Gegend, die früher oft Ziel unserer Sonntagswanderungen war. In unserer Etage wohnen außer uns noch drei Leute, alles Freunde. Die eine, unsere Anna [Kothe], eine langjährige Genossin, die auch einige Jahre Zuchthaus hinter sich hat, hat im Haushalt die Oberaufsicht, sie hat nicht gern, wenn man ihr dreinredet. Ich bin auf's Dreinreden auch gar nicht scharf, und so kommt es, daß ich mit dem Haushalt und was so dran hängt nur so am Rande zu tun habe. Vorläufig wenigstens! Denn sie hat die Absicht, bald einmal nach Hamburg zu gehen, um ihre Gaststätte wieder zu führen, die ihr die Nazis abgenommen haben. Sie hofft, sie bekommt sie wieder. Und dann ist da noch ein junges Paar, auch Genossen. Über uns wohnen Ernst und Trude [Volkmann] mit ihren beiden Kindern, von denen der eine ein fünfjähriger, rauhbautziger, dauernd dreckiger kleiner Bengel ist, dem es nicht darauf ankommt, einem unversehens einen dicken Stein an den Kopf zu werfen, oder, wenn man nicht so will, wie er wohl will, anzuspucken oder ans Schienbein zu treten. Er ist ein ganz anders geartetes Kind als Rudi, viel kindlicher und jugenhafter, einer, der gar nicht weiß, was man mit einem solchen Stein alles anrichten kann. Ich habe mir bei ihm erst ein wenig Vertrauen und Respekt erwerben müssen, so daß mein Wort nun auch etwas bei ihm gilt.

Bei uns geht es mit der Ernährung einigermaßen. Wir haben bisher noch keinen Mangel kennengelernt. Wir haben Bekannte, durch die wir dies und jenes bekommen, so auch genug Kartoffeln für den Winter, worüber wir sehr froh sind, denn Kartoffeln wird doch wohl die Hauptspeise im Winter sein, da kann man mit einem Zentner Zuteilung nicht weit kommen. Dazu kommt, daß, je weiter wir in den Winter kommen, umso schlechter die Beschaffung von Gemüse sein wird. Und das bißchen Eingemachte darf auch nicht so bald angegriffen

¹²⁹ Gemeint ist Victor Gollancz (Hg.), *Betrayel of the left*. London 1941.

werden, da das in der Hauptsache für das gemüsearme Frühjahr gedacht ist. Aber anderen geht es nicht so gut wie uns, denn nicht alle Leute haben einen kleinen Garten oder gute Freunde, die ihnen helfen. Man kann auch hier und da Sachen kaufen, wenn man Beziehungen hat. Ich hätte z.B. nicht für möglich gehalten, an Töpfe zu kommen. Ein Freund von uns konnte uns einen ganzen Satz besorgen, gute, solide Aluminiumtöpfe, wie ich sie früher nicht besessen habe. Mein Bruder hat mir ein elektrisches Bügeleisen geschenkt. Er hatte zwei. So kommt man, wie ihr seht, an Sachen. Und nicht etwa auf dem schwarzen Markt zu Schwarzhandelspreisen. Gegen Kohle kann man auch an gute Möbel kommen. Wenn ich wollte, müßte ich mir nur einen befreundeten Bergmann suchen, der mir 25 Zentner von seinen Deputkohlen abgäbe (was dem nicht schwer fiel, da die Zuteilung reichlich ist). Mit der würde ich zur Möbelfabrik nach Bielefeld oder ins Rheinland fahren und bekäme dagegen eine Küche, Schlafzimmer, oder was ich wollte. Für Bergleute wird überhaupt viel getan. Die Möbelindustrie arbeitet vorwiegend für Bergleute, ebenso alle anderen Bedarfsartikelindustrien. Auch die Fahrräder werden vor allem für die Bergleute hergestellt. Letzten Sonntag war in Recklinghausen eine Fahrradkontrolle durch die Polizei. Jeder Fahrer, der keinen Ausweis hatte, bekam sein Velo weggenommen, es fehlten nämlich 5000 Velos für Bergleute. Diese haben einen Ausweis, daß sie das Fahrrad haben dürfen. Es ist eine Bevorzugung, die nicht einsehbar ist, da andere Berufstätige auch lange Wege haben. Aber die Bevorzugung ist nur damit zu erklären, daß die Alliierten an der Kohle interessiert sind und darum bei den Bergleuten gute Stimmung machen wollen. Das zeigt sich auch darin, daß die Bergleute größere Rationen an Nahrungsmitteln bekommen. - Wir haben für unsere Küche genug Kohlen, leider aber nicht für die Zentralheizung, da fehlt der Koks. Doch hoffe ich, daß wir demnächst welchen bekommen, so daß wir in unserem eigenen Zimmer arbeiten können. Es wäre nicht angenehm, mit so vielen Menschen in der Küche zu arbeiten. Bisher war das Wetter noch immer einigermaßen, so daß man im eigenen Zimmer sein konnte. -

Mit kulturellen Genüssen sind wir in Bochum noch nicht reichlich bedacht, anderswo steht es damit besser. In Bochum fehlen die Kulturstätten. Es wurden schon drei Konzerte veranstaltet, sofort ausverkauft, das war alles. Kinos gibt es jetzt, ich glaube drei. Es werden immer deutsche Filme gegeben. Ich war bisher noch nicht im Kino, einmal, weil es mich nicht reizte, zum anderen weil der Andrang so groß war. Nun ist es anscheinend etwas besser geworden, weil in der Innenstadt auch eins geöffnet worden ist, so daß sich nicht alles in die Außenquartiere drängt. Filme wie „Ich leih Dir meine Frau“ und „Eine Nacht in Venedig“ sind wirklich keine Anziehungsfilm für einen, der Besseres kennengelernt hat. Trotzdem habe ich mich entschlossen, in den nächsten Tagen einmal hinzugehen, der Wochenschau wegen. So soll in dieser Woche Potsdam mit Stalin, Truman und Churchill gegeben worden sein.¹³⁰ Das Theater ist in Bochum noch nicht angelaufen, anders dagegen in Gelsenkirchen. Da gab es schon Theateraufführungen und Konzerte. Vor einigen Wochen war ich in Göttingen, da war von Mangel auf dem Gebiet nichts zu spüren. Das Theater war jeden Abend geöffnet für Schauspiel, Operette oder Oper. Ein Konzert löste das andere ab. Sogar im Kino gab es schon englische Filme, von denen man hier noch gar nichts sieht. Es wurde gerade der Rembrandtfilm gegeben mit Laughton. Ich wäre gern ins Kino gegangen, aber es war ausverkauft. Man muß sich lange anstellen, um Karten zu bekommen.

Mit meinem Singen ist es nicht mehr weit her, ich singe selten. Es ist mir meistens nicht so ums Herz. Manchmal, wenn Jupp [Kappius] und ich durch's Lottental laufen, um nach Witten zu einem Freund zu gehen, dann singen wir gemeinsam, sehr oft auch englische Lieder, die ich versuche zu lernen. Bei diesen Gelegenheiten haben wir einige sehr schöne Wege durch die Herbstlandschaft gemacht. Es war so schön, und ich bin dann immer zufrieden und

¹³⁰ Vgl. hierzu oben S. 208

froh heimgekommen. Verschiedentlich haben wir dann auch Pilze mitgebracht, eine Sorte, die ich dort nie gefunden habe. Sie haben Ähnlichkeit mit Champignons in der Farbe, nur nicht in der Form, da sie spitzhütig sind. Sie schmecken aber wunderbar und heißen Tintenschöpflinge. -

Was wir hier aus der russisch besetzten Zone hören, ist weiterhin erschreckend. Ströme von Menschen kommen hier an, in einem Zustand, den man früher als polnisch bezeichnete. Ich will nicht alle Einzelheiten aufzählen, die diese Menschen berichten, ihr würdet glauben, daß ich Greuelmärchen erzählte, es wurde darüber auch schon oft genug berichtet und gewiß auch in Eurer Presse. Bei allem guten Willen gegenüber Rußland kann man nicht daran vorbeikommen festzustellen, daß von da eine sozialistische Politik nicht zu erwarten ist. Und dabei hätten die Russen es in der Hand gehabt, durch eine vernünftige Politik das ganze deutsche Volk zu gewinnen. Die Engländer und Amerikaner hätten kein Bein an die Erde bekommen, wenn die Russen nicht kurzsichtige Siegerpolitik machten. Ich denke dabei gar nicht an die Übergriffe, die sich die Soldaten zuschulden kommen ließen. Es ist wahr, das haben die Soldaten anderer Nationen auch gemacht, wenn auch nicht in dem Umfang wie die Russen. Und vor allem wird es in den anderen Gebieten jetzt überhaupt nicht mehr betrieben, während im russisch besetzten Gebiet Ausplünderung und Vergewaltigung immer noch nicht beseitigt ist, es wird nur nicht mehr in dem Umfang betrieben. Aber wie gesagt, das alles kann man auf Konto Demoralisation schreiben. Was alarmierender ist, ist die Tatsache, daß Rußland die treibende Kraft ist, die Deutschland verelenden und kaputt machen will, nicht die kapitalistischen Mächte. In der russischen Zone werden alle Industrieanlagen abgebrochen und nach Rußland verfrachtet. So abmontiert, daß man den Eindruck hat, daß es nicht mehr verwendet werden kann. Und daß hier im englisch-amerikanisch besetzten Gebiet die Produktion nicht recht in Gang kommt, ist auch der russischen Politik zu verdanken. Ich lege Euch einen Aufsatz bei, den wir aus dem „Observer“ übersetzt haben.¹³¹ Auch die Sucht nach Stützpunkten im Mittelmeer ist reaktionär, während die amerikanische Behandlung der Kolonialfrage fortschrittlich ist, wenn auch aus Motiven, die nicht fortschrittlich sind. In Rußlands Politik sieht man immer nur den Wunsch nach Ausbreitung seiner nationalen Macht, nie die für Sozialisten gegebene Zielsetzung, zu einer internationalen Zusammenarbeit zu kommen. Was die Russen jetzt machen, stärkt die chauvinistischen, nationalistischen Tendenzen und hilft nicht den fortschrittlichen Kräften. (Siehe beiliegenden Artikel aus der „Tribune“.¹³²)

Mit der sozialistischen Bewegung ist hier noch nicht allzu viel los. Man hat noch nicht den Eindruck einer lebendigen, starken Bewegung. Unsere Ortsgruppe Wiemelhausen ist die geistig lebendigste Gruppe in der Stadt. Wir kommen wöchentlich einmal zusammen und diskutieren vorliegende Probleme. An der Diskussion beteiligen sich die Genossen lebhaft. Jupp ist viel unterwegs. Er referiert viel in anderen Ortsgruppen, Sonntag auch in einer Jugendhelferkonferenz vom Unterbezirk Recklinghausen. In einer öffentlichen Versammlung sprach er über „Sozialdemokratie und die Sicherung des Friedens“. Ich bin immer sehr gefesselt durch die Art und den Aufbau seiner Referate. Und anderen geht es ebenfalls so. Er hat eine klare, einfache Art, die Dinge auszusprechen, die es auch den Menschen, die sich so lange nicht mit diesen Problemen beschäftigt haben, möglich macht zu folgen. Und es ist dann so nett, wenn sie auch kommen und es ihm sagen. Es ist nur gut, daß er keine Anlage zu Überheblichkeit hat. Ich gehe außerdem noch jeden Dienstag in die Ortsgruppe Bürenburg, wo wir gemeinsam die Broschüre „Das Monopol ist der Feind“ diskutieren und wo ich ganz gut helfen kann, unsere Ideen klar zu bringen. Da habe ich auch keine Hemmungen, da

¹³¹ Konnte nicht ermittelt werden.

¹³² Konnte nicht ermittelt werden.

die Menschen selbst nicht so klar sind, und sie sind so einfach und ordentlich, daß sie auch meine Meinung anhören.

Von der Stadt aus sind jetzt Volksküchen eingerichtet worden, von denen aus die einzelnen Stadtteile mit Essen beliefert werden, um die Bevölkerung, die nicht imstande ist, selber zu kochen, damit zu versorgen. Es war aber in den ersten Wochen so schlecht, daß die Leute immer wieder wegblieben. In der letzten Woche war es eigenartigerweise besser, es kam pünktlicher, war wärmer, worüber ich mich so lange wunderte, bis ich erfuhr, daß noch jemand anders mit Kochen beauftragt worden war. Man sieht auch da, die Konkurrenz spornt an, besser zu liefern. - Bis jetzt ist die Ausgabe der Suppe die einzige Tätigkeit, die ich auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge leiste. Morgen ist eine Sitzung der Arbeiterwohlfahrt, die erste, zu der ich auch eingeladen bin. Hinterher werde ich wohl mehr wissen. Ich habe kein Verhältnis zu der Leiterin der Arbeiterwohlfahrt, was ich sehr bedaure, da daran eine Zusammenarbeit bisher gescheitert ist (sie zieht mich außer zu Handlangerdiensten nicht zur Arbeit heran), vielleicht ändert es sich morgen.

Darüber schreibe ich das nächste Mal. Damit grüße ich Euch alle in alter Herzlichkeit.

Eure Änne Kappius

Jupp Kappius aus Bochum an Willi Eichler, 9.11.1945

ISK Box 62
maschinenschriftlich

Lieber Willi!

In der Anlage findest Du einen weiteren Schub Material von Fechner.¹³³ Außerdem das Ergebnis unseres Kurses über Demokratie (der natürlich nicht sokratisch war) zusammengefaßt in einem Brief an den Vorstand.¹³⁴ Abschriften sind an den Bezirk und an Schumacher gegangen. Henßler schrieb mir daraufhin einen sehr netten Brief, er möchte sich gern einmal eingehender über das Problem der Demokratie mit mir unterhalten. Das ist schon eine kleine Wendung verglichen mit der völligen Ablehnung, die wir zuerst erfahren haben. Ich hoffe, wir werden uns mehr und mehr durchsetzen können, an Boden haben wir in der Mitgliedschaft bestimmt gewonnen.

Eventuell wird ein Sergeant der hiesigen FSS bei Dir oder Walter [Fließ] vorsprechen; er geht dieser Tage in Urlaub und wollte gern unsere Freunde in London näher kennenlernen, - er ist ein guter Kerl.

In Acton House, Hornley, wohnt ein Dr. ing. Wilhelm Riester, der schon lange [dort] wohnen und ein Antinazi sein soll. Er hat für die Firma Klein, Schanzlin & Becker gearbeitet. Ich habe seinen Freund hier kennengelernt, einen Bergassessor, anscheinend ein weißer Rabe insofern, als er ein fortschrittlicher Demokrat ist, der nicht in die Partei hineingetreten ist und lieber irgendwo in der Industrie einen kleinen Posten ausgefüllt hat. Es ist ihm unmöglich, in den Bergbau hineinzukommen. „Keine freien Stellen“ ist die Antwort, die ihm die Herren geben. Das ist an sich schon eine Empfehlung und eine Illustration zu dem Thema: Es gibt keine zuverlässigen leitenden Leute für den Bergbau, und darum müssen die Naziunterstützer drinbleiben. Der Mann heißt Walter Hardieck, ist aus Dortmund, war während

¹³³ Konnte nicht ermittelt werden.

¹³⁴ Gemeint ist: Jupp Kappius an „Werte Genossen“ am 2.11.1945, ISK Box 62.

des Krieges in Norwegen (als Geologe eingesetzt, wobei er es bis zum Feldwebel oder Oberfeldwebel brachte), und hatte in Oslo Verbindung mit der norwegischen Untergrundbewegung. Wenn Du kannst, erkundige Dich doch mal bei Riester nach ihm, er hat angeblich während des Krieges durch Vermittlung seiner Untergrundfreunde dem Riester geschrieben und auch Antwort bekommen. Mir liegt sehr daran herauszufinden, ob der Mann zuverlässig ist. Er macht einen ordentlichen Eindruck.

Von der Universität Münster hörte ich heute folgendes: Ein Mädchen fährt nach Münster, um sich dort bei der Uni einzuschreiben. Der Sekretär fragt sie, ob sie katholisch sei. Als sie verneint, sagte er zu ihr, sie solle in zwei bis drei Wochen nochmal wiederkommen. Mal sehen, was er nach Ablauf dieser Zeit sagen wird.

Kürzlich sah ich Richtlinien „Wie eine (allgemeine) örtliche Verwaltung einzurichten ist.“ Diese beginnen wie folgt:

„1. Die Richtlinien zielen darauf hin, das Verhältnis zwischen Politik und Staatsbeamten aufzulösen. Der Landrat z.B. wird der Vorsitzende des Kreistages, und seine Pflichten als hauptausführender Staatsbeamter werden durch einen professionellen, nichtpolitischen Staatsbeamten ausgeführt werden, dem ausführenden Leiter der Verwaltung (Direktor). Auf Gemeindegrundlage ist dieser bezahlte, nichtpolitische Staatsbeamte der Gemeindedirektor, auf Stadtkreisgrundlage der Oberstadtdirektor und auf Landkreisgrundlage der Oberkreisdirektor.“

„Die Direktoren dürfen in keiner Weise an Parteipolitik teilnehmen. Die Bürgermeister, Landräte und Oberbürgermeister als Vorsitzende ihrer entsprechenden Räte dürfen sich an Parteipolitik beteiligen. (Nichtteilnahme an Parteipolitik heißt, er darf sich nicht beteiligen als ein Beamter einer politischen Partei, noch darf er von einer Bühne bei politischen Parteiversammlungen sprechen. Allerdings kann er natürlich aus der Versammlung wie jeder andere Bürger sprechen.“¹³⁵

Damit ist den Selbstverwaltungskörperschaften die Selbstverwaltung aus der Hand genommen und in die Hände der staatlichen Bürokratie gelegt.

Für Polizeibeamte sind die Anordnungen hier noch schärfer: Sie dürfen keiner politischen Partei angehören und dürfen auch keine politischen Versammlungen besuchen.

Im übrigen ist die Polizei den Oberbürgermeistern nur verwaltungsmäßig unterstellt. Die Oberbürgermeister haben für Ausrüstung, Unterkunft usw. zu sorgen. Ernennungen, Beförderungen und der Einsatz der Polizei liegen in der Hand des Chefs der Polizei, in allen uns bekannten Fällen ein Offizier, der direkt dem Public Safety Officer unterstellt ist.

Du findest in der Anlage eine eingehende Würdigung der Zustände in der Polizei am Beispiel Dortmund.¹³⁶

Ferner liegt bei eine Abschrift der Abbauverordnung des Regierungspräsidenten für die Privatindustrie, ein Aufsatz über Rechtsnotstände in der Wirtschaft sowie eine Notiz über leitendes Personal beim DHHV resp. Vereinigte Stahlwerke.¹³⁷

Letzten Sonntag war ich in Köln zu einer Funktionärkonferenz, auf der 150 bis 170 Funktionäre waren. Dort habe ich über internationale Lage gesprochen und dabei in der Hauptsache den Gedanken der europäischen Union propagiert. Die Aufnahme war gut, wir haben verabredet, daß ich die Woche nach dem 25.11. im Bezirk Köln verbringe und dort den Vortrag in den einzelnen Orten wiederhole. Über diese Einladung habe ich mich gefreut.

Am Mittwoch habe ich Halbfell in Münster besucht. Er ist Präsident des Landesarbeitsamtes und wird höchstwahrscheinlich das Generalreferat Arbeit und Sozialversicherung auch

¹³⁵ Zur „Directive on Administrative, Local and Regional Government and the Public Services“ vom September 1945. vgl. oben S. 285

¹³⁶ Vgl. hierzu oben S. 261 f.

¹³⁷ Gemeint ist der ungezeichnete und undatierte Lagebericht „Betrifft: Vereinigte Stahlwerke“, ISK Box 64.

bekommen. Er war in seinem Element, eifrig beschäftigt, sich zunächst einmal die Behörde zu schaffen, mit der der Arbeitseinsatz im Sinne des neuen Staates durchgeführt werden kann - d.h. erst einmal radikale und rücksichtslose Säuberung von Nazis. Von Nöltings Abteilung hatte ich nicht solch guten Eindruck. Sein Haupt-Mann, der die Wirtschaft in- und auswendig kennt und im wesentlichen die Verhandlungen mit den englischen Wirtschaftsbeamten führt, ist ein Herr Bieser. Er spricht ausgezeichnet englisch und ist ein Sunlight-Mann.

Ärgere Dich nicht darüber, Willi, daß manche Buchstaben so unmotiviert abseits stehen. Ich hab mich schon selber genug geärgert, aber ich habe eine neue Maschine, und sie jumped dauernd, und ich weiß nicht, was mit dem Aas los ist.

Viele Grüße an Euch alle von uns allen hier.

Dein Jupp

Jupp Kappius aus Bochum an Willi Eichler, 16.11.1945

ISK Box 62
maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Schönen Dank für Deinen Brief vom 1. November, den ich vor einer Woche erhielt. Ich danke Dir für Deine Ausführungen über die Intrigen und freue mich, daß wir uns nicht daran beteiligt haben. Auch anlässlich der Mitteilung Kriedemanns nicht, dem ich nur gesagt habe, daß ich diese Äußerung Ollenhauers nicht recht verstehe, da sie im Gegensatz stehe zu seiner Haltung uns gegenüber in England. Damit war das Gespräch beendet. Wir werden uns auch weiterhin von politischen Geschäftemachereien fernhalten.

An Alfred [Dannenbergh] hatte ich geschrieben und hatte seine Antwort, bevor Dein Brief kam. Einen Augenblick hatte ich ein Gefühl des Schrecks, Du könntest es als Rederei aufgefaßt haben, daß ich darüber eine Bemerkung gemacht hatte.

Zu Kubel: Er machte den Eindruck, den er auf Dich machte, auch in Hannover¹³⁸, obgleich er unsere Linie aktiv vertrat und ich ihn deswegen auch schon zu uns rechnete. Das andere, dachte ich, wird er wieder ablegen. Es ist auch bei Ernst [Volkman] einiges in der Richtung Kubels zu spüren, ich hoffe aber, daß es sich mit der Zeit wieder gibt. Wir hatten in Hannover eine lange Aussprache mit Kubel (Hermann [Beermann] und ich), und ich war von dem Ergebnis gar nicht befriedigt. Man muß die anderen Genossen dabei haben.

Zu Grützmann: Er ist immer noch im Amt, Josephs ist entlassen. Du findest anliegend außerdem einen Brief des Kommandanten an Grützmann, in dem dessen Stellung klargelegt wird. (Ein Brief des Oberpräsidenten an den Kommandanten war bei meiner letzten Sendung).¹³⁹ Inzwischen wirst Du auch den Bericht über Gonschorowski bekommen haben¹⁴⁰, der zeigt, wie weit im einzelnen die Verhältnisse in den Städten die gleichen sind wie an der Spitze. Flick hatte inzwischen mit dem Public Safety Officer in Dortmund eine Unterredung wegen Gonschorowski, nach welcher (ob nur zeitlich oder auch ursächlich ist nicht ganz klar) Gonschorowski als Chef der Polizei abgesetzt und zum Chef der Schutzpolizei gemacht wurde. Chef der Polizei ist jetzt ein Oberst Stoeve, der auch unter den Nazis Polizeioberst

¹³⁸ Zur Wenninger Konferenz der SPD vgl. oben S. 101

¹³⁹ Konnte nicht ermittelt werden.

¹⁴⁰ Vgl. hierzu oben S. 261

war, sich aber nach allem, was man hört, ordentlich benommen haben soll, d.h. er war nicht Mitglied der Partei und hat sich auch nicht an Naziaktionen beteiligt. Meiner Meinung nach ist er trotzdem als Chef nicht tragbar, insbesondere da echte Antinazis für seinen Posten zur Verfügung stehen. Wir warten ab, ob er die Nazis wieder aus den Positionen herauswirft, in die Gonschorowski sie eingesetzt hatte, und wir werden aktiv dabei helfen durch Vorschläge direkt an den Public Safety Officer. Im ganzen haben wir den Eindruck, daß es weniger böswillige Absicht als ein wenig Ignorance und ein wenig leichtfertiges Vertrauen auf ungeeignete Personen ist, das zu diesem Zustand geführt hat.

Der Generaldirektor Haver ist bereits nach wenigen Tagen wieder aus dem Konzentrationslager Recklinghausen entlassen worden. Wir haben hier in Bochum einen neuen FSS-Offizier bekommen und wissen noch nicht, wie er sich den Nazis gegenüber einstellen wird. Die politische Polizei, die bisher direkt mit der FSS zusammengearbeitet hat und durchweg aus linken Leuten bestand, ist aufgelöst worden. Ihre Aufgaben wurden der Kripo übertragen. Anscheinend handelt es sich dabei aber um eine Maßnahme, die nicht auf örtliche Entscheidungen zurückgeht.

Anliegend findest Du Ausführungen über Vorgänge in der Wirtschaft, die Dich sicher interessieren werden.¹⁴¹

In der letzten Woche waren wir sehr behindert durch Erkältungen. Wir können nicht heizen wegen Koks-mangel, haben aber jetzt ein Permit für Koksbezug bekommen, so daß wir nun bald in geheizten Räumen werden arbeiten können.

Hellmut [Kalbitzer] leitet mir eine Anfrage von Dir zu wegen eines angeblichen Zitats von Ulbricht, das ich nach den Sozialistischen Mitteilungen in Hamburg verwandt haben soll. Das ist in dieser Form nicht richtig. Ich habe über den Ulbricht-Brief gesprochen, habe aber nicht zitiert, sondern dem Sinne nach wiederzugeben versucht. Ich kann natürlich nicht mehr sagen, was ich wörtlich gesagt habe, es wird aber etwa in der Art gewesen sein, die Hellmut mir schreibt, nur nicht als Zitat, sondern in der Form, daß Ulbrichts Linie auf solch eine grobe Form hinausläuft. Ich werde auch Hellmut dieserhalb schreiben.

Schumacher und Kriedemann waren letzten Sonntag auf der Rückfahrt von Köln hier und haben hier übernachtet. Wir hatten Gelegenheit, lange über verschiedene Fragen zu sprechen, und mir scheint, wir haben einiges tun können, ihn mehr auf die europäische Konzeption zu lenken. Der innere Kampf der Partei geht gegen die Severing-Linie: Burgfrieden mit Christlich Demokraten, Kampf gegen Kommunisten, für eine radikale Politik der strukturellen Änderung, für Führung des Aufbaus durch diese Art einer neuen SPD. Persönlich haben wir zu beiden ein ganz gutes Verhältnis, bei Kriedemann sind freilich manchmal etwas falsche Töne.

Zu meinem versprochenen Bericht bin ich nicht gekommen, ich war nicht gut zurecht und habe etwas im Bett liegen müssen.

Gestern bekam ich Zeitungen von vier Wochen auf einmal und ein Päckchen von Marga mit einer Flasche Hustensirup, die leider zerbrochen war und alles aneinander geklebt hatte. Übrigens das erste Mal, daß etwas zerbrochen ist. Wenn es Euch möglich ist, dann schickt uns nochmal einige Räucherwaren, es kann auch Tabak sein. Zur Information: Bisher sind zwei Pakete mit Zigaretten von El. angekommen. Ewald [Beilmann] hat seinen Meldebrief, das Päckchen aber noch nicht.

Hansmann wird sich um den Posten des Oberbürgermeisters in Dortmund bemühen, ich glaube, er macht einen guten Eindruck auf die Militärregierung.

¹⁴¹ Gemeint ist die Fortsetzung des Berichts vom selben Tag, siehe unten S. 299

Sage doch bitte Walter [Fließ] vielen Dank für seinen Brief, auch Martha [Dohrenbusch] vielen Dank für ihren Geburtstagsbrief, ich komme leider diesmal nicht mehr dazu, ihnen selber zu schreiben. Nächstes Mal!

Mit der Arbeit in der Partei kommen wir langsam weiter. Wir gewinnen Einfluß, diese Reden und die Schulungskurse helfen eine Menge. Ich habe nur manchmal Sorge, daß wir uns zu sehr liieren. Es ist so schwierig: Einerseits kann man der Partei nur dann eine Richtung geben, wenn man sich einsetzt, andererseits kann man sich sehr kompromittieren, wenn die Geschäftemacher der Partei das Gesicht geben werden. Die einzige Rettung liegt im Einhalten einer sauberen politischen Linie, die, wenn sie nicht zum Durchbruch kommt, uns doch die Möglichkeit eines sauberen Abganges gibt.

Ich muß Schluß machen. Viele Grüße bis nächste Woche für Dich und die Freunde von uns allen.

Dein Jupp

Jupp Kappius aus Bochum an Willi Eichler, 16.11.1945

ISK Box 62
maschinenschriftlich

In Minden soll ein „German Advisory Board“¹⁴² eingerichtet werden, der die Militärregierung beraten soll in Bewirtschaftungsfragen. Zum Leiter dieser Stelle ist Herr Frowein ernannt worden, angeblich direkt von London durch Alexander. Frowein ist etwa 70 Jahre alt und kommt von den Glanzstoffwerken Wuppertal. Er war früher Präsident der Internationalen Handelskammer. Politisch soll er Demokrat sein, kein Parteimitglied gewesen.

Die Stelle soll eine Zonenorganisation werden, d.h. sie soll beraten mit Bezug auf die gesamte britische Zone. Für die Ernährungsbewirtschaftung besteht bereits eine solche Stelle in Obernkirchen. Sie ist besetzt mit Fachleuten aus der Ernährungswirtschaft und von den Ernährungsämtern. Es besteht ständige Funkverbindung mit den fünf Landesernährungsämtern, so daß die Stelle in der Lage ist, Oeynhausen in Ernährungsfragen zentral zu beraten.¹⁴³

Der „German Advisory Board“ soll einen Vorstand bekommen, in den aus jedem Wirtschaftszweig drei bis vier Leute delegiert werden. Es ist anscheinend noch nicht entschieden, wie diese Leute ausgewählt werden. Von seiten der großen Konzerne wird versucht, diese Leute nur aus der Industrie herauszunehmen, während der mittleren Industrie daran liegt, eine gemischte Zusammensetzung aus Wirtschaftsverbänden und den Landeswirtschaftsämtern durchzudrücken. Diese Lösung wäre dem Vorschlag der großen Konzerne vorzuziehen, da sie größere Gewähr bietet, daß die Interessen der Allgemeinheit besser berücksichtigt werden, als es durch eine unter dem Namen „Selbstverwaltung der Industrie“ laufende, in Wahrheit aber die Interessen der Großkonzerne vertretende Wirtschaftsstelle geschehen würde.

Neben den Kämpfen um die Besetzung des „German Advisory Board“ laufen die Kämpfe um die Bildung der Wirtschaftsvereinigungen, die eine Zonenorganisation der einzelnen

¹⁴² Die britische Militärregierung errichtete seit Ende 1945 deutsche Verwaltungsorgane, die eine Art Nebenstellen britischer Kontrollbehörden wurden. Dazu gehörte das Zentralamt für Wirtschaft in Minden, das seine Arbeit am 20.10.1945 aufnahm. Vgl. hierzu u.a. Vogel, Frowein.

¹⁴³ Bad Oeynhausen war nach Kriegsende das Hauptquartier des britischen Oberbefehlshabers, General Robertson, und damit Zentrum des Zonenhauptquartiers in Ostwestfalen. Dazu gehörten die Außenstellen in Herford, Minden, Lübbecke und Bünde. Vgl. Först, Geschichte Nordrhein-Westfalens S. 142

Wirtschaftszweige darstellen. In der Wirtschaftsvereinigung Chemie kämpft die IG¹⁴⁴ um die Vorherrschaft unter Führung des Rechtsanwalts Stein von den Tropon-Werken in Köln, die zwar nicht nominell, aber tatsächlich in der Hand der IG sind. Stein, der nach Angaben von Leuten aus der mittleren Industrie nach einem Plan arbeitet, der von dem Direktor Langheinrich der IG Leuna stammt, ist anscheinend als Geschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Chemie vorgesehen. Stein hat die Chemieindustrie aus Rheinland und Westfalen zusammengerufen gehabt, um die Gründung einer Wirtschaftsvereinigung Chemie vorzunehmen. Die Einladungen an die westfälischen Industriellen ergingen so spät (auf Veranlassung oder durch Versäumnis des Herrn Berg vom Landeswirtschaftsamt Münster - inzwischen entlassen - der viel mit IG-Leuten zusammengesteckt hatte), daß die westfälischen Industriellen überhaupt nur durch Zufall von der Versammlung erfuhren und in letzter Minute dort erschienen. Da dadurch das Übergewicht der IG zerstört war, versuchte sie dann, durch Hereinnahme von „um die Chemie verdienten Leuten“ in den Vorstand der Wirtschaftsvereinigung (die selbstverständlich nur von der IG kommen konnten) doch noch das Übergewicht zu bekommen. Der Repräsentant der mittleren Industrie, Direktor Menne von den Glasuritwerken (Lacke), hat alle Hände voll zu tun, um seiner Gruppe eine angemessene Vertretung in der Wirtschaftsvereinigung zu sichern.

Alle Verhandlungen, sowohl die Wirtschaftsvereinigung als auch die Vertretung beim German Advisory Board betreffend, finden im Verwaltungsgebäude der IG in Leverkusen statt, obgleich schon öfter gebeten worden ist, sie in Düsseldorf stattfinden zu lassen. Die IG bekommt allein schon durch diesen Umstand ein Übergewicht bei allen Verhandlungen. Das Kasino ist völlig intakt, auch die gutgefüllten Keller, es gibt gut zu essen und zu trinken, eine große Zahl von gutangezogenen, gutaussehenden IG-Vertretern, die gut Englisch sprechen und gute Weinkenner sind, so daß es der IG nicht schwer fällt, einen guten Eindruck auf Offiziere der Militärregierung zu machen, die sich dort wohl fühlen können. Bertier soll öfter dort gewesen sein. (Von Bertier sagt man hier übrigens, er hätte Iserlohn¹⁴⁵ so ausgebaut gehabt, daß es einer Nebenregierung zu Oeynhausen gleichgekommen wäre, und dies sei der Grund für seine Beförderung.)

Um ein Bild davon zu geben, wie dieses Hin und Her verläuft, füge ich das Protokoll einer Sitzung der Herren von der Chemie an.¹⁴⁶ Ich bitte aber, dieses Protokoll vertraulich zu behandeln, soweit es Einzelheiten über Personen angeht, da nur einer der vier Teilnehmer der Verfasser sein kann. Zum besseren Verständnis will ich einige kurze Erläuterungen zu den Personen geben:

Dr. Kurt Herberts, Wuppertal, Inhaber einer Lackfabrik, war Wehrwirtschaftsführer, nicht Pg, von FSS o.K. ed.

Dr. Köck, Pg, war Vertreter der mittleren Industrie in der Reichsstelle Chemie (unter Nazis), wurde von der Großindustrie immer sehr angefeindet und behindert.

Dr. Haberland, Generaldirektor der IG-Farben Gruppe Niederrhein.

Direktor Menne von Glasurit-Lackfabriken, war in England (bei Glasurit), kein Nazi, Konzerngegner, sucht Leiter der Wirtschaftsvereinigung Chemie zu werden.

¹⁴⁴ Gemeint ist der IG Farbenkonzern.

¹⁴⁵ Der Oberkommandierende des I. britischen Korps in Iserlohn fungierte gleichzeitig als Militärgouverneur für das Gebiet, das dem späteren Nordrhein-Westfalen im wesentlichen entsprach. Da für die britische Verwaltung die Militärs bis zum Frühjahr 1946 besonders wichtig waren, kam Iserlohn als Militärstandort in der Militärverwaltung eine besondere Rolle zu. Vgl. Först, Geschichte, S. 142.

¹⁴⁶ Konnte nicht ermittelt werden.

Dr. Goldschmidt von Goldschmidt-Essen, Pg?, steht auf seiten der IG-Farben, Gegner der Landeswirtschaftsämtler.

Dr. Imhausen von Märkische Seifenindustrie, nicht Pg, Demokrat oder mehr linksliberal mit europäischen Konzeptionen, Konzerngegner.

Die Kämpfe gehen um sehr reale Dinge, nämlich um die Produktionsgenehmigungen. Die Konzerne versuchen, die gesamte zugelassene Produktion in ihre Hand zu bekommen, um die kleinen und mittleren Familienbetriebe auszuschalten. Sie haben eine gute Chance, diesen Kampf zu gewinnen, da die Militärregierung die neuen Produktionsgenehmigungen (ab 1. Dezember¹⁴⁷) nach drei Grundprinzipien verteilt: 1) Rohstoffvorräte, 2) Kohle- bzw. Energieverbrauch, 3) Verkehrslage, - Bedingungen, die meist von Großbetrieben besser erfüllt werden als von Klein- und Mittelbetrieben. Das trifft nicht nur für die chemische Industrie zu, wenn auch die angeführten Beispiele von dort stammen. Es ist mir versichert worden, daß die gleichen Tendenzen in der Eisen- und in der Maschinenindustrie wie auch in der Kraftversorgung vorherrschen, wodurch die mittleren Industrien in einen Zustand akuten Alarms gebracht worden sind. Vielleicht kann ich auch darüber bald nähere Einzelheiten berichten.

Jupp Kappius aus Bochum an Willi Eichler, 15.12.1945

ISK Box 63
handschriftlich

Lieber Willi!

Heute bekam ich Deinen Brief vom 1.12., und da E. morgen rüber fährt, benutze ich die Gelegenheit.

Wir haben vor, zu etwa 40 Freunden in Göttingen ein Treffen zu machen, am 30.12., 31.12. und 1.1., um uns über die Fragen zu verständigen, die sich für uns aufgrund der vereinbarten Sonderaufgaben in der SP ergeben. René [Bertholet] schlug vor, am 28. in Hannover eine Vorbesprechung zwischen Hanna [Bertholet], Alfred [Kubel], Heini, Anna [Beyer], Änne [Kappius] und mir zu machen, - was wir auch tun wollen.

Die Pressekorrespondenz bringen wir jetzt wieder abgezogen heraus, die neueste Nummer liegt bei.¹⁴⁸ Sie läßt in der Ausführung viel zu wünschen übrig, aber das Material (Matrizen, Papier und Farbe) ist zu schlecht, als daß man ein viel besseres Ergebnis erzielen könnte. Hoffentlich bezieht sich Dein Einwand gegen die gedruckte Korrespondenz nicht auch auf die abgezogene. Wenn Du keine Bedenken hast, dann könnten wir in absehbarer Zeit 10-20.000 Blatt Saugpost gebrauchen. Matrizen und Farbe sind überall zu bekommen. - Die Partei hatte gebeten, soviel Exemplare zu bekommen, daß jede Unterbezirksleitung im Bezirk Westliches Westfalen eins bekommt; die einzelnen UB-Leitungen sollen dann soviel Vervielfältigungen machen, daß jeder Ortsgruppenleiter ein Exemplar erhält. Das würde bedeuten, daß in den Regierungsbezirken Münster und Arnsberg etwa 6-700 Exemplare vorhanden sind. Bist Du damit einverstanden?

Über Nötling schreibe ich Dir nächstens mehr. Am Mittwoch wollte ich ihm zwei Pressekonferenzen da lassen, worauf er sagte, ich sollte sie man wieder mitnehmen, er hätte doch

¹⁴⁷ Zur Stilllegung kleiner und mittlerer Betriebe seit Anfang Dezember 1945 durch die britische Militärregierung vgl. Klekamp, Zusammenbruch S. 126f.

¹⁴⁸ Gemeint ist die SPK Nr.3 vom 17.11.1945.

keine Zeit, sie zu lesen. Die Nummer 1, die er bekommen hat, bevor Du in Arnsberg warst, hat er heute noch nicht gelesen.

Halbfehl macht einen guten Eindruck, sein ganzes Amt atmet zielbewußte Tätigkeit. Er findet für seine Denazifizierung gute Unterstützung bei der Militärregierung.

Die Denazifizierung macht auch sonst bessere Fortschritte. Die Reinigungsausschüsse für Industrie und Handel arbeiten jetzt im Regierungsbezirk Arnsberg. Bei der Stadtverwaltung ist ein neuer Schub rausgekommen, und letzte Woche sind eine ganze Anzahl unterer Beamter (Steiger etc.) bei den Zechen fristlos entlassen worden.

Du bist nicht ganz einverstanden mit unserer Diskussion der Demokratie. Es bestand aber - nach dem Schumacherreferat¹⁴⁹ - das Bedürfnis zu solcher Klärung, und wir haben die Diskussion nicht so sehr mit Bezug auf die grundsätzlichen Einwände gegen die Demokratie als vielmehr mit Bezug auf die Notwendigkeit geführt, von dem formalen Weg zur sozialen Demokratie zu kommen. Die Diskussion war weder scharf noch gespannt, sie war ernsthaft und freundschaftlich. Die Leute sind sehr aufgeschlossen, und wenn Du dabei gewesen wärest, hättest Du womöglich nicht diese Sorge, daß wir an der empfindlichsten Stelle angefangen haben. - Nun muß ich mir mal Gedanken machen, was für Schulungsarbeit wir für die Selbstverwaltung machen können.

Ich möchte die Gelegenheit dieses Sonderweges benutzen, um Dir zu schildern, von was wir leben, da ich den Eindruck habe, daß Ihr Euch falsche Vorstellungen macht. Wir haben genügend Brot - wir geben Brot an Freunde ab -, wir haben ausreichend Kartoffeln, Nahrungsmittel usw., wir geben von dem Fett, das Ihr schickt, ab. Anna [Kothe] hat für Weihnachten eine ganze Menge Plätzchen gebacken und wird wahrscheinlich auch noch Kuchen backen. Wir haben bisher noch jeden Tag Gemüse gehabt. Was fehlt, ist frisches Obst, Äpfel und dergleichen, - da helfen Eure Vitamintabletten. Tee bekommen wir auch von den Engländern, und ab und zu gibt es auch Kaffee, wenn Marga mal welchen mitschickt. Wir hungern also keineswegs und glauben auch nicht, daß wir ans Hungern kommen, da wir einige Nebenbezugsquellen erschlossen haben. Frieren werden wir wahrscheinlich auch nicht. Womöglich werden die Haldenbestände an Kohlen und Koks, die z.T. bereits zu brennen angefangen haben, an die örtliche Bevölkerung ausgegeben werden, da es an Transportmitteln mangelt, die Kohle abzufahren nach ferner liegenden Gebieten. Wie dem auch immer sei, wir werden wahrscheinlich Kohlen haben für den Winter. Ihr braucht bestimmt keine Sorgen um die Genossen im Ruhrgebiet zu haben, daß sie hungern und frieren müßten. Das kannst Du aber nicht verallgemeinern etwa für die ganze Bevölkerung - obwohl es auch heute wieder viele gibt, die alles haben, was sie brauchen.

Bei Nartz sind bisher, wie ich hörte, zwei Paketchen angekommen, die an Ewald Beilmann gegangen sind. Er läßt sehr dafür danken.

Entschuldige bitte wegen dieser Bemerkung über „schlechte Behandlung“, die nicht so gemeint war. Wir wunderten uns nur alle, da man uns den Eindruck vermittelt hatte, Du wärest hier durchgekommen. An sich hatten wir nicht damit gerechnet, Dich nochmal zu sehen, bevor Du zurückfährst nach England.

Es gibt eine Strömung in der Bochumer SP, die mich bei der bevorstehenden Neuwahl des Vorstandes (im Januar) zum Vorsitzenden des Stadtverbandes Bochum vorschlagen will (über 2000 Mitglieder). Ich habe zugesagt unter der Bedingung, daß der Vorstand so zusammengesetzt wird, daß ich nicht die Politik anderer durchführen muß, d.h. daß ich mir vorbehalte, eine etwaige Wahl nicht anzunehmen, wenn der übrige Vorstand völlig auf einer anderen Linie steht. - Was denkst Du von der Sache?

¹⁴⁹ Gemeint sind die „Programmatischen Erklärungen“ Schumachers auf der Wenningser Konferenz (5./6.10.1945). Für einen Abdruck vgl. Albrecht, Schumacher S. 301-319.

Wegen Kopf hatte ich Kriedemann gefragt, der sagte, daß Kopf seine Naziregierungspräsidenten nicht an der Tagung teilnehmen lassen wollte.¹⁵⁰

Am Mittwoch traf ich Dr. Wolfgang Friedmann in Münster. Er war früher im PID¹⁵¹ und ist jetzt bei der Kontrollkommission im Moment damit beauftragt, den „German Advisory Board“ in Minden¹⁵² zusammenzustellen, wodurch Abraham Frowein abgehängt wird. Gehört Friedmann zu Neu Beginnen¹⁵³?

Lieber Willi, ich war sehr bedrückt, als ich Deinen Brief¹⁵⁴ gelesen hatte, weil ich das Gefühl hatte, daß daraus etwas Abweisendes sprach, oder ist es Verärgertes. Es würde mir leid tun, wenn ich Dir dazu Veranlassung gegeben habe.

Eine Bitte habe ich noch: Wenn ihr noch Übersetzungen herüberschickt, dann laßt mich bitte eine Copie haben für die Korrespondenz.

Ich wünsche Dir ein paar ruhige Tage und ein gutes Neues Jahr.

Dein Jupp

Jupp Kappius aus Bochum an Willi Eichler, 2.1.1946

ISK Box 65
maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Die SPD wird im Bezirk Westliches Westfalen immer noch maßgeblich von Leuten der alten Schule bestimmt. Du hast gewiß schon erfahren, daß ein Landesvorstand Westfalen gebildet worden ist mit Severing und Henßler als gleichberechtigten Vorsitzenden.¹⁵⁵ Severing wird von der Mitgliedschaft abgelehnt, von der führenden Funktionärsschicht aber anerkannt. Nachdem die Militärregierung nunmehr die Bildung der Bezirke genehmigt hat, wird es nun auch bald eine ordnungsmäßige Delegiertenkonferenz geben, auf der möglicherweise neue Leute in den Bezirksvorstand gewählt werden. Auch in den einzelnen Städten stehen überall die Jahresversammlungen für den nächsten Monat auf der Tagesordnung, und es wird dann die ersten ordentlich gewählten Vorstände geben. Hier in Bochum gibt es eine Strömung, die mich zum 1. Vorsitzenden wählen will, ich werde aber nur annehmen, wenn der Vorstand in seiner übrigen Zusammensetzung eine vernünftige Arbeit möglich macht.

Vom Ausgang der Vorstandswahlen wird viel für die Zukunft der SPD abhängen. Es gibt eine Reihe Menschen, die nur in die SPD hineingegangen sind in der Hoffnung, daß aus ihr eine neue Partei werden wird. Ebenso viele sind ihr nicht beigetreten, weil sie das nicht glau-

¹⁵⁰ Gemeint ist offenbar die Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen der britischen Zone am 11.12.1945 in Düsseldorf. Für einen Abdruck des Protokolls vgl. Akten Vorgeschichte I, S. 199-213.

¹⁵¹ Die Abkürzung konnte nicht aufgelöst werden.

¹⁵² Vgl. hierzu oben S. 299

¹⁵³ Vgl. hierzu oben S. 100

¹⁵⁴ Konnte nicht ermittelt werden.

¹⁵⁵ Im Sitzungsbericht der SPD-Bezirksvorstandssitzung Westliches Westfalen vom 7.1.1946 findet sich hierzu folgende Passage: „In Bielefeld sei der Landesausschuß gebildet worden, zu dem aus dem westlichen Westfalen die Genossen Henßler und Wenke bestimmt wurden. Für Westliches Westfalen kommt noch der Genosse Schäfer hinzu. Federführend ist Genosse Severing.“ Protokoll im AdSD, Bestand SPD-Bezirk Westliches Westfalen, Box 189. Darüber hinaus konnte kein Hinweis auf die Bildung des SPD-Landesvorstandes Westfalen ermittelt werden.

ben. Dabei handelt es sich um die Menschen, die am Aufbau einer einheitlichen sozialistischen Partei interessiert sind und die zweifellos in der Partei bleiben bzw. zu ihr stoßen werden, wenn die begründete Aussicht besteht, daß die SPD diese einheitliche Partei wird, im anderen Fall ihr den Rücken kehren werden. Die Kritik, der man heute immer wieder begegnet, richtet sich gegen die lahme Politik, gegen die ausgeprägt nationale Haltung der Partei und gegen die Einstellung, die SPD hätte alles richtig gemacht und brauchte sich nichts vorzuwerfen. Allerdings findet sich ein ganz beträchtlicher Teil der heutigen Mitglieder, die mit den beiden letzten Punkten konform gehen, d.h. alle Probleme rein national betrachten und die Schuldfrage für die SPD rundweg ablehnen. Für diese fangen alle Diskussionen darüber bei 1933 an, und es kommen alle die Unterlassungen der anderen zur Sprache, die Hitler nicht gestoppt oder gar ihn unterstützt haben.

Die Diskussion über die Vereinigung mit den Kommunisten ist durch die Berliner Beschlüsse ins Rollen gekommen¹⁵⁶, und es gibt unter den Mitgliedern doch eine ganze Reihe, die ihr das Wort reden, wenn auch keineswegs eine Mehrheit. Das Motiv dabei ist weniger eine klare politische Einsicht als vielmehr die alte Sehnsucht nach der Einheit der Arbeiterbewegung.

Die SPD zählt in Bochum jetzt rd. 2.500 Mitglieder (bei 229.000 Einwohnern), der Unterbezirk Bochum zählt rd. 6.000 Mitglieder, der Unterbezirk Dortmund etwa ebenso viel.

Wie stark die KPD ist, ist schwer zu sagen, mir sind einigermaßen zuverlässige Mitgliederzahlen nicht bekannt. Hier in Bochum gibt es jetzt zwei Büros der KPD, in dem einen sitzen allein sieben Schreibkräfte. Die KPD hat eine Reihe tüchtiger und sehr aktiver Funktionäre, von denen hier angeblich sieben freigestellt sind. Sie machen ziemlich intensive Schulungsarbeit, anscheinend im Augenblick die Arbeit, auf die sie die meisten Anstrengungen verwenden. Ich hörte jetzt, daß sie in Buer eine Schule für Gewerkschaftsfunktionäre haben, in der sie Leute zu dreiwöchigen Kursen zusammenholen. Es kommen auch Funktionäre aus Rußland hierher.

Ich lernte jetzt einen früheren Offizier der deutschen Wehrmacht kennen, etwa 25 Jahre alt, der bei Stalingrad gefangen genommen wurde, in Moskau dem Bund der deutschen Offiziere und dem Komitee Freies Deutschland angehörte, vor kurzem wiedergekommen ist (gesund und munter im Gegensatz zu den meisten anderen, die krank, elend und zerlumpt hier ankommen) und nun Sekretär der Freien Deutschen Jugend für Westfalen ist. Er heißt Franz Heine und ist aus einer strammen Nazi-Familie. Der Bezirksleiter der Partei ist ein gewisser Max Reimann, ein grauhaariger, eleganter Mann von etwa 50 Jahren, nach seinen Angaben 1939 von den Nazis in der CSR [Tschechoslowakei] geschnappt worden und seitdem im KZ in Sachsenhausen gewesen.

In den Betrieben haben die Kommunisten Betriebszellen gebildet, deren Arbeit so fühlbar geworden ist, daß die SPD sich auch entschlossen hat, ihre Mitglieder in den Betrieben zu Gruppen zusammenzuschließen in der Absicht, deren Gewerkschaftsarbeit zu aktivieren.

Die KPD hat bisher jede Gelegenheit benutzt, der SPD engste Zusammenarbeit anzubieten. Wie ich höre, hat sie in den letzten Tagen mit der Propaganda für eine Einigung nach dem Berliner Muster begonnen. Von einer Opposition innerhalb der KPD ist mir nichts bekannt.

Die Katholiken arbeiten mehr durch die Kirche als durch die Christlich-Demokratische Partei, die jetzt Christlich Demokratische Union heißt. Es gibt so gut wie keine Versammlungen. Dafür aber volle Kirchen. In der Weihnachtswacht kamen so viele Menschen zu den Metten und Uchten, daß sie nicht alle in die Kirche hineingingen und draußen stehen mußten.

¹⁵⁶ Gemeint ist die Sechziger-Konferenz von 30 SPD- und 30 KPD-Funktionären in Berlin am 20./21.12.1945, die die Vereinigung von SPD und KPD zur SED vorbereitete. Für einen Abdruck des Protokolls vgl. Gruner, Sozialdemokraten.

Im übrigen sind die Katholiken eifrig mit dem Wiederaufbau ihrer Vereine beschäftigt, vor allem mit ihren Jugendvereinen. Hier in Bochum haben sie nach ihren eigenen Angaben 6.500 Jugendliche unter 18 Jahren erfaßt, davon 4.500 Mädchen.

Die Christlich Demokratische Union hat auf einer Tagung in Godesberg ein Programm bzw. eine programmatische Entschließung angenommen, die u.a. auch die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien fordert. Der Bericht über diese Tagung in der Ruhrzeitung, übrigens ein guter Propagandaartikel, liegt bei (Nr. 51 vom 19.12.45). In Kreisen junger Katholiken besteht eine Opposition gegen die CDU, weil man fürchtet, daß katholische Belange in dieser Partei zu kurz kommen werden und ferner, daß reaktionäre Kreise bestimmenden Einfluß in der CDU haben werden. Ich kann leider nichts Genaues darüber sagen, wieweit diese Kreise von dem neugebildeten Zentrum erfaßt werden bzw. welche Kreise überhaupt das Zentrum bilden.

Von anderen sozialistischen Parteien ist nichts zu merken, außer von Angehörigen früherer Oppositionsgruppen, die sich nicht entschließen können, der SPD beizutreten, aber auch selber keine neue Partei bilden wollen. Du hast vielleicht schon davon gehört, daß die Deutsche Friedensgesellschaft mit dem Wiederaufbau begonnen hat. Die Militärregierung hat die Neubildung für die gesamte britische Zone genehmigt mit der Bemerkung, sie betrachte die DFG als unpolitische Organisation, und sie sei somit keiner Beschränkung unterworfen. Ich lege einen Aufruf und ein Exemplar der Satzung und des Programms bei¹⁵⁷, die beide sehr dürftig sind und von den Mitgliedern als völlig unzureichend betrachtet werden. Der Grund, warum Kster die DFG wieder abgemeldet hat, ist, daß er glaubt, durch sie auch in bürgerlichen Parteien Anhänger für die Ziele der DFG zu finden. „Das andere Deutschland“, die Zeitung, die Kster auch zur Genehmigung angemeldet hat, ist noch nicht zugelassen, er glaubt aber, daß sie im amerikanischen Gebiet bald herauskommen wird. Kster sagt, daß von Oeynhausen öfter Offiziere in der Angelegenheit der DFG und der Zeitung zu ihm kommen, und daß man ihn jetzt aufgefordert hat, eine Jugendzeitung für die britische Zone zu machen, die am 1. Februar herauskommen und monatlich einmal erscheinen soll. Er sucht jetzt für diese Jugendzeitung nach einem Schriftleiter und einem Bildberichterstatte.

Die Gewerkschaften werden jetzt offiziell aufgebaut. Die Militärregierung ist von den Betriebsgewerkschaften abgekommen und läßt jetzt Gewerkschaften auf Kreisbasis zu, lehnt jedoch die Zentralgewerkschaft ab und fordert zunächst den Aufbau selbständiger Gewerkschaften, die sich dann ja nachher zu einer Föderation zusammenschließen könnten. Industriegewerkschaften sind zugelassen. Willi Braumann ist vor einigen Tagen zum Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft gewählt worden. Wir haben bisher gut zusammengearbeitet und werden es wohl auch weiter tun. Die Bezirksleitung der Metallarbeitergewerkschaft soll auch nach Bochum kommen, was uns für die Zukunft gute Einflußmöglichkeiten geben wird.

Andere bürgerliche Gruppen existieren meines Wissens nicht.

Die protestantische Kirche ist aktiv in der Organisation der evangelischen Jugendgruppen, doch liegen keine Angaben über deren Stärke vor. Der Vertreter der evangelischen Kirche machte auf der letzten Sitzung des Jugendausschusses keine genauen Angaben, obwohl alle anderen dies vor ihm getan hatten. Wir haben daraus geschlossen, daß seine Zahlen viel kleiner waren als die der andern und er sie deswegen nicht genannt hat. Die protestantische Kirche hat ferner Kurse eingerichtet für Lehrer, die evangelischen Religionsunterricht geben. Sie macht die Erteilung der Lehrererlaubnis vom Besuch dieser Kurse abhängig und übt dadurch einen gewissen Druck auf die Lehrer aus, die ihrerseits diese Lehrererlaubnis gerne haben wollen, weil sonst ihre Anstellung an den christlichen Gemeinschaftsschulen in Frage

¹⁵⁷ Konnten nicht ermittelt werden.

gestellt ist. Ich weiß nicht genau, ob die katholische Kirche auch solche Kurse für ihre Lehrer macht, es wird aber angenommen, daß sie es tut.

Die Entnazifizierung macht Fortschritte. Nach der Verhaftung der leitenden Leute in der Kohlenindustrie sind nun auch eine Reihe unterer Beamter entlassen worden, Steiger, Fahrsteiger, Betriebsführer usw. Diese dürfen auf keiner Zeche mehr arbeiten und werden meist in die Bauindustrie vermittelt, eine Maßnahme, die nicht ganz verstanden wird, da die Steiger z.B. erfahrene Bergleute sind und sehr gut vor der Kohle eingesetzt werden könnten. Das wäre in Anbetracht der akuten Knappheit an geschulten Bergleuten verständlicher, als diese Leute nun in berufsfremden Gewerben arbeiten zu lassen. Die Bemühungen der Militärregierung um die Entfernung der Nazis trifft von drei Seiten auf Schwierigkeiten. Einmal sind es gewisse Offiziere der Militärregierung selber, die bestimmte Nazis unterstützen, was in den meisten Fällen allem Anschein nach mehr eine Frage persönlicher Sympathien ist, die weniger auf einer gemeinsamen politischen Überzeugung als vielmehr auf einer gleichartigen gesellschaftlichen Stellung, Herkunft, Bildung usw. beruht. Zum zweiten sind es Reaktionäre, die in ihren Stellungen verbleiben, weil sie aus irgendeinem Grunde nicht der Nazipartei beigetreten sind bzw. ihr nicht beitreten konnten (z.B. Freimaurer), und die nun nicht unter die Bestimmungen fallen. Nicht Parteimitglied gewesen zu sein, hat zwar im Falle der führenden Ruhrindustriellen nicht ausgereicht, um sie vor der Verhaftung zu schützen. So wurde z.B. der Generaldirektor Täger vom Lothringen-Konzern verhaftet, obwohl er niemals Parteimitglied war, er war allerdings ein ausgesprochener Scharfmacher und Reaktionär, und es ist deswegen von allen Arbeitern begrüßt worden, daß diese Leute trotzdem verhaftet wurden. In weniger prominenten Positionen aber sind solche Reaktionäre drinnen geblieben, in anderen steht die Auskämmung noch aus, wie z.B. bei den Berg- und Oberbergämtern. Diese Leute konspirieren nun miteinander, bei der Neubesetzung der freigewordenen Stellen Demokraten nach hinten zu schieben und Leute ihres Schlages hineinzubringen. Es kommen aus den östlichen Gebieten z.B. eine Reihe von Bergassessoren zurück, die natürlich alle einen blanken Ehrenschild haben und jetzt in die Positionen nachrücken. Die dritte Seite, von der die Schwierigkeiten kommen, sind die Arbeiter und andere Antifaschisten selber. Wir haben hier in Bochum einen Ausschuß, der die Fragebogen der leitenden Angestellten der Industrie nachprüft und der Militärregierung Vorschläge macht, welche dieser leitenden Leute aus ihren Stellungen entfernt werden sollen. Ein gleicher politischer Ausschuß bearbeitet Handwerk und Handel. Die Richtlinien für die Beurteilung sind festgelegt worden vom Regierungspräsidenten Fries in Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister und dem Kommandanten. Der Ausschuß für die Bereinigung der Industrie zieht zu seinen Beratungen die Betriebsausschüsse der in Frage kommenden Werke heran. Dabei hat sich gezeigt, daß die Betriebsausschüsse vielfach energisch für ihre Nazibetriebsleiter, Ingenieure usw. eintreten, so daß der Ausschuß ihre Entfernung nicht empfehlen kann. Dabei handelt es sich keineswegs um Nazibetriebsausschußmitglieder, sondern vielmehr um alte Gewerkschafter und Sozialisten, die sich aber mehr von der Sorge um die Fortführung des Werkes leiten lassen als von politischen Gesichtspunkten. Manchmal sind es auch persönliche Gesichtspunkte, z.B. daß ein Betriebsführer oder Meister den betreffenden Gewerkschafter in den Jahren der Nazierrschaft gedeckt und geschützt hat, so daß dieser nun aus Dankbarkeit seinerseits den Nazi deckt. Ähnlich liegen die Dinge bei den hinausgeworfenen Nazis, die nun Gesuche auf Wiedereinstellung stellen. Sie besorgen sich Zeugnisse von allen möglichen Leuten, Juden und anderen, denen gegenüber sie sich anständig benommen haben. Und da wahrscheinlich jeder Nazi sich nicht immer und allen Leuten gegenüber als ein Schwein gezeigt hat, haben sie alle tatsächlich solche Menschen, die für sie gut sagen und ihnen damit eine große Chance für die Wiedereinstellung geben. Die Schwierigkeit ist immer wieder, persönliche Gesichtspunkte von politischen zu trennen, und im Konfliktfalle gaben wie bei den meisten

Menschen persönliche Dinge den Ausschlag, zumal die Nazis meist auch hartnäckige und geschickte Menschen sind. Im Beamtenkörper liegen die Dinge ähnlich.

Grundsätzlich sind bisher von der Entnazifizierung nur die erfaßt worden, die vor dem 1.5.33 Mitglieder waren sowie diejenigen, die eine höhere Funktion zu irgendeiner Zeit bekleidet haben. Die später Eingetretenen sind durchweg noch drin und haben z.T. auch noch führende Positionen. Das trifft besonders für die Polizei zu.

Von Werwolfstätigkeit¹⁵⁸ ist hier im Bezirk noch nichts bekannt geworden.

Die politische Selbstverwaltung in den Städten und Gemeinden ist in der Bildung begriffen, in manchen sind die Stadt- bzw. Gemeinderäte benannt, in anderen steht die Ernennung bevor. Es wird nicht gewählt, die Militärregierung ernennt nach Rücksprache und auf Grund von Vorschlägen der Parteien, der Geistlichkeit und aller möglichen anderen Stellen und Persönlichkeiten. In den bisher bekannt gewordenen Fällen sind die Parteien (SPD, KPD und CDU) gemäß den Wahlergebnissen von 1929 und 1932 mit Sitzen bedacht worden, 25% der Gesamtzahl der Sitze sind von der Militärregierung aus den Ständen, freien Berufen usw. besetzt worden. Es wird damit gerechnet, daß diese Selbstverwaltungskörperschaften etwa vier Monate arbeiten werden und daß dann eine Neubesetzung auf Grund von Gemeindewahlen stattfinden wird. Sehr lebhaft diskutiert wird überall die Absicht der Militärregierung, politische und administrative Verwaltung zu trennen, die erste dem Bürgermeister und die zweite einem Stadtdirektor zu übertragen, der ein Beamter sein soll. Diese Lösung wird allgemein abgelehnt, weil sie Bürgermeister und Stadtrat ganz in die Hände des Verwaltungsbeamten geben würde. Der Bürgermeister würde jeweils nur für ein Jahr gewählt werden und würde weder Zeit noch Möglichkeit haben, wirklich gestaltungstätig zu sein, da er die Verwaltungsmaschine und ihre Möglichkeiten nicht beherrscht und in allem auf die Beratung durch den Stadtdirektor angewiesen sein würde. Ein sozial bedeutender Umstand ist, daß nur Angehörige begüterter Klassen es sich leisten könnten, Bürgermeister zu werden, denn niemand sonst kann sein Geschäft oder seinen Beruf einfach ein Jahr lang beiseite legen, um Bürgermeister zu spielen. Die örtlichen Kommandanten haben bereits eine Lösung gefunden, um den von allen Seiten kommenden Protesten gegen den Vorschlag der Militärregierung gerecht zu werden: Sie werden Bürgermeister und Stadtdirektor ernennen, aber beide Posten in einer Person vereinigen. Das soll nicht heißen, daß alle örtlichen Kommandanten diese Lösung gewählt haben, ich hörte aber von einer ganzen Reihe.

Es gibt in Bochum eine Arbeitsgemeinschaft der privaten Wohlfahrtsorganisationen, die gemeinsam zwei Kleidersammlungen (von der Militärregierung angeordnet und für Fremdarbeiter und Flüchtlinge bestimmt) und zwei Geldsammlungen durchgeführt haben. Die Arbeitsgemeinschaft betreibt ferner eine Volksküche, von der rund 250 Menschen in Bochum täglich einen Liter Suppe gegen Abgabe von Marken und 50 Pfennig bekommen. Die Arbeit der Wohlfahrt, die als Unterstützungsorganisation der SPD aufgezogen wird, läuft in Bochum wie auch in allen anderen Städten des Bezirks erst an. Eine Reihe von Ortsgruppen haben Weihnachtsfeiern veranstaltet, bei denen die Kinder beschert wurden, z.T. mit einem Pfund Spekulatius und mehr. Die Zutaten für dieses Gebäck waren von den Mitgliedern in Privathaushalten gesammelt worden (Mehl, Fett, Zucker). Spielzeuge und Kleidungsstücke gab es praktisch gar nicht. Die Unterstützung von Familien für die Arbeiterwohlfahrt besteht vorläufig in Geldspenden. Maßnahmen und Einrichtungen sind in Vorbereitung (Handwerker, die Reparaturen usw. machen, Frauen, die mit Näharbeiten u.a. helfen, Kinderbetreuung und ähnlichem).

¹⁵⁸ Vgl. hierzu oben S. 47

In Bochum wie auch in anderen Städten gibt es eine Betreuungsstelle für ehemalige KZ-Häftlinge, die theoretisch von der Stadt besonders unterstützt werden sollen. Praktisch geschieht das nicht, die Leute werden hingehalten und sind vielfach sehr verärgert. Für die Kinder der ehemaligen KZler war eine Weihnachtsfeier vom Betreuungsausschuß geplant und durchgeführt worden, aber der Oberbürgermeister hat sich außerstande gesehen, ihm dafür einen anderen Raum als eine schmutzige Baracke auf dem Gelände einer Fabrik zur Verfügung zu stellen - obwohl es im Parkhaus schöne warme Räume gibt. Eine besondere Schwierigkeit ist für den Betreuungsausschuß dadurch entstanden, daß sich jetzt herausgestellt hat, daß unter den ehemaligen KZlern eine Menge Leute sind, die keine besondere Betreuung verdienen. Es gibt einmal viele Kriminelle, die in unverschämter Weise den Ausschuß in Anspruch genommen haben. Es gibt außerdem Leute, auch Nazis, die von korrupten Mitgliedern der Polizei Ausweise bekommen haben, die sie fälschlicherweise als politisch Verfolgte ausweisen. Für diese Ausweise sind bis zu 30.000 RM gezahlt worden. Der Ausschuß der früheren KZler ist jetzt dabei, alle Inhaber von Ausweisen neu zu überprüfen, und in Zukunft sollen auch nur die politisch Verfolgten von der Betreuungsstelle betraut werden.

An Zeitungen gibt es nur die von der Militärregierung herausgegebene Ruhrzeitung im hiesigen Bezirk, die einen deutlich wahrnehmbaren katholischen Einschlag hat. In der nahen Zukunft sollen Parteizeitungen erscheinen, die für den hiesigen Bezirk zugelassene SPD-Zeitung wird in Dortmund herauskommen unter der Leitung von Walter Poller, dem früheren Redakteur der SPD-Zeitung in Hamm. Zunächst hatte es geheißsen, die Zeitung solle am 1. Januar herauskommen. Jetzt ist der 1. Februar genannt worden, wir rechnen aber damit, daß es evtl. noch März oder April wird, ehe sie erscheint.

Politische Flugblätter und Broschüren erscheinen nicht, die Militärregierung erlaubt es nicht. Wenn doch schon mal Flugblätter und Schriften herumgehen, so sind sie ohne Erlaubnis gedruckt worden. Ein Nachrichtendienst für eine linksorientierte Presse gibt es m.W. nicht.

Die Militärregierung hat keine offiziellen zivilen Ratgeber, diese Funktion erfüllen z.T. die Beamten (Bürgermeister usw.), in manchen Fällen auch die Dolmetscher. Darüber hinaus gibt es die privaten gesellschaftlichen Beziehungen der Offiziere der Militärregierung, die in allen mir bekannten Fällen ausschließlich zu Personen aus der reaktionären Schicht des Bürgertums und solchen aus dem Klerus beider Konfessionen bestehen. Wenn es sich dabei auch nicht um offizielle Ratgeberei handelt, so geben diese Kreise den Offizieren der Militärregierung doch den Hintergrund für ihre Arbeit und eine beständige und vielleicht unmerkliche Beeinflussung.

Das Verhältnis der Bevölkerung zur Besatzungsmacht läßt sich nicht in wenigen Sätzen abtun. Ganz allgemein ist jeder froh, daß wir in der englischen und nicht in der russischen Zone wohnen. Im übrigen gibt es alle Schattierungen in der Haltung der Bevölkerung, von der bedingungslosen Kollaboration bis zur feindseligen Ablehnung aus vielfach unverständlichen Gefühlen heraus, die zweifellos noch Überbleibsel aus der Zeit der Anti-England-Propaganda Goebbels' sind. Häufig sieht man Zeichen einer abstoßenden Unterwürfigkeit, häufig spricht man Leute, die voll bitterer Anklagen gegen die Militärregierung sind, weil die Nazis nicht schon überall heraus sind, und nicht selten wird ernsthaft und von Leuten, die sonst nicht dumm oder unvernünftig sind, die Meinung vertreten, wir wären auf den Status eines Kolonialvolkes heruntergekommen, und die Beamten wären nichts weiter als Befehlsempfänger und Briefträger der Militärregierung.

Transport. Für die Allgemeinheit gibt es Eisenbahn und Straßenbahnen, Autobusverkehr nur für Arbeiter, Bergleute, Eisenbahner u.a., die zu abgelegenen Gruben, Werken usw. befördert werden müssen. Die Eisenbahnen fahren fahrplanmäßig, allerdings fast nur Personenzüge. Auf der Strecke Köln-Hannover verkehrt täglich ein Eilzug in jeder Richtung, der zu-

lassungskartenpflichtig ist. Dieser Zug ist der einzige, der direkt bis Köln fährt, d.h. bis Deutz. Es gibt nur eine Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Duisburg. Wer mit Personenzügen fährt, hat es nicht einfach, nach Köln zu kommen. Man muß einen ganzen Tag rechnen. Der Eilzug dagegen braucht nur 2 1/2 Stunden von Bochum nach Köln (100 km). Bisher bekam man in Bochum ohne weiteres eine Zulassungskarte, weil der Zug nie voll besetzt war. Man kommt sich übrigens vor wie im Frieden, wenn man in diesem Zug sitzt: Er hat Fenster, ist geheizt, die Toiletten sind sauber, die Gepäcknetze nicht zerrissen und - es gibt genügend Sitzplätze. Die Personenzüge bestehen vielfach aus Kolliwagen oder Wagen ohne Bänke. Der Verkehr auf den Bahnen ist sicher und pünktlich, Überfälle auf Züge wie in der russischen Zone gibt es nicht. Die einzigen Unannehmlichkeiten auf der Reise sind Überfüllung und die fehlenden Fenster. Für weitere Strecken braucht man Zulassungskarten, die an den Fahrkartenschaltern gegen eine Bescheinigung von der Industrie- und Handelskammer oder einer Behörde ausgegeben werden. Dabei ist weniger die Länge der Reise ausschlaggebend dafür, ob man eine Zulassungskarte braucht, - es sind einfach bestimmte Züge grundsätzlich nur mit Zulassungskarten zu benutzen, wie z.B. alle Züge von hier nach Hannover. Kurz vor Abfahrt der Züge (etwa eine Stunde) werden Zulassungskarten auch an Leute ohne Bescheinigung ausgegeben, wenn noch welche da sind. In den letzten Wochen sind besondere Beschränkungen des Zugverkehrs angeordnet worden. Im Reichsbahndirektionsbezirk Wuppertal fahren an Sonntagen überhaupt keine Züge, im Reichsbahndirektionsbezirk Essen auf manchen Strecken auch keine, auf anderen fallen eine Reihe Züge aus. Dieser Umstand macht das Reisen an Sonntagen zu einem schwierigen Problem.

Wohnungsverhältnisse. Die Bewirtschaftung der Wohnungen liegt in den Händen des Wohnungsamtes, das die Macht hat, Leute in Wohnungen oder einzelne Zimmern einzuweisen. In der Vergangenheit ist diese Macht zum Nutzen der Nazis benutzt worden, da es beim Wohnungsamt noch eine Reihe Nazis gab. Jetzt ist in Bochum eine Aktion angelaufen, die noch freien Wohnraum erfassen soll. Beamte des Wohnungsamtes gehen durch sämtliche Wohnungen in Begleitung von Vertretern der politischen Parteien, stellen fest, wieviel Wohnraum zur Verfügung steht und treffen Anordnungen über die Verwendung des überschüssigen Wohnraums. Als Norm werden dabei 1 1/2 Personen pro Wohnraum gesetzt. Es besteht außerdem eine politische Wohnungskommission beim Wohnungsamt, paritätisch zusammengesetzt, welche die Arbeit des Wohnungsamtes überwacht. Keiner nimmt natürlich gern Leute auf, die ihm vom Wohnungsamt in die Wohnung eingewiesen werden. Andererseits sind aber viele Wohnungen sehr stark belegt, weil Verwandte, die vom Lande oder aus der russischen Zone zurückkehren, selbstverständlich zunächst von ihren Angehörigen untergebracht werden. Es gibt Baracken als Notwohnungen, in Bochum außerdem noch einen Bunker. Sehr viele Baracken stehen leer, weil sie sich nicht desinfizieren lassen. Das Ungeziefer kriecht in die Glaswolle, die als Isolierschicht zwischen der inneren und äußeren Bretterwand steckt, und hat dort bisher jedem Vergiftungsversuch siegreich getrotzt. Für Wohnzwecke sind so gut wie keine freigegeben.

Jupp Kappius aus Bochum an Willi Eichler, 10.1.1946

ISK Box 65
maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Dem Bericht vom 2.¹⁵⁹ möchte ich noch einiges über KPD und Katholiken anfügen:

Die KPD befindet sich augenblicklich auf einem tiefen Stand. Es waren in den letzten Wochen zwei öffentliche Versammlungen in unserer Nähe, eine in Stiepel und eine in Weimar. In Stiepel, wo die SPD 175 Mitglieder hat, waren 17 Personen in der öffentlichen Versammlung der KPD, wovon drei aus Stiepel waren. In Weimar waren es nur vier Personen, der Referent ist wieder weggegangen, und die vier haben dann Skat gespielt. Im Parkhaus war eine Funktionärkonferenz des Unterbezirks angesetzt, zu der nur Delegierte aus Essen erschienen, die aus den übrigen Orten kamen nicht, so daß die Konferenz schließlich nach einstündigem Warten mit 30 Teilnehmern eröffnet wurde. Ähnliche Berichte höre ich von anderer Seite. Sicher scheint zu sein, daß die KPD im Augenblick einen Tiefstand durchmacht, der nicht zuletzt auf den Zustand der aus Rußland zurückkehrenden Kriegsgefangenen zurückzuführen ist. Man hört oft Leute darüber reden. Auch das Elend der aus den russisch besetzten Gebieten herüberkommenden Flüchtlinge und deren Erzählungen von den Zuständen dort (wenn sie auch nicht alle gleichlautend sind), tragen zur Diskreditierung der KPD bei. Wahrscheinlich wird sich das aber wieder legen, wenn der Strom der Flüchtlinge und Gefangenen nachläßt. Die Menschen vergessen schnell, und dann treten womöglich die drüber durchgeführten Reformen mehr in den Vordergrund. Die intensive Schulungsarbeit, die die KPD heute macht, wird wahrscheinlich in Vorbereitung der Ausnutzung einer so gebesserten Situation gemacht.

In der CDU werden hier am Orte scharfe Kämpfe ausgetragen, und wie mir von informierter Seite versichert wurde, auch anderswo. Seltsamerweise haben sich in der CDU gerade die beiden extremen Flügel des früheren Zentrums vereinigt, die Kreise, die der Deutschen Volkspartei nahestanden und die Kreise der früheren christlichen Gewerkschaften, die ja ziemlich auf dem äußersten linken Flügel standen. Zur offenen Austragung kamen die Gegensätze gelegentlich einer Schulungswoche hier in Bochum, wo Elfes und andere linke Katholiken ihre Gedanken zum Vortrag brachten. Sie wurden sehr stark angegriffen, auch vom Klerus, und werden jetzt regelrecht verfolgt, so daß z.B. Elfes regelrecht gemütskrank ist und mit Selbstmordgedanken umhergeht. Das neugebildete Zentrum besteht im wesentlichen aus den früher zum Reichsbanner gehörenden Kreisen und den jüngeren Katholiken, die von den Windhorstbünden und den Unitasverbänden¹⁶⁰ herkommen. Im Kreise Soest ist das Zentrum die einzige katholische Partei, im Kreise Iserlohn hat sie die Mehrheit verglichen mit der CDU.

Die katholische Kirche resp. die Orden bemühen sich sehr darum, die höheren Schulen wiederzubekommen, die sie früher gehabt haben. In Lippstadt z.B. war die höhere Mädchenschule von den Nazis eingezogen worden, der betreffende Orden war abgefunden worden mit 500.000 RM. Jetzt ist erst durch das Veto des Regierungspräsidenten der Abschluß eines Vertrages verhindert worden, den der Orden mit der Stadt Lippstadt bereits vereinbart hatte und wonach der Orden die Schule zurückbekommen sollte, nachdem die Stadt die Kriegsschäden am Gebäude repariert und die Schule im Ganzen in gebrauchsfähigen Zustand versetzt hatte. Die Stadt sollte außerdem einen jährlichen Zuschuß zahlen. Die 500.000 RM blie-

¹⁵⁹ Der Bericht von Kappius an Eichler vom 2.1.1946 ist hier abgedruckt S. 303 ff.

¹⁶⁰ Vgl. hierzu oben S. 263

ben natürlich (nach dem Vertrage) im Besitz des Ordens. Wenn der Regierungspräsident nicht zufällig Fries geheißen hätte, hätte der Orden den Vertrag in der Tasche gehabt. Fries versichert, dies sei kein Einzelfall, vielmehr versuche die Kirche allenthalben, Verträge dieser Art zu machen.

Im Regierungsbezirk Arnsberg sind nur 10% aller Bürgermeister SPD-Leute.

Mit Bezug auf die neue Gemeindeordnung: In Oeynhausen war eine Konferenz von Regierungspräsidenten. Zehn waren anwesend. U.a. kam auch die Gemeindeordnung zur Sprache.¹⁶¹ Sie wurde von allen Rednern abgelehnt. Am Schluß sagte der für die Gemeinden verantwortliche Offizier, er habe die Einwände der Präsidenten zur Kenntnis genommen, aber die Militärregierung habe entschieden, daß trotzdem die Gemeindeordnung so eingeführt werde, wie sie von der Militärregierung beschlossen sei. Der Bürgermeister wird danach von der Gemeindevertretung für ein Jahr gewählt, der Posten ist ehrenamtlich, es wird nur eine Aufwandsentschädigung gezahlt, und die Leitung der Verwaltung wird in die Hände eines Stadtdirektors gelegt, der ein Beamter sein wird.

Zu der Angelegenheit Vacha¹⁶² möchte ich Dir noch folgendes mitteilen: Anscheinend liegen bei Vacha doch Schwarzhandelsgeschichten vor, die allerdings weiter zurückliegen. Auch bei der politischen Polizei sind Dinge passiert, die nicht verantwortet werden können, wie z.B. der Verkauf gefälschter KZ-Pässe an Nazi gegen horrenden Summen. Diese Dinge machen natürlich die Sache etwas delikat. Die politische Auswirkung des Falles ist so, wie ich sie Dir geschildert habe. Vacha ist ein unbedingter Nazifresser und hat entschieden und unerbittlich gegen Nazis gekämpft. So auch die politische Polizei. Das alles ist jetzt wesentlich sanfter, wo die Abteilung dem Public Safety Officer zugeteilt worden ist. Die FSS bekommt kaum noch Material gegen Nazis zur Bearbeitung, was im wesentlichen daran liegt, daß die Kriminalpolizei nicht solchen Eifer zeigt, aber auch nicht die Informationsquellen zur Verfügung hat, die die frühere politische Polizei hatte, die durchweg aus Sozialisten und Gewerkschaftern bestand. Und wenn diese frühere politische Polizei auch vielfach Fälle hereinreichte, mit denen nichts anzufangen war, so war doch auch viel brauchbares Material darunter. Heute fällt das alles weg, und die FSS wird mehr und mehr zur bloßen Beobachtungs- und Berichtsorganisation. Der korrigierende Einfluß, den der energische und zielbewußte Vacha auf die Maßnahmen des Public Safety Officers hatte, ist verschwunden. Es ist ein Unglück, daß diese politische Seite der Sache mit der anderen Geschichte verknüpft ist, denn dadurch wird es unmöglich nachzuweisen, daß die disziplinarische Aktion gegen Vacha politische Gründe hatte.

Der Public Safety Officer ist inzwischen zum Major befördert worden. Er ist jetzt Chef der Polizei nicht nur für die Stadt Bochum, sondern auch für die umliegenden Städte, - der frühere Präsidialbezirk ist wieder gebildet worden, der Bochumer Chef der Polizei hat wieder denselben Machtbereich wie der frühere Polizeipräsident. Dem Oberbürgermeister untersteht lediglich noch die Verwaltungspolizei, - Schutzpolizei und Kripo nur verwaltungsmäßig, d.h. mit Bezug auf Unterkunft, Bekleidung, Besoldung usw. Als Chef der Polizei wird vom Public Safety Officer immer noch Dockhorn geschützt, trotz der gegen ihn vorliegenden schweren Beschuldigungen.

Es wird Dich in diesem Zusammenhang noch interessieren, daß der Chef der Polizei jetzt der Oberpräsident direkt ist. Den Regierungspräsidenten untersteht nur noch Verwaltungspolizei.

¹⁶¹ Vgl. hierzu oben S. 299

¹⁶² Vgl. hierzu oben S. 286

Lieber Willi, nun möchte ich Dir noch sehr danken für das Bild des geduldigen Tieres, wir haben uns sehr gefreut darüber. Hanna und René [Bertholet] waren diese Woche hier. Es war gut, sich einmal auszusprechen.

Ich hatte eine Abschrift eines Briefes an Dich von Hellmut [Kalbitzer], in dem er wegen der kurzfristigen Absage reklamiert.¹⁶³ Die Verantwortung dafür trifft mich. Natürlich bestand die Gefahr, daß der eine oder andere es zu spät bekommen würde (Wenngleich die Post im allgemeinen jetzt schneller und sicherer ist), aber ich wollte lieber diese Verantwortung übernehmen als die Tagung evtl. ohne Dich zu machen.

Mit vielen Grüßen und guten Wünschen für Dich und alle Freunde von uns allen.

Viele Grüße

Jupp

Jupp Kappius aus Bochum an Willi Eichler, 24.1.1946

NL Eichler

ISK Korr Gru-Kap

maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Ich habe Dir schon öfter mal geschrieben über das verderbliche Hin und Her in der Wirtschaft. Hier ist ein Brief von Kettel¹⁶⁴, der weitere Einzelheiten schildert, die nicht Einzelerscheinungen sind, sondern typische. Es gibt zu viele Behörden mit überschneidenden Kompetenzen und vor allem keinen einheitlichen Plan, und der Erfolg ist, daß die Wirtschaft durcheinandergebracht wird.

Alle Aufträge werden jetzt von der Zentrale in Oeynhausen¹⁶⁵ vergeben, und zwar direkt an Herstellerfirmen. Das bringt große Verzögerungen und auch wirtschaftliche Unzuträglichkeiten mit sich. Die Idee dabei ist u.a., den Handel möglichst auszuschalten. Wenn man nur von der Voraussetzung ausgeht, daß es bei der Warenknappheit keine Schwierigkeiten macht, Käufer zu finden, - so trifft das zwar für die Verteilung von Lebensmitteln und rationierten Gebrauchsgegenständen zu, nicht aber für Industriewaren. Dort ist die Funktion des Großhandels heute eine andere: nämlich die Organisation der Zulieferungen an Herstellerfirmen, um die Produktion möglich zu machen. Der Handel resp. Großhandel spürt Quellen auf, stellt Verbindungen her, beschafft Kohlen und Rohmaterialien usw. Im ganzen eine schwierige, sehr teure, aber auch ungeheuer wichtige Aufgabe. Bei dieser Organisation aber eine Arbeit, die ihren Sinn verliert - wenn nämlich die Aufträge dann an andere Firmen gehen. Die ganze Organisationsarbeit war umsonst, die Firma, die den Auftrag bekommt, fängt von vorne an, Material zu organisieren, und der Großhändler bekommt nichts für die z.T.

¹⁶³ Konnte nicht ermittelt werden.

¹⁶⁴ Gemeint ist der Brief von Gustav Kettel an Jupp Kappius vom 22.1.1946, ISK Box 65. Der Brief ist überschrieben mit „Bergbauprojekt“.

¹⁶⁵ Vgl. hierzu oben S. 299

monatelange Arbeit, die er in das Projekt hineingesteckt hatte. Ist es ein Wunder, daß so viele Leute sich die Haare raufen? Und die Wirtschaft nicht in Gang kommt?

Viele Grüße!

Dein Jupp

Jupp Kappius aus Bochum an Willi Eichler, 25.1.1946

NL Eichler
ISK Korr Gru-Kap
maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Ein früherer Funktionär der Deutschen Friedensgesellschaft¹⁶⁶ und Mitarbeiter am Anderen Deutschland¹⁶⁷, Heinz Kraschutzki, soll jetzt in London sein. Seine Adresse weiß ich leider nicht, vielleicht kannst Du sie aber durch Deine Freunde erfahren. Nach allem, was ich hier über ihn höre, ist es sicher interessant, mit ihm Verbindung aufzunehmen. Er war in Mallorca und ist dort von den Nazis geschnappt worden.

Über die Polizei kommen die Klagen wieder von allen Seiten. Vor kurzem erst sandte ich Dir einen Bericht aus Gelsenkirchen, wo der Demokrat Kivelip zugunsten eines Nazis von seinem Posten als Leiter der Kriminalpolizei enthoben worden ist.¹⁶⁸ Nun kommt von Dortmund eine Nachricht, die noch schlimmer ist. Vor einiger Zeit sandte ich Dir einen Bericht über Gonschorowski, den damaligen Chef der Polizei, heute Chef der Schutzpolizei.¹⁶⁹ Dieser Bericht ist wahrscheinlich auch an die zuständigen englischen Behörden gegangen. Jedenfalls war ein General in Dortmund, der eine längere Unterredung mit dem dort stationierten PUBLIC SAFETY OFFICER, Captain Stansfield, hatte. Gleich nachher wurde unser Freund Willi [Kirstein] von diesem Offizier offensichtlich geschnitten. Es war dann eine Konferenz, an der die Polizeioffiziere Gonschorowski, Wünsche u.a. teilnahmen zusammen mit dem PUBLIC SAFETY OFFICER. Nach dieser Konferenz hörte Willi inoffiziell, daß er versetzt würde. Am nächsten Tag ließ der PUBLIC SAFETY OFFICER Willi rufen und erklärte ihm, Willi habe hinter seinem Rücken gearbeitet, und somit sei eine fernere Zusammenarbeit zwischen ihnen beiden nicht mehr möglich. Willi wird in eine andere Abteilung versetzt, wo er mit der Entnazifizierung nichts mehr zu tun hat, seine Abteilung wird aufgelöst.

Captain Stansfield hat seine Behauptung, Willi hätte hinter seinem Rücken gearbeitet, nicht substantiiert, wahrscheinlich nimmt er an, der Bericht über Gonschorowski stamme von Willi, was aber gar nicht der Fall ist. Willi hat im übrigen Captain Stansfield gegenüber genau gesagt, was er von der Polizei und einer Reihe ihrer leitenden Offiziere denkt und auch gefordert, daß diese Offiziere abberufen werden müßten. Aber selbst wenn Willi das Material

¹⁶⁶ Vgl. hierzu oben S. 42

¹⁶⁷ Die pazifistische Zeitschrift „Das Andere Deutschland“ erschien von 1921-1933 unter der Herausgeberschaft von Friedrich Küster. 1947 wurde sie wiederbegründet. Vgl. hierzu Donat, Friedensbewegung, S. 26-29 sowie Donat, Deutschland.

¹⁶⁸ Gemeint ist der ungezeichnete Bericht aus Gelsenkirchen vom 28.12.1945, ISK Box 63.

¹⁶⁹ Kappius nimmt hier erneut Bezug auf die „Unterlagen zur politischen Zuverlässigkeitsüberprüfung der Polizeibeamtenschaft in Dortmund“ (ISK Box 62), die er Eichler am 2.11.1945 zusandte. Vgl. hierzu oben S. 288

weitergegeben hätte - Grund genug bestand dazu - so ist doch das Verhalten des Captain Stansfield keineswegs gerechtfertigt. Die Nazioffiziere bleiben nämlich alle in der Polizei drin, und abgebaut werden die Leute, die sie verschwinden sehen möchten, m.a.W., die Polizei wird nicht von Nazis, sondern von Antinazis gesäubert.

Der Entnazifizierungsausschuß bei der Polizei in Dortmund (zu dem Willi nicht gehörte) hat seine Arbeit abgeschlossen. Etwa 100 Polizeibeamte sind entlassen worden. Die Polizeioffiziere jedoch sind alle noch im Dienst (Wünsche, Gonschorowski, Richter, Wolf, Schaer usw.), und es besteht gar kein Anlaß anzunehmen, daß sie noch herauskommen würden. Das Schlimme dabei ist gar nicht mal so sehr, daß die Nazis Arbeit behalten, sondern daß wir eine Polizei bekommen, die in keiner Beziehung zuverlässig ist für den Aufbau der Demokratie, womit ein erklärtes Ziel der Militärregierung, wenn nicht vielleicht bewußt, so doch effektiv sabotiert wird.

Hier in Bochum ist es genauso, in Essen auch, es ist, als ob sich die PUBLIC SAFETY OFFICERS verabredet hätten. Wenn ein Nazi nur eben nicht unter die Bestimmungen fällt, wird er schon gehalten, gleichgültig, ob zuverlässige, demokratische Offiziere da sind, die an ihre Stelle treten könnten. Diese sind in vielen Fällen sogar offensichtlich zurückgesetzt worden.

Die neuen, von der Dreimächtekonferenz beschlossenen Richtlinien für die Entnazifizierung¹⁷⁰ geben weitergehende Möglichkeiten der Säuberung (Abschrift liegt bei), aber die Antinazis in der Polizei rechnen schon jetzt damit, daß die PUBLIC SAFETY OFFICERS ihre Nazis doch behalten werden. (Habe ich Dir schon mal geschrieben, daß hier das Sprichwort geht: „Jeder Nazi hat seinen Engländer.“?)

Der PUBLIC SAFETY OFFICER hat jedenfalls ähnlich wie die NORTH GERMAN COAL CONTROL eine Position, die ziemlich unabhängig und mächtig ist. Military Government kann diesen Leuten nichts dazwischen reden, das kann anscheinend nur von London oder von Berlin aus geschehen. Geschehen muß aber etwas, sonst hat diese ganze Arbeit hier keinen Sinn, weder die unsere noch die der Engländer. Besonders verbitternd ist natürlicherweise die Erfahrung, daß die Antinazis für ihre Tätigkeit gemäßregelt werden, wie das im Falle Willis und seiner Kollegen der Fall ist, - für eine Tätigkeit übrigens, die durchaus auch im erklärten Sinne der Politik der Besatzungsmacht ist.

Die englische Gemeindeordnung¹⁷¹ wird doch durchgesetzt. Es wird nicht geduldet, daß örtliche Military Governments Personalunion zwischen Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor machen. Junge z.B. mußte sich jetzt entscheiden, was er machen wollte, und es wird ein neuer Oberbürgermeister gewählt nur wenige Tage nach der Ernennung Junges zu beiden Ämtern.

Hier in Bochum werden die Stadtverordneten am Montag eingeführt. Von jeder der drei Parteien sind zehn Vertreter ernannt worden und außerdem zwölf Vertreter der Stände, die aber ausnahmslos, soweit wir es jetzt beurteilen können, der CDU zugehören, so daß diese eine Mehrheit von 22 gegenüber den 20 Stimmen von SPD und KPD zusammen hat. Willi Braumann, August Bangel und ich gehören auch mit dazu (zu den Stadtverordneten, die von den Parteien gestellt werden).

Wie ich hörte (von der Regierung in Arnberg), sollen im Regierungsbezirk Arnberg 110 Werke abmontiert werden. Der Regierungspräsident hat sich einen Plan ausgedacht, wie man diese Sache sozialisieren kann, d.h. so durchführen, daß die Last der Abgabe gleichmäßig verteilt wird. Beispielsweise soll die Firma Fuchs in Meinerzhagen abmontiert werden. Diese

¹⁷⁰ Gemeint ist die Kontrollratsverordnung Nr.24 vom 12.1.1946. Für einen Abdruck vgl. Amtsblatt des Kontrollrats S. 98-115. Zu den Ausführungsbestimmungen vgl. zusammenfassend Rüther, Zusammenbruch, S. 316-318.

¹⁷¹ Vgl. hierzu oben S. 311

Fabrik ist aber der Hauptbrotgeber für diese Stadt von 8000 Einwohnern, der Abbruch würde also von schweren Folgen für die betreffende Gemeinde sein. Fries will die Abgabe nun so organisieren, daß nicht einfach irgendeine Fabrik völlig abgebrochen wird, sondern daß die Maschinen, die aus dieser Fabrik herausgeholt werden sollen, durch eine Umlage von der Gesamtindustrie aufgebracht werden. Es sollen also gleichwertige Maschinen dort herausgenommen werden, wo sie entbehrt werden können, und das von der Maßnahme betroffene Werk soll nur so weit herangezogen werden, daß es noch produktionsfähig bleibt, wenn auch eingeschränkt. Es ist nämlich vielfach so, daß Drehbänke und alle Arten anderer Werkzeugmaschinen in kleinen Fabriken des Sauerlandes während des Krieges aufgestellt worden sind, die dort in Friedenszeiten zu nichts verwandt werden können. Alle diese Maschinen könnten für die Abgabe mit herangezogen werden. Natürlich würde eine solche Art der Abgabe die genaue listenmäßige Erfassung aller vorhandenen Werkzeugmaschinen und Produktionsanlagen erfordern nach Art, Baujahr, Zustand usw., um es möglich zu machen, Maschinen und Anlagen gleichen Wertes von den verschiedensten Stellen zusammenzuholen. Das ist eine umfangreiche Papierarbeit, sie ist aber lohnend, weil sie die Eingriffe in das ohnehin stark mitgenommene Wirtschaftsgefüge erträglicher machen würde. Ob der Plan angenommen werden wird, steht noch dahin, - vielleicht könntest Du in dieser Hinsicht Anregungen in London geben.

Zum Thema „Arbeitslosigkeit“: Es gibt keine. Im Gegenteil. Die Arbeitsämter sind nicht in der Lage, die Arbeitskräfte zu vermitteln, die angefordert werden. Dem Bochumer Verein z.B. fehlen 1.500 Arbeiter (3.500 frühere Arbeiter sind noch in Kriegsgefangenschaft), Eisen- und Hüttenwerke braucht gleichfalls mehrere Hundert, ohne sie bekommen zu können. Auch aus anderen Städten sind sie nicht herbeizuschaffen. Die Werke haben bereits wieder begonnen, Frauen einzustellen. Auch Kriegsbeschädigte sind in größerer Zahl beschäftigt als gesetzlich vorgeschrieben. Früher mußten 2% der Belegschaft Kriegsbeschädigte sein, die Militärregierung hat diesen Satz auf 4% heraufgesetzt, heute sprach ich mit einem Betriebsobmann, der mir sagte, sie hätten bereits 11% Kriegsbeschädigte beschäftigt. Ob sich die Arbeitsmarktlage mit der Entlassung weiterer Kriegsgefangener bessern wird, ist nicht sicher. Der Arbeitsbedarf steigt mit wachsender Beschäftigung der Werke. Halbfell ist jedenfalls der Meinung, daß wir in Zukunft in viel größerem Maße als früher Frauen werden in den Fabriken beschäftigen müssen.

Schulen:

Während in den Landgemeinden die meisten Volksschulen wieder voll laufen, sind in den Städten noch nicht alle Kinder bis zu zehn Jahren eingeschult, ganz zu schweigen von den älteren. Es fehlt an Schulgebäuden, an Material (Glas usw.) für die Instandsetzung der Beschädigten, es fehlt auch an Lehrern. Manche Schulen arbeiten unter schweren Bedingungen, es ist nicht selten, daß die Kinder die Kohlen mitbringen, die zur Heizung der Räume gebraucht werden.

Die höheren Schulen sind inzwischen auch in Gang gekommen, aber sehr beschränkt. Eignermaßen vollen Unterricht haben nur die Abiturientenklassen, und auch diese z.T. unter Umständen, die nur schwer vorstellbar sind. Erika Wettig z.B. hat jeden Tag zwei Stunden Schule, die ohne Pause durchgemacht werden. Sie haben weder Heizung noch Fenster im Schulraum, sitzen in Decken gehüllt ihre zwei Stunden mit steifen Fingern und machen die Hauptarbeit zu Hause. Die anderen Klassen haben nur 8-9 Wochenstunden, wobei jede Stunde nur 35 Minuten hat. Immerhin sind die Kinder froh, daß sie erst einmal wieder zur Schule gehen können.

Uns allen geht es gut. Wir sind dabei, für Deine Wohnung in Köln Möbel zu organisieren und werden wahrscheinlich auch einige Schreibtische bekommen. Bettzeug (Wäsche, Dek-

ken etc.) werdet Ihr Euch ja wohl selber mitbringen, es ist jedenfalls empfehlenswert, soweit wir es hier beurteilen können.

Dein Aufsatz über die Kirchenpolitik¹⁷² findet guten Anklang. Wir haben 200 Abzüge gemacht und unter den Funktionären hier im Bezirk verbreitet.

In der Frage der Einheitspartei haben wir uns von der KPD in eine ungünstige Situation drängen lassen: Wir werden als die Saboteure der Einheit hingestellt, und die in Hannover gefaßte Resolution bietet Handhaben dazu, ganz besonders der Absatz, der der KPD die Al-leinschuld an der Spaltung und am Siege der Nazis zuschiebt.¹⁷³

Viele Grüße, Willi, von uns allen.

Dein Jupp

Jupp Kappius an Willi Eichler, 26.1.1946

NL Eichler
ISK Korr Gru-Kap
maschinschriftlich

Lieber Willi!

Ich habe Dir heute einige Sachen mitgeschickt, zu denen ich aus Zeitmangel keinen Kommentar machen konnte. Das will ich nun noch nachholen.

Die Directive for German Vetting Committees¹⁷⁴, die jetzt die Grundlage für die Beurteilung durch die Entnazifizierungskomitees bilden, enthalten einige weitergehende Bestimmungen verglichen mit den bisher geltenden. Von SS und SA werden mehr erfaßt als bisher, ferner die Hitlerjugend und BdM, dann Wirtschaftsführer, auch wenn sie gar keine Pgs waren, die Leiter der Nazi-Wirtschaftsorganisationen, dann die Führer von Werkscharen sowie Betriebsobleute, außerdem gibt die im Anhang B zusammengestellte Liste Handhaben gegen richtige Nazis, die sonst nicht erfaßt werden konnten.

Die Tagung in Detmold, über die Dir eine Abschrift der Resolution vorliegt, war dem Versuch gewidmet, evangelische Kirchenkreise zu engerer Mitarbeit am Aufbau einer sozialen Demokratie zu gewinnen.¹⁷⁵ Fries war auch da, Du weißt, er ist religiöser Sozialist. Er hat außerdem in Wittgenstein eine Rede vor 80 evangelischen Pfarrern gehalten, denen er ihre Geschichte vorgehalten hat und die er versuchte für eine Mitarbeit in Zukunft auf der Seite der Bedrückten zu gewinnen.

Der Bericht über die Zustände in der russischen Zone¹⁷⁶ ist zwar schon alt, aber doch noch wichtig und interessant genug, daß ich ihn Dir mitschickte. Es kommen noch spätere

¹⁷² Gemeint ist möglicherweise der im Februar 1946 in der Zeitschrift „Neues Deutschland“ (Sondernummer) erschienene Aufsatz Eichlers „Kirche und Politik“. Vgl. hierzu Lemke-Müller, Sozialismus S. 234.

¹⁷³ Kappius bezieht sich auf die Entschließung der Konferenz der SPD in der BBZ vom 3./4.1.1946: „Die Einheit der Arbeiterklasse und die Sozialdemokratie“. Für einen Abdruck vgl. Albrecht, Schumacher S. 327-329.

¹⁷⁴ Vgl. hierzu oben S. 314

¹⁷⁵ Gemeint ist die kulturpolitische Tagung der Kultusminister der Länder, der Oberpräsidenten und Regierungen der BBZ im Detmolder Diakonissenhaus im Januar 1946. Es nahmen 45 Vertreter aus der Politik und 25 kirchliche Delegierte teil. Für einen Abdruck des Tagungsberichtes vgl. Hammelsbeck, Verantwortung S. 11ff. Zur Detmolder Tagung vgl. auch Möller, Kirche S. 142.

¹⁷⁶ Konnte nicht ermittelt werden.

hinterher, und da sie an diesen anschließen, ist es auch darum interessant. Keil ist ein Oberingenieur einer hiesigen Firma, die Bergwerktagesanlagen herstellt, er steht unserer Bewegung nahe und ist im übrigen ein aufrichtiger und objektiver Mensch.

Die Verordnung von NORTH GERMAN COAL betreffend Beschränkungen der Rechte der Betriebsausschüsse ist von größter Bedeutung.¹⁷⁷ Sie kommt hinzu zu den sonstigen Methoden der Behandlung der Bergleute durch die Offiziere der NGCC, die an die schlimmsten Scharfmacherzeiten erinnert („Die Bergleute sind faul, sie wollen nicht arbeiten!“). Diese Äußerung hat z.B. der Captain Sirugue vom 5th RCD (Ruhr Coal District) schon mehrfach öffentlich vor den versammelten Betriebsausschüssen gemacht. Die Betriebsführer fühlen sich bereits wieder als Herren der Lage und behandeln die Betriebsausschüsse entsprechend. Wie die Stimmung der Bergleute ist, kannst Du dir vorstellen. Das Schlimmste ist, daß die Gruben von der Militärregierung übernommen sind, daß also der Arbeitgeber jetzt die englische Regierung ist und die Kumpels sich von der englischen Regierung so behandelt fühlen. Man hört bereits des öfteren Äußerungen wie: „Für die Tommies arbeite ich nicht mehr“, und die Nazis schlachten natürlich die Ungeschicklichkeiten der reaktionären Control-Offiziere nationalistisch aus (wie aus der eben angeführten Äußerung hervorgeht), was ihnen nicht allzu schwer fällt bei der nationalistischen Verseuchung auch der Kumpels. Wenn diese Politik weitergemacht wird, dann muß mit ernststen Schwierigkeiten im Ruhrkohlenbergbau gerechnet werden. Dies ist keine Schwarzmalerei.

Das Protokoll eines Vortrages von Landrat Schmidt in Essen über den Aufbau und Aufgaben der Polizei ist interessant, weil er die Absichten der Engländer beim Aufbau der neuen Polizei gut und unvoreingenommen wiedergibt.¹⁷⁸ Nur kommt eben nach unserem Eindruck die Entnazifizierung und Entmilitarisierung zu kurz, jedenfalls so wie sie heute gehandhabt wird. Ich schrieb Dir in einem besonderen Brief gerade über diese Dinge.¹⁷⁹

Viele Grüße!
Dein Jupp

Jupp Kappius aus Bochum an Willi Eichler, 12.2.1946

NL Eichler
ISK Korr Gru-Kap
handschriftlich

Lieber Willi!

Ich hätte Dir schon eher geschrieben, hätte ich nicht damit gerechnet, daß Du gestern hierher kommen würdest. Wegen Sonntag:

Die Sache ist etwas anders verlaufen, als ich gedacht hatte. 1. gab es 2 1/2 Stunden lang Berichte (gegen die Verabredung, es sollten höchstens 1 1/2 Stunden sein), dann wurde die Opposition abgewürgt durch Versammlungsbeschluß: Von jeder Ortsgruppe (33 insgesamt) nur Diskussionsredner, Redezeit fünf Minuten, lange Geschäftsordnungsdebatten usw.

¹⁷⁷ Zur Frage der Mitbestimmung in der BBZ bis zum Kontrollratsgesetz Nr.22 (Betriebsrätegesetz) vom 10.4.1946 vgl. Müller, Mitbestimmung S. 86-94.

¹⁷⁸ Gemeint ist die Abschrift eines Vortrages von Landrat Dr. Schmidt, Polizeidezernent beim Düsseldorfer Regierungspräsidenten, im Essener Rathaus am 6.11.1945 über „aktuelle Organisationsfragen der Polizei“. ISK Box 62.

¹⁷⁹ Gemeint ist der Bericht von Kappius an Eichler vom 25.1.1946, hier abgedruckt S. 313 ff.

Kürzte die Zeit noch mehr. Dann hatte der Vorstand in den Berichten schäbige Angriffe versteckt eingebaut, gegen die wir uns - natürlich - wehren mußten und wodurch unsere Redezeit zum großen Teil verbraucht wurde. Kurz: Der alte 1. Vorsitzende¹⁸⁰ wurde wiedergewählt, zum 2. wurde ich gewählt. Ich habe angenommen, obwohl ich Sorgen habe in bezug auf das, was ich dort leisten kann und in bezug auf die Verantwortung, die ich mit übernehmen muß für Dinge, die ich nicht entscheiden konnte. Trotzdem will ich es versuchen, ob eine Einflußnahme im engeren Vorstand möglich ist. Wenn nicht und wenn die Methoden nicht andere werden, dann mache ich eines Tages Schluß.

Über Politik ist natürlich nicht gesprochen worden. Keine Zeit. Der organisatorische Kram hat alles verschlungen.

Am meisten bedrückt hat mich die Erfahrung, wie die Menschen sich dúpieren und von Demagogen bewegen lassen. Wir wurden sehr an die „Narrenbühne“ erinnert. Die Jugendlichen hatten einen verheerenden Eindruck, - allerdings war der junge und fortschrittliche Teil der Versammlung auf unserer Seite, ein Umstand, der Hoffnungen für künftige Entwicklungen läßt. Ich will versuchen, die gesamte Bildungsarbeit verantwortlich in die Hand zu bekommen.

Das Stimmenverhältnis:

1. Vorsitzender: 271 Stimmen insgesamt

205 für den alten Vorsitzenden

64 für mich

2. Vorsitzender: 269 Stimmen insgesamt

124 für den alten 2. Vorsitzenden

143 für mich.

Du wirst ja sicher bald hier vorbeikommen. Dann erzähle ich Dir mehr.

Viele Grüße

Dein Jupp

Jupp Kappius aus Bochum an Willi Eichler, 15.5.1946

NL Eichler

ISK Korr Gru-Kap

maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Anliegend übersende ich Dir eine Zeitungsnummer der kommunistischen Zeitung dieses Gebietes.¹⁸¹ Sie findet in der Bevölkerung guten Anklang und wird in den Betrieben viel diskutiert. „Wir stellen zur Diskussion“ wird bereitwillig aufgegriffen, und es ist gerade der Punkt 4, der allseitig Anstoß erregt. Punkt 1 bringt die alten Sozialdemokraten auf die Palme. - Im lokalen Teil sind es diese Artikel wie „Gerichtsurteil wider den demokratischen Teil“, in der vorhergehenden Nummer ein Artikel „Hier spricht Hannover I und II“, die Interesse finden und Beifall. (Hannover I und II ist eine Grube, auf der noch ein Nazi Betriebsführer ist, nämlich Bergassessor Lange).

¹⁸⁰ Gemeint ist Karl Hölkeskamp, vor 1933 Beigeordneter und nach 1945 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bochum. Vgl. Pietsch, Militärregierung S. 348f.

¹⁸¹ Gemeint ist das „Westdeutsche Volksecho“.

Die Schumacherrede auf dem Parteitag wird viel besprochen und gelobt, und zwar in den verschiedensten Bevölkerungskreisen, von Bürgerlichen und Intellektuellen sowohl wie von ziemlich linksradikalen Bergarbeitern.¹⁸² Wenn man dann nachgräbt, welche Punkte der Rede diesen Beifall finden, dann findet man überall den gleichen: die scharfe Sprache gegen die Alliierten - nicht nur die gegen Rußland, sondern auch die gegen die anderen Besatzungsmächte. Mit dieser scharfen Sprache ist Schumacher einem „tiefgekühlten“ Bedürfnis entgegengekommen. Gerade jetzt ist der Kurs gegen die Tommies besonders lebhaft. Kaum ein Mensch findet ein gutes Wort für sie, und Dein Artikel war sicherlich „zeitgemäß“. Am meisten wird die Ernährungslage diskutiert. Kaum ein Mensch glaubt an die Welternährungskrise. „Alles Schwindel“ sagt man und zitiert La Guardia. Außerdem ist das Gerücht sehr dicht, es gingen sehr viele Lebensmittel, vor allem Kartoffeln, ins europäische Ausland, nach Frankreich, Belgien, Holland und Dänemark. „Ein Eisenbahnpolizist hat von einem Lokführer die Versicherung bekommen, er habe in den letzten Wochen 40 Züge Kartoffeln nach Holland gebracht.“ Diese Gerüchte erhalten Nahrung durch Radiomeldungen wie die, daß einige Leute wegen Kartoffeldiebstahls aus Waggonen zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Daß nichts nach England geht, wird jetzt geglaubt, aber „dafür geht alles nach den anderen Ländern, und wir müssen hungern“. Alarmierend wirkt die Tatsache, daß Leute aus dem Rheinland (Essen und Bottrop z.B.) nach hier kommen, um Brot zu kaufen, und daß dort lange Schlangen vor den Brotläden stehen.

Über die Plakate „Sind Ihnen folgende Tatsachen bekannt“ lachen die Leute höhnisch. „Alles Propaganda, die wollen uns nur nichts geben“. Das „nationale Ehrgefühl“ ist leicht verletzt. So haben die Rundfunksendungen über Hindenburg viel Unwillen und Ablehnung erfahren. „Jetzt wollen sie auch noch den alten, treuen, ehrlichen Kerl schlecht machen.“

All dies läßt es nicht verwunderlich erscheinen, daß Schumachers Rede solchen Anklang gefunden hat. Und die Kommunisten haben einen guten Punkt gegen ihn aufgegriffen mit ihrem Zitat Nr.4. Wir konnten es ja auch in Hannover deutlich merken, wie stark der Nationalismus ist. In diesem Punkte war der Parteitag sicherlich das getreue Spiegelbild der öffentlichen Meinung in Deutschland.

Bezüglich der Kurse: Wir würden gern mit einem Kurs mit Grete Hermann über ihre Broschüre beginnen, entweder am 2. oder am 16. Juni, beginnend am Samstagabend mit drei Stunden, fortgesetzt am Sonntag mit je drei Stunden vormittags und nachmittags.¹⁸³ Da könnte man schon allerlei schaffen. Der Kurs würde gut vorbereitet werden durch Lesen und Vorbesprechen der Broschüre und eventuell Einigung auf eine Frage. Wir wollen dazu 12-14 Leute einladen, alle unter oder um 30 Jahre. Ort: Unsere Wohnung mit Verpflegung.

Als zweiten Kurs schlagen wir vor, vier Wochen nach dem ersten mit den gleichen Teilnehmern und der gleichen Zeiteinteilung über „sozialistische Wirtschaftspolitik“ zu sprechen. Im August dann einen dritten Kurs über „Politische Organisation“. Vielleicht ist es noch besser, den zweiten Kurs als dritten zu nehmen. Der Plan wäre dann folgender:

- 1./2. oder 15./16. Juni:
Politik und Ethik (Grete [Hermann])
- 29./30. Juni oder 13./14. Juli:
Politische Organisation (Willi [Eichler])
- 27./28. Juli oder 10./11. August:
Sozialistische Wirtschaftspolitik (Werner [Hansen])

¹⁸² Gemeint ist der 1. Nachkriegsparteitag der SPD in Hannover vom 9. - 11.5.1946. Für einen Abdruck des Hauptreferates von Kurt Schumacher „Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie“ vom 9.5. vgl. Albrecht, Schumacher S. 387-418.

¹⁸³ Vgl. hierzu oben S. 200

Die Deutsche Friedensgesellschaft¹⁸⁴ hat mir angetragen, hauptamtlich für sie zu arbeiten, und zwar zunächst mehrere Monate hindurch Schulungskurse für die Funktionäre (vier bis sechs Wochenkurse) durchzuführen in der englischen, amerikanischen und französischen Zone. Ich habe abgelehnt, weil Parteiarbeit wichtiger.

Beiliegend gebe ich Dir eine Arbeit zu von einem Dr. Cornelius¹⁸⁵, die Dich vielleicht interessiert. Dr. Cornelius ist kaufmännischer Direktor bei der Dortmunder Stahlbaufirma H.C. Jucho. Er ist Katholik, Antinazi (war in keiner Naziorganisation) und ehrlich gewillt, am Wiederaufbau mitzuwirken. Er ist allerdings ein großer Streber, ehrgeizig und auf sich bedacht und darum mit etwas Vorsicht zu genießen. Seine Wohnung ist: Witten-Annen, August Bebel Str. 59.

Herzliche Grüße
Dein Jupp

Jupp Kappius aus Bochum, 8.6.1946

NL Eichler,
ISK Korr Gru-Kap
maschinenschriftlich

Wirtschaftlicher Aufschwung:

Der äußere Eindruck im Ruhrgebiet ist der einer großen Stagnation. Wenn man an das Ruhrgebiet heranfährt oder einen Teil überblicken kann von höhergelegenen Stellen, dann sieht man die meisten Kamine rauchlos dastehen. Nur ganz vereinzelt qualmt mal einer. Die Zechen arbeiten, ferner Zubringerwerke für Grubenmaterial, Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser, Elektrizität) und Lebensmittel und andere notwendige Warenproduktion für den dringendsten Bedarf. Alles andere, Stahlwerke und Gießereien, mechanische Werkstätten, Maschinenfabriken sind zwar mit einer Belegschaft besetzt, arbeiten aber nur sehr beschränkt. Das Gleiche trifft zu für die weiter im Hinterlande liegende Kleineisenindustrie, Draht- und Blechwerke usw.

Die Warenversorgung ist sehr mäßig. Zwar sind viele Geschäfte bereits wieder geöffnet, und man kann Kleinigkeiten kaufen wie Türbeschläge, Schrauben, Riegel usw. Es gibt auch Eimer, Töpfe und Pfannen auf Bezugsscheine (sehr wenig allerdings), auch Herde und Möbel auf die gleiche Weise und in gleichem Umfang. Textilien und Schuhe (diese sind am nötigsten!) gibt es fast gar nicht. An die Bergleute kommen schon mal Anzüge, Mäntel und Wäsche zur Verteilung (auch Arbeitszeug und Schuhe), die Bergleute bekommen auch Fahrräder, Eßgeschirre und andere Sachen, andere Leute haben es jedoch sehr viel schwerer. Es laufen Leute umher, die seit Monaten Kleiderbezugsscheine haben und dringend welche brauchen. Neuerdings werden Bezugsscheine erst auf Bezugsnachweis hin ausgegeben. In den Textilgeschäften gibt es ein wenig Band und ähnliche Dinge zu kaufen, sonst nichts. Man sagt allerdings, daß bereits mit der Bildung von kleinen Lagern begonnen werde (bei den Kleinhandelsgeschäften), offiziell ist jedoch darüber nichts gesagt worden.

¹⁸⁴ Vgl. hierzu oben S. 42

¹⁸⁵ Konnte nicht ermittelt werden.

Im schwarzen Markt (siehe Anlage¹⁸⁶) ist allerdings wesentlich mehr zu bekommen, und zwar sowohl auf dem mit Geld und hohen Preisen betriebenen als auch im Tauschgeschäft. Dieser ist weit umfangreicher noch als der andere. Wenn man tauschfähige Ware hat, ist einfach alles zu kriegen, von Möbeln und Herden (Gas-, Elektro- oder Kohle) bis zu Schuhriemen und Hosenträgern. Übrigens auch Lebensmittel.

Freilich können Arbeiter nicht auf dem schwarzen Markt kaufen. Sie verdienen zu wenig. Höchstens zu Pfingsten riskiert mal einer 50 oder 100 Mark für Zigaretten. Man sieht aber schon mal Leute einzelne Sachen verkaufen wie Wäschestücke, Ringe usw., um dafür Nahrungsmittel und anderes einzukaufen.

Der Lebensmittelstandard ist wesentlich niedriger als während des Krieges. Die Rationen sind so, daß viele Menschen hungern. In Dortmund haben wir auf zehn Geburten etwa 100 Todesfälle. Von Krankenhäusern hört man, daß viele der eingelieferten Kranken zu schwach sind, um Operationen aushalten zu können, selbst Injektionen von Blutzucker können vielfach nicht verhindern, daß Menschen während der Operation sterben. Die Älteren (über 25) haben Gewichtsverluste bis zu 60 Pfund erlitten. Am besten geht es den Kindern, am schlechtesten den Jugendlichen zwischen 14 und 20, die ganz einfach nicht genug bekommen können.

Auch die Versorgung mit Gebrauchsartikeln ist unzureichend. Man merkt es in den überfüllten Straßenbahnen, daß die Leute sich selbst und ihre Kleider nicht mehr richtig säubern können. Trotz der niedrigen Löhne und der hohen Steuern ist es noch so, daß die Arbeiter nicht ihren vollen Lohn ausgeben können, weil es nicht genug zu kaufen gibt. Allerdings gibt es manche, die bereits jetzt die Grenze ihrer Kaufkraft erreicht haben und überlegen, ob sie mit der Straßenbahn fahren oder laufen sollten. Ganz allgemein ist es aber richtig zu sagen, daß der Lebensstandard nicht von Löhnen und Preisen, sondern von der Versorgung bestimmt wird, - mit Ausnahme der Rentner, deren Bezüge so gekürzt sind, daß sie nicht damit auskommen können.

Dabei gibt es in Westfalen **amtlich** so gut wie keine Arbeitslosigkeit. Die Zahl der offenen Stellen ist höher als die der Arbeitslosen und über viermal so hoch wie die Zahl der voll einsatzfähigen Arbeitslosen. (Siehe Anlage¹⁸⁷)

Praktisch gibt es weit mehr Arbeitslose, d.h. Leute, die keiner festen Arbeit nachgehen, ohne vom Arbeitsamt erfaßt zu sein. Von diesen gibt es zwei Gruppen: 1. solche, die sich gar nicht melden und auch keine Lebensmittelkarten holen, 2. solche, die gemeldet sind, aber nur eine Scheinarbeitsstelle haben, die sie auf Grund von Gefälligkeitsbescheinigungen befreundeter Unternehmer vortäuschen. Alle diese leben vom bzw. durch den schwarzen Markt. Die Zahl derer, die ohne Lebensmittelkarten leben, geht in die Tausende in jeder Großstadt.

Dazu müßte man als Arbeitslose alle selbständigen Kaufleute rechnen, die nicht viel zu tun haben, von dem bißchen jedoch leben, und zwar gut. Alle Metzger gehören dazu und alle Tabakwarenhändler, außerdem aber auch alle Textil- und Metallwarenhändler.

Jedenfalls ist es außerordentlich schwierig, dringend notwendige Arbeitskräfte zu bekommen. So kann z.B. die Entrümmerungsaktion in Bochum, für die noch etwa 100 Leute gebraucht werden, wegen Mangel an Arbeitskräften nicht voll anlaufen. Diejenigen, die arbeiten, sind häufig unterwegs, um Lebensmittel zu besorgen, und kommen dann nicht zur Arbeit. Bis zu 25% der Belegschaften sind ständig abwesend, entschuldigt oder unentschuldigt. Eine Änderung wird auf dem Arbeitsmarkt erst eintreten, wenn

1. das Lebenshaltungsgefälle wieder von der Stadt zum Land geht,

¹⁸⁶ Konnte nicht ermittelt werden.

¹⁸⁷ Konnte nicht ermittelt werden.

2. die Warenversorgung besser wird.

Bis dahin werden nicht nur Handwerker (Maurer, Schreiner, Anstreicher, Schuhmacher u.a.) vornehmlich auf dem Lande arbeiten, es werden auch viele Fabrikarbeiter auf dem Lande umherwandern, um Nahrungsmittel zu kaufen.

Diese Situation schließt nicht aus, daß auch die Bauern es schwierig finden, ständige und beständige Arbeitskräfte zu finden. Junge Leute, die heiraten wollen, gehen in die Fabriken, weil sie dort mehr verdienen, - d.h. soweit sie einen Rückhalt auf dem Lande haben, der ihre Ernährung sicherstellt. Und die Handwerker und Arbeiter, die das Land bevölkern, wollen zwar für die Bauern arbeiten, - aber nicht als Knechte oder Mägde.

Der ehrliche Bauer hat es seinerseits schwer, ehrlich zu bleiben. Gegen Bezugsscheine und Geld kann auch er nichts bekommen. Jeder Lieferant will Kompensationsgeschäfte machen, wenigstens für einen Teil der Lieferung. Und dann braucht der Bauer auch keinen Bezugsschein - ein Schinken ersetzt den jederzeit.

Es gibt gute Vorschläge, diesen Zustand zu beenden oder doch erheblich abzuschwächen. Worauf es ankommt, ist:

1. das Gefälle umzukehren.

Das kann geschehen durch:

1. unterschiedliche Rationierung der Normalverbraucher auf dem Lande und in der Stadt (die Erfahrung zeigt, daß **alle** Leute, die auf dem Lande wohnen, mehr zu essen haben als die städtischen Arbeiter trotz der gleichen Rationen.),

2. eine bessere Erfassung der tatsächlich vorhandenen Lebensmittel durch die öffentliche Verteilung.

Zu 2: Die Ablieferungsquoten sind viel niedriger als die wirklichen Produktionsziffern. (Nur so ist es zu erklären, daß Hamsterer immer noch Lebensmittel von den Bauern bekommen können.) Das Ablieferungssoll könnte also erst einmal erhöht werden. Dann gibt es die Möglichkeit, die über das Ablieferungssoll hinaus vorhandenen Lebensmittel in die öffentlichen Verteilungskanäle abzuführen durch eine straffe Organisation landwirtschaftlicher Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften, in denen der Bauer gegen Ablieferung zusätzlicher Mengen Korn, Kartoffeln usw., die Geräte und anderen Dinge beziehen kann, die er braucht, - über sein Bezugsscheinkontingent hinaus. Auf diese Weise hat der tüchtige Bauer, der höhere Erträge erzielt als andere, die Möglichkeit, auch dafür etwas zu bekommen, ohne daß er Lebensmittel auf den schwarzen Markt liefert.

Eine bessere Warenversorgung würde durch solche Genossenschaften, die ihrerseits wieder mit städtischen Genossenschaften arbeiten könnten, schon dadurch gesichert, daß die Waren, die heute bereits erzeugt werden, tatsächlich auf dem Markt erscheinen und nicht dem zufließen, der zufällig was zu tauschen hat.

Die Gewerkschaften könnten dabei auch beteiligt werden. Dann würde auch der Zustand aufhören, daß die Betriebsausschüsse der einzelnen Werke mit Lastautos aufs Land fahren und einen Teil der Produktion gegen Lebensmittel verschachern - zur Aufbesserung der Werksküchen. Auf diese Weise werden Kohlen, Ammoniak, Herde, Möbel und alles mögliche andere unter Duldung der zuständigen Offiziere verschoben und kommen dann nur denen zugute, die zufällig solche Waren produzieren, an denen die Bauern ein Interesse haben. (Daß dabei für Beteiligte immer noch was extra abfällt, ist selbstverständlich.) Würden die Gewerkschaften sich einschalten, dann könnten die Konsumgenossenschaften in viel größerem Umfang als heute in Auffang und Verteilung der Lebensmittel eingeschaltet werden, auch der Tabakwaren (!), womit nicht nur viele Arbeitskräfte frei werden, sondern auch ein schwunghafter Tauschhandel stark abgebremst würde.

Die Gewerkschaften sind noch hauptsächlich mit dem Aufbau der eigenen Organisation beschäftigt. Der Lohn- und Preisstop in Verbindung mit der mangelnden Produktion lassen

den Gewerkschaften nicht viel Raum zur Betätigung. Innerhalb der Gewerkschaften gehen die Auseinandersetzungen einmal um Industrie- oder Berufsverbände. Besonders stark ist der Spalt unter den Angestellten. Im Bochumer Bezirk sind die Angestellten in ihren jeweiligen Industrieverbänden organisiert, auch die öffentlichen im Verband der öffentlichen Betriebe. In Dortmund und Buer dagegen hat sich eine Angestelltenorganisation gebildet, die offenbar über den Bezirk hinausgeht (in Hamburg fand kürzlich eine Tagung statt¹⁸⁸).

Zum zweiten geht der Kampf in den Gewerkschaften zwischen KP und SP um die Führung. Hier im Bezirk hat sich die KP nur in der Gruppe Bergbau stark durchsetzen können und auch nur in der nördlichen Gruppe (Recklinghausen-Buer-Gelsenkirchen). In der Gruppe Metall ist die SP führend, allerdings auch mit Leuten besetzt, die für die KP tragbar sind.

Die SPD nimmt an Mitgliedern ständig zu, überall sind die Zahlen von vor 33 längst überschritten. Öffentliche Tätigkeit ist im Augenblick etwas ruhig (keine Versammlungen), erst mit dem Beginn der Wahlkämpfe soll es wieder mehr öffentliche Versammlungen geben.¹⁸⁹

Wo öffentliche Versammlungen sind bzw. gewesen sind, waren sie sehr gut besucht - im Gegensatz zu denen der Kommunisten, die oft kaum halbgefüllte Säle hatten.

Die Westfälische Rundschau, die Zeitung der SPD, ist sehr gefragt - es gibt viel weniger Exemplare als eingetragene Abonnenten, was z.T. gewiß auf den Mangel an Papier zurückzuführen ist.

Die SPD hat eine Reihe von Verwaltungsstellen besetzt: Oberbürgermeister in Bochum, Gelsenkirchen, Wattenscheid, Herne, Wanne-Eickel, Witten, Hagen, Iserlohn (Landrat), Oberstadtdirektoren in Dortmund, Wanne-Eickel, Herne, Wattenscheid, außerdem eine Reihe von Dezernaten. Hauptamt ist allerdings in allen mir bekannten Fällen in CDU-Händen. Der Mangel an geschulten Leuten ist sehr stark fühlbar.

Innerhalb der SPD gibt es noch keine einheitliche Linie. Insbesondere gehen die Auffassungen über das neue Wirtschaftsprogramm noch sehr weit auseinander.¹⁹⁰ Es fehlt bitter an Schulung und an gemeinsamen, gründlichen Aussprachen der führenden Leute.

Vor einigen Tagen war ein Mann aus der russischen Zone hier, der interessante Dinge zu erzählen hatte. Er ist leitender Ingenieur in einem Hüttenwerk in D.¹⁹¹ bei Dresden. Hierher war er gekommen, um sich eine Arbeit zu suchen und dann aus der russischen Zone auszuwandern. (Er hatte Besuch bei seiner Mutter vorgetäuscht und war heimlich über die Grenze gekommen.) Seine Absicht hatte zwei Gründe:

1. wollten ihn die Russen für Industriespionage gewinnen
2. sind die Bedingungen drüben überhaupt untragbar.

Ich will über den ersten Punkt zunächst erzählen:

Oberstleutnant Antonoff von der Bergakademie Leningrad ist der Leiter der Arbeit. Außer ihm sind noch zwei andere da: Oberst Putakoff und Kalinuschkin. Der Gewährsmann ist als einziger der leitenden Leute noch im Verwaltungsgebäude tätig mit einer Stenotypistin, sonst nur Russen.

Die Russen verlangen von ihm:

- a. Organisationspläne der großen westdeutschen Hüttenwerke wie Deutsche Edelstahlwerke,
- b. Arbeits- und Bearbeitungsmethoden.

¹⁸⁸ Gemeint ist die Konferenz von Angestelltengewerkschaftlern aus der BBZ in Hamburg am 18./19.5.1946. Für einen Abdruck der Entschließung zur DAG-Organisationsform vgl. Q8, Dok. 14, S. 99 sowie Entschließung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik vgl. ebda. Dok. 15, S. 99f.

¹⁸⁹ Gemeint sind die Wahlkämpfe zu den Länderparlamenten 1946/47 (Nordrhein-Westfalen am 20.4.1947).

¹⁹⁰ Zur SPD-Wirtschaftspolitik und den „Grundgedanken für ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm“ vgl. Jahrbuch SPD 1946, S. 43-45.

¹⁹¹ Gemeint ist offenbar Döbeln.

Bei den Besprechungen über Arbeitsmethoden, die der betreffende Ingenieur mit Antonoff hatte, handelt es sich u.a. um die Bearbeitung von Rohren für Schiffsgeschütze von 55 cm Durchmesser. Ob die Russen tatsächlich solche Geschütze bauen oder bauen wollen, kann man nur schwer sagen. Womöglich handelt es sich dabei um bloße Propaganda. Es war nämlich auch die Rede von Schnellfeuergeschützen von 5 oder 5,5 cm Durchmesser und einer Feuergeschwindigkeit von 9000 Schuß/Minute (eine unvorstellbare Geschwindigkeit), die angeblich auch nur in ganz kurzen Feuerstößen erreicht wird.

Bei der Bearbeitung der Rohre für die 55 cm Geschütze ging es um die Herstellung der Züge, die den Russen angeblich große Schwierigkeiten machen, da das Material der Rohre 125kg/mm² Festigkeit hatte.

Für die Durchführung der Industriespionage entwickelten die Russen folgenden Plan:

Der Ingenieur sollte ins englisch besetzte Gebiet gehen und dort Arbeit annehmen. Da er früher hier tätig war und in Aachen studiert hat, kennt er eine Reihe führender Techniker, und diese Beziehungen sollte er ausnutzen, um die den Russen wertvollen Angaben zu ermitteln.

Sich direkt an die Engländer zu wenden, lehnte Antonoff als aussichtslos ab, da man gerade die interessanten Daten von den Engländern nicht bekommen konnte.

Ein Dr. Riedrich, früher leitender Angestellter bei den Deutschen Edelstahlwerken, ist bei den Russen tätig.

Zu 2:

Über die Bedingungen erzählte er folgendes:

Das Werk sollte zunächst wieder anlaufen. Es waren sogar 8.000 t Aufträge da. Dann kam plötzlich der Auftrag, das Werk in 14 Tagen abzubauen und zu verladen. Das geschah. Die Russen besetzten das Werk, und die Soldaten und Offiziere achteten darauf, daß das Werk in 14 Tagen abgebaut war. Es wurden 16-18 Stunden täglich gearbeitet, und tatsächlich waren alle Maschinen nach 14 Tagen verpackt und verladen, und zwar so sorgfältig, daß nichts zerbrechen konnte. Jetzt werden die Gebäude abgerissen, Fensterscheiben werden sorgfältig herausgenommen und zwischen Stroh verpackt, Fußleisten und Böden, Türen, Fensterrahmen, alles wird fortgebracht. Auch die Eisenkonstruktion der Gebäude soll verladen werden.

Arbeiter, Meister usw. bereiten sich vor, mit nach Rußland zu gehen. Die Russen sind nicht schroff und hart, aber sie haben eine große und zähe Geduld, erhöhen ihre Forderungen nach und nach und brechen so den Widerstand Stückchen für Stückchen.

Die leitenden Herren des Werkes (von 14 hatten acht beim Einmarsch der Russen entweder Selbstmord begangen oder waren erschlagen worden von den Fremdarbeitern oder hatten das Weite gesucht) arbeiten als Hilfsarbeiter im Werk und sind so völlig gebrochen, daß sie nicht die Kraft aufbringen, in die westlichen Zonen zu flüchten und auch nur Pläne dazu zu machen. Der Berichterstatter bezeichnete dies als das beunruhigendste Ergebnis der russischen Methode. Von sich selber glaubte er, daß er nur durch die Tatsache davor bewahrt geblieben sei, daß er eine selbständige Arbeit von Niveau habe. Auch Äußerlichkeiten gehören zur Methode: Er sagte z.B., daß er nicht wagen könnte, im anständigen Anzug, mit Kragen, Krawatte und Schuhen ins Werk zu gehen - er würde vom ersten Posten als Faschist verhaftet werden. So trägt er Holzschuhe, zerrissene bzw. unansehnliche Hosen, ein offenes Hemd usw. Aus den Wohnungen holen die Russen ständig Sachen heraus. Erst wenn die Bewohner auf Strohsäcken auf dem Boden schlafen und auch sonst kaum noch Sachen haben, wären die Russen mit dem erreichten Zustand zufrieden, den sie als angemessen für die Deutschen ansehen.

Die Versorgung mit Lebensmitteln klappt nicht. Alle Leute haben viele Marken noch in den Taschen, die in zurückliegenden Perioden nicht beliefert worden sind. Geliefert wird

meist stoßweise, so daß die Leute etwa ihr Fleisch und ihre Butter für mehrere Wochen auf einmal bekommen und oft verdorbene Qualität. Die Menschen sind im Allgemeinen sehr heruntergekommen.

Politisch: Selbst viele Kommunisten, die zunächst begeistert mit den Russen gearbeitet hätten, sind desillusioniert, auch sie werden von den Russen als Faschisten behandelt, wenn sie eine gute Wohnung haben und Kleider. Die Russen (d.h. immer die, die dort in D. sind) sind der Auffassung, sie allein hätten gegen die Faschisten gekämpft.

Die Menschen sind aber schon zu sehr abgestumpft, sie haben schon so viele Demütigungen hingenommen, erst kleine, dann größere, daß sie nicht mehr an Widerstand denken.

Einzelne, die sich zur Wehr setzten, sind verschwunden.

Deutsche Offiziere bis zum Feldwebel herunter, die aus der Gefangenschaft in westlichen Ländern nach Dresden zurückkehren, werden sofort in Haft genommen und von den Russen weggebracht.